

Zeitschrift: Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen

Band: 18/1932 (1932)

Rubrik: Kantonale Gesetze und Verordnungen : Reglemente, Lehrpläne etc.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen (Reglemente, Lehrpläne etc.).

I. Kanton Zürich.

1. Allgemeines.

- 1. Gesetz über den Finanzausgleich und über die Zuteilung der Gemeinden Affoltern b. Zch., Albisrieden, Altstetten, Höngg, Oerlikon, Schwamendingen, Seebach und Witikon an die Stadt Zürich. (Vom 5. Juli 1931.)**

2. Volksschule.

- 2. Lehrplan für den Handarbeitsunterricht der Mädchen an den Volksschulen des Kantons Zürich. (Vom 7. Juli 1931.)**

A. Allgemeines Lehrziel und Gestaltung des Unterrichtes.

Der Handarbeitsunterricht der Mädchen hat die Aufgabe, die Schülerinnen in den für das weibliche Geschlecht wichtigen Handarbeiten anzuleiten, ihren praktischen Sinn und die Handfertigkeit zu entwickeln und zu fördern und die dem Handarbeitsunterrichte innewohnenden Kräfte auch nach der sittlichen Erziehung des Kindes hin auszuwerten.

Der Unterricht umfaßt die Fächer: Gestalten, Formen, Nähen, Stricken, Häkeln, Schmuckgestaltung, Flicker. Den Fächern Gestalten und Formen kommt eine ganz besondere Bedeutung zu, da ihnen in formaler Hinsicht für das praktische Leben ein großer Bildungswert eigen ist. Die Fertigkeiten Nähen, Häkeln, Stricken werden geübt bei der Ausführung der Gegenstände, die im Stufen-gang der Formen liegen. Jede Technik kann bis zu einer gewissen Fertigkeit betrieben werden, ohne daß dafür rein mechanische Übungen vorgenommen werden müssen.

Die Schmuckgestaltung der Arbeiten, die den Schönheits-sinn der Mädchen bildet, geht Hand in Hand mit dem übrigen Unterricht. Zweck, Form und Material eines Gegenstandes bestimmen dessen Verzierung. In den obern Primar- und den Sekun-darklassen werden die Schülerinnen kulturkundlich belehrt und auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Verbrauches einheimischer Erzeugnisse aufmerksam gemacht. Auf dieser Stufe werden auch die Gewinnung und die Verarbeitung der Rohstoffe in ele-mentarster Weise, immer in Verbindung mit dem übrigen Unter-richt, besprochen und stoffkundliche Belehrungen eingeflochten.

Die Erweiterung dieses Gebietes bleibt der Fortbildungsschule überlassen.

Das Verständnis für die Formen der Schnittmuster zu den Kleidungsstücken wird durch gegenseitiges Abformen der Schülerinnen erzeugt. Dem Abformen am Körper kann das Abformen an Puppen Übungsgemäß vorangehen. Auf dieser Grundlage baut sich dann das Schnittmusterzeichnen nach Maßangaben auf.

Dem Flickern von Gebrauchsgegenständen soll bis in die oberste Schulklasse, ganz besonders in den Abschlußklassen, große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dabei ist auf das jeweiligen zeitgemäße Ausbessern und Ändern von Wäschestücken Gewicht zu legen.

Auf der Stufe der III. Sekundarschulklasse findet das Weißsticken, der jeweiligen Zeitströmung gemäß, Berücksichtigung. Dadurch wird diese alte Schweizer Volkskunst durch die Volksschule in ihrem Weiterbestehen unterstützt.

Die Ausgleicharbeiten, die die Durchführung eines geordneten Klassenunterrichtes wesentlich erleichtern und der Lehrerin die vermehrte Berücksichtigung der schwächeren Schülerinnen ermöglichen, sind der Fassungskraft und Entwicklungsstufe des Kindes entsprechend zu wählen.

Die Selbsttätigkeit und Selbständigkeit der Mädchen sollen durch richtige Aufgabestellung und eine verständige methodische Behandlung des Lehrstoffes im weitesten Maße herangebildet werden.

B. Verteilung des Lehrstoffes.

Die folgende Zusammenstellung führt in allen Klassen als erstes das Lehrziel auf und darauf folgend die Gegenstände als Beispiele, an denen dieses erreicht werden kann, von dem Grundsatz ausgehend, daß der Lehr Erfolg nicht an der Anzahl der vom Kinde gefertigten Gegenstände bemessen werden soll, sondern an der in der Schülerin entwickelten Selbständigkeit. Sämtliche Beispiele sind der Umwelt des Kindes entnommen; aus seiner eigenen Überlegung heraus hilft es mit, die Herstellung der Dinge zu entwickeln, oder gibt ihnen im freien Schülerversuch Form und Gestalt.

Die Spezialisierung des Lehrplanes geht nicht ins Einzelne. Damit ist der Arbeitslehrerin die nötige Bewegungsfreiheit geboten, und es ist ihr zudem möglich, bei der Wahl der Lehrgegenstände die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen.

3. Primarschulklasse.

Zwei Stunden in der Woche.

I. Lehrziel.

Grundlagen in:

Falten, Schneiden

von Papier und Stoff: Gestalten von Gegenständen.

Nähen:

Umnähen einer Stoffkante.

<i>Stricken:</i>	Schlingenbildung, rechte und linke Maschen, Anschlag, Abketten, gerippte und glatte Fläche, offene und geschlossene Strickerei.
<i>Häkeln:</i>	Luftmaschen und feste Maschen.
<i>Schmuckgestaltung:</i>	Einfache Rand- und Flächenverzierungen.

II. Beispiele für Klassenarbeiten.

Lesezeichen, Mäppchen, viereckige und dreieckige Säckchen, Schutzumschläge für Bücher und Hefte.
 Untersetzer, Tintenwischer, Topfanfasser.
 Waschlappen, Kleiderbügelüberzug, Serviettenbändchen, Waschhandschuh, Beutelchen, Zipfelmütze.
 Schnürchen, Gürtchen, Begrenzen der gestrickten Gegenstände.

III. Beispiele für Ausgleicharbeiten.

Kuchenpapier, Zipfelhäubchen, Lätzchen, Ball, Ballnetz, Topfanfasser, kleine Gegenstände für Kinder oder Puppen.

IV. Material.

Verschiedene, farbige Papiere, Baumwoll- und Wollstoffe, Baumwoll- und Wollgarne.

4. Primarschulklasse.

Vier bis sechs Stunden in der Woche.

I. Lehrziel.

Erweiterung der Grundlagen in:

<i>Falten und Schneiden:</i>	Gestalten von Gegenständen.
<i>Stricken:</i>	Glatte, gemusterte und Abnehme- fläche, offene und geschlossene Strickerei.
<i>Häkeln:</i>	Luftmaschen und feste Maschen.
<i>Nähen:</i>	Stoffbildung in Leinengewebe, Vor-, Stepp-, Hinter-, Flach-, Saum-, Hohl- saum- und Überwindlingsstich. Ein- fache und Doppelnäht.
<i>Schmuckgestaltung:</i>	Einfache Rand- und Flächenverzierung, Entwerfen und Ausnähen von Buch- staben.

II. Beispiele für Klassenarbeiten.

Beutel, Kindermütze, Fausthandschuh, Socken, Strümpfe, Lätzchen.
 Begrenzen von gestrickten Gegenständen.

Buchzeichen, Untersetzer, Puppenteppich.
Täschchen, Beutel, Buchhülle, Arbeitstasche, Vorratssäckli.

III. Beispiele für Ausgleicharbeiten.

Kleine Gegenstände für Kinder oder Puppen: Schleifen, Ball- oder Marktnetz.

Überärmel, Turnschuhbeutel, Nadelbüchlein.

IV. Material.

Geeignetes Papier, Gaze.

Grobe und feine, farbige Baumwoll- und Wollgarne, farbige und weiße Etamine, feiner Baumwollstoff.

5. Primarschulklasse.

Vier bis sechs Stunden in der Woche.

I. Lehrziel.

Erweiterung der Grundlagen und Förderung der Fertigkeiten in:

Gestalten, Abformen,

oder Maßnahmen und

Schnittmusterzeichnen: Herstellen der Muster zu Klassen- und Ausgleicharbeiten.

Zuschneiden, Anprobieren.

Stricken:

Glatte- und Abnehmevläche, Patent- und Hohlmuster.

Häkeln:

Luftmaschen, feste Maschen und Stäbchenmaschen.

Nähen:

Knopfloch-, Feston-, Ketten- und Kreuzstich; Naht, Saum, Schlußvorrichtung.

Schmuckgestaltung:

Häkelspitze, Entwerfen und Ausnähen von Buchstaben, einfache Rand- und Flächenverzierung, Farbenzusammensetzungen.

II. Beispiele für Klassenarbeiten.

Strümpfe, kleine Gegenstände in Musterstrickerei.

Häkelspitze.

Schürze, Mädchentaghemd, Scheren- oder Schlüsseltäschchen, Nadelbüchlein, Nadelkissen, Deckchen, Buchhülle.

III. Beispiele für Ausgleicharbeiten.

Kinderhäubchen, Handschuhe, Schleifen, Hausschuhe, Bettsocken, Mützen, Lätzchen, Gestältehen, Arbeitsbeutel, Deckchen, Serviettentasche.

IV. Material.

Geeignetes Papier, Gaze.

Verschiedene Baumwoll- und Wollgarne.

Feiner Baumwollstoff, Aïdastoff, farbige Wollstoffe.

6. Primarschulklasse.

Vier bis sechs Stunden in der Woche.

I. Lehrziel.

Erweiterung der Grundlagen und Förderung der Fertigkeiten in:

Abformen oder Maßnahmen und Schnittmuster zeichnen:

Herstellen der Muster zu Klassen- und Ausgleicharbeiten.

Zuschneiden, Anprobieren.

Stricken:

Glatte, gemusterte und Abnehmevläche.

Häkeln:

Luftmaschen, feste Maschen, Stäbchenmaschen.

Nähen:

Stilstich, Naht, Saum; Besetzen von Kanten, Schlußvorrichtung, Knopfloch.

Schmuckgestaltung:

Häkelspitze, Entwerfen und Ausnähen von Buchstaben, einfache zeitgemäße Verzierungen, Farbenzusammenstellungen.

Strick-Flicken:

Überziehen von rechten, linken und Abnehmemaschen, Festonstoffe.

Stoff-Flicken:

Hauswifel, Aufsetzen von Stücken.

II. Beispiele für Klassenarbeiten.

Häkelspitze.

Mädchentaghemd, Kimononachthemd, Unterrock, Schürze, kleiner Kissenanzug.

Übungen für Strick- und Stoff-Flicken. Anwendung des Hauswifels, Maschenstiches und der Festonstopfe an schadhafte Gegenständen.

III. Beispiele für Ausgleicharbeiten.

Socken, Handschuhe, Schlüttchen, Anstricken von Strümpfen. Decken, Klammerschürze.

IV. Material.

Geeignetes Papier, Gaze.

Verschiedene farbige Baumwoll- und Wollgarne.

Weißer und farbiger Baumwollstoff, Trikot.

7. *Primar- oder I. Sekundarschulklasse.*

Primarklassen vier bis sechs, Sekundarklassen vier Stunden
in der Woche.

I. Lehrziel.

Erweiterung der Grundlagen, Förderung der
Fertigkeiten und Vertiefung der Kennt-
nisse in:

- Abformen, Maßnahmen,*
Schnittmusterzeichnen: Herstellen der Muster zu Klassen- und
Ausgleicharbeiten.
- Zuschneiden, Anprobieren.*
- Stricken:* Glatte, gemusterte und Abnehmeflächen.
- Hand- und Maschinen-*
nähen: Naht, Saum, Besatz.
- Schmuckgestaltung:* Entwerfen und Ausnähen von Buchsta-
ben; einfache, zeitgemäße Verzieren-
gen.
- Materialkunde:* Grundlegende Kenntnisse in der Gewin-
nung und Verarbeitung der Rohstoffe.
- Strick-Flicken:* Überziehen von rechten und linken und
Abnehmemaschen, Stopfen von glatten
Flächen mit Feston- und Maschen-
stich, Einstricken der Ferse und einer
glatten Fläche.
- Stoff-Flicken:* Ein- und Aufsetzen von Stücken, Ge-
webewifel und Stopfe in Leinenbin-
dung, Bilden von Köpergeweben.

II. Beispiele für Klassenarbeiten.

- Socken für das Strick-Flicken.
Kissenanzug, Turnhose, Schürze, Mädchentaghemd, Beinkleid,
Hemd hose, Unterrock, Kimononachthemd.
Übungen im Stoff- und Strick-Flicken.
Anwendung an schadhafte n Gegenständen.

III. Beispiele für Ausgleicharbeiten.

- Schmale Spitze, Kochhäubchen, Nadelkissen, Buchhülle, Täschchen,
Kaffeewärmer.

IV. Material.

- Papier, Gaze, Nesselstoff.
Verschiedene farbige Baumwollgarne.
Weißer und farbiger Baumwollstoff, Kongreßleinen, Trikot.

8. *Primar- oder II. Sekundarschulklasse.*

Primarklassen vier bis sechs, Sekundarklassen vier Stunden
in der Woche.

I. Lehrziel.

Förderung der Fertigkeiten und Vertiefung der
Kenntnisse in:

Abformen, Maßnehmen,

Schnittmusterzeichnen: Herstellen der Muster zu Klassen- und
Ausgleicharbeiten.

Zuschneiden, Anprobieren.

Stricken: Glatte, gemusterte und Abnehmeflächen.

*Hand- und Maschinen-
nähen:*

Naht, Saum, Einreihen, Einsetzen von
Ärmeln, Schlußvorrichtung.

Schmuckgestaltung:

Entwerfen und Ausnähen von Buchsta-
ben, einfache zeitgemäße Verzierun-
gen, Farbenzusammenstellungen.

Materialkunde:

Grundlegende Kenntnisse der gebräuch-
lichen Garne und Stoffe nach Art,
Qualität und Preislage.

Strick-Flicken:

Stopfen von glatten und gemusterten
Flächen, Einstricken einer gemuster-
ten Fläche.

Stoff-Flicken:

Verweben und Einsetzen von eckigen
und gerundeten Stücken mit der Näh-
maschine.

II. Beispiele für Klassenarbeiten.

Socken, Kinderstrümpfe.

Mädchennachthemd, Beinkleid, Hemdhose, Berufsmantel.

Gestrickte Bluse, Kissen, Handtasche, Arbeitsbeutel, Kleinkinder-
sachen.

Übungen für Strick- und Stoff-Flicken. Anwendung an schad-
haften Gegenständen.

III. Beispiele für Ausgleicharbeiten.

Schmale Spitze, Bett- oder Leibwäsche, Kimonobluse, einfaches
Kleid, Markttasche, Teewärmer.

IV. Material.

Papier, Gaze, Nesselstoff.

Verschiedene farbige Baumwoll- und Wollgarne.

Weißer und farbiger Baumwollstoff.

III. Sekundarschulklasse.

Vier Stunden in der Woche.

I. Lehrziel.

Erweiterung der Grundlagen, Förderung der Fertigkeiten und Vertiefung der Kenntnisse in:

Abformen, Maßnahmen,

Schnittmusterzeichnen: Herstellen der Muster zu Klassen- und Ausgleicharbeiten.

*Zuschneiden, Anprobieren.**Hand- und Maschinen-
nähen.**Sticken:*

Flach-, Hoch- und Durchbruchstickerei.

Schmuckgestaltung:

Entwerfen und Ausnähen von Buchstaben, Flächenaufteilung, einfache, zeitgemäße Verzierungen.

*Strick- und Stoff-**Flicken:*

Hand- und Maschinenarbeit.

II. Beispiele für Klassenarbeiten.

Serviettentäschchen, Deckchen, Taschentuch.

Mädchentaghemd, Hemdhose, Unterrock, Nachthemd, Pijamas, Bluse, einfaches Kleid.

Kissen, Arbeitsbeutel, Decke, Mappenhülle.

Anwendung von Strick- und Stoff-Flicken an schadhafte Gegenständen.

III. Beispiele für Ausgleicharbeiten.

Kragen, Lätzchen, einfache Spitzenarbeiten.

IV. Material.

Papier, Gaze, Nesselstoff.

Leinwand, Baumwollstoff, Baumwoll- und Wollgarne.

3. Fortbildungsschule.

3. Gesetz über die hauswirtschaftliche Fortbildungsschule. (Vom 5. Juli 1931.)

I. Allgemeines.

§ 1. Die hauswirtschaftliche Fortbildungsschule hat den Zweck, die Mädchen im nachschulpflichtigen Alter in der hauswirtschaftlichen Ausbildung und der allgemeinen Bildung zu fördern und sie dadurch auf ihre Aufgaben im häuslichen und im bürgerlichen Leben vorzubereiten.

§ 2. Die hauswirtschaftliche Fortbildungsschule besteht:

- a) aus der obligatorischen hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule;
- b) aus freiwilligen hauswirtschaftlichen Fortbildungskursen.

§ 3. Die hauswirtschaftliche Fortbildungsschule wird in der Regel von einer Sekundarschulgemeinde und ausnahmsweise mit Bewilligung des Erziehungsrates von einer Primarschulgemeinde durchgeführt. Diese Gemeinde kommt auch für die Ausgaben der Fortbildungsschule auf.

Benachbarte Sekundar- oder Primarschulgemeinden können gemeinsam eine hauswirtschaftliche Fortbildungsschule einrichten; die Einrichtung erfolgt durch Beschluß der beteiligten Gemeinden nach gegenseitiger Verständigung über die Organisation und über die Tragung der Lasten durch die zusammengeschlossenen Gemeinden.

Eine Zusammenlegung kann auch durch den Regierungsrat auf Antrag des Erziehungsrates angeordnet werden.

§ 4. Die Gemeinden und Gemeindegruppen, welche die Durchführung der Fortbildungsschule besorgen, werden in den nachfolgenden Bestimmungen Fortbildungsschulkreise und ihre Schulbehörden Schulpflegen genannt. Haben sich mehrere Gemeinden zu einem Fortbildungsschulkreis zusammengeschlossen, so soll die Vereinbarung auch die notwendigen Bestimmungen über die Organisation und Aufgaben der Kreisversammlung der Schulpflege enthalten.

§ 5. Die Verwaltung liegt in der Hand der Schulpflege. Die Abrechnung ist gemäß der Verordnung des Bundes aufzustellen.

§ 6. Zur Beaufsichtigung der Fortbildungsschule bestellt die Schulpflege eine hauswirtschaftliche Kommission. Diese kann mehrheitlich aus Frauen bestehen.

Besteht ein Fortbildungsschulkreis aus mehreren Gemeinden, so ist jeder Gemeinde eine Vertretung in der hauswirtschaftlichen Kommission einzuräumen.

§ 7. Jeder Fortbildungsschulkreis erläßt über seine hauswirtschaftliche Fortbildungsschule eine Schulordnung, die der Genehmigung des Erziehungsrates unterliegt.

Die Schulordnung soll die notwendigen Bestimmungen über die Organisation und über den Lehrplan der Fortbildungsschule enthalten.

§ 8. Für die Inspektion der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule bezeichnet der Regierungsrat auf den Antrag des Erziehungsrates die erforderlichen Inspektorinnen.

§ 9. Die Oberleitung des hauswirtschaftlichen Bildungswesens besorgt eine kantonale Aufsichtskommission von neun Mitgliedern, in welcher die Frauen angemessen vertreten sein sollen. Sechs Mitglieder werden vom Erziehungsrat, zwei von der Konferenz der Lehrerschaft der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen bezeichnet. Der kantonale Fortbildungsschulinspektor ist von Amtes wegen Mitglied.

Den Vorsitzenden bezeichnet der Erziehungsrat.

Die kantonalen Inspektorinnen wohnen den Sitzungen mit beratender Stimme bei.

§ 10. Die Gesamtheit der Lehrkräfte der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen bildet die kantonale Lehrer-Konferenz des hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulwesens.

Die Konferenz ist begutachtendes Organ für alle Schulfragen grundsätzlicher Art, die ihr unterbreitet werden; sie hat auch das Recht, von sich aus Anträge zu stellen.

II. Organisation des Unterrichtes.

1. Die obligatorische hauswirtschaftliche Fortbildungsschule.

§ 11. Die Schulpflicht dauert zwei Jahre. Sie beginnt in der Regel mit dem Schuljahr, in dem die Schülerinnen das 16. Altersjahr zurücklegen. Wo die örtlichen Verhältnisse es angezeigt erscheinen lassen, kann der Erziehungsrat den Beginn der Schulpflicht auf den Anfang des Schuljahres ansetzen, in dem die Schülerinnen das 15. Altersjahr zurücklegen.

Mündigkeit oder Heirat befreien von der Verpflichtung zum Besuche der obligatorischen Fortbildungsschule.

§ 12. In die Kurse der obligatorischen Fortbildungsschule können auch Mädchen, die nicht mehr fortbildungsschulpflichtig sind, und Frauen aufgenommen werden, wenn sie sich der Schulordnung unterziehen.

§ 13. Der Zivilstandsbeamte stellt jedes Jahr der Schulpflege vor der Eröffnung des Schuljahres ein Verzeichnis der fortbildungsschulpflichtigen Mädchen unter Angabe ihres Geburtsdatums zu.

Auf Antrag der Schulpflege kann die Erziehungsdirektion solche Schulpflichtige vom Schulbesuch befreien, die infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen unfähig sind, dem Unterricht zu folgen.

Schulpflichtige Ausländerinnen und Fremdsprachige können bei nur vorübergehendem Aufenthalt im Kanton auf Antrag der Schulpflege durch die Erziehungsdirektion vom Schulbesuche dispensiert werden.

Die Erziehungsdirektion kann auch in andern Fällen, insbesondere beim Besuch privater Haushaltungsschulen, von der Pflicht zum Schulbesuch befreien.

§ 14. Sofern die Lehrpläne der Mittelschulen das Unterrichtsprogramm der obligatorischen hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule nicht einbeziehen, sind die Schülerinnen verpflichtet, innert Jahresfrist nach Abschluß der Mittelschule besondere für sie eingerichtete Haushaltungskurse zu besuchen.

Die Zahl der Pflichtstunden dieser Kurse beträgt 180.

§ 15. Die in einem gewerblichen oder kaufmännischen Lehrverhältnis stehenden Mädchen sind während der Dauer der Lehrzeit von der Verpflichtung zum Besuche der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule befreit. Sie sind verpflichtet, innert Jahresfrist nach Ablauf der Lehrzeit besondere für sie eingerichtete Haushaltungskurse zu besuchen.

Die Zahl der Pflichtstunden für diejenigen Töchter, die sich über den während der Lehrzeit erfolgten Besuch einer beruflichen Fortbildungsschule ausweisen, beträgt 180.

§ 16. Die Erziehungsdirektion kann auf Antrag der kantonalen Aufsichtskommission nach Bedürfnis gemeinsame Haushaltungskurse für mehrere Fortbildungsschulkreise einrichten und deren Besuch für solche Mädchen obligatorisch erklären, die im eigenen Fortbildungsschulkreis keine Gelegenheit zum Besuch eines solchen Kurses haben.

Die Kosten solcher gemeinsamer Kurse können ganz oder teilweise vom Kanton übernommen werden.

Die Erziehungsdirektion kann den Schülerinnen solcher Kurse Beiträge an die Fahrtkosten gewähren.

§ 17. Eltern, Vormünder und Arbeitgeber sind verpflichtet, für den regelmäßigen Schulbesuch fortbildungsschulpflichtiger Töchter, Mündel oder Angestellter zu sorgen. Für die Bestrafung der Verletzung der Schulpflicht gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die Volksschule.

§ 18. Die Erziehungsdirektion kann die von gemeinnützigen Vereinen oder Stiftungen geführten hauswirtschaftlichen Anstalten, Fortbildungsschulen und -kurse anerkennen.

Die Anerkennung wird an die Bedingung geknüpft, daß sich diese Anstalten, Schulen und Kurse den Bestimmungen dieses Gesetzes, sowie der staatlichen Aufsicht unterziehen, und daß ihre Lehrpläne den gesetzlichen Anforderungen entsprechen.

Die Gemeinden sind berechtigt, die fortbildungsschulpflichtigen Mädchen solchen Anstalten, Schulen oder Kursen zuzuweisen. Machen sie von dieser Befugnis Gebrauch, so sind sie verpflichtet,

die Lokalitäten unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und für deren Unterhalt zu sorgen oder entsprechende Beiträge zu leisten. Über deren Höhe entscheidet endgültig die Erziehungsdirektion.

§ 19. Der obligatorische Unterricht umfaßt folgende Unterrichtsfächer:

1. Handarbeiten (Weißnähen und Flicker);
2. Hauswirtschaft:
 - a) Kochen und Ernährungslehre;
 - b) Hauswirtschaftslehre und hauswirtschaftliches Rechnen.

Die Schulpflege kann noch folgende Fächer für die allgemeine, geistige und sittliche Fortbildung obligatorisch erklären:

Erziehungslehre, Gesundheitspflege, Kinder- und Krankenpflege, deutsche Sprache.

§ 20. Der Erziehungsrat stellt nach Anhörung der kantonalen Aufsichtskommission einen Normallehrplan auf.

§ 21. Die Zahl der Pflichtstunden beträgt im ganzen 240. Wenn der Schulkreis es beschließt, kann der Regierungsrat auf Antrag des Erziehungsrates die Pflichtstundenzahl bis auf 320 erhöhen.

Den Fortbildungsschulkreisen steht frei, die Schulpflicht auf zwei Winterhalbjahre zu beschränken oder geschlossene Kurse zu führen. Die Gesamtzahl der obligatorischen Unterrichtsstunden darf dadurch nicht vermindert werden.

§ 22. Der Unterricht ist unentgeltlich.

Die allgemeinen und die individuellen Lehrmittel und das Schulmaterial werden den Schülerinnen unentgeltlich abgegeben.

§ 23. Der obligatorische Unterricht darf nicht länger als bis 20 Uhr dauern.

§ 24. Die Arbeitgeber haben nötigenfalls den Pflichtschülerinnen wöchentlich bis auf vier aufeinanderfolgende Stunden ohne Lohnkürzung, auch im Akkordverhältnis, für den Besuch frei zu geben.

2. Freiwillige hauswirtschaftliche Fortbildungskurse.

§ 25. Die Fortbildungsschulkreise können außer den obligatorischen auch freiwillige Kurse einrichten. Diese stehen den Pflichtschülerinnen der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule und den Frauen des Schulkreises zum Besuch offen.

Der Lehrplan der freiwilligen Fortbildungsschule umfaßt namentlich folgende Fächer: Waschen und Glätten, Handarbeiten im weiteren Sinne, Kinder- und Krankenpflege, Gartenbau, Kleintierhaltung, Wirtschaftslehre und körperliche Übungen.

Der Lehrgang lehnt sich tunlichst an den vom Erziehungsrat festgesetzten Lehrplan der obligatorischen hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule an.

§ 26. Der Unterricht in den freiwilligen Kursen darf ohne Bewilligung der Erziehungsdirektion nicht länger als bis 21 Uhr dauern.

3. Die Lehrkräfte.

§ 27. Den Unterricht an der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule dürfen nur Lehrerinnen und Lehrer erteilen, die einen Ausweis des Erziehungsrates oder der Volkswirtschaftsdirektion über ihre Befähigung besitzen.

§ 28. Die Wahl der Hauptlehrerinnen und -lehrer erfolgt durch die Schulpflege auf Vorschlag der hauswirtschaftlichen Kommission auf eine Amtsdauer von sechs Jahren. Die Wahl unterliegt der Genehmigung der Erziehungsdirektion.

Die Hilfslehrerinnen und -lehrer werden für einen Halbjahreskurs oder für einen Jahreskurs auf Vorschlag der hauswirtschaftlichen Kommission von der Schulpflege gewählt. Die Schulpflege macht der Erziehungsdirektion von den Wahlen unverzüglich Mitteilung.

An Schulen, die nicht über ausreichende Lehrkräfte verfügen, ordnet der Erziehungsrat Wanderlehrerinnen und Wanderlehrer ab.

§ 29. Die Besoldung der Lehrkräfte wird innerhalb der Gesetzesbestimmungen über die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen durch Verordnung des Regierungsrates geregelt. Sie setzt sich aus dem staatlichen Grundgehalt, den Dienstalterszulagen und den Ortszulagen zusammen.

Die Lehrkräfte im Hauptamt sind in ihren Rechten und Pflichten der Volksschullehrerschaft gleichgestellt.

III. Die Leistungen des Staates.

§ 30. Die Leistungen des Staates an das gesetzliche Grundgehalt, die Ansetzung der Dienstalterszulagen und des Ruhegehaltes des Lehrpersonals, die Regelung der Stellvertretung und die Beiträge an die allgemeinen und individuellen Lehrmittel erfolgen nach den gleichen Grundsätzen wie für die Volksschule.

§ 31. An die Kosten der Errichtung und Ausrüstung von Unterrichtslokalitäten für die obligatorischen hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen leistet der Kanton einmalige Beiträge gemäß den für die Volksschule aufgestellten Grundsätzen.

§ 32. Der Kanton unterstützt die freiwilligen Kurse durch jährliche Beiträge an die Kosten, sofern sie nach einem vom Erziehungsrat genehmigten Lehrplan durchgeführt werden.

§ 33. Der Kanton sorgt für die Ausbildung von Lehrkräften für die hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen. Der Regierungsrat kann Schulen, welche Haushaltungslehrerinnen ausbilden, unterstützen.

Die Erziehungsdirektion kann Schülerinnen, die im Kanton Zürich verbürgert oder während mindestens fünf Jahren im Kanton niedergelassen sind, Stipendien gewähren.

IV. Vollziehungsbestimmungen.

§ 34. Das Gesetz tritt nach seiner Annahme durch die Stimmberechtigten am Tage nach der amtlichen Veröffentlichung des Erwahrungsbeschlusses des Kantonsrates in Kraft. Seine Durchführung ist so zu fördern, daß spätestens im Schuljahr 1934/35 alle fortbildungsschulpflichtigen Mädchen die Fortbildungsschule besuchen.

§ 35. Der Regierungsrat erläßt die zur Durchführung des Gesetzes notwendigen Verordnungen.

4. Mittelschulen und Berufsschulen.

4. Provisorische Regelung der Erteilung von Studienunterstützungen an auswärtige Schülerinnen der Töchter- beziehungsweise Mädchenschulen von Zürich und Winterthur. (Vom 23. April 1931.)

5. Universität.

5. Promotions-Ordnung der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. (Vom 27. Januar 1931.)

§ 1. Die Fakultät verleiht kraft der ihr gesetzlich zustehenden Befugnis die Würde eines Doktors beider Rechte (doctor juris utriusque) und eines Doktors der Volkswirtschaft (doctor œconomiae publicæ).

A. Promotion auf eingereichte Bewerbung.

I. Bedingungen der Zulassung zur Prüfung.

§ 2. Für die Zulassung zur Prüfung ist erforderlich:

1. Der Ausweis genügender Vorbildung. Er wird erbracht durch das Maturitätszeugnis (Entlassungszeugnis) einer zürcherischen Mittelschule oder ein gleichwertiges Zeugnis.

Von diesem Erfordernis kann auf Beschluß der Fakultät nur gegenüber Schweizerbürgern, und zwar nur dann abgesehen werden, wenn der Mangel eines Maturitätszeugnisses

hinreichend begründet und der Nachweis einer der Maturität entsprechenden Allgemeinbildung erbracht ist.

2. Der Ausweis genügender Hochschulstudien. Erforderlich ist ein durch den Besuch von Vorlesungen und die Beteiligung an Seminarübungen an einer Universität betätigtes Studium von mindestens sechs Semestern mit wenigstens je acht wöchentlichen Stunden. Es muß der Nachweis eines umfassenden Fachstudiums erbracht werden in dem Mindestumfang, wie es in dem durch die Fakultät aufgestellten Studienplan vorgesehen ist.

Wenigstens zwei Semester muß der Kandidat an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Zürich studiert haben; Dispensation hievon ist ausgeschlossen.

Über die Anrechnung von an technischen oder Handelshochschulen verbrachten Semestern beschließt die Fakultät.

Ausnahmsweise kann, wenn besondere Gründe, wie beispielsweise praktische Tätigkeit, es rechtfertigen, auf Beschluß der Fakultät die Zulassung vor Vollendung eines sechssemestrigen Fachstudiums bewilligt werden.

II. Anmeldung zur Prüfung.

§ 3. Die Anmeldung zur Prüfung ist beim Dekan schriftlich einzureichen. Ihr sind beizulegen:

1. Das Maturitätszeugnis (Entlassungszeugnis, Abgangszeugnis);
2. ein genügendes amtliches Sitten-(Leumunds-)Zeugnis;
3. eine Darstellung des Lebenslaufes, die insbesondere über den Studiengang und allfällige praktische Betätigung genauen Aufschluß gibt;
4. eine Zusammenstellung über das Fachstudium (Prüfungsfächer und die auf diese vorbereitenden und sie ergänzenden Vorlesungen und Übungen, § 2, Ziffer 2) und über allgemein bildende Studien, begleitet von den Studienaussweisen;
5. die Bezeichnung der Fächer für die Klausurprüfung und für die mündliche Prüfung;
6. eine Dissertation;
7. die Quittung über die einbezahlten Gebühren (§ 31).

§ 4. Erklärt sich der Dekan oder ein anderes Fakultätsmitglied gegen die Zulassung eines Kandidaten, so entscheidet die Fakultät.

§ 5. Der Kandidat soll die gesamte Prüfung spätestens innerhalb eines Jahres seit der Abnahme der Dissertation durch die Fakultät zum Abschluß bringen.

III. Prüfung.

a) Dissertation.

§ 6. Die vom Kandidaten in deutscher, französischer oder italienischer Sprache verfaßte Dissertation soll den Nachweis der Befähigung zur Ausführung selbständiger wissenschaftlicher Arbeiten erbringen. Die Dissertation ist im Manuskript, jedoch in druckfertiger Gestalt vorzulegen. Doch kann ausnahmsweise auch eine bereits im Druck veröffentlichte Arbeit als Dissertation angenommen werden.

§ 7. Der Kandidat beider Rechte hat das Dissertationsthema aus einem juristischen Gebiet, der Kandidat der Volkswirtschaft hat es aus der Sozialökonomie (einschließlich der Wirtschaftsgeschichte und der Wirtschaftsgeographie), der Finanzwissenschaft oder der Statistik zu wählen.

§ 8. Die Annahme einer Dissertation, die ganz oder größtenteils auf einem aus sprachlichen oder andern Gründen von der Fakultät schwer nachprüfbar Material beruht, kann nur auf besondern Beschluß der Fakultät erfolgen.

§ 9. Die Dissertation wird vom Dekan zuerst dem Vertreter des betreffenden Faches zur Begutachtung und Antragstellung und hierauf den übrigen Professoren vorgelegt. Erscheint sie als genügend, so wird der Kandidat zu den Klausurarbeiten zugelassen.

b) Klausurprüfungen.

§ 10. Der Kandidat beider Rechte hat eine Klausurarbeit aus dem römischen Recht und eine zweite nach seiner Wahl aus einem der übrigen in § 16 genannten Prüfungsfächer zu liefern.

Der Kandidat der Volkswirtschaft hat eine Klausurarbeit aus der Sozialökonomie und eine zweite nach seiner Wahl aus einem der übrigen, in § 17 genannten Prüfungsfächer zu liefern.

§ 11. Der Vertreter des betreffenden Klausurprüfungsfaches hat die Hilfsmittel, deren Benutzung bei der Klausurarbeit er gestattet, bei der Bezeichnung des Themas anzumerken. Die Klausur soll fünf Stunden nicht übersteigen.

§ 12. Die Klausurarbeit wird vom Dekan zuerst dem betreffenden Fachvertreter zur Begutachtung und Antragstellung und hierauf den übrigen Professoren vorgelegt.

§ 13. Die Wiederholung einer von der Fakultät für nicht genügend erklärten Klausurprüfung ist nur einmal gestattet. Sie kann frühestens nach Ablauf eines Monats und spätestens nach Ablauf von sechs Monaten nach Ablegung der ersten Klausurprüfung erfolgen.

§ 14. Wird auch eine zweite Klausurarbeit von der Fakultät als ungenügend erklärt, so ist der Kandidat von der weiteren Prüfung ausgeschlossen.

c) Mündliche Prüfung.

§ 15. Durch die mündliche Prüfung soll ermittelt werden, ob der Kandidat die allgemeinen wissenschaftlichen Kenntnisse und die Fähigkeit zu selbständigem juristischem oder sozialökonomischem Denken besitzt. Die Prüfung dauert in der Regel zwei Stunden.

§ 16. Die mündliche Prüfung erstreckt sich für den Kandidaten beider Rechte auf:

1. a) Römisches Recht.
b) Deutsches Privatrecht.
2. a) Schweizerisches Privatrecht.
b) Handels- und Wechselrecht.
3. a) Zivilprozeßrecht (einschließlich Schuldbetreibungs- und Konkursrecht).
b) Strafrecht und Strafprozeßrecht.
4. a) Schweizerisches Bundesstaatsrecht.
b) Allgemeines oder schweizerisches (eidgenössisches und kantonales) Verwaltungsrecht, nach Wahl des Kandidaten.

Die mündliche Prüfung kann auf Wunsch des Kandidaten in zwei Teilprüfungen zerlegt werden, von denen jede in der Regel eine Stunde dauert. Der Kandidat hat die Wahl, zuerst die Prüfung in den unter Ziffern 1 und 2 oder in den unter Ziffern 3 und 4 genannten Fächern abzulegen. Die zweite Teilprüfung darf nicht später als vier Monate nach der ersten Teilprüfung abgenommen werden.

Ist das Ergebnis der ersten Teilprüfung ungenügend, so hat sich der Kandidat in den Fächern, in denen er nicht bestanden hat, einer Nachprüfung zu unterziehen, die frühestens nach drei und spätestens nach sechs Monaten abzulegen ist. Die Frist zur Ablegung der zweiten Teilprüfung läuft in diesem Falle erst vom Zeitpunkt der bestandenen Nachprüfung an. Besteht der Kandidat die Nachprüfung auch nur in einem Fache nicht, so ist er endgültig abgewiesen.

§ 17. Die mündliche Prüfung erstreckt sich für den Kandidaten der Volkswirtschaft auf:

1. Theoretische (allgemeine) Sozialökonomie (einschließlich der Geschichte der Sozialökonomie).
2. Praktische (spezielle) Sozialökonomie.
3. Finanzwissenschaft.
4. Schweizerisches Bundesstaatsrecht.

5. Statistik oder
Allgemeine Privatwirtschaftslehre.
6. Allgemeines oder schweizerisches (eidgenössisches und kantona-
les) Verwaltungsrecht oder
Schweizerisches Handels- und Wechselrecht.
7. Wirtschaftsgeschichte, oder
Wirtschaftsgeographie, oder
Wirtschaftliche Landeskunde der Schweiz, oder
Versicherungswissenschaft, oder
eines der beiden vom Kandidaten nicht gewählten, unter
Ziffern 5 und 6 genannten alternativ-obligatorischen Fächer.

§ 18. Hat der Kandidat die mündliche Prüfung nicht in allen Prüfungsfächern bestanden, so nennt ihm der Dekan die Prüfungsfächer, in denen er nach dem Urteil der Fakultät nicht die nötige Befähigung erwiesen hat, und eröffnet ihm, in welchem Umfange er eine Nachprüfung zu bestehen hat. Diese Nachprüfung kann nicht früher als sechs und nicht später als zwölf Monate nach dem Datum der ersten mündlichen Prüfung erfolgen.

Besteht der Kandidat die Nachprüfung auch nur in einem Fache nicht, so ist er endgültig abgewiesen.

d) Besondere Bestimmungen für die Kandidaten
beider Rechte.

§ 19. Ausländer haben das Recht, für die Klausurprüfung und die mündliche Prüfung an Stelle des schweizerischen Privatrechts deutsches oder französisches Privatrecht (je einschließlich Handels- und Wechselrecht), an Stelle des schweizerischen Bundesstaatsrechts allgemeines Staatsrecht zu wählen.

e) Besondere Bestimmungen für die Kandidaten
der Volkswirtschaft.

§ 20. Kandidaten der Volkswirtschaft, insbesondere solche, deren Dissertation ausgedehnte Studien im Auslande oder eine enge Fühlung mit der Wirtschaftspraxis erfordert, sind in Abweichung von den Bestimmungen des § 3, Ziffer 6, und § 5 und § 9 berechtigt, die Prüfung mit den Klausuren zu beginnen, sich so-
dann innerhalb der folgenden sechs Monate der mündlichen Prüfung zu unterziehen und erst nach erfolgreicher Absolvierung dieser Prüfungen die Dissertation einzureichen.

Nach diesem Verfahren können jedoch nur solche Kandidaten geprüft werden, die mindestens vier Semester an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich studiert haben. Überdies erstreckt sich in diesem Falle die mündliche Prüfung auf ein weiteres, der in § 17 als fakultativ bezeichneten Fächer.

Die Dissertation darf sodann frühestens innerhalb eines Jahres und sie soll spätestens innerhalb zweier Jahre nach der bestandenen mündlichen Prüfung eingereicht werden. Auf begründetes Gesuch hin kann die Fakultät diese Frist ein Mal um höchstens ein Jahr verlängern.

Kandidaten, die von den vorstehenden besonderen Bestimmungen Gebrauch machen, haben sich nach erfolgter Annahme der Dissertation einem vom Dekan anzusetzenden Kolloquium zu unterziehen, das, ausgehend vom Thema der Dissertation, sich auf das gesamte Gebiet, dem die Dissertation entnommen war, erstreckt und in der Regel eine halbe Stunde dauert.

§ 21. Ausländer sind berechtigt, für die mündliche Prüfung an Stelle des schweizerischen Bundesstaatsrechts allgemeines Staatsrecht, an Stelle des schweizerischen Handels- und Wechselrechts deutsches oder französisches Handels- und Wechselrecht zu wählen.

§ 22. Für die Kandidaten, die das Diplom für das höhere Lehramt in den Handelsfächern an der Universität Zürich erworben haben, fällt die mündliche Prüfung in allen denjenigen Fächern weg, die bereits Gegenstand jener Diplomprüfung waren und in denen die Prüfung mindestens mit dem Prädikat „gut“ bestanden wurde.

IV. Prüfungsergebnis.

§ 23. Die Fakultät stellt auf Antrag der Fachvertreter das Ergebnis der Bewertung der Dissertation und der Klausurarbeiten, sowie der mündlichen Prüfung fest.

§ 24. Es werden folgende Gesamtnoten erteilt:
vorzüglich (summa cum laude), gut (cum laude),
sehr gut (magna cum laude), befriedigend (rite).

§ 25. Sollte es sich ergeben, daß ein Kandidat die Dissertation nicht selbständig verfaßt oder die Klausurarbeiten mit unerlaubter Hilfe angefertigt hat, so ist er durch Beschluß der Fakultät von der Prüfung auszuschließen. Eine bereits erfolgte Ernennung zum Doktor ist durch Fakultätsbeschluß als ungültig zu erklären.

V. Drucklegung der Dissertation.

§ 26. Nach bestandener Prüfung hat der Kandidat die Dissertation in der Form, wie sie von der Fakultät genehmigt wurde, drucken zu lassen. Der Referent hat das Recht, die Drucklegung zu überwachen.

Innerhalb eines Jahres sind der Universitätskanzlei 170 Pflichtexemplare abzuliefern.

Die Pflichtexemplare müssen, um angenommen zu werden, ein vom Dekan zu genehmigendes Titelblatt tragen.

Auf der letzten Seite der Dissertation soll ein kurzgefaßter Lebenslauf beigefügt werden.

Werden die 170 Pflichtexemplare nicht innerhalb eines Jahres nach dem mündlichen Examen der Universitätskanzlei abgeliefert, so unterbleibt die Ernennung zum Doktor. Gesuche um Dispens von dieser Vorschrift sind vor Ablauf der Frist und unter Darlegung erheblicher Gründe schriftlich der Fakultät vorzulegen.

Wünscht der Kandidat eine Verlängerung der Frist, so hat er eine Kautions von Fr. 200.— zu hinterlegen. Wenn auch diese Frist abläuft, so verfällt die Kautions, und die Erteilung des Dokortitels wird verweigert.

§ 27. Gleichzeitig mit der Ablieferung der Pflichtexemplare hat der Kandidat die schriftliche Erklärung abzugeben, daß er sich verpflichtet, falls er seine Dissertation wesentlich unverändert im Buchhandel erscheinen lassen sollte, die Publikation im Titel oder Vorwort als Abdruck (erweiterter, abgeänderter u. s. w. Abdruck) der der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Zürich vorgelegten Dissertation zu bezeichnen.

§ 28. Die Fakultät kann ausnahmsweise die Drucklegung bloß eines Teiles der Dissertation gestatten. Bei besonderen finanziellen Verhältnissen des Kandidaten kann sie Dispens vom Druckzwang gewähren.

Die Fakultät kann die Drucklegung guter Arbeiten unmittelter Kandidaten durch Beiträge unterstützen. Die Größe des Beitrages wird in jedem einzelnen Falle bestimmt. Bei dieser Beitragsleistung finden allfällig verfallene Kautions (§ 26) und, sofern die „Satzungen des Meili-Fonds der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Zürich“ erfüllt sind, auch Mittel dieses Fonds Verwertung.

VI. Ausfertigung des Dokortitels.

§ 29. Die Ernennung zum Doktor erfolgt durch die Aushändigung des unterzeichneten Diploms.

Die Führung des Dokortitels vor Aushändigung des Diploms ist untersagt.

Die Ausfertigung des Dokortitels erfolgt nur, wenn der Kandidat die 170 Pflichtexemplare eingereicht hat, oder wenn ihm durch Fakultätsbeschluß Dispens vom Druckzwang gewährt worden ist.

Das Diplom wird in deutscher oder, auf besondern Wunsch des Kandidaten, in lateinischer Sprache abgefaßt, gedruckt und

mit dem Siegel der Universität und der Fakultät, sowie den Unterschriften des Rektors, des Dekans und des Aktuars der Fakultät versehen.

§ 30. Neben dem Hauptdiplom, das dem Kandidaten eingehändigt wird, sind noch zwei Abdrücke anzufertigen, die im Archiv der Fakultät niederzulegen sind; weitere Abdrücke werden nur auf ausdrückliches Verlangen des Kandidaten und auf dessen Kosten hergestellt.

Jede Doktorpromotion ist im „Amtlichen Schulblatt des Kantons Zürich“ zu veröffentlichen.

VII. Gebühren.

§ 31. Die Gebühren für die Prüfung betragen Fr. 350.—. Sie sind bei der Universitätskanzlei einzuzahlen (§ 3, Ziffer 7).

Überdies hat der Kandidat die Kosten für den Druck des Diploms zu bestreiten.

§ 32. Von den Gebühren hat der Kandidat Fr. 150.— mit der Anmeldung zur Prüfung einzuzahlen.

Wird der Bewerber zur mündlichen Doktorprüfung nicht zugelassen, weil die Dissertation oder die Klausurarbeiten nicht befriedigend ausgefallen sind, so erhält der Kandidat das Einbezahlte zurück, mit Ausnahme der den Fachvertretern für die Begutachtung der Dissertation und der Klausurarbeiten zukommenden Gebühren.

Der Rest der Gebühren ist acht Tage vor der mündlichen Prüfung zu erlegen.

Unterzieht sich der Kandidat der Volkswirtschaft der Prüfung nach den Bestimmungen des § 20, so hat er bei der Anmeldung zur Prüfung ebenfalls Fr. 150.—, acht Tage vor der mündlichen Prüfung weitere Fr. 150.— und die verbleibenden Fr. 50.— mit der Einreichung der Dissertation einzuzahlen.

§ 33. Bei einer Wiederholung der mündlichen Prüfung (§ 18) ist die Hälfte der in § 31 festgesetzten Gebühren zu entrichten; doch kann die Fakultät auch eine weitergehende Ermäßigung gewähren.

§ 34. Unbemittelten Kandidaten, die wenigstens vier Semester mit großem Fleiß an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Zürich studiert haben, kann die Fakultät auf ein mit Belegen versehenes Gesuch die Gebühren erlassen, mit Ausnahme jener für die Begutachtung der Dissertation, sowie derjenigen, die der Staatskasse, der Zentralbibliothek und der Witwen-, Waisen- und Pensionskasse zufallen. Jedoch soll dem Gesuche

nur entsprochen werden, wenn dem Kandidaten für die gleichzeitig einzureichende Dissertation von der Fakultät mindestens das Urteil sehr gut (*magna cum laude*) zuerkannt wird.

B. Ehrenpromotion.

§ 35. Für hervorragende Verdienste um die Rechts- oder die Wirtschaftswissenschaft in theoretischer oder praktischer Beziehung kann die Fakultät die Würde des Doktors beider Rechte oder des Doktors der Volkswirtschaft ehrenhalber verleihen.

§ 36. Der Antrag auf eine Ehrenpromotion muß von einem Fakultätsmitglied schriftlich beim Dekan gestellt und begründet werden.

§ 37. Der Dekan setzt die Fakultät von dem Ehrenpromotionsantrag in Kenntnis. Zur Fassung eines gültigen Beschlusses müssen mindestens drei Viertel der Fakultätsmitglieder anwesend sein. Die Entscheidung über den Antrag findet durch geheime Abstimmung statt. Erklärt sich dabei mehr als eine Stimme gegen die Promotion, so ist der Antrag abgelehnt.

§ 38. Die Fakultät beschließt von Fall zu Fall, in welcher Sprache das Diplom anzufertigen ist. Im übrigen finden mit Bezug auf die Ausfertigung des Diploms und die Bekanntmachung der Promotion die §§ 29 und 30 entsprechende Anwendung. Die Kosten des Diploms trägt die Staatskasse.

Schlußbestimmungen.

§ 39. Die in der Promotionsordnung nicht ausdrücklich geregelten Spezialfragen werden durch Fakultätsbeschluß geordnet.

§ 40. Diese Promotionsordnung tritt mit dem Sommersemester 1931 in Kraft. Durch sie wird die Promotionsordnung vom 5. Februar 1924 mit Nachtrag vom 30. Oktober 1928 aufgehoben.

6. Lehrerschaft aller Stufen.

6. Reglement über die Diplomprüfung für das höhere Lehramt in den Handelsfächern an der Universität Zürich. (Vom 28. Mai 1931.)

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Für die Kandidaten des höheren Lehramtes in den Handelsfächern wird eine Diplomprüfung eingerichtet.

§ 2. Die Kandidaten, die die Prüfung bestanden haben, erhalten ein Diplom, das unter Angabe der einzelnen Fächer ihre

Befähigung zum Lehramte in den Handelsfächern an Handelslehranstalten ausspricht.

Der Besitz dieses Diploms oder eines Befähigungsausweises nach § 16 gilt in der Regel als Voraussetzung für eine Wahl als Handelsfachlehrer an Mittelschulen des Kantons Zürich.

II. Die Prüfungskommission.

§ 3. Der Erziehungsrat ernennt aus der Zahl der die Prüfungsfächer vertretenden Professoren der Fakultät eine Prüfungskommission von fünf bis sieben Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt auf die Dauer von drei Jahren. Wiederwahl der einzelnen Mitglieder ist zulässig.

Den Präsidenten der Kommission bestimmt der Erziehungsrat, den Vizepräsidenten und den Aktuar die Kommission.

§ 4. Die Kommission kann Fachmänner zur Mitwirkung bei den Prüfungen beiziehen oder als Stellvertreter verhandelter Mitglieder bezeichnen.

An der Schlußberatung über die Ergebnisse der Prüfung nehmen die beigezogenen Fachmänner teil.

III. Bedingungen der Zulassung und Anmeldung zur Prüfung.

§ 5. Wer zur Prüfung zugelassen werden will, hat den Nachweis zu leisten,

1. daß er ausreichende Hochschulstudien während mindestens sechs Semestern, von denen wenigstens zwei Semester auf die Universität Zürich entfallen sollen, als immatrikulierter Studierender betrieben hat; ausnahmsweise kann, wenn besondere Gründe, wie beispielsweise längere praktische Tätigkeit, es rechtfertigen, auf Beschluß der Prüfungskommission die Zulassung vor Vollendung eines sechssemestri-gen Fachstudiums bewilligt werden;
2. daß er im ganzen mindestens ein Jahr in kaufmännischen Unternehmungen praktisch sich betätigt hat, wobei im Zweifelsfalle die Prüfungskommission entscheidet, ob Art und Dauer dieser praktischen Betätigung als für den künftigen Handelslehrer ausreichend gelten können;
3. daß er die zum Verständnis handelswissenschaftlicher Schriften ausreichende Kenntnis in Deutsch, Französisch und Englisch besitzt; als Ausweis genügt ein Mittelschulzeugnis, das Zeugnis des zuständigen Fachvertreters an der philosophischen Fakultät I der Universität Zürich oder der Nachweis über einen Aufenthalt in fremdem Sprachgebiet von der Dauer von mindestens sechs Monaten;

4. daß er sich während wenigstens zwei Semestern an den vom Seminarleiter veranstalteten Lehrübungen in Handelsfächern an der Universität Zürich aktiv beteiligte und mindestens eine Vorlesung über Mittelschulpädagogik an der philosophischen Fakultät I besuchte. Von dieser Bestimmung kann ausnahmsweise dispensiert werden.

§ 6. Der Kandidat hat seine schriftliche Anmeldung spätestens sechs Wochen vor Semesterschluß dem Präsidenten der Prüfungskommission einzureichen.

Der Anmeldung sind beizulegen:

1. ein Lebensabriß (curriculum vitae), in dem über den bisherigen Bildungsgang genaue Auskunft erteilt wird;
2. die für die Zulassung zur Prüfung erforderlichen Ausweise und Zeugnisse, wobei über die besuchten Vorlesungen und Übungen eine übersichtliche Zusammenstellung vorzulegen ist;
3. eine Diplomarbeit (§ 8, Ziffer 1) aus dem Gebiete der mündlichen Prüfungsfächer (§ 10);
4. die Bescheinigung der Kantonsschulverwaltung über die erfolgte Einzahlung der Gebühren (§ 14).

IV. Die Prüfung.

§ 7. Die Prüfung ist teils schriftlich, teils mündlich.

Die Zulassung zur mündlichen Prüfung wird nur solchen Kandidaten bewilligt, deren schriftliche Arbeiten mindestens als „befriedigend“ bezeichnet worden sind.

§ 8. Die schriftliche Prüfung besteht in

1. einer Diplomarbeit (Hausarbeit), durch die der Kandidat seine Befähigung zur Ausführung wissenschaftlicher Arbeiten zu erbringen hat;
2. einer Klausurarbeit, durch die der Kandidat seine praktische Befähigung in Buchhaltung nachzuweisen hat;
3. einer Klausurarbeit aus dem Gebiete des kaufmännischen Rechnens.

§ 9. Mit der Übergabe der schriftlichen Arbeiten erklärt der Kandidat zugleich, daß er der alleinige und selbständige Verfasser nach Stoff und Form ist.

Sollten über die Richtigkeit dieser Erklärung Zweifel entstehen, so bleibt der Kommission eine nähere Untersuchung vorbehalten. Ergibt diese, daß der Kandidat die Arbeiten nicht selbständig verfaßt hat, so ist er durch Beschluß der Kommission vom Examen auszuschließen.

Auch ein bereits erteiltes Diplom kann auf Antrag der Kommission durch die Erziehungsdirektion ungültig erklärt werden.

§ 10. Die mündliche Prüfung zerfällt in einen wissenschaftlichen und in einen schulpraktischen Teil.

Die wissenschaftliche Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer:

1. a) Allgemeine und spezielle Privatwirtschaftslehre;
b) Allgemeine Verrechnungslehre und Bilanzkunde.
2. a) Theoretische (allgemeine) Sozialökonomie (mit Einschluß der Geschichte der Sozialökonomie);
b) Praktische (spezielle) Sozialökonomie.
3. Handels- und Wechselrecht.
4. Wirtschaftsgeographie, oder Statistik, oder Versicherungswissenschaft, oder Schweizerisches Bundesstaatsrecht, oder Verwaltungsrecht (allgemeines oder Bundesverwaltungsrecht), oder Didaktik des Mittelschulunterrichtes.

Auf Wunsch des Kandidaten kann die wissenschaftliche Prüfung auf weitere vom Kandidaten unter Ziffer 4 nicht gewählte und sonstige an der Universität gelehrte Fächer ausgedehnt werden.

Die schulpraktische Prüfung besteht in zwei bis drei Probelektionen unter Berücksichtigung verschiedener Fächer und Altersstufen an einer Handelsschule.

§ 11. Die Dauer der wissenschaftlichen mündlichen Prüfung beträgt zwei Stunden; die Prüfungsdauer für die einzelnen Fächer wird durch den Präsidenten der Kommission festgesetzt.

§ 12. Das Urteil für jedes einzelne Prüfungsfach wird vom Prüfenden unter Beifügung seiner Unterschrift erteilt.

Folgende Urteile sind zulässig:

Vorzüglich.	Befriedigend.
Sehr gut.	Ungenügend.
Gut.	

Bei Beurteilung der Leistungen sind die praktischen Übungen mitzuberücksichtigen.

Nachdem der Kandidat die Prüfung vollständig abgelegt hat, entscheidet die Prüfungskommission auf Grund sämtlicher Urteile mit einfacher Stimmenmehrheit über die Erteilung des Diploms.

§ 13. Kandidaten, die die Prüfung nicht bestanden haben, können sich frühestens nach einem halben Jahre wieder zum Examen melden. Die Kommission kann ihnen alsdann nach Gutfinden den Teil der Prüfung, den sie in genügender Weise absolviert haben, erlassen. Eine zweite Wiederholung der Prüfung ist ausgeschlossen.

Als nicht bestanden gilt die Prüfung auch dann, wenn der Kandidat zur Prüfung nicht erscheint oder während der schriftlichen oder mündlichen Prüfung ohne ausreichende Entschuldigungsgründe zurücktritt.

V. Gebühren.

§ 14. An die Kosten der Prüfung zur Erlangung des Diploms für das höhere Handelslehramt haben zu bezahlen: Kantonsbürger und solche Schweizerbürger, deren Eltern im Kanton Zürich niedergelassen sind, Fr. 75.—, alle anderen Schweizer Bürger Fr. 100.—, Ausländer Fr. 150.—. Die Gebühr ist dem Kantonsschulverwalter zuhanden der Staatskasse im voraus zu entrichten.

Bei Wiederholung der Prüfung (§ 13) ist nur die Hälfte der Prüfungsgebühr zu entrichten.

Unbemittelten Kandidaten kann die Erziehungsdirektion gänzlichen oder teilweisen Erlaß der Prüfungsgebühren gewähren.

Schlußbestimmungen.

§ 15. Kandidaten, die an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich den Grad eines Doktors erworben haben, ist die Diplomarbeit (Hausarbeit) und die mündliche Prüfung in denjenigen privatwirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und juristischen Fächern erlassen, die Gegenstand der Doktorprüfung waren.

§ 16. Anwärter auf eine Mittelschulstelle ohne Diplom für das höhere Lehramt, aber mit abgeschlossener akademischer Bildung, können auf Antrag einer Wahlbehörde von der Erziehungsdirektion der Diplomprüfungskommission zu einer besonderen Prüfung (Kolloquium) zugewiesen werden, die ihnen die Erwerbung eines Befähigungsausweises unter Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse ermöglicht. Dieser Ausweis behält seine Gültigkeit auch für weitere Bewerbungen bei. Den Umfang der Prüfung bestimmt nach Anhörung der Wahlbehörde für jeden einzelnen Fall die Kommission, die sich dabei außer von den akademischen Studien- und Prüfungsausweisen leiten lassen wird von der Art der Mittelschulbildung, der nachgewiesenen praktischen Tätigkeit und von der allgemeinen oder besonderen Qualifikation für die in Frage stehende Lehrstelle. Im Maximum soll die Ergänzungsprüfung alle diejenigen Fächer des Handelslehrerexamens, in denen der Bewerber nicht schon eine akademische Prüfung bestanden hat, umfassen.

§ 17. Dieses Reglement tritt sofort in Kraft. Es ersetzt das Reglement über die Diplomprüfung für das höhere Lehramt in

den Handelsfächern an der Universität Zürich vom 21. September 1918 mit Abänderung vom 21. November 1922.

II. Kanton Bern.

1. Primarschule.

I. Dekret betreffend die Verwendung der Bundessubvention für die Primarschule. (Vom 26. Februar 1931.)

Der Große Rat des Kantons Bern,
auf den Antrag des Regierungsrates,
beschließt:

§ 1. Die Bundessubvention für die Primarschule wird folgendermaßen verwendet:

1. Beiträge an Gemeinden für die Ernährung und Kleidung bedürftiger Primarschüler	Fr. 100,000.—
2. Ordentliche Staatsbeiträge an Schulhausbauten	„ 40,000.—
3. Außerordentliche Staatsbeiträge an das Primarschulwesen (Art. 14 Lehrerbesoldungsgesetz)	„ 60,000.—
4. Beiträge an Gemeinden für die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schulmaterialien	„ 40,000.—
5. Beiträge an Gemeinden für den Handfertigkeitsunterricht in der Primarschule	„ 10,000.—
6. Zur Unterstützung allgemeiner Bildungsbestrebungen im Sinne von § 29 des Primarschulgesetzes	„ 15,000.—
7. Beitrag an die Kosten der Staatsseminarien	„ 100,000.—
8. Beitrag an Fortbildungskurse der Primarlehrerschaft	„ 10,000.—
9. Beitrag an die Versicherung der Primarlehrerschaft	„ 100,000.—
10. Beitrag an die Lehrerversicherungskasse für die Anrechnung von Dienstjahren zugunsten älterer Lehrkräfte der Primarschule	„ 50,000.—
11. Zuschüsse an Leibgedinge und Pensionen der Primarlehrerschaft	„ 70,000.—
12. Beitrag an die Versicherung der Arbeitslehrerinnen und der Haushaltungslehrerinnen	„ 30,000.—
13. Beitrag an die Anormalenfürsorge	„ 40,000.—
14. Zur Verfügung des Regierungsrates für die Verwendung im Sinne des Bundesgesetzes	„ 9,394.—

Total Fr. 674,394.—

§ 2. Der Betrag von Fr. 100,000.— (§ 1, Ziffer 1) wird vom Regierungsrat unter diejenigen Gemeinden verteilt, welche die Er-

nahrung und Bekleidung ihrer bedürftigen Schüler in zweckmäßiger Weise durchführen.

Bei der Bemessung der Beiträge ist entsprechend Rücksicht zu nehmen auf den Grad des Bedürfnisses für die Ernährung und Bekleidung in den einzelnen Gemeinden und auf die von diesen selbst für diese Zwecke gemachten Aufwendungen. Die Beiträge gelten in erster Linie als Unterstützung der Schülerspeisung.

§ 3. Der Betrag von Fr. 40,000.— unter § 1, Ziffer 4, ist zur Erhöhung des Staatsbeitrages an die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schulmaterialien zu verwenden. Der Beitrag an die Lehrmittel beträgt 70 Rp. und derjenige an die Schulmaterialien 30 Rp. auf jeden Schüler.

§ 4. Die in § 1, Ziffer 5, ausgesetzte Summe von Fr. 10,000.— ist für Beiträge an die Kosten des Handfertigkeitsunterrichtes (Ausstattung der Räume und Beschaffung von Werkzeug) zu verwenden. Die bisherigen Beiträge an die Besoldung für diesen Unterricht bleiben vorbehalten (Art. 12 des Lehrerbesoldungsgesetzes vom 21. März 1920).

§ 5. Die in § 1, Ziffer 10, vorgesehenen Fr. 50,000.— werden für die Dauer von 10 Jahren der Lehrerversicherungskasse ausgerichtet zur Erhöhung der Pensionen auf 70 % für Lehrkräfte der Primarschule, welche im Jahr 1904 nicht mit der vollen Zahl der geleisteten Dienstjahre in die Kasse aufgenommen werden konnten. Es fallen indes nur solche Lehrkräfte in Betracht, welche sich bis zu dem von der Unterrichtsdirektion festgesetzten Zeitpunkt zum Rücktritt auf den 1. November 1930 oder auf den 1. Mai 1931 angemeldet haben.

§ 6. Der in § 1, Ziffer 11, festgesetzte Beitrag von Fr. 70,000.— ist zu verwenden:

- a) für Zuschüsse an bisherige Leibgedinge und Pensionen und ihre Erhöhung in besondern Fällen;
- b) für Beiträge an Witwen und Waisen von Lehrern, die nicht der Lehrerversicherungskasse angehörten;
- c) für die Erhöhung der Leibgedinge auf Fr. 2000.— bis 2400 Franken zugunsten von Anwärtern, die sich bis zu dem von der Unterrichtsdirektion festgesetzten Zeitpunkt zum Rücktritt auf den 1. November 1930 oder auf den 1. Mai 1931 angemeldet haben.

§ 7. Der Beitrag von Fr. 30,000.— an die Lehrerversicherungskasse (§ 1, Ziffer 12) setzt sich zusammen aus der Erhöhung des Staatsbeitrages an die Versicherung der Arbeitslehrerinnen um jährlich 1 % der versicherten Besoldungen und dem Staatsbeitrag für die Versicherung der Haushaltungslehrerinnen nach besonderem Dekret.

§ 8. Über die Verwendung der in § 1, Ziffer 13, ausgesetzten Summe wird der Regierungsrat das Nähere bestimmen.

§ 9. Was von der Bundessubvention nach Ausrichtung der in § 1, Ziffern 1 bis 13, dieses Dekretes noch übrig bleibt und was auf den einzelnen Posten allenfalls nicht zur Verwendung kommt, sowie der nach dem Ergebnis der Volkszählung von 1930 zu erwartende Mehrbetrag, fallen in die laufende Verwaltung zur Verwendung im Sinne des Bundesgesetzes betreffend die Unterstützung der öffentlichen Primarschule.

Dabei können in besonderen Fällen auch in Betracht fallen:

- a) Zuschüsse an Leibgedinge zugunsten späterer Anwärter im Rahmen von § 6, Absatz c, dieses Dekretes;
- b) Beiträge an die Pensionierung von Lehrkräften, die vom Regierungsrat gemäß Art. 27 des Lehrerbesoldungsgesetzes in den Ruhestand versetzt werden.

§ 10. Dieses Dekret tritt rückwirkend auf 1. Januar 1931 in Kraft und ersetzt das Dekret vom 15. November 1921.

2. Mittelschulen und Berufsschulen.

2. Gesetz über die Ausbildungszeit der Lehrer und Lehrerinnen (Abänderung des § 5 des Gesetzes über die Lehrerbildungsanstalten vom 18. Juli 1875). (Vom 28. Juni 1931.)

Der Große Rat des Kantons Bern,
auf den Antrag des Regierungsrates,
beschließt:

I. Der § 5 des Gesetzes über die Lehrerbildungsanstalten vom 18. Juli 1875 erhält folgende neue Fassung:

§ 5. Die Ausbildungszeit beträgt für Lehrer vier bis fünf Jahre, für Lehrerinnen vier Jahre.

Der Große Rat bestimmt für die Lehrer innerhalb des festgesetzten Rahmens die Ausbildungszeit.

Am Schlusse der Ausbildungszeit haben die Schüler und Schülerinnen eine Patentprüfung zu bestehen. Eine Verordnung des Regierungsrates wird darüber Ausführungsvorschriften aufstellen.

II. Dieses Gesetz tritt mit dessen Annahme durch das Volk in Kraft.

3. Universität.

3. Ergänzung zu den Ausführungsbestimmungen des Reglementes über die Erteilung der Doktorwürde an der medizinischen Fakultät der Universität Bern. (Vom 18. Mai 1931.)

4. Hochschule; zahnärztliches Institut; Abänderung des Reglementes über die Erteilung der Doktorwürde. (Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates; Sitzung vom 20. November 1931.)

Das Reglement über die Erteilung der Doktorwürde der Zahnheilkunde an der medizinischen Fakultät der Universität Bern vom 27. November 1923 wird in § 1, Ziffer 2, ergänzt wie folgt:

Bewerber, die weder im Besitze des eidgenössischen, noch eines von der medizinischen Fakultät anerkannten ausländischen Diploms für Zahnärzte sind, haben eine mündliche Vorprüfung in Physik, Chemie, Anatomie und Physiologie zu bestehen. Diese Prüfung erfolgt gemäß den für die eidgenössische zahnärztlich-naturwissenschaftliche und zahnärztlich-anatomisch-physiologische Prüfung geltenden Bestimmungen und wird durch die Mitglieder der betreffenden Prüfungskommissionen oder durch deren Ersatzmänner abgenommen.

5. Reglement für die Stiftung de Harries. (Vom 3. November 1931 [Stipendien].)

4. Lehrerschaft aller Stufen.

6. Reglement für die Patentprüfungen von Sekundarlehrern des Kantons Bern. [Ergänzung.] (Vom 20. April 1931.)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,
auf den Antrag der Direktion des Unterrichtswesens,
beschließt:

In den Ziffern 2 und 3 des § 9 des Reglementes für die Patentprüfungen von Sekundarlehrern des Kantons Bern vom 31. März 1919 wird Gesang ebenfalls als Wahlfach zugelassen.

7. Dekret betreffend die Aufnahme der Haushaltungslehrerinnen in die Invalidenpensionskasse der Arbeitslehrerinnen. (Vom 7. September 1931.)

5. Verschiedenes.

8. Besoldungen der Handwerksgesellen, Gärtnergehilfen, des Haus- und landwirtschaftlichen Dienstpersonals der Heil- und Pflegeanstalten. (Regierungsratsbeschluß vom 28. April 1931, mit Ergänzung vom 13. Mai 1931.)

III. Kanton Luzern.

1. Allgemeines.

1. **Verordnung über die Durchführung des Bundesgesetzes betreffend Maßnahmen gegen die Tuberkulose.** (Vom 6. Dezember 1930; vom h. Bundesrate genehmigt am 23. März 1931.)

2. Lehrerschaft aller Stufen.

2. **Aus: Dekret betreffend die Besoldung der Lehrerschaft an den Primar- und Sekundarschulen für die Legislaturperiode 1931/1935.** (Vom 30. Juni 1931.)

Der Große Rat des Kantons Luzern,
in Hinsicht auf §§ 109 und 113 des Erziehungsgesetzes vom
13. Oktober 1910,
auf den Vorschlag des Regierungsrates, sowie auf den Bericht
der bestellten Kommission,

beschließt:

§ 1. Für die Legislaturperiode 1931 bis 1935 ist die Barbesoldung der Lehrerschaft an den Primar- und Sekundarschulen festgesetzt wie folgt:

- | | |
|--|-----------------------------|
| a) für einen Primarlehrer auf . . . | Fr. 3,200.— bis Fr. 4,400.— |
| b) für eine Primarlehrerin auf . . . | „ 3,000.— „ „ 4,200.— |
| c) für einen Sekundarlehrer auf . . . | „ 4,000.— „ „ 5,200.— |
| d) für eine Sekundarlehrerin auf . . . | „ 3,800.— „ „ 5,000.— |

Ferner erhält der Lehrer für jedes Kind unter 18 Jahren eine jährliche Zulage von Fr. 100.—.

Lehrer an Gesamtschulen mit großer Schülerzahl haben Anspruch auf Zulagen von Fr. 100.— bis Fr. 300.—.

§ 2. Betreffend die Festsetzung der Besoldung innerhalb den in § 1 genannten Grenzen, die Verteilung der Barbesoldung zwischen Staat und Gemeinden (drei Viertel und ein Viertel) und die Naturalleistungen (Holz- und Wohnungsentschädigung) sind maßgebend die Bestimmungen des Erziehungsgesetzes vom 13. Oktober 1910, des Gesetzes betreffend die Alterszulagen vom 8. März 1921 und der Gesetzesnovelle über die Holz- und Wohnungsentschädigung vom 11. Mai 1926.

§ 3. Die Besoldung der Lehrer der Bürgerschulen beträgt für den Kurs Fr. 250.— bis Fr. 300.—.

§ 4. Die Besoldung einer Lehrerin an einer Arbeitsschule (§ 113 des Erziehungsgesetzes) beträgt für den Kurs Fr. 300.— bis Fr. 400.—.

§ 5. Gegenwärtiges Dekret ist urschriftlich ins Staatsarchiv niederzulegen und dem Regierungsrate zum Vollzuge mitzuteilen.

3. Aus: Dekret betreffend die Besoldungen für das Lehr- und Abwartpersonal an den Mittelschulen und den Schulanstalten des Staates, für die Inspektoren der Volksschulen und für die Beamten und Angestellten der Kantonsbibliothek und des Lehrmittelverlages während der Amtsperiode 1931/1935. (Vom 30. Juni 1931.)

Der Große Rat des Kantons Luzern,
in Hinsicht auf §§ 58 und 99 der Staatsverfassung, sowie auf die §§ 120, 148 und 162 des Erziehungsgesetzes,
auf den Vorschlag des Regierungsrates und das Gutachten der bestellten Kommission,

beschließt:

§ 1. Für die nachgenannten Lehrstellen wird vom 1. Juli 1931 an bis zum 30. Juni 1935 die Besoldung festgesetzt wie folgt:

A. Mittelschulen.

Mittelschullehrer	Fr. 5,500.— bis Fr. 8,000.—
Rektoren, Zulage	„ 200.— „ „ 500.—

Die Gemeinden des Mittelschulkreises haben von dem auf sie entfallenden Besoldungsanteil auch die dekretsgemäßen Beiträge von 8 Prozent an die Hilfskasse der Beamten, Angestellten und ständigen Arbeiter zu leisten.

B. Kantonsschule.

I.

- | | |
|---|------------------------------|
| 1. Ordentliche Lehrer | Fr. 7,000.— bis Fr. 10,000.— |
| 2. Lehrer des Freihandzeichnens
an den untern Klassen | „ 6,500.— „ „ 9,000.— |
| 3. Gesang-, Musiklehrer und Organist
an der Jesuitenkirche | „ 6,500.— „ „ 9,200.— |
| 4. Lehrer der Blasinstrumente und
der untern Violinkurse | „ 6,000.— „ „ 8,500.— |
| 5. Turnlehrer | „ 6,000.— „ „ 8,500.— |
| 6. Für Lehrer, welche nur für eine beschränkte Anzahl Stunden
einen Lehrauftrag erhalten haben, wird die Besoldung nach Maßgabe der vorstehenden Ansätze vom Regierungsrate festgesetzt. | |
| 7. Die beiden Rektoren erhalten eine Zulage von je Fr. 1,200.—
bis Fr. 2,000.— | |

II.

Die Lehrer der Kantonsschule sind zur Übernahme einer Stundenzahl bis auf 24 verpflichtet. Mehrleistungen werden mit Fr. 200.— bis Fr. 250.— pro Jahresstunde honoriert.

Lehrer, deren Fach keine besondere Vorbereitung oder keinen Zeitaufwand für Korrekturen erfordert, sind zur Übernahme einer Stundenzahl bis auf 28 verpflichtet.

C. Theologische Fakultät.

1. Jede der Lehrstellen Fr. 7,000.— bis Fr. 10,000.—
2. Zulage an den Rektor „ 500.—

D. Kunstgewerbeschule.

1. Fachlehrer Fr. 6,000.— bis Fr. 8,500.—
2. Für Lehrer, welche nur für eine beschränkte Anzahl Stunden einen Lehrauftrag erhalten haben, wird die Besoldung nach Maßgabe der vorstehenden Ansätze vom Regierungsrate bestimmt.
3. Direktor, Zulage Fr. 1,800.—

E. Lehrerseminar.

1. Direktor, zugleich Lehrer, nebst freier Wohnung Fr. 6,500.— bis Fr. 9,000.—
2. Jeder der übrigen Lehrer, mit der Verpflichtung, auf Verlangen bei der Aufsicht im Konvikte mitzuwirken, „ 6,000.— „ „ 8,000.—
nebst freier Wohnung für einen derselben.
3. Abwart für das Seminar und das Konvikt:
 - a) Auf Rechnung der Schulanstalt an bar Fr. 1,000.— bis Fr. 1,800.—
 - b) Auf Rechnung des Konviktes Kost und freie Station.

F. Taubstummenanstalt und Anstalt für schwachbegabte Kinder.

1. Direktor, zugleich Lehrer, nebst freier Wohnung Fr. 6,000.— bis Fr. 8,000.—
2. Die übrigen Lehrer je „ 5,000.— „ „ 7,000.—
3. Lehrerinnen je „ 600.— „ „ 1,800.—
nebst Kost und freier Station, mit der Verpflichtung, bei der Aufsicht über die Zöglinge und in der Besorgung der Haushaltungsgeschäfte mitzuwirken.

§ 7. Soweit die Inhaber der unter § 1, lit. A, B und C, genannten Lehrstellen zugleich Schulkapläne und Chorherren sind, wird ihr daheriges Bareinkommen von dem für ihre Lehrstelle ausgesetzten Einkommen in Abzug gebracht.

§ 3. Zur Gewinnung und Erhaltung tüchtiger Lehrkräfte ist der Regierungsrat ermächtigt, deren Besoldungen in bestimmten Fällen bis auf 10 Prozent ihres Betrages zu erhöhen.

§ 6. Die Besoldungserhöhungen erfolgen gemäß dem Gesetze über die Alterszulagen vom 8. März 1921.

§ 7. Die Lehrpersonen, Beamten und Angestellten, soweit sie nicht bloß im Nebenamte angestellt sind, erhalten neben der ordentlichen Besoldung für jedes Kind bis zum vollendeten 18. Altersjahre eine jährliche Zulage von Fr. 100.—

§ 8. Vorbehalten wird für alle in diesem Dekret festgesetzten Besoldungen die Reorganisation der bezüglichen Lehr- oder Amtsstellen.

§ 9. Gegenwärtiges Dekret ist urschriftlich ins Staatsarchiv niederzulegen und dem Regierungsrate zur Vollziehung mitzuteilen.

IV. Kanton Uri.

Schulordnung des Kantons Uri. (Vom 1. März und 16. Juli 1931.)

Der Landrat des Kantons Uri,

in Ausführung der Art. 5, 6, 7, 8, 16, 59, 64, 76 und 81 der Kantonsverfassung, unter Wahrung des Art. 6 des Gesetzes betreffend Errichtung eines Kollegiums vom 4. Mai 1902, der Art. 27 und 27^{bis} der Bundesverfassung und des Bundesgesetzes betreffend Subventionierung der Volksschule, sowie der Bestimmungen über die gewerblichen Fortbildungsschulen,

auf Antrag des Regierungsrates,

beschließt:

I. Erziehungsrat.

§ 1. Das gesamte Schulwesen des Kantons steht unter der Oberaufsicht des Erziehungsrates, welcher darüber dem Landrat alle zwei Jahre Bericht erstattet.

Der Landrat soll durch wenigstens ein Mitglied im Erziehungsrate vertreten sein.

§ 2. Kompetenzen des Erziehungsrates.

- a) Er vollzieht die bezüglichen Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse der Oberbehörden.
- b) Er schreibt die Organisation für alle öffentlichen Schulen vor.

Die Errichtung neuer Schulen und die Aufhebung bestehender Schulen bedürfen seiner Genehmigung.

Er erläßt die Lehrpläne und bestimmt die Einführung, Beschaffung, Vergebung und Abgabe der Lehrmittel und Schulmaterialien.

- c) Er sorgt für pünktliche Handhabung der Schulordnung, erteilt den untergeordneten Behörden die nötigen Weisungen, namentlich auch mit Bezug auf Herstellung und Instandhaltung der Schullokale, und veranlaßt die entsprechende Ahndung der Zuwiderhandelnden.
- d) Er führt die Oberaufsicht über die Schulgesundheitspflege und erläßt die bezüglichlichen erforderlichen allgemeinen Vorschriften.
- e) Ihm liegt in Gemäßheit der Gesetze und bezüglichlichen Stiftungen die kantonale Schulverwaltung ob; er legt darüber dem Landrate alljährlich Budget und Rechnung vor.
- f) Er prüft und anerkennt die Patente der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Primar- und Sekundarschulen und erteilt die Lehrbewilligung.
- g) Die Berichte der Schulinspektion sind ihm jährlich zur Prüfung bis Ende Juli vorzulegen. Er verbindet damit die zur Behebung hervorgetretener Mängel gutfindenden Weisungen. Der gedruckte Schulbericht ist den Gemeinde- und Schulräten, den Pfarrämtern, dem Lehrpersonal und den Regierungs- und Landräten rechtzeitig und persönlich zuzustellen. (Vergl. § 4.)
- h) Er steht in bezug auf das Schulwesen mit den Gemeindebehörden und Lehrern in steter Beziehung. Es haben sich dieselben seinen sachbezüglichen Verfügungen zu unterziehen.
- i) Er kann durch seine Mitglieder in mehrjährigem Turnus die Schulen der verschiedenen Schulkreise besuchen, mit Taggeld und Reiseentschädigung.
- k) Er ist befugt, untaugliche Lehrer oder solche, die wiederholt den zuständigerseits erteilten Weisungen hartnäckig zuwiderhandeln, nach vorausgegangenem Untersuch, in ihren lehramtlichen Verrichtungen zeitweilig einzustellen und deren Ersetzung bei der Wahlbehörde zu erlangen.

Bei unbegründeter Wegwahl von Lehrkräften kann er als Vermittlungsinstanz angerufen werden.

- l) Anträge bezüglich Verbesserung des Unterrichtswesens und Errichtung neuer Schulen bringt er vor den Landrat und begutachtet alle in dieser Richtung zu erlassenden Verordnungen und Beschlüsse.
- m) Der Erziehungsrat hat die Kompetenz, Subkommissionen zu wählen und Fachpersonen beizuziehen.

II. Schulinspektion.

§ 3. Der Erziehungsrat überträgt die Inspektion des Schulwesens einem oder mehreren Fachmännern, welchen infolge dieser

Wahl, sofern sie nicht bereits Mitglieder des Erziehungsrates sind, beratende Stimme in dieser Behörde zukommt.

Der Unterricht in weiblichen Handarbeiten und das hauswirtschaftliche Fortbildungsschulwesen unterstehen einer Inspektorin, die der Erziehungsrat wählt und dem sie jährlich einen schriftlichen Bericht abzustatten hat.

§ 4. Die Obliegenheiten der Schulinspektoren sind:

- a) Jährliche Visitation sämtlicher Schulen des Kantons und rechtzeitige schriftliche Berichterstattung an den Erziehungsrat.
- b) Aufsicht über die Handhabung der bestehenden Verordnungen seitens der Gemeindebehörden und des Lehrpersonals.
- c) Überwachung der genauen Einhaltung und Beobachtung der eingeführten Schulorganisation und der vorgeschriebenen Schulzeit.
- d) Prüfung der Schulführung, Lehrmethode und der Stundenpläne, letzteres wenn möglich bei Beginn des Schuljahres.
- e) Achtnahme auf die Leistungen der Lehrerschaft, den Fortgang, den fleißigen Schulbesuch, sowie auf die Fortschritte und Befähigung der Kinder.
- f) Einsichtnahme in die der Schule seitens der Schulgemeinde zugewendeten materiellen und moralischen Unterstützungen.
- g) Untersuchung des Bestandes und der Einrichtung der Schullokale, Obsorge, daß dieselben die Verwirklichung des Schulzweckes ermöglichen und auch in sanitärischer Beziehung den berechtigten Anforderungen gebührend Rechnung tragen, überhaupt Überwachung der Schulgesundheitspflege.

Die nähere Regelung der Tätigkeit der Schulinspektoren wird durch ein vom Erziehungsrat zu erlassendes Reglement bestimmt.

III. Schulräte.

(Vergleiche Art. 81 der Kantonsverfassung.)

§ 5. In jeder Gemeinde besteht ein Schulrat aus 3—5 Mitgliedern, dem die Beaufsichtigung der Ortsschulen speziell zur Pflicht gemacht wird.

§ 6. Dem Schulrate kommen folgende Rechte und Pflichten zu:

- a) Er vollzieht die das Gemeindeschulwesen betreffenden kantonalen Vorschriften. Er ist der Vollstrecker der Weisungen und Aufträge des Erziehungsrates.
- b) Er richtet seine Aufmerksamkeit auf die Pflichterfüllung des Lehrpersonals, auf die Schulzucht und das Betragen der Schüler in und außer der Schule. Er vermahnt die

Eltern, falls sie dem Betragen ihrer Kinder außerhalb der Schule nicht die nötige Aufmerksamkeit schenken, speziell wegen des Rauchens, des Nachtschwärmens, der Teilnahme und Mitwirkung an Abendunterhaltungen und des Beitritts zu Vereinen.

- c) Er überwacht den regelmäßigen Schulbesuch und sorgt für Bestrafung der Eltern, Pflegeeltern, Vormünder oder Dienstherren, welche ihre schulpflichtigen Kinder und Untergebenen nicht zum fleißigen Besuche der Schule anhalten oder ihnen denselben gar erschweren oder verunmöglichen.

Als Strafmittel werden erklärt:

1. Bei der 1. und 2. unentschuldigten Absenz eine schriftliche Mahnung, bei der 3. eine Vorladung und sodann eine Buße von wenigstens Fr. 1.— für jede unentschuldigte Absenz.
2. Bei Renitenz und Disziplinarvergehen Schularrest, eventuell Geldbuße bis auf Fr. 10.— im ersten Falle und bis auf Fr. 20.— in Rückfällen.
3. Erweisen sich diese Strafen als unzureichend, so sind die Straffälligen der Staatsanwaltschaft behufs Abwandlung durch die korrekzionellen Gerichte zu überweisen, welche auf Geldbuße von Fr. 20.— bis Fr. 100.— oder aber auf Gefängnis von 2 bis 8 Tagen erkennen werden.

Polizeiliche Abholung widerspenstiger Kinder und Einführung in die Schule bleibt überdies vorbehalten.

Die vom Schulrat ausgefallten Geldstrafen fallen in die betreffende Ortsschulkasse.

- d) Er untersucht Beschwerden gegen die Lehrerschaft und spricht nach Umständen Rüge aus. Klagen auf Einstellung im Amte oder Entlassung überweist er, nachdem er sich von deren Begründetheit überzeugt hat, unverzüglich an den Erziehungsrat.
- e) Er unterstützt die Lehrerschaft in der Ausübung ihres Berufes und bietet ihr zur Beseitigung von Hindernissen, welche einem gedeihlichen Wirken entgegenstehen, hilfreiche Hand.
- f) Er entscheidet, ob Kinder mehr als 2 Jahre die gleiche Klasse und wo Spezial- oder Hilfsklassen bestehen, welche Kinder diese zu besuchen haben.
- g) Er trägt Sorge, daß nur die vom Erziehungsrate genehmigten Lehrmittel in der Schule Verwendung finden.
- h) Er besucht wenigstens 4 Mal im Jahre die sämtlichen Schulabteilungen, nimmt Einsicht in den Zustand der Schule in innerer und äußerer Beziehung, läßt sich die unentschuldigten Absenzen sofort melden, monatlich einmal das

Absenzenverzeichnis vorlegen und von der Lehrerschaft über ihre Wahrnehmungen in dieser oder jener Richtung Aufschlüsse erteilen.

- i) Er sorgt für monatliche Auszahlung der Gehälter an die weltliche Lehrerschaft und an die geistlichen Lehrkräfte. Die Besoldung der Ordenslehrkräfte kann vierteljährlich geschehen. Er unterhält fortwährend die geeigneten Beziehungen mit den Lehrkräften und stellt ihnen bei Weggang oder auf Verlangen über ihre Leistungen und ihre Aufführung amtliche Zeugnisse aus.
- k) Er sorgt im Erkrankungsfalle eines Lehrers für einen geeigneten Ersatz unter Kenntnissgabe an den Erziehungsrat, sowie unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes über die Beitragsleistung des Kantons an die Lehrerbesoldungen vom 2. Mai 1920 (Art. 5).
- l) Wegziehende Kinder hat er der Schulbehörde des neuen Wohnortes sofort zu melden, mit Zustellung der Zeugnisse.
- m) Er überwacht und handhabt die Schulgesundheitspflege in seiner Gemeinde. Er wird beim Ausbruch ansteckender Kinderkrankheiten die zur Verhinderung der Ausbreitung derselben geeigneten Schutzmaßregeln treffen und sich hierbei an folgende Vorschriften halten:
 1. Schüler, die an einer ansteckenden Kinderkrankheit, wie Diphtherie, Scharlach, Masern, Keuchhusten, Röteln, Windpocken und Pocken leiden, oder mit ansteckenden Hautkrankheiten behaftet sind, sind vom Schul- und Kirchenbesuch auszuschließen. Dieselben dürfen die Schule und den Gottesdienst erst dann wieder besuchen, wenn die Gefahr einer Ansteckung als beseitigt zu betrachten ist. Hiefür ist bei Scharlach und Diphtherie ein ärztliches Zeugnis beizubringen.
 2. Bei Diphtherie, Scharlach, Pocken und Masern sollen auch die andern im gleichen Gebäude wohnenden Kinder die Schule so lange nicht besuchen, bis die Gefahr einer Verschleppung als beseitigt gilt.
 3. Die Eltern haben dafür zu sorgen, daß die kranken mit gesunden Kindern anderer Familien nicht in Berührung kommen.
- n) Bei Fragen organisatorischer Natur, wie zum Beispiel Schul- und Ferienverteilung, Anschaffung von Anschauungsmaterial etc., kann die Lehrerschaft beigezogen werden.

IV. Schulratspräsidium.

§ 7. Der Schulratspräsident versammelt und leitet die Behörde, sorgt für Vollziehung ihrer Beschlüsse, bewilligt den

Lehrern auf Vorweis genügenden Grundes einzelne Urlaubstage, unterzeichnet die vom Schulrate ausgehenden Schreiben, erteilt gemäß § 6, Ziffer 1, Verwarnungen und erläßt Vorladungen. Er gestattet unter besondern Umständen auf Verlangen der Eltern einzelnen Kindern innerhalb eines Vierteljahres für die Dauer von höchstens 3 Tagen bei Ganztagschulen und von 3 Halbtagen bei Halbtagschulen aus der Schule zu bleiben (§ 21), nimmt sowohl die Klagen der Lehrer als Beschwerden über dieselben in erster Linie entgegen.

Bei Dispenserteilung ist die Lehrerschaft hievon sofort zu benachrichtigen.

V. Lehrer.

§ 8. Zur definitiven Anstellung im Lehrerberufe im Kanton bedarf es eines vom Erziehungsrate anerkannten Patentes. Der Erziehungsrat anerkennt die Patente derjenigen Kantone, die auch dem Lehrpatent von Uri Anerkennung gewähren.

Interimslehrkräfte bedürfen zur Ausübung des Lehrberufes einer Lehrbewilligung des Erziehungsrates.

Der definitiven Erteilung eines ernerischen Lehrpatentes geht ein Provisorium von 2 Jahren voraus.

Lehrkräften, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen oder solchen, die ihrem Berufe nicht gewachsen erscheinen, kann der Erziehungsrat jederzeit das Patent entziehen.

§ 9. Die Einführung neugewählter Lehrkräfte in die Schule erfolgt durch die betreffenden Ortsschulräte. Dem Lehrpersonal wird eine willige und strenge Erfüllung seiner Pflichten, ein taktvolles und liebeiches Betragen gegenüber den Kindern, eine tadellose sittliche Aufführung auch außerhalb der Schule, sowie ein unentwegtes, redliches Streben, seine Ausbildung durch Selbststudium und durch den Besuch von Lehrerkonferenzen und Lehrerfortbildungskursen zu fördern, nachdrucksamst anbefohlen. Der Erziehungsrat hat das Recht, nach seinem Gutfinden Lehrkräfte zum Besuch von beruflichen Fortbildungskursen zu veranlassen.

§ 10. Die Lehrpersonen haben sich in bezug auf die Schulorganisation, den Lehrplan und ihre sämtlichen Obliegenheiten genau nach den Vorschriften und Weisungen des Ortsschulrates und der kantonalen Erziehungsbehörde zu richten. Anstände zwischen Lehrpersonen und Schulräten entscheidet der Erziehungsrat.

§ 11. Der Erziehungsrat ist nach Anhörung der Ortsschulbehörde ermächtigt, den Lehrern Nebenbeschäftigungen, welche der Stellung eines Lehrers nicht angemessen sind oder seine geistliche Wirksamkeit in Frage stellen, zu untersagen.

§ 12. Der Lehrer führt ein genaues Verzeichnis über die entschuldigten und unentschuldigten Absenzen der Schulkinder und macht bei unentschuldigten Absenzen dem Schulpräsidenten sofort schriftliche Anzeige.

Als entschuldigte Absenzen gelten:

- a) Krankheiten, welche aber durch Beibringung einer glaubwürdigen, schriftlichen Anzeige dem Lehrpersonal gemeldet werden müssen. Dauert die Krankheit länger als 5 Tage, so kann die Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses verlangt werden.
- b) Plötzliche Erkrankung der Eltern oder der nächsten Familienglieder und Todesfälle in der Familie.
- c) Verhinderung durch starkes Unwetter, Ungangbarkeit von Steg und Weg.

Die Lehrerschaft hat darüber zu wachen, daß Verhinderungsgründe ihr unverzüglich zur Anzeige gebracht werden.

§ 13. Die Wahl des Lehrpersonals verbleibt den Gemeinden, unter Beachtung der Bestimmungen des § 8, bedarf aber der Bestätigung des Erziehungsrates. Gestützt auf § 8 fällt die periodische Wiederwahl der Lehrer dahin.

§ 14. Die Lehrerbesoldung ist durch das Lehrerbesoldungsgesetz geregelt. Der Erziehungsrat stellt ein Regulativ für die Alters- und Hinterbliebenenfürsorge der weltlichen Lehrpersonen auf.

§ 15. Zur Aneiferung und Fortbildung der Lehrerschaft finden alljährlich Lehrerkonferenzen statt, deren Besuch für das ganze Lehrpersonal obligatorisch ist. Die Durchführung ist dem Kantonalen Lehrerverein seinen vom Regierungsrat genehmigten Statuten gemäß zu übertragen. Der Kanton leistet an jede Konferenz Fr. 100.—. Der Lehrerverein ist verpflichtet, über die Konferenzen dem Erziehungsrat Bericht zu erstatten.

Die Teilnahme an auswärtigen Bildungskursen wird vom Erziehungsrat subventioniert.

§ 16. Geeigneten und vorgebildeten Lehramtskandidaten werden vom Erziehungsrate Stipendien zugesprochen.

VI. Schüler und Schulzeit.

§ 17. Die Primarschulpflicht beginnt für alle geistig und körperlich gesunden Kinder mit dem Jahre, in welchem sie das 7. Altersjahr erfüllen.

Den Gemeinden wird nahegelegt, für Schwachbegabte Spezialklassen einzurichten.

Schwachentwickelte und schwachbegabte Kinder können für den Schuleintritt auf das 8. Altersjahr zurückgestellt werden.

Vorzeitiger Schuleintritt ist untersagt.

Ein Austritt aus der Schule während des Schuljahres ist unzulässig.

Sittlich gefährdete Kinder können jederzeit aus der Schule entlassen werden und sollten nach Möglichkeit versorgt werden.

Die Schulpflicht erstreckt sich vom 7. bis zum erfüllten 14. Altersjahr.

§ 18. Um den verschiedenen Ortsverhältnissen Rechnung zu tragen, umfaßt die Primarschulzeit je nach freiem Ermessen der Gemeinden und Schulorte:

- a) Ganzjahr-Ganztagschulen mit 7 Schuljahren, jedes zu 38—40 Schulwochen mit mindestens 800 Schulstunden.
- b) Ganzjahr-Halbtags- oder zeitweise Ganztagschulen für die 3 ersten Schulklassen zu 38—40 Schulwochen mit 600—800 Schulstunden.
- c) Halbjahr-, zeitweise Ganztagschulen für die 4 Oberklassen zu 30—32 Schulwochen mit 540—720 Schulstunden.

Eine Verminderung der mit Inkrafttreten dieser Schulordnung eingehaltenen Schulzeit ist den Gemeinden nicht gestattet.

Auf begründetes Gesuch hin kann der Erziehungsrat einzelnen Gemeinden für die Einführung des 7. Schuljahres eine Karenzzeit bis zu 5 Jahren gewähren. Der Erziehungsrat ist ermächtigt, bei ganz schwierigen Verhältnissen eine Reduktion der Schulwochen eintreten zu lassen.

Es steht den Gemeinden frei, die Schulpflicht um ein Jahr zu erweitern.

Jede Lehrkraft hat Anspruch auf 2 freie Halbtage pro ganze Schulwoche. Wo außergewöhnliche Ortsschulverhältnisse einen andern Modus für die Zuteilung der freien Halbtage rechtfertigen, mag sich die Lehrerschaft mit dem Schulrate verständigen.

Beginn und Schluß des Schuljahres, sowie die Ferienverteilung sind Sache des Schulrates, bedürfen aber der Genehmigung des Erziehungsrates,

§ 19. Schwachbegabte, die wenigstens 7 Jahre die Schule fleißig besucht und geleistet haben, was in ihren Kräften stand, werden zum fernern Schulbesuch nicht mehr verpflichtet.

Sitzengebliebene sind zum 8. Schuljahr verpflichtet.

Wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen nicht Bildungsfähige kann der Schulrat vom Besuche der Normalschule dispensieren. Er hat jedoch dafür zu sorgen, daß solche Kinder in einer Hilfsschule oder Anstalt für Anormale untergebracht werden.

§ 20. Das sogenannte Überspringen einzelner Primarklassen ist gänzlich verboten.

Mehr als zwei Jahre darf kein Kind in derselben Primarklasse behalten werden.

§ 21. Die Schüler sind zum regelmäßigen Schulbesuch verpflichtet. Bewilligung zum Ausbleiben kann der Lehrer pro Monat einen Tag, unter Anzeige an den Schulratspräsidenten, erteilen, jedoch nur in wohlbegründeten Fällen. (Siehe § 7.)

§ 22. Der Eintritt der Schüler in die Schule erfolgt bei Beginn des Schuljahres. Ausnahmen erfordern eine Genehmigung des Schulrates, der sich darüber mit dem Lehrer ins Einvernehmen zu setzen hat. Der Übertritt eines Schülers aus einer Ortsschule in eine andere erfordert die Genehmigung der betreffenden Ortsschulräte. (Vergl. auch § 6, lit. 1.)

§ 23. Eltern, Pflegeeltern, Vormünder, Dienst- und Arbeitsherren sind für den Schulbesuch und die Disziplin der ihnen untergebenen Kinder verantwortlich. Den Schülern wird ein gesittetes Betragen zur Pflicht gemacht.

Der Aufenthalt im Freien nach Eintritt der Abenddämmerung ohne Aufsicht ist ihnen untersagt. Für die Teilnahme und Mitwirkung an Abendunterhaltungen und Aufführungen ist die Bewilligung des Schulrates erforderlich. Eine der Schule und der Gesundheit nachteilige Verwendung der Kinder ist verboten und strafbar.

Das Rauchen ist Schülern unter 16 Jahren strengstens untersagt. Rauchutensilien sind ihnen wegzunehmen. Übertretungen des Rauchverbotes werden vom Schulrate nach Maßgabe von § 6, Ziffer 2, bestraft. (Vergl. auch § 6, lit. b.)

§ 24. Der Schulbesuch ist unentgeltlich. Überdies werden die Ortsschulräte angewiesen, auch die unentgeltliche Verabfolgung der Schulmaterialien an dürftigere Kinder durchzuführen. Von Schulkindern, die in andern Gemeinden ihren Wohnsitz haben, kann ein Schulgeld erhoben werden.

§ 25. An die Gemeinden, welche die Unfallversicherung ihrer Lehrer und Schüler einführen, zahlt der Kanton 50 % der Prämien.

VII. Privatunterricht.

(Vergleiche Art. 6 der Kantonsverfassung.)

§ 26. Eltern und Vormünder sind befugt, ihre Kinder und Pflegebefohlenen statt in die öffentlichen Gemeindeschulen zu schicken, selbst zu unterrichten oder durch patentierte Hauslehrer oder in Privatanstalten unterrichten zu lassen, sofern das Lehrziel der öffentlichen Volksschulen erreicht wird.

Wer von dieser Befugnis Gebrauch machen will, ist gehalten, den Schulrat seiner Wohngemeinde davon in Kenntnis zu setzen, und es hat sich letzterer von der gehörigen Durchführung des Unterrichtes jederzeit zu überzeugen.

Solche Schüler haben am Examen der öffentlichen Schule zu erscheinen und sich über ihre Kenntnisse auszuweisen.

VIII. Gemeindeschulen.

§ 27. In jeder Gemeinde oder Filiale soll wenigstens eine Primarschule bestehen.

§ 28. Wo die Schülerzahl die Trennung in zwei oder mehrere Schulen erheischt, ist vorzüglich auf Trennung der Geschlechter Bedacht zu nehmen.

§ 29. Die Maximalzahl der Primarschüler für ein- oder zweiklassige Schulen für eine Lehrstelle wird auf 60 festgesetzt.

Bei drei- und mehrklassigen Schulen beträgt das Maximum 50 Schüler für eine Lehrkraft. Wo diese Zahlen mehr als drei Jahre nacheinander überstiegen werden und keine Aussicht auf baldige Reduktion der Schülerzahl in Aussicht steht, ist eine weitere Lehrkraft anzustellen. Es liegt in der Kompetenz der Gemeinden, das Maximum tiefer zu stellen.

§ 30. Als Lehrgegenstände sind für die Primarschulen vorgeschrieben:

- a) Religionsunterricht (Katechismus und biblische Geschichte).
- b) Anschauungsunterricht.
- c) Lesen und Schreiben.
- d) Sprachübungen, Aufsätze, mit besonderer Berücksichtigung des Briefes.
- e) Kopf- und Zifferrechnen.
- f) Vaterlandskunde: Geschichte, Geographie und Verfassungskunde.
- g) Turnunterricht für die Knaben nach Maßgabe der eidgenössischen Forderungen.

Das Mädchenturnen ist fakultativ.

- h) Gesang und Zeichnen.
- i) Für die Mädchen Handarbeit und Hauswirtschaft.
- k) Wanderungen (fakultativ).

IX. Bestreitung der Primarschulkosten.

§ 31. Als Quellen zur Bestreitung der Ausgaben für Lehrergehälter, Schullokale und deren Ausstattung, Anschaffung von Schulmaterialien für ärmere Kinder, sowie für anderweitige Schulbedürfnisse werden bezeichnet:

- a) Die vorhandenen Schulfonds, für deren Unveräußerlichkeit, richtige Verwendung und Verwaltung die Gemeinden verantwortlich sind.
- b) Die Beiträge des Kantons, des Bundes, der Korporationen, sowie der Stiftungen.
- c) Die ausgefallten Geldbußen gemäß § 6.
- d) Zuschüsse der Gemeinde, eventuell direkte Gemeindesteuern nach Maßgabe des kantonalen Steuergesetzes.

§ 32. Die gegenwärtigen kantonalen Beiträge an das Primarschulwesen dürfen nicht vermindert werden.

Auf Vorschlag des Erziehungsrates kann der Landrat finanziell stark belasteten Gemeinden Extrabeiträge ausrichten.

§ 33. Die Verteilung der Bundessubvention wird durch eine spezielle Verordnung geregelt.

§ 34. Der Kanton leistet an die Besoldung der Lehrkräfte nach Maßgabe besonderer gesetzlicher Bestimmungen einen jährlichen Beitrag. Der Erziehungsrat hat dem Landrat unter Berücksichtigung aller Verhältnisse einen detaillierten Antrag über die Verteilung der Bundessubvention, sowie jährlich einen Voranschlag über das kommende Jahr zu unterbreiten.

§ 35. Die Gemeinden haben über das Schulwesen besondere Rechnung zu führen, dieselbe alljährlich abzuschließen und sich bis Ende Januar des folgenden Jahres dem Erziehungsrat auszuweisen.

Sollte eine Gemeinde ihren Schulobligationen trotz wiederholter Mahnung nicht nachkommen, so können ihr für die Dauer einer solchen Renitenz die Staatsbeiträge vom Erziehungsrate gekürzt oder ganz entzogen werden.

X. Schullokale.

§ 36. Die Gemeinden sind verpflichtet, für gesunde, helle und geräumige Schullokale zu sorgen und dieselben zu keiner zweckwidrigen Verwendung zu benutzen oder benutzen zu lassen.

Im übrigen wird hier ausdrücklich auf den Landsgemeindebeschuß vom 4. Mai 1902, sowie auf die landrätliche Vollziehungsverordnung vom 26. März 1903 verwiesen.

XI. Obligatorische Fortbildungsschule.

§ 37. An jedem Primarschulort soll eine Fortbildungsschule bestehen für die männliche Jugend, welche nebst dem allgemeinen Erziehungs- und Bildungszweck die für jedermann notwendigen Schulkenntnisse wiederholen, üben und erweitern und damit dem praktischen Leben dienen soll.

§ 38. Die Fortbildungsschule umfaßt drei Jahre mit mindestens 60 Unterrichtsstunden. Der Unterricht soll nur an Werktagen, wenn möglich am Nachmittag, auf keinen Fall bis nach $\frac{1}{2}$ 10 Uhr abends ausgedehnt werden.

Sonntagsunterricht ist an die Bewilligung des Erziehungsrates gebunden.

Es bleibt den Gemeinden unbenommen, weitere Jahrgänge obligatorisch zu erklären. Der Ausbau zu landwirtschaftlichen und gewerblichen Fortbildungsschulen wird empfohlen.

§ 39. Die Schule ist obligatorisch für alle Schüler der letzten drei entlassenen Primarschulklassen, die nicht gleichzeitig eine Sekundar-, Mittelschule oder eine gewerbliche oder kaufmännische Fortbildungsschule besuchen.

Schüler, welche eine andere Schule besuchen, haben dem Schulrate den bezüglichen Ausweis zu erbringen. Wer zwei Jahre die Sekundarschule besucht hat, kann nach Ablegung einer Prüfung oder auf Einreichung der Zeugnisse dispensiert werden.

Wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen nicht Bildungsfähige kann der Schulrat vom Besuche der Schule dispensieren.

§ 40. Als Lehrer an der Fortbildungsschule können von den Gemeindegemeinschulräten die Ortslehrer oder andere geeignete Persönlichkeiten angestellt werden. Dem Erziehungsrat steht das Genehmigungrecht zu.

Das Maximum einer Abteilung ist 30 Schüler. Die Klassentrennung erfolgt nach Fähigkeiten. Die Zuteilung in die Abteilungen erfolgt nach Anordnung des Schulrates.

Das Honorar für eine Unterrichtsstunde beträgt Fr. 2.50. Bezüglich des Besuches von Konferenzen und Fortbildungskursen gelten die Bestimmungen des § 15.

§ 41. Die Unterrichtsfächer der obligatorischen Fortbildungsschule sind: Lesen, Schreiben, Korrespondenz, Rechnungsführung, Vaterlandskunde, Rechnen, je nach Ort und Bedürfnissen Landwirtschaftskunde und Gesundheitslehre.

§ 42. Die Lehrmittel bestimmt der Erziehungsrat. Sie werden den Gemeinden nach Maßgabe der Schülerzahl von der kantonalen Schulfondsverwaltung gratis zur Verfügung gestellt.

§ 43. Die Fortbildungsschule steht unter den nämlichen Aufsichtsbehörden wie die übrigen Gemeindegemeinschaften. Die Oberleitung ist Sache des Erziehungsrates.

§ 44. Für jede unentschuldig versäumte Unterrichtsstunde beträgt die Buße Fr. 1.— bis Fr. 2.—.

Als Entschuldigung gelten die in § 12 angeführten Gründe. Fabrikarbeit wird gemäß Artikel 75 des Bundesgesetzes betreffend die Arbeit in den Fabriken nicht als Entschuldigung angesehen.

Fortbildungsschüler, die sich grober Fehler oder fortgesetzten Unfleißes schuldig machen, werden unter Anzeige an den Schulpräsidenten durch den Lehrer vom Unterricht ausgeschlossen. Der Schulpräsident erteilt dem Fehlbaren einen scharfen Verweis oder der Schulrat verhängt eine Geldbuße bis auf Fr. 10.—. Auf keinen Fall darf der Schüler zum Unterricht erscheinen, bevor er sich entschuldigt hat. Die dadurch entstehenden Absenzen gelten als unentschuldig. In Rückfällen erfolgt eine Geldbuße bis auf Fr. 20.—.

Unbegründetes verspätetes Erscheinen von mehr als 10 Minuten gilt als Stundenabsenz.

Die Bußgelder fallen in die Schulkasse.

Der Schulrat stellt den Ausweis über die eingezogenen Bußen mit der Schulliste 14 Tage nach Schulschluß dem Inspektorat zu.

Wenn sich diese Strafen als wirkungslos erweisen, sind die Straffälligen vom Schulrate dem Erziehungsrate zu verzeigen, welcher einen Disziplinararrest von höchstens vier Tagen erkennen kann, den der Gebüßte auf eigene Kosten im Zeughaus Altdorf abzusitzen hat.

Die Schulräte sind verpflichtet, die Schüler beim Beginn der Schule auf die Strafbestimmungen aufmerksam zu machen.

XII. Hauswirtschaftliche Fortbildungsschulen.

§ 45. Für die weibliche Jugend können die Gemeinden nach Maßgabe der bundesgesetzlichen Bestimmungen die hauswirtschaftliche Fortbildungsschule obligatorisch erklären.

§ 46. Gegenstand der hauswirtschaftlichen Ausbildung sind folgende Fächer: Haushaltungskunde mit praktischen Übungen, besonders im Kochen, Garten- und Gemüsebau, hauswirtschaftliches Rechnen und Buchführung, Gesundheitslehre, Kranken- und Unfallpflege, hauswirtschaftliche Handarbeiten, Erziehungslehre, Kinderbeschäftigung und als Grundlage die Religion.

§ 47. Zum Besuche der Schule können durch Gemeindebeschluß verpflichtet werden alle Töchter vom 14. bis 18. Altersjahr, die nicht gleichzeitig eine Sekundar-, eine gewerbliche oder hauswirtschaftliche Schule besuchen.

§ 48. Die Wahl der Lehrkräfte (eventuell Wanderlehrerinnen) steht der Gemeinde zu unter Genehmigungsvorbehalt des Erziehungsrates.

§ 49. Die Lehrmittel bestimmt der Erziehungsrat. Sie werden den Schülerinnen von der kantonalen Schulfondsverwaltung gratis zur Verfügung gestellt.

§ 50. Die hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen stehen unter der nämlichen Aufsichtsbehörde wie die Gemeindeschulen. Es liegt aber im freien Ermessen der Gemeinden, hiefür eine Frauenkommission zu bezeichnen. Die vom Erziehungsrat für die Handarbeiten ernannte Inspektorin besucht auch die hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen.

§ 51. Bezüglich der Absenzen und des Betragens gelten analoge Bestimmungen wie in § 44.

§ 52. Der Kanton leistet Beiträge an die Gehälter der Lehrkräfte der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen. Die Höhe derselben bestimmt der Landrat.

XIII. Sekundarschulen.

§ 53. Die Sekundarschulen bilden die obere Stufe der Volksschule. Es steht den Gemeinden frei, Sekundarschulen zu gründen oder sich zu diesem Zwecke mit andern Gemeinden zu verbinden.

§ 54. Die Sekundarschule umfaßt zwei, eventuell drei Jahre. Der Besuch des zweiten Sekundarschuljahres ist obligatorisch. Der Schulrat kann vom Besuch des zweiten Jahres aus wichtigen Gründen in Einzelfällen dispensieren.

§ 55. Den örtlichen Verhältnissen entsprechend kann die Schulzeit entweder auf 40 Schulwochen mit mindestens 800 Schulstunden oder auf 32 Schulwochen mit mindestens 540 Schulstunden festgesetzt werden. Die Ansetzung der Ferien ist Sache des Schulrates.

§ 56. Der Eintritt in die Sekundarschule ist nur solchen Schülern gestattet, die mindestens sechs Schuljahre absolviert und die Aufnahmeprüfung mit Erfolg bestanden haben. Der Übertritt eines Schülers aus einer Ortsschule in eine andere erfordert die Genehmigung der betreffenden Ortsschulräte.

Der Austritt kann nur am Schlusse des Schuljahres erfolgen, und zwar nach der öffentlichen Prüfung.

Jede Lehrkraft hat Anspruch auf wöchentlich zwei freie Halbtage.

§ 57. Unterrichtsgegenstände der Sekundarschule sind:

1. Religion.
2. Deutsche und französische, eventuell italienische Sprache, fakultativ eine zweite Fremdsprache.
3. Arithmetik, Geometrie, Buchhaltung.
4. Verkehrskunde und Exkursionen.
5. Geschichte und Geographie.

6. Naturkunde.
7. Schönschreiben, fakultativ Stenographie.
8. Zeichnen, Singen, Turnen.
9. Weibliche Handarbeiten und Haushaltungskunde.

Der Lehrplan umschreibt den Lehrstoff für die beiden Schultypen.

§ 58. Dem Erziehungsrat ist die Genehmigung der Lehrmittel vorbehalten.

§ 59. Zur Ausübung der Lehrtätigkeit bedarf es eines Lehrpatentes. In besondern Fällen ist der Erziehungsrat ermächtigt, eine Lehrbewilligung zu erteilen.

Die Wahl der Lehrkräfte, sowie die Festsetzung der Besoldung ist Sache der Gemeinden.

Bezüglich der Kompetenzen, Absenzenhandhabung, Lehrerkonferenzen sind die entsprechenden Paragraphen der Schulordnung anzuwenden.

§ 60. Das Maximum der Schülerzahl für eine Lehrkraft ist 30. Wo diese Zahl drei Jahre nacheinander überschritten wird, ist eine weitere Lehrkraft anzustellen.

Die Trennung der Schüler nach Geschlechtern ist nach Möglichkeit durchzuführen.

§ 61. Die Sekundarschulen unterstehen den nämlichen Aufsichtsbehörden wie die Primarschulen.

§ 62. Der Kanton leistet an die Sekundarschulen Beiträge, die vom Landrat festgesetzt werden. Sie betragen für Schulen mit 40 Schulwochen Fr. 1200.—, für Schulen mit 32 Schulwochen Fr. 1000.—, wobei die unentgeltliche Abgabe der Lehrmittel empfohlen wird.

XIV. Übergangsbestimmungen.

§ 63. Die Schulordnung vom 26. November 1906, die Landratsbeschlüsse betreffend Abänderung der Schulordnung vom 27. Januar 1910, die Erhöhung der Besoldung für die obligatorische Fortbildungsschule vom 20. Oktober 1920, Erhöhung der Beiträge an die Sekundarschulen vom 23. Januar 1907 und 31. Mai 1922 werden hie mit aufgehoben.

§ 64. Der Erziehungsrat wird mit dem weitem Vollzug dieser Schulordnung beauftragt.



V. Kanton Schwyz.

Fortbildungsschule.

I. Verordnung über die allgemeine Wiederholungsschule. (Vom 21. Juli 1931.)

Der Kantonsrat des Kantons Schwyz,
gestützt auf § 9 und § 40, lit. e, der Kantonsverfassung, in Abänderung der Verordnung über die kantonalen Rekrutenschulen, vom 2. Dezember 1885,

auf den Antrag des Regierungsrates,
beschließt:

§ 1. Die bisherige obligatorische Rekrutenschule wird in eine allgemeine Wiederholungsschule umgewandelt.

§ 2. Alle jungen Männer sind verpflichtet, von dem der Erfüllung des 16. Altersjahres folgenden Jahr an während zwei Jahren die Wiederholungsschule zu besuchen.

Jünglinge unter 16 Jahren können auf besonderes Begehren in die Wiederholungsschule aufgenommen werden.

§ 3. Von der Pflicht zum Besuch der Wiederholungsschule können befreit werden junge Männer, welche:

- a) gleichzeitig anderweitigen Studien obliegen;
- b) wenigstens zwei Jahre eine gewerbliche Fortbildungsschule (unter Vorbehalt von lit. c) oder Sekundarschule oder zwei Kurse einer landwirtschaftlichen Schule oder einer andern Fachschule besucht haben;
- c) eine Lehrlingsprüfung wenigstens mit der Durchschnittsnote 2 in den Realfächern bestanden haben.

§ 4. Die Dispensgesuche sind mitsamt den erforderlichen Ausweisen alljährlich im Monat Oktober vor Beginn des Unterrichtes dem Erziehungsdepartement einzureichen. Dieses prüft sie in Verbindung mit dem Schulinspektor und entscheidet sodann endgültig darüber.

Das Erziehungsdepartement und das Schulinspektorat sind befugt, die Gesuchsteller einer besondern Prüfung zu unterziehen.

Verspätete Gesuche werden nicht berücksichtigt.

§ 5. Die Dauer der jährlichen Unterrichtskurse mit Einschluß der turnerischen Übungen soll wenigstens 60 Stunden betragen.

§ 6. Die Schulräte ordnen die Abhaltung der Wiederholungsschule an. Sie leiten und überwachen sie, sie bestellen das Lehrpersonal, sie weisen die Schullokale an und sorgen für deren Beleuchtung und Heizung.

§ 7. Die Lehrer an der Wiederholungsschule werden nach dem Lehrbesoldungsgesetz besoldet.

Für die ersten 40 Stunden trägt jede Gemeinde die Kosten.

Die Kosten der übrigen Stunden bestreitet der Kanton aus der erhöhten Schulsubvention.

§ 8. Der Regierungsrat bestimmt die Unterrichtsfächer der Wiederholungsschule.

§ 9. Bezüglich der Bestimmung und Anschaffung der Lehrmittel werden die §§ 23, 24 und 25 der Schulorganisation sinngemäß angewendet.

§ 10. Der Erziehungsrat führt die Oberaufsicht über den Unterricht.

§ 11. Säumige oder widersetzliche Wiederholungsschüler sind dem Bezirksamte zu verzeigen und von diesem zu bestrafen:

- a) durch polizeiliche Zuführung zum Unterricht;
- b) durch Arrest bis auf drei Tage.

Über Strafausfällung und Vollzug ist dem Erziehungsdepartement alljährlich Bericht zu erstatten.

§ 12. Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung wird die Verordnung betreffend die kantonalen Rekrutenschulen, vom 2. Dezember 1885, aufgehoben.

§ 13. Der Regierungsrat ist mit dem Vollzug beauftragt.

2. Regierungsratsbeschluß über die Unterrichtsfächer der allgemeinen Wiederholungsschule. (Vom 19. September 1931.)

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz,
in Vollziehung von § 8 der Verordnung über die allgemeine Wiederholungsschule, vom 21. Juli 1931,

beschließt:

1. An der Wiederholungsschule ist in folgenden Fächern Unterricht zu erteilen:

- a) Sittliche Lebenskunde;
- b) deutsche Sprache (Lesen, Aufsätze und Korrespondenz aus dem praktischen und beruflichen Leben, unter besonderer Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse);
- c) Rechnen (Rechnungs- und einfache Buchführung);
- d) Bürgerkunde (Verfassungs- und Gesetzeskunde, Wirtschafts- und Verkehrslehre);
- e) Gesundheitslehre und turnerische Übungen (Weitsprung, Schnellauf, Hantelheben, Kugelstoßen).

2. Dieser Beschluß wird im Amtsblatt veröffentlicht und in die Gesetzessammlung aufgenommen.

VI. Kanton Obwalden.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1931.

~~~~~

## **VII. Kanton Nidwalden.**

### **Mittelschulen und Berufsschulen.**

**Reglement für die Maturitätsprüfungen in Nidwalden.** (Vom 29. Juli 1931.)

#### *I. Die kantonale Maturitätsbehörde.*

Art. 1. Die kantonale Maturitätskommission besteht aus fünf Mitgliedern. Der Präsident und zwei Mitglieder werden auf eine Amtsdauer von drei Jahren vom Erziehungsrate gewählt. Ferner gehören der Maturitätskommission an der Rektor und ein von den Provinzobern zu bezeichnender Professor des Kollegiums St. Fidelis.

Art. 2. Die Maturitätskommission überwacht die Ausführung des Reglementes und übt die besondern ihr darin übertragenen Befugnisse aus.

Art. 3. Als Examinator fungiert für jedes einzelne Fach ausschließlich derjenige Professor der Lehranstalt, welcher den einschlägigen Fachunterricht in der letzten Klasse erteilt hat.

Art. 4. Bei Zensurierung des Prüfungsergebnisses ist neben den Mitgliedern der Maturitätskommission auch der Examinator stimmberechtigt, jedoch nur für jenes Fach, in welchem er selbst geprüft hat.

Art. 5. Die Maturitätskommission überträgt einem ihrer Mitglieder die Führung des Protokolls, das die Aufgaben der schriftlichen Prüfungen und die wichtigsten Entscheide der Kommission enthalten soll.

Die Kandidaten- und Notenverzeichnisse sind dem Protokoll als Beilagen anzufügen.

#### *II. Zeitpunkt der Prüfung, Anmeldung und Zulassungsbedingungen.*

Art. 6. Der Zeitpunkt der Prüfung wird vom Präsidenten der Maturitätskommission im Einverständnis mit dem Rektor des Kollegiums St. Fidelis festgesetzt. Die Prüfung findet auf dem Rathause in Stans statt, und zwar ordentlicherweise vor dem Jahreschluß des Kollegiums.

Art. 7. Die Kandidaten haben ihre Anmeldung schriftlich spätestens 14 Tage vor Beginn der Prüfung dem Rektor einzureichen, welcher dieselbe an das Präsidium weiterleitet.

Die Anmeldung soll eine Erklärung darüber enthalten, nach welchem Maturitätstypus (Art. 12) die Prüfung bestanden werden will.

Ferner muß die Anmeldung enthalten: Die Angabe von Heimat und Wohnort, des Alters, des bisherigen Studienganges und des gewählten Berufes.

Art. 8. Auf Grund dieser Schriften entscheidet die Maturitätskommission, ob der Kandidat zur Prüfung zuzulassen sei.

Zur Prüfung werden nur solche Kandidaten zugelassen, welche:

- a) regelmäßige Schüler der obersten Klasse des Kollegiums St. Fidelis waren und diese Schule wenigstens während eines ganzen Jahres besucht haben;
- b) rechtzeitig die vorgenannten Anmeldungsschriften abgegeben und
- c) das 18. Altersjahr zurückgelegt haben.

Ob in einem Einzelfall eine Ausnahme zu gestatten sei, untersteht der Beurteilung der Maturitätskommission.

Art. 9. Zugleich mit der Anmeldung hat der Kandidat beim Rektorate zuhanden des Staates eine Zulassungs- und Prüfungsgebühr von Fr. 30.— zu bezahlen. Die gleiche Gebühr wird für eine eventuelle Nachprüfung entrichtet (Art. 28). Weniger bemittelten Kandidaten kann die Maturitätskommission diese Taxe ganz oder teilweise erlassen.

Art. 10. Die Mitglieder des Regierungs- und Erziehungsrates, sowie die Obern und Professoren des Kollegiums haben zu den Prüfungen freien Zutritt. Für anderweitige Besuche ist die Genehmigung des Präsidenten erforderlich.

### *III. Die Prüfung.*

Art. 11. Die Maturitätsprüfung hat zu ermitteln, ob der Kandidat über jene geistige Reife und allgemeine Bildung verfüge, welche nötig ist, um mit Erfolg dem Fachstudium an einer Hochschule obliegen zu können.

Die Anforderungen für die einzelnen Fächer sind in dem Maturitätsprogramm enthalten, welches diesem Reglemente als Anhang beigegeben ist.

Es ist aber mehr Gewicht auf die Erforschung der geistigen Reife und der Selbständigkeit im Denken als auf den Umfang der erworbenen Kenntnisse zu legen.

Art. 12. Die Prüfung wird nach Typus A, ausnahmsweise auch nach Typus B abgenommen.

Art. 13. Der Maturitätstypus A umfaßt folgende Fächer:

- |                          |                      |
|--------------------------|----------------------|
| 1. Muttersprache;        | 7. Geographie;       |
| 2. Latein;               | 8. Mathematik;       |
| 3. Griechisch;           | 9. Physik;           |
| 4. zweite Landessprache; | 10. Chemie;          |
| 5. Philosophie;          | 11. Naturgeschichte; |
| 6. Geschichte;           | 12. Zeichnen.        |

In den Fächern 1, 2, 3, 4 und 8 wird schriftlich und mündlich geprüft. In den andern Fächern findet keine Prüfung statt (Art. 24, Alinea 4).

Art. 14. Beim Maturitätstypus B tritt als einzige Abweichung gegenüber Typus A an Stelle von Griechisch die dritte Landessprache oder Englisch.

Art. 15. Dem Kandidaten steht die Auswahl unter Deutsch, Französisch und Italienisch als Muttersprache, zweite und dritte Landessprache frei.

Art. 16. Für die Fächer, in welchen eine Prüfung stattfindet, ist im wesentlichen das Unterrichtspensum der zwei obersten Klassen zu berücksichtigen.

Art. 17. Bei der schriftlichen Prüfung werden folgende Arbeiten verlangt:

1. in der Muttersprache ein Aufsatz;
2. in der lateinischen Sprache eine Übersetzung aus der Muttersprache ins Lateinische oder die Übertragung eines Originaltextes aus dem Lateinischen in die Muttersprache, in beiden Fällen ohne Hilfe eines Wörterbuches;
3. in der griechischen Sprache (Typus A) die Übersetzung eines Originaltextes in die Muttersprache ohne Benützung eines Wörterbuches;
4. in der Ersatzsprache für Griechisch (Typus B) wie unter Ziffer 5;
5. in der zweiten Landessprache eine Übersetzung aus der Muttersprache in die betreffende Fremdsprache;
6. in der Mathematik die Lösung einiger Aufgaben.

Art. 18. Für die schriftlichen Arbeiten werden von den Examinatoren, mit ihrer Unterschrift versehen, zur Auswahl eine Anzahl Themata dem Präsidenten überreicht. Für die Muttersprache sollen es etwa fünf, für die Übersetzung aus einer Fremdsprache in die Muttersprache zwei oder drei Themata sein.

Der Präsident wählt aus den Vorschlägen aus, jedoch so, daß für die Prüfung in der Muttersprache dem Kandidaten noch wenigstens drei Themata verschiedenen Charakters zur Auswahl vorgelegt werden können. Unmittelbar vor der Prüfung übergibt der Präsident die gewählten Themata dem zuständigen Examinator.

Art. 19. Für die schriftliche Prüfung in der Muttersprache und Mathematik werden höchstens je vier Stunden, für die übrigen Fächer höchstens je drei Stunden Zeit eingeräumt.

Am gleichen Tage dürfen höchstens zwei schriftliche Prüfungen abgelegt werden.

Art. 20. Die Examinanden sind während dieser schriftlichen Aufgaben ununterbrochen nach Anordnung des Präsidenten von Mitgliedern der Prüfungskommission oder des Professorenkollegiums der Anstalt zu überwachen.

Art. 21. Bei diesen Prüfungen dürfen keine andern Hilfsmittel als die Logarithmen-Tafel, die den Kandidaten von der Prüfungskommission überreicht wird, benützt werden.

Die Benützung unerlaubter Hilfsmittel, sowie jede andere Unredlichkeit wird mit Zurückweisung von der Prüfung, beziehungsweise mit Verweigerung oder Ungültigkeitserklärung des Maturitätszeugnisses bestraft.

Die Kandidaten sind vor der Prüfung auf die vorstehenden Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Art. 22. Nach Ablauf der anberaumten Zeit sind die Arbeiten sogleich abzunehmen zuhanden des zuständigen Examinators, von welchem sie geprüft und zensuriert dem Präsidenten übergeben werden.

Art. 23. Die mündliche Prüfung wird vom Fachlehrer geleitet und dauert für den Kandidaten in jedem Fache 7—10 Minuten.

Bei der mündlichen Prüfung werden die schriftlichen Prüfungsarbeiten zur Einsichtnahme aufgelegt.

#### *IV. Das Maturitätszeugnis.*

Art. 24. Nach beendigter Prüfung versammelt sich die Maturitätskommission zur Feststellung des Prüfungsergebnisses und zieht für das betreffende Fach den Examinator bei.

Die Leistungen der Kandidaten gelangen in alphabetischer Reihe zur Besprechung. Zuerst werden dieselben vom betreffenden Examinator begutachtet und eventuell von den Mitgliedern der Maturitätskommission diskutiert. Dann folgt die endgültige Notenerteilung, wobei neben den Mitgliedern der Maturitätskommission auch der Fachexaminator Stimme hat.

Es wird zuerst aus der schriftlichen und mündlichen Prüfungsnote das arithmetische Mittel festgestellt. Die Maturitätsnote ergibt sich sodann aus dem arithmetischen Mittel dieser Gesamtprüfungsnote und der durchschnittlichen Schulzeugnisnote der beiden letzten Unterrichtsjahre.

Für die in Art. 13 unter Ziffern 5, 6, 7, 9, 10, 11 und 12 aufgezählten Fächer gilt als Maturitätsnote die Durchschnittsnote der Schulzeugnisse der beiden letzten Jahre, in welchen im betreffenden Fach unterrichtet wurde. Der Abschluß in diesen Fächern darf jedoch nicht länger als zwei Jahre, in Geographie nicht länger als ein Jahr, vor dem Abschluß der gesamten Schulzeit zurückliegen. In der Geschichte muß der Unterricht bis zum Ende der gesamten Schulzeit durchgeführt worden sein.

Art. 25. Die Noten für jedes Fach sind in ganzen Zahlen auszu drücken und so zu bewerten, daß 6 die besten, 1 die geringsten Leistungen bezeichnet.

Art. 26. Das Maturitätszeugnis darf nur erteilt werden, wenn die Summe sämtlicher Maturitätsnoten mindestens 44 beträgt. Die Erteilung des Maturitätszeugnisses ist auch ausgeschlossen, wenn, von der Note im Zeichnen abgesehen, entweder eine Note 1, oder zwei Noten 2, oder eine Note 2 und zwei Noten 3, oder mehr als drei Noten 3 vorkommen.

Art. 27. Das Maturitätszeugnis soll enthalten:

1. die Überschrift: Schweizerische Eidgenossenschaft;
2. den Namen der Lehranstalt;
3. den Namen, Vornamen, Bürgerort und das Geburtsdatum des Inhabers;
4. die Angabe der Zeit, während deren er als regelmäßiger Schüler die Lehranstalt besucht hat, mit dem Datum des Eintritts und des Austritts;
5. die Benennung des Typus, nach welchem die Maturitätsprüfung bestanden worden ist;
6. die Maturitätsnoten der einzelnen Fächer;
7. die Unterschrift des Erziehungsrates und des Rektors der Lehranstalt.

Art. 28. Ein Kandidat, der die Prüfung nicht mit Erfolg bestanden hat, kann erst zu der nächstfolgenden Maturitätsprüfung wieder zugelassen werden. Dabei wird ihm die Prüfung in denjenigen Fächern, in welchen er mindestens die Note 5 erworben hat, erlassen. Die auf diese Fächer bezüglichen Noten der frühern Prüfung werden zur Berechnung des Gesamtergebnisses zugezogen, insofern die zweite Prüfung spätestens zwei Jahre nach der ersten stattfindet.

Über die Prüfungen, welche nicht mit Erfolg bestanden worden sind, werden keine amtlichen besondern Ausweise erteilt, wohl aber kann der Rektor dem betreffenden Kandidaten die einzelnen Fachzensuren mitteilen.

Eine dritte Prüfung wird nicht gestattet.

Art. 29. Die Mitglieder der Maturitätskommission erhalten ein Taggeld von Fr. 10.— nebst dem Weggeld.

Art. 30. Allfällige Abänderungen dieses Reglementes geschehen laut Beschluß des Landrates vom 23. März 1907 auf Begutachtung der Maturitätskommission durch den Erziehungsrat.

Mit dem Inkrafttreten dieses Reglementes tritt das Maturitätsreglement vom 23. März 1907 außer Kraft.

### Anhang zum Reglement für die Maturitätsprüfungen.

#### *Maturitätsprogramm.*

##### Muttersprache.

Verständnis des grammatikalischen Baues der Sprache. Sicherheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck, Fähigkeit, einen Text in korrekter Aussprache und mit sinngemäßer Betonung zu lesen und seinen Inhalt richtig zu erfassen und wiederzugeben.

Genaue Kenntnis einiger Hauptwerke aus verschiedenen Perioden der Literatur und des Zusammenhangs des Dichterwerkes mit der Persönlichkeit des Dichters und mit seiner Zeit.

Fähigkeit, ein dem Bildungsstand eines Maturanden angemessenes Thema in einem sauber ausgeführten Aufsatz grammatisch, logisch und stilistisch richtig zu behandeln.

##### Latin.

Beherrschung der Formenlehre und der Syntax, sicherer Besitz eines angemessenen Wortschatzes.

Schriftlich: Übersetzung einer deutschen Aufgabe ins Lateinische, oder Übertragung eines Originaltextes aus dem Lateinischen in die Muttersprache ohne Hilfe eines Wörterbuches.

Mündlich: Übersetzung einer Stelle aus einem lateinischen Autor, wobei der Examinator auch Texte wählen soll, die in der Schule nicht übersetzt worden sind. Der Text soll nicht nur nach der formalen Seite bemeistert, sondern auch inhaltlich erfaßt werden.

##### Griechisch.

Beherrschung der Formenlehre und der hauptsächlichsten Regeln der Syntax, Besitz eines angemessenen Wortschatzes.

Schriftlich: Übersetzung eines Originaltextes aus einem Schulschriftsteller ohne Benützung eines Wörterbuches.

Mündlich: Übersetzung einer Stelle aus einem griechischen Autor, wobei der Examinator auch Texte wählen soll, die in der Schule nicht gelesen worden sind. Der Text soll nicht nur nach der formalen Seite bemeistert, sondern auch inhaltlich voll erfaßt werden.

#### Zweite Landessprache.

Kenntnis der Grammatik, sichere Beherrschung der Hauptregeln des modernen Sprachgebrauches.

Angemessene Fertigkeit im mündlichen Ausdruck, richtige Aussprache auf Grund lautlicher Schulung.

Fähigkeit, einen vorgelegten Text sprachlich und inhaltlich zu erklären und korrekt in die Muttersprache zu übertragen.

In der schriftlichen Prüfung ist ein freies Aufsatzthema in der Fremdsprache zu behandeln oder ein muttersprachlicher Text in die Fremdsprache zu übertragen.

Genauere Kenntnis von wenigstens drei literarisch wertvollen Werken aus drei verschiedenen Perioden der Literatur und ihrer Beziehungen zum Dichter und seiner Zeit.

Die mündliche Prüfung wird in der Fremdsprache abgenommen.

#### Dritte Landessprache oder Englisch für Typus B.

Die Anforderungen sind die gleichen wie für die zweite Landessprache.

#### Philosophie.

Die wichtigsten Fragen der Logik und Kritik. Die Hauptprobleme der Ontologie, Kosmologie, Psychologie und Theodizee. Allgemeine und besondere Moralphilosophie mit Einschluß der Rechts- und Staatslehre. Die wichtigsten philosophischen Systeme aus alter und neuer Zeit.

#### Geschichte.

Kenntnis der wichtigsten Tatsachen der Weltgeschichte und klarer Überblick über wichtige historische Zusammenhänge. Geschichte der schweizerischen Eidgenossenschaft im Zusammenhang mit den weltgeschichtlichen Vorgängen unter besonderer Berücksichtigung der staatsrechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung seit 1798.

#### Geographie.

Länderkunde und Wirtschaftsgeographie Europas mit besonderer Berücksichtigung der Schweiz und ihrer Nachbarländer. Behandlung der wirtschaftlich wichtigsten Gebiete der fremden Erdteile. Grundzüge der mathematischen und physikalischen Geogra-

phie, sowie der Geologie mit besonderer Berücksichtigung der Schweiz.

#### Mathematik.

Arithmetik, Algebra und Analysis. Begriff der rationalen und der irrationalen Zahl. Algebraische Operationen. Logarithmen. Lineare Gleichungen mit einer und mehreren Unbekannten. Quadratische Gleichungen mit einer Unbekannten; rechnerische und graphische Auflösung. Arithmetische und geometrische Reihen. Zinseszins- und Rentenrechnung. Funktionale Abhängigkeit und graphische Darstellung von Funktionen.

Geometrie: Elementare geometrische Formen. Lagebeziehungen und Konstruktionen in der Ebene und im Raum. Kongruenz, Ähnlichkeit und Symmetrien. Übung in einer einfachen Darstellungsmethode. Flächen- und Volumenberechnung.

Trigonometrie: Das rechtwinklige Dreieck. Sinus- und Cosinussatz beim schiefwinkligen Dreieck; zugehörige Bestimmungsaufgaben. Die trigonometrischen Funktionen beliebiger Winkel und ihre Additionstheoreme.

Analytische Geometrie: Punkt, Gerade und Kreis im rechtwinkligen Koordinatensystem. Die Kegelschnitte in ihren einfachsten Gleichungsformen und ihre Haupteigenschaften.

#### Physik.

Mechanische Grundbegriffe. Gleichgewicht der starren Körper. Wellenlehre. Erzeugung und Fortpflanzung des Schalles. Akustische Grundbegriffe der Musik.

Thermometrie. Thermische Ausdehnung. Kalorimetrie. Elemente der mechanischen Wärmelehre. Aggregatsänderungen. Ausbreitung der Wärme.

Optik: die geradlinige Ausbreitung, Reflexion und Brechung des Lichtes. Photometrie. Dispersion. Optische Instrumente. Spektralanalyse.

Magnetismus. Elektrostatik. Der elektrische Strom. Leitfähigkeit der festen Körper, Flüssigkeiten und Gase. Praktische Maßsysteme. Stromenergie und Wärme. Wirkungen außerhalb des Stromkreises. Induktion.

#### Chemie.

Grundlagen der Chemie: Die stöchiometrischen Gesetze; die Atom- und Molekulartheorie und die Valenzlehre. Der Jonenbegriff. Chemische Gleichungen. Energetische Begleiterscheinungen chemischer Vorgänge.

Die wichtigsten Stoffe und Vorgänge aus der anorganischen Chemie. Die wichtigsten Begriffe der organischen Chemie.

Elemente der Krystallographie und der Mineralogie, soweit sie mit der Chemie in Verbindung stehen.

## Naturgeschichte.

**Botanik:** Grundzüge des Baues und des Lebens der höhern Pflanzen. Ausgewählte Beispiele von Kryptogamen. Kenntnis einer Anzahl typischer Vertreter der verschiedenen Familien unter Berücksichtigung der verbreitetsten einheimischen Kulturpflanzen. Grundzüge des natürlichen Systems. Einige Übung im Pflanzenbestimmen. Einsicht in die Wechselbeziehungen zwischen Bau und Lebensbedingungen der Pflanzen.

**Zoologie:** Grundzüge des Baues und der Lebenserscheinungen der Tiere. Kenntnis einer Anzahl typischer Vertreter der verschiedenen Stämme mit besonderer Berücksichtigung der einheimischen Fauna. Einblick in die Systematik der Tierwelt. Die wichtigsten Tatsachen aus der Entwicklungsgeschichte und der Vererbungslehre. Abhängigkeit der Lebewesen von der Umwelt.

**Anthropologie:** Grundtatsachen vom Bau und den Verrichtungen des menschlichen Körpers.

## Zeichnen.

Einige Fertigkeit im Skizzieren eines Gegenstandes nach der Natur.

## VIII. Kanton Glarus.

### 1. Allgemeines.

**1. Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Schulzahnpflege.** (Erlassen vom Landrat am 9. März 1931.)

### 2. Primarschule.

**2. Organisation und Lehrplan der 8. Alltagsschulklasse.** (Provisorisch erlassen vom Regierungsrat am 22. Januar 1931.)

## IX. Kanton Zug.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1931.

## X. Kanton Freiburg.

### Universität.

#### I. Statuten der Universität Freiburg in der Schweiz. (Genehmigt am 27. Januar 1931.)

##### 1. Kapitel. Die Behörden der Universität.

Art. 1. Die Behörden der Universität sind:

1. Die Plenarversammlung, der Senat und der Rektor.
2. Die Fakultäten und die Dekane.

##### I. Die Plenarversammlung.

Art. 2. Die Plenarversammlung setzt sich aus den ordentlichen Professoren aller Fakultäten zusammen.

Art. 3. Die Plenarversammlung wählt den Rektor, die Mitglieder der Finanzkommission, sowie jeder andern Kommission, deren Einsetzung von ihr beschlossen wird.

Sie bereitet die Revision der Universitätsstatuten, sowie der Reglemente betreffend die Kollegiangelder und Immatrikulationsgebühren vor, stellt das Spezial-Budget auf und genehmigt die Rechnungen. Sie behandelt und entscheidet jede die Universität betreffende Angelegenheit unter Vorbehalt der gesetzlich dem Großen Rat, dem Staatsrat oder der Direktion des öffentlichen Unterrichts eingeräumten Befugnisse, sowie der Zuständigkeiten des Senates, des Rektors, der Fakultäten und ihrer Dekane. Sie kann aber jederzeit jegliche beim Senat anhängige oder sogar von ihm schon entschiedene Angelegenheit an sich ziehen.

Art. 4. Die Plenarversammlung tritt alljährlich zusammen:

- a) am 15. Juli zur Rektorwahl; fällt der 15. Juli auf einen Sonntag, so findet die Wahlversammlung am 16. statt;
- b) im Lauf der ersten Dezemberhälfte zur Prüfung der Rechnungen und zur Aufstellung des Budgets.

Außerdem tritt sie zusammen, so oft der Rektor sie beruft.

Der Rektor ist zur Einberufung verpflichtet, wenn der Senat sie beschließt oder wenn ein Viertel der ordentlichen Professoren den Rektor schriftlich, unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes, darum ersucht.

##### II. Der Senat.

Art. 5. Der Senat setzt sich zusammen aus dem Rektor, dem Prorektor, den Dekanen und den Prodekanen.

Art. 6. Der Senat wacht über die Durchführung der Universitätsstatuten.

Er übt in Verbindung mit dem Rektor die Disziplinargewalt über die Studierenden aus.

Er entscheidet überdies, unter Vorbehalt der Zuständigkeiten der Plenarversammlung, über alle Maßnahmen, welche die Universität in ihrer Gesamtheit verpflichten, so über die vom Rektor im Namen der Universität zu erstattenden Berichte, über Einladungen, Adressen, Gesuche oder Erklärungen irgendwelcher Art, die im Namen der Universität erlassen werden, über die Veranstaltung von Universitätsfesten u. s. w.

Der Senat macht dem Staatsrat Vorschläge für die Ernennung des Universitätskanzlers und des Direktors der Kantons- und Universitätsbibliothek.

Art. 7. Jeder vom Senat gefaßte Beschluß muß, wenn eines der anwesenden Mitglieder es vor Schluß der Sitzung verlangt, durch Rundschreiben des Rektors allen ordentlichen Professoren mitgeteilt werden. Der Beschluß tritt in diesem Falle erst dann in Kraft, wenn seit Erfüllung dieser Formalität drei bürgerliche Tage verflossen sind, ohne daß der Rektor ordnungsgemäß ersucht worden ist, den Senatsbeschluß der Plenarversammlung zu unterbreiten (vergl. Art. 4, Alinea 3).

Art. 8. Regelmäßige Sitzungen des Senates finden statt:

1. in der ersten Novemberhälfte;
2. in der zweiten Januarwoche;
3. in der vorletzten Woche des Wintersemesters;
4. in der letzten Juniwoche.

Außerdem tritt der Senat jederzeit auf Einberufung durch den Rektor zusammen.

Der Rektor ist zur Einberufung verpflichtet, wenn ein Viertel der Senatsmitglieder ihn schriftlich, unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes, darum ersucht.

### III. Der Rektor.

Art. 9. Der Rektor wird von der Plenarversammlung aus der Mitte der ordentlichen Professoren für ein Jahr gewählt. Seine Wahl unterliegt der Bestätigung des Staatsrates.

Art. 10. Der Rektor steht an der Spitze der Universität. Er führt und verwahrt das Universitätssiegel.

Er beruft die Plenarversammlung und den Senat, leitet die Verhandlungen dieser Körperschaften und wacht über den Vollzug ihrer Beschlüsse.

Er vermittelt den Verkehr mit der Direktion des öffentlichen Unterrichts, den übrigen Behörden und der Öffentlichkeit im allgemeinen in allen die Universität in ihrer Gesamtheit betreffenden Angelegenheiten.

Er führt die Universitätsmatrikel. Ohne seine Zustimmung darf weder eine Einschreibung noch sonst eine Eintragung in die Matrikel erfolgen. Über die Studierenden übt er die allgemeine Aufsicht und in Verbindung mit dem Senat die Disziplinargewalt aus.

Er sorgt für die rechtzeitige Veröffentlichung der halbjährigen Vorlesungsverzeichnisse, die spätestens am 15. Februar und am 15. Juni zu erscheinen haben. Außerdem liegt ihm die Herausgabe des halbjährigen amtlichen Verzeichnisses der Behörden, Dozenten und Studierenden ob.

Die übrigen Befugnisse des Rektors sind durch die ihn betreffenden Bestimmungen der vorliegenden Statuten umschrieben.

Art. 11. Der neue Rektor tritt sein Amt am 15. Oktober an.

Art. 12. Der abtretende Rektor hat während des folgenden Jahres den Titel und die Befugnisse eines Prorektors. Als solcher vertritt er den Rektor, wenn dieser verhindert ist, in allen Amtshandlungen.

#### IV. Die Fakultäten.

Art. 13. Als Lehrkörper umfaßt die Fakultät alle ihr angehörenden ordentlichen und außerordentlichen Professoren und Privatdozenten. Die Hilfsprofessoren, Lektoren und Assistenten sind ihr als Hilfskräfte angegliedert.

Art. 14. Als akademische Behörde umfaßt die Fakultät nur die ihr angehörenden ordentlichen und außerordentlichen Professoren. Sie allein haben das Recht, an den Fakultätssitzungen teilzunehmen.

Art. 15. In dieser Eigenschaft hat sie das Recht, sich Reglemente zu geben und alle nur sie selbst betreffenden Angelegenheiten zu entscheiden. Insbesondere ist sie berechtigt, über ihren Lehrplan, ihre Prüfungen, ihre Grade und die Habilitation Bestimmungen zu treffen, sowie die Gebühren für Prüfungen, Diplome und die Habilitation festzusetzen. Sie gewährt Erlaß des Kollegiengeldes.

Sie entscheidet die Fälle, in denen Artikel 11 des Reglements über die Verteilung der Kollegiengelder Anwendung findet.

Die Fakultät ist für den Fortschritt und die planmäßige Ordnung der Studien und des Unterrichts verantwortlich.

Die Reglemente der Fakultäten, sowie alle an ihnen vorgenommenen Änderungen müssen dem Staatsrat zur Genehmigung unterbreitet und sodann dem Rektor mitgeteilt werden.

Die Fakultät beschließt über die in ihrem Namen abzugebenden Berichte.

Art. 16. Die Fakultät wählt den Dekan aus der Reihe der ordentlichen Professoren. Die Wahl unterliegt der Bestätigung der Direktion des öffentlichen Unterrichts und ist dem Rektor mitzuteilen.

Sie macht der Direktion des öffentlichen Unterrichts Vorschläge für die Besetzung frei gewordener oder neu geschaffener Lehrstühle. Sie hat ferner das Recht, über die Schaffung neuer und die Umgestaltung schon bestehender Lehrstühle ihr Gutachten zu erstatten.

Sie schlägt dem Staatsrat die Bestätigung der Zulassung der Privatdozenten vor, welche die Bedingungen des Reglementes erfüllt haben (Art. 18 des Universitätsgesetzes vom 1. Dezember 1899).

Sie schlägt dem Staatsrat die Beförderung außerordentlicher Professoren zu ordentlichen vor. Bei der Abstimmung über einen solchen Vorschlag sind nur die ordentlichen Professoren stimmberechtigt.

Art. 17. Die ordentlichen Versammlungen der Fakultät finden statt:

1. in der ersten Woche nach Dreikönigstag;
2. in der ersten Woche nach dem 15. Mai;
3. am 20. Juli; fällt der 20. Juli auf einen Sonntag, so findet die Versammlung am 21. statt.

In den beiden erstgenannten Sitzungen werden jeweils die Vorlesungen der Fakultät für das nächste Semester festgestellt. Deren Verzeichnis übergibt der Dekan innerhalb acht Tagen dem Rektor. In der Sitzung vom 20. Juli wählt die Fakultät ihren Dekan.

Außerdem tritt die Fakultät zusammen, so oft der Dekan sie einberuft.

Der Dekan ist zur Einberufung verpflichtet, wenn ein Viertel der Fakultätsmitglieder ihn schriftlich, unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes, darum ersucht.

## V. Die Dekane.

Art. 18. Der Dekan steht an der Spitze der Fakultät.

Er beruft und leitet die Fakultätssitzungen und sorgt für die Ausführung der Fakultätsbeschlüsse. Er vermittelt den Verkehr mit der Direktion des öffentlichen Unterrichts, dem Rektor, den übrigen Behörden und mit der Öffentlichkeit im allgemeinen in allen die Fakultät betreffenden Angelegenheiten.

Er übt außerdem diejenigen Befugnisse aus, die ihm durch die Universitätsstatuten, die Fakultätsreglemente und die Beschlüsse des Staatsrates übertragen sind, insbesondere durch

Artikel 8 und 11 des Beschlusses vom 1. März 1918 über die Kollegengelder.

Art. 19. Der Dekan tritt sein Amt am 1. August an. Seine Amtsdauer beträgt ein Jahr.

Art. 20. Der abtretende Dekan hat während des folgenden Jahres den Titel und die Befugnisse eines Prodekans. Als solcher vertritt er den Dekan, wenn dieser verhindert ist, in allen Amtshandlungen.

#### VI. Geschäftsordnung für die Sitzungen der Plenarversammlung des Senates und der Fakultäten.

Art. 21. Die Mitglieder der Plenarversammlung müssen, abgesehen von dringenden Fällen, mindestens drei Tage vor der Versammlung einberufen werden.

Die Mitglieder des Senats und der Fakultäten müssen, abgesehen von dringenden Fällen, mindestens 24 Stunden vor der Sitzung einberufen werden.

In der Einberufung muß stets die Tagesordnung angegeben sein.

Art. 22. Die Versammlungen können gültige Beschlüsse nur über Gegenstände fassen, die auf der Tagesordnung stehen.

Wird auf Ersuchen eines Mitgliedes der Versammlung vom Vorsitzenden festgestellt, daß weniger als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist, so kann die Versammlung über den zur Diskussion stehenden Gegenstand keinen Beschluß fassen.

In diesem Falle muß binnen kurzer Frist eine neue Sitzung einberufen werden. In dieser kann dann ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder über den nicht erledigten Gegenstand rechtsgültig beraten und beschlossen werden.

Art. 23. In Abwesenheit des Rektors und des Prorektors oder des Dekans und des Prodekans führt von den anwesenden Professoren derjenige den Vorsitz, der dem Range nach der älteste ist.

Der Vorsitzende nimmt an offenen Abstimmungen nicht teil, außer um bei Stimmgleichheit zu entscheiden. Beabsichtigt er selbst einen formellen Antrag zu stellen, so hat er für die ganze Dauer der Beratung über einen solchen Antrag den Vorsitz an seinen Stellvertreter abzugeben.

Art. 24. Die Beschlüsse werden mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt. Für Vorschläge auf Abänderung der Fakultätsreglemente ist indessen Zweidrittelmehrheit notwendig.

Sobald ein Reglement es fordert oder ein Mitglied der Versammlung, der Vorsitzende ausgenommen, es verlangt, findet geheime Abstimmung statt.

Bei geheimen Abstimmungen und Wahlen werden leere und ungültige Zettel für die Feststellung der Mehrheit nicht mitgerechnet.

Art. 25. Die Wahlen finden durch geheime Abstimmung statt. Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der Stimmen erhält. Kommt es zu einem dritten Wahlgang, so entscheidet die relative Mehrheit; bei Stimmengleichheit gilt der dem Range nach Älteste als gewählt.

Art. 26. In der ersten Sitzung des Wintersemesters wählt jede Körperschaft für die Dauer des Studienjahres einen Schriftführer, der das Sitzungsprotokoll zu führen hat.

Jedes Protokoll bedarf zu seiner Gültigkeit der Genehmigung der Versammlung. Ist diese erteilt, so wird es durch den Vorsitzenden und den Schriftführer unterzeichnet.

Die Protokolle werden in einem besondern Protokollbuch niedergelegt, das der Obhut des Vorsitzenden anvertraut ist.

## *II. Kapitel. Die Dozenten.*

Art. 27. Die ordentlichen und außerordentlichen Professoren sind verpflichtet, im Rahmen des allgemeinen Lehrplans ihrer Fakultät über die Fächer, für welche sie ernannt sind, einen vollständigen Kursus zu lesen.

Die Professoren sind ferner verpflichtet, sämtliche unmittelbar aus ihrem Amt sich ergebenden Obliegenheiten zu erfüllen; zu diesen gehört insbesondere die Abhaltung von Prüfungen und die Veranstaltung von Seminarübungen, Laboratoriumsarbeiten und sonstigen praktischen Übungen.

Jeder Dozent soll seine Vorlesungen nach Möglichkeit gleichmäßig über die ganze Woche verteilen.

Art. 28. Professoren und Privatdozenten dürfen über Fachgebiete, für die sie nicht ernannt oder habilitiert sind, nur mit ausdrücklicher Zustimmung ihrer Fakultät Vorlesungen halten.

Fällt das fragliche Gebiet in den Bereich einer andern Fakultät, so bedarf es auch der Erlaubnis dieser.

Handelt es sich aber um ein Fach, das bereits durch einen Professor oder Privatdozenten vertreten wird, so ist außer den genannten Voraussetzungen noch die Zustimmung des offiziellen Fachvertreters notwendig.

Art. 29. Den Privatdozenten steht das Recht zu, über diejenigen Fächer Vorlesungen zu halten, für welche sie die *Venia legendi*

besitzen. Über ein Gebiet hingegen, das im selben Semester auch ein Professor in einer Vorlesung oder Seminarübung zu behandeln beabsichtigt, darf ein Privatdozent nur mit ausdrücklicher Zustimmung dieses Professors lesen.

Art. 30. Beschwerden, die sich aus der Anwendung der beiden vorhergehenden Kapitel ergeben, werden folgendermaßen entschieden:

Beanspruchen zwei Dozenten derselben Fakultät das Recht auf eine Vorlesung über einen bestimmten Gegenstand, so wird die Frage von der Fakultät geprüft und entschieden.

Herrscht Meinungsverschiedenheit darüber, ob ein bestimmtes Fach dieser oder jener Fakultät angehört, so prüft und entscheidet die Frage der Senat.

Art. 31. Zu Anfang jedes Semesters hat der Dozent seinen Zuhörern die erfolgte Eintragung der Vorlesung in die „tabella scholarum“ durch seine Unterschrift zu bescheinigen. Eine zweite Unterschrift am Semesterende gilt als Bescheinigung darüber, daß der Studierende die Vorlesung mit genügendem Fleiß besucht hat.

Art. 32. Ist ein Dozent länger als acht Tage an der Abhaltung seiner Vorlesungen verhindert, so hat er dies, gleichviel welches der Grund seiner Verhinderung ist, dem Dekan seiner Fakultät anzuzeigen.

Dauert die Verhinderung länger als vierzehn Tage, so hat er Urlaub zu nehmen.

Art. 33. Wünscht ein Dozent Urlaub, so hat er nach vorgängiger Verständigung des Dekans seiner Fakultät beim Staatsrat ein Urlaubsgesuch einzureichen. (Vergl. Art. 16 des Universitätsgesetzes vom 1. Dezember 1899.)

### *III. Kapitel. Von den Studierenden.*

#### *I. Von der Immatrikulation.*

Art. 34. Wer immatrikuliert werden will, hat sich zunächst bei dem Dekan derjenigen Fakultät, welcher er angehören will, anzumelden und demselben seine Studien- und Sittenzeugnisse zu überreichen.

Über die Zulassung zur Immatrikulation entscheiden die Bestimmungen der einzelnen Fakultäten.

In der Regel werden nur solche zugelassen, die mit Erfolg alle Klassen eines Gymnasiums oder einer als gleichwertig anerkannten Anstalt (Maturitätsdiplom oder Reifezeugnis) beendet haben.

Der ausländische Studierende muß nachweisen, daß er die Vorbereitung besitzt, die zur Zulassung an die Universität in seinem Heimatland erforderlich ist.

Die Inhaber eines Primarlehrerdiploms können an der philosophischen und an der naturwissenschaftlichen Fakultät, aber nur in Hinsicht auf die Erwerbung des Diploms für Lehrer an Mittelschulen, immatrikuliert werden.

Ausnahmen von obigen Regeln können nur in seltenen Fällen, durch Beschluß der betreffenden Fakultät, bewilligt werden. In diesem Falle verleiht die Immatrikulation nicht als solche das Recht der Zulassung zu den akademischen Gradusexamina.

Die Damen können unter den gleichen Bedingungen in allen Fakultäten, mit Ausnahme der theologischen, immatrikuliert werden.

Art. 35. Studierende, welche von andern Universitäten ausgewiesen werden, können von den Fakultäten nur mit Zustimmung des Senates zur Immatrikulation zugelassen werden.

Art. 36. Die Anmeldung zur Immatrikulation hat innerhalb der ersten drei Wochen des Semesters zu erfolgen. Jede verspätete Anmeldung muß vor die Fakultät gebracht werden, welche einer solchen nur Folge gibt auf Grund außerordentlicher Verhältnisse (nachgewiesener Krankheit und dergleichen).

Die Namen der zugelassenen Studierenden trägt der Dekan in die Fakultätsmatrikel ein und übersendet ihre Zeugnisse der Universitätskanzlei.

Art. 37. Nachdem der Studierende durch den Dekan über seine Zulassung in Kenntnis gesetzt ist, läßt er sich alsbald auf der Kanzlei gegen Bezahlung der vorgeschriebenen Gebühren, die im Vorlesungsverzeichnis angegeben sind, einschreiben und hinterlegt seine Ausweispapiere.

Der Studierende erhält dann sogleich:

1. eine Legitimationskarte;
2. eine „tabella scholarum“;
3. ein Exemplar der die Studierenden betreffenden Bestimmungen.

Bei seiner Einschreibung auf der Kanzlei hat der Studierende seine Wohnung in Freiburg anzugeben.

Art. 38. Nach der Einschreibung des Studierenden auf der Kanzlei erfolgt an dem vom Rektor festgesetzten Tage die feierliche Immatrikulation. Der Studierende hat dabei durch Handschlag dem Rektor, sowie den Satzungen der Universität Gehorsam zu versprechen und sich eigenhändig in das Matrikelbuch der Universität einzutragen.

Art. 39. Bisher immatrikulierte Studierende müssen, um weiterhin als immatrikuliert zu gelten, in den ersten drei Wochen

des Semesters auf der Kanzlei gegen Bezahlung der vorgeschriebenen Gebühren persönlich ihre Legitimationskarte erneuern und ihre „tabella scholarum“ für das neue Semester abstempeln lassen. Nach Ablauf der drei Wochen gibt der Rektor die Namen der Rückständigen durch Anschlag bekannt und fordert dieselben auf, innerhalb acht Tagen das Versäumte nachzuholen.

Von denjenigen, welche dieser Aufforderung innerhalb der festgesetzten Frist nicht Folge geleistet haben, wird angenommen, daß sie auf die Zugehörigkeit zur Universität verzichten, und es wird in das Matrikelbuch ein entsprechender Vermerk eingetragen. Nachträglich kann der Rektor nur dann auf ihr Gesuch ihre Anmeldung noch annehmen, wenn die betreffende Fakultät die für die Bitte vorgebrachten Gründe anerkennt.

Art. 40. Ist ein Studierender durch außerordentliche Verhältnisse (Krankheit, Militärpflicht und dergleichen) verhindert, persönlich zu erscheinen, so muß er sich unter Darlegung dieser Verhältnisse innerhalb der ersten drei Wochen des Semesters schriftlich bei dem Rektor anmelden. Seine Legitimationskarte erhält er erst dann, wenn er persönlich auf der Kanzlei zur Abstempelung seiner „tabella“ erschienen ist. Er kann jedoch nach Entscheidung des Rektors in der Liste der Studierenden als beurlaubt angeführt werden.

Jeder Studierende, auch ein beurlaubter, wird aus der Liste der Studierenden gestrichen, wenn er sich zur gleichen Zeit an einer andern Universität immatrikulieren läßt. Ebenso wird derjenige aus der Liste der Studierenden gestrichen, welcher, ohne vom Rektor beurlaubt zu sein, während eines Semesters keine Vorlesung oder Übung belegt hat.

Art. 41. Verliert der Studierende seine Legitimationskarte, so hat er innerhalb drei Tagen sich eine neue Karte gegen Bezahlung der vorgeschriebenen Gebühr auf der Kanzlei ausstellen zu lassen.

Art. 42. Der immatrikulierte Studierende kann jederzeit aus dem Universitätsverband ausscheiden, indem er eine entsprechende Erklärung auf der Kanzlei abgibt.

Zur Erlangung eines Abgangszeugnisses hat der ausscheidende Studierende seine „tabella scholarum“ vorzulegen und die vorgeschriebene Gebühr zu bezahlen.

Das Abgangszeugnis enthält folgende Angaben:

1. Name und Vorname des Studierenden, sowie Datum und Ort seiner Geburt;
2. Dauer des Aufenthaltes an der Universität;
3. die mit genügendem Fleiß gehörten Vorlesungen und Übungen (vergl. § 14, Absatz 2);
4. Zeugnis über die sittliche Führung des Studierenden.

Das Abgangszeugnis wird unterschrieben von dem Rektor und dem Kanzler.

Art. 43. Das Abgangszeugnis wird dem Studierenden erst dann übergeben, wenn er durch Bescheinigung den Erweis bringt, daß er all seine Verpflichtungen gegenüber der Kantons- und Universitätsbibliothek erfüllt hat.

Zugleich mit dem Abgangszeugnis erhält der Studierende seine „tabella scholarum“ und die von ihm bei der Immatrikulation hinterlegten Papiere zurück.

Art. 44. In dem Matrikelbuch wird stets vermerkt, in welcher Weise ein immatrikulierter Studierender aus dem Universitätsverbande ausscheidet; auch wird der betreffende Dekan durch den Kanzler davon benachrichtigt.

## II. Von dem Besuch der Vorlesungen.

Art. 45. Für den Besuch der Vorlesungen wird gemäß den Verordnungen des Staatsrates eine Pauschaltaxe erhoben.

Für die Teilnahme an praktischen Übungen oder Arbeiten, für die Benützung von Büchern, Zeitschriften, Sammlungen, für Unfallversicherung und dergleichen werden Gebühren durch besondere Bestimmungen von dem Staatsrat, dem Senat oder den Fakultäten festgesetzt. Die Pauschaltaxe, sowie die besondern Gebühren werden im Vorlesungsverzeichnis angegeben.

Art. 46. Bei Beginn des Semesters trägt der Studierende in seine „tabella scholarum“ die Vorlesungen ein, welche er zu hören beabsichtigt, und legt dieselbe den einzelnen Dozenten vor, welche diese Vorlesungen halten.

Jeder Dozent bescheinigt in der „tabella scholarum“ bei jeder der ihn betreffenden Eintragungen durch Namensunterschrift und Datum, daß er Kenntnis davon genommen hat.

Diese Bescheinigung kann nur erfolgen innerhalb der ersten drei Wochen des Semesters und unter der Voraussetzung, daß die „tabella scholarum“ auf der Kanzlei für das laufende Semester abgestempelt ist.

Ist die vorgesehene Frist abgelaufen, so kann eine solche Bescheinigung nur mit Gutheißung des Dekans erfolgen.

Art. 47. Am Schluß des Semesters legt der Studierende wiederum seine „tabella scholarum“ den einzelnen Dozenten vor, deren Vorlesungen er belegt hat. Der Dozent bescheinigt darin, sofern er es für angebracht erachtet, durch Namensunterschrift und Datum bei jeder der ihn betreffenden Eintragungen, daß der Fleiß des Studierenden genügend gewesen ist.

Diese Bescheinigung darf nur innerhalb der letzten acht Tage vor dem festgesetzten Schluß des Semesters erfolgen, sofern nicht

der Studierende eine Ermächtigung des Dekans vorweist, den Besuch der Vorlesungen vorher einzustellen.

Art. 48. Nicht immatrikulierten Personen, welche das 17. Lebensjahr vollendet haben, kann durch den Rektor die Erlaubnis erteilt werden, eine oder mehrere Vorlesungen als Hörer zu besuchen.

Diese Erlaubnis kann aber nur erteilt werden für solche Vorlesungen, zu deren Anhörung der betreffende Dozent im einzelnen Falle seine Zustimmung gegeben hat. Sie gilt nur für das laufende Semester und ist stets widerrufflich.

Die Kanzlei stellt dem Hörer gegen Bezahlung der festgesetzten Gebühren eine vom Rektor unterzeichnete Hörekarte aus, welche die Vorlesungen angibt, deren Besuch ihm erlaubt worden ist.

Bei dem ersten Besuche einer Vorlesung hat der Hörer dem Dozenten seine Hörekarte zur Unterschrift vorzuzeigen.

### III. Von den Vereinigungen der Studierenden.

Art. 49. Jeder immatrikulierte Studierende ist von Rechts wegen, und so lange er immatrikuliert ist, Mitglied der mit dem Namen „Akademia“ bezeichneten Vereinigung.

Die Akademia ist die zu einer Vereinigung zusammengeschlossene Gesamtheit der Studierenden, welche sich mit der Pflege der gemeinschaftlichen Interessen der Studierenden beschäftigt.

Die von der Akademia entworfenen Statuten, sowie auch alle Änderungen an denselben, bedürfen der Genehmigung des Senates.

Die Beschlüsse der Akademia müssen sofort durch den leitenden Ausschuss dem Rektor mitgeteilt werden, welcher sie dem Senat unterbreiten und gegen ihre Ausführung so lange Einsprache erheben kann, bis der Senat sie genehmigt hat.

Jeder Studierende zahlt für die Akademia den vom Senat bestimmten und im Vorlesungsverzeichnis angegebenen Semesterbeitrag. Dieser Beitrag wird für die Rechnung der Akademia zugleich mit den andern Gebühren am Beginn des Semesters von der Kanzlei erhoben.

Art. 50. Jeder immatrikulierte Student ist von Rechts wegen Mitglied der akademischen Krankenkasse.

Die damit verbundenen Rechte und Pflichten, sowie die ganze Organisation der Kasse sind durch ein besonderes, vom Senat erlassenes und vom Staatsrat genehmigtes Reglement bestimmt.

Art. 51. Den Studierenden ist es gestattet, unter sich zu wohltätigen, wissenschaftlichen, künstlerischen oder geselligen Zwecken Vereine zu bilden, als deren Mitglieder jedoch nur an der Universität immatrikulierte Studierende anerkannt werden können.

Will ein derartiger Verein äußere Abzeichen tragen, so muß er solche wählen, welche von den Abzeichen bereits bestehender Vereine verschieden sind.

Art. 52. Jeder Verein von Studierenden ist verpflichtet, sofort nach seiner Gründung dem Rektor seine Statuten zur Genehmigung vorzulegen und die Namen der Vorstandsmitglieder anzuzeigen.

Zu jeder Statutenänderung muß von dem Rektor längstens binnen acht Tagen die Genehmigung nachgesucht werden.

Außerdem sind in den ersten vier Wochen des Semesters dem Rektor anzuzeigen: Ort und Zeit der regelmäßigen Zusammenkünfte, die Namen der derzeitigen Vorstände und aller Vereinsmitglieder.

Wenn akademische Vereine öffentlich als solche auftreten, sind sie nicht allein für die Aufführung ihrer eigenen Mitglieder, sondern auch der von ihnen eingeladenen Gäste verantwortlich.

Art. 53. Allgemeine Versammlungen der Studierenden bedürfen jedesmal der Genehmigung des Rektors. Nur die statutenmäßigen Versammlungen der Akademia oder der Krankenkasse sind von dieser Bestimmung ausgenommen.

Niemals kann eine Versammlung von Studierenden ohne Erlaubnis des Rektors in den Räumen der Universität abgehalten werden.

#### IV. Von der Disziplin.

Art. 54. Als Disziplinarvergehen werden angesehen und bestraft alle solchen Vergehen, welche gegen die gute Ordnung, die Sitte und Ehre des akademischen Lebens verstoßen.

Die Leitung des Disziplinarverfahrens und die Untersuchung von Disziplinarfällen, sowohl gegen einzelne als auch gegen akademische Vereine, liegt dem Rektor ob; die Strafen werden vom Senat festgestellt.

Beschwerden über Beleidigungen von Studierenden untereinander sind bei dem Rektor vorzubringen.

Art. 55. Die Strafen, welche der Senat für Disziplinarvergehen verhängen kann, sind folgende:

1. Verweis: derselbe wird vom Rektor in dessen Amtszimmer erteilt;
2. Rüge: dieselbe wird vom Rektor vor versammeltem Senat erteilt;
3. zeitweilige Wegweisung von der Universität für ein oder zwei Semester;
4. Wegweisung von der Universität für immer;
5. Relegation: dieselbe ist eine Wegweisung für immer, welche durch öffentlichen Anschlag bekanntgegeben wird.

Art. 56. Jeder Studierende, welcher aufgefordert wird, in Disziplinarangelegenheiten vor dem Rektor zu erscheinen, ist verpflichtet, der Vorladung Folge zu leisten.

Erscheint der Vorgeladene nicht, so wird vom Rektor durch Anschlag bekanntgegeben, daß gegen ihn trotz seines Nichterscheins verhandelt werde.

Für Disziplinar-Untersuchungen wird ein besonderes Protokollbuch geführt. Darin wird im besondern auch von der Mitteilung und von der Ausführung der verhängten Strafen Notiz genommen.

Art. 57. Duell und Mensur werden mit Relegation bestraft.

Art. 58. Wenn über einen Studierenden eine der im § 22 und 3, 4 und 5 genannten Strafen verhängt wird, so werden seine Eltern oder sein Vormund davon in Kenntnis gesetzt.

#### *IV. Kapitel. Allgemeine Bestimmungen.*

Art. 59. Das Wintersemester beginnt am ersten Dienstag nach dem 15. Oktober und schließt am Freitag vor dem Passionssonntag.

Das Sommersemester beginnt am dritten Dienstag nach Ostern und schließt am vierten Freitag des Juli.

Das Wintersemester schließt und das Sommersemester beginnt a) eine Woche später, wenn der Ostersonntag vor den 31. März fällt, b) eine Woche früher, wenn der Ostersonntag nach dem 9. April fällt.

Das Datum des Beginnes und Schlusses jedes Semesters wird in dem Vorlesungsverzeichnis bekanntgegeben.

Art. 60. In allen Fakultäten beginnen und schließen die Vorlesungen mit den für den Anfang und den Schluß des Semesters festgesetzten Tagen.

Die regelmäßigen Prüfungen am Semesterschluß, die die Einstellung der Vorlesungen erfordern, dürfen frühestens acht Tage vor dem offiziellen Semesterende beginnen.

Verzögert ein Dozent den Beginn der Vorlesungen um mehr als acht Tage über den offiziellen Semesteranfang, so hat er sich nach den Bestimmungen des Art. 32 zu richten.

Zu Weihnachten werden die Vorlesungen vom 23. Dezember bis zum 6. Januar ausgesetzt.

Art. 61. Zu Beginn eines jeden Semesters findet ein feierlicher Eröffnungsgottesdienst statt, nach Möglichkeit am Tage des sel. Albert des Großen (15. November) und an dem für die Feier des Festes des hl. Petrus Canisius bestimmten Tage (dem 4. Sonntag nach Ostern, gemäß einem päpstlichen Indult vom 14. Februar 1917).

Außerdem feiert die Universität das Fest des heiligen Thomas von Aquin (7. März).

Am 15. November findet die feierliche Eröffnung des Studienjahres statt.

## **2. Reglement der philosophischen Fakultät.** (Vom 28. April 1931.)

### *1. Von der Fakultät im allgemeinen.*

Art. 1. Die Fakultät umfaßt als Lehrkörper alle ihr angehörenden ordentlichen und außerordentlichen Professoren und Privatdozenten. Die Lektoren und Assistenten sind ihr als Hilfskräfte angegliedert. (Universitäts-Statuten, Art. 13.)

Art. 2. Als akademische Behörde umfaßt die Fakultät nur ihre ordentlichen und außerordentlichen Professoren.

In dieser Eigenschaft hat sie das Recht, sich Reglemente zu geben und alle nur sie selbst betreffenden Angelegenheiten zu entscheiden. Insbesondere ist sie berechtigt, über ihren Lehrplan, ihre Prüfungen und ihre Grade Bestimmungen zu treffen, sowie die Gebühren für Prüfungen, für Diplome und für die Habilitation festzusetzen. Sie gewährt Erlaß der Vorlesungstaxe und entscheidet die Fälle, in denen Art. 2. des Reglements über die Verteilung der Vorlesungstaxen Anwendung findet. Die Fakultät beschließt über die in ihrem Namen zu erstattenden Berichte.

Die Reglemente der Fakultät, sowie alle an ihnen vorgenommenen Änderungen, müssen dem Staatsrat zur Genehmigung unterbreitet und sodann dem Rektor mitgeteilt werden.

Die Fakultät ist für den Fortschritt und die planmäßige Ordnung der Studien und des Unterrichts verantwortlich. (Universitäts-Statuten, Art. 14, 15. Gesetz Art. 37.)

Art. 3. Die Fakultät stellt für Kandidaten des mittleren und höheren Lehramtes Zeugnisse aus und verleiht die Grade eines Lizentiaten und eines Doktors.

Art. 4. Die Diplome und Zeugnisse werden — mit Ausnahme der Ehren-Promotionen — nur auf Grund einer Prüfung erteilt. Für die Prüfung sind maßgebend:

1. Die Bestimmungen über die Erlangung der Doktorwürde;
2. die Bestimmungen über die Prüfung der Kandidaten des höheren Lehramtes;
3. die Prüfungs-Bestimmungen für Lehrer an Mittelschulen;
4. für die Ergänzungsprüfung aus der lateinischen Sprache die durch Staatsratsbeschluß vom 18. Mai 1921 bestätigten Vorschriften. Über die Ablegung dieser Prüfung wird kein Zeugnis ausgestellt.

Art. 5. Die Habilitation von Privatdozenten regeln die Bestimmungen über die Habilitation.

Für Zulassung zur Habilitation wird in der Regel die Doktor-Promotion mit der I. oder II. Note für Dissertation und mündliche Prüfung verlangt.

Art. 6. Für die Lektoren gelten die durch Staatsratsbeschluß vom 3. September 1921, 4. August und 24. Dezember 1922 bestätigten Bestimmungen.

## 2. Von dem Dekan.

Art. 7. An der Spitze der Fakultät steht der Dekan. Er beruft und leitet die Fakultätssitzungen und sorgt für die Ausführung ihrer Beschlüsse. Er vertritt die Fakultät nach außen, vermittelt den Verkehr mit der Direktion des öffentlichen Unterrichts, dem Rektor, den übrigen Behörden und der Öffentlichkeit im allgemeinen für alles, was die Fakultät betrifft. (Gesetz Art. 32.)

Er übt außerdem die Befugnisse aus, die ihm durch die Universitäts-Statuten, die Fakultätsreglemente und die Beschlüsse des Staatsrats übertragen sind, insbesondere durch Art. 8 und 11 des Beschlusses vom 1. März 1918 über die Verteilung der Vorlesungstaxen. (Universitäts-Statuten Art. 18.)

Er verwaltet die Fakultätskasse.

Art. 8. Der Dekan wird von der Fakultät aus der Mitte der ordentlichen Professoren gewählt. Seine Wahl unterliegt der Bestätigung durch die Direktion des öffentlichen Unterrichts und ist dem Rektor mitzuteilen.

Seine Amtsdauer beträgt ein Jahr. Er tritt sein Amt am 1. August an. (Gesetz Art. 30, 31. Universitäts-Statuten Art. 16, 19.)

Art. 9. Der abtretende Dekan hat während des folgenden Jahres den Titel und die Befugnisse eines Prodekan. Der Prodekan vertritt den Dekan, wenn dieser verhindert ist. (Gesetz Art. 33.)

Art. 10. Der Dekan und der Prodekan sind während ihres Amtsjahres Mitglieder des Senats. (Gesetz Art. 25.)

Art. 11. Der Dekan nimmt die Anmeldungen der Studierenden zur Immatrikulation und zu den Prüfungen entgegen. Er führt die Fakultätsmatrikel; verwahrt das Fakultätssiegel; stellt die Fakultätszeugnisse, Lizentiaten- und Doktor-Diplome aus.

Art. 12. Der Dekan ist Vorsitzender der Immatrikulationskommission, sowie derjenigen für die Gremaud-Stiftung. Er führt ferner den Vorsitz in dem Kolloquium für Privatdozenten, in den mündlichen Prüfungen für die Doktor-Promotion wie in den Lehr-

amtsprüfungen und in den Ergänzungsprüfungen in der lateinischen Sprache. Er wirkt bei der Festsetzung des Urteils mit und nimmt in der Regel über die Prüfungen ein Protokoll auf. Ist der Dekan selbst Examinator, so leitet an seiner Stelle als Vorsitzender der Prodekan die ganze Prüfung.

Art. 13. Nach Ablauf seines Dekanates legt der Dekan in der ersten Sitzung des folgenden Semesters einen schriftlichen Kassenbericht über seine Amtsverwaltung vor. (Beschluß vom 20. Juni 1900. Protokollbuch I, S. 162.)

### 3. Von den Fakultäts-Sitzungen.

Art. 14. Die ordentlichen und außerordentlichen Professoren haben allein das Recht, an den Fakultätssitzungen teilzunehmen. (Gesetz Art. 29.)

Art. 15. Regelmäßige Versammlungen der Fakultät finden statt: 1. in der Woche nach Epiphanie; 2. in der ersten Woche nach dem 15. Mai; 3. am 20. Juli. Fällt der 20. Juli auf einen Sonntag, so findet die Versammlung am 21. statt.

In den beiden erstgenannten Sitzungen werden für das nächste Semester die Vorlesungen der Fakultät festgesetzt. Deren Verzeichnis übergibt der Dekan innerhalb acht Tagen dem Rektor. In der Sitzung vom 20. Juli wählt die Fakultät ihren Dekan.

Die Fakultät tritt außerdem zusammen, so oft der Dekan es für angebracht hält, sie zu berufen. Der Dekan ist zur Einberufung verpflichtet, wenn ein Viertel der Fakultätsmitglieder ihn schriftlich unter Angabe der Verhandlungsgegenstände darum ersucht. (Universitäts-Statuten Art. 17.)

Art. 16. Für die Geschäftsordnung in den Fakultätssitzungen gelten die allgemeinen Vorschriften in Art. 21—26 der Universitäts-Statuten.

Art. 17. Die Fakultät entscheidet durch Mehrheitsbeschluß insbesondere über folgende Angelegenheiten:

1. Vorschläge für die Besetzung erledigter oder neu geschaffener Lehrstühle. Sie erstattet Gutachten über die Errichtung neuer oder die Umgestaltung schon bestehender Lehrstühle;
2. Vorschläge für die Beförderung außerordentlicher Professoren zu ordentlichen. Bei der Abstimmung über einen solchen Vorschlag sind nur die ordentlichen Professoren stimmberechtigt;
3. Habilitation von Privatdozenten;
4. Vorschläge zur Ernennung von Lektoren;
5. Zulassung zur Immatrikulation in zweifelhaften, von der Immatrikulationskommission nicht entschiedenen Fällen (vgl. u. Art. 30);

6. Zulassung zu Doktorprüfungen;
7. Dispensen jeglicher Art von Reglementsbestimmungen, soweit die Fakultät dazu berechtigt ist und insofern sie ihre Vollmachten dafür nicht dem Dekan oder Kommissionen abgetreten hat. (Universitäts-Statuten Art. 16.)

#### *4. Von den Kommissionen und Delegationen.*

Art. 18. Ständige Kommissionen der Fakultät sind:

1. Die Immatrikulationskommission, die auch über die Stundung und Befreiung von Vorlesungsgebühren entscheidet. Sie setzt sich zusammen aus dem Dekan und zwei auf je vier Jahre gewählten Professoren. (P.-B. II, 143, und Staatsratsbeschuß vom 1. März 1918.)
2. Die Prüfungskommission für das Lehramt an Mittelschulen. Sie setzt sich zusammen aus dem Dekan, dem Professor für Pädagogik oder dessen vom Dekan bestimmten Stellvertreter und einem Examinator;
3. die Kommission für die Ergänzungsprüfung in der lateinischen Sprache. Sie setzt sich zusammen aus dem Dekan und den Professoren der lateinischen Sprache und Literatur und der klassischen Philologie;
4. die Kommission für die höhere Lehramtsprüfung, zusammengesetzt aus dem Dekan und seinen beiden Vorgängern im Dekanat.

Art. 19. Die Fakultät entsendet Vertreter in folgende ständige Kommissionen:

1. in die Publikationskommission einen Vertreter, dessen Amtsdauer drei Jahre beträgt (Regl. f. d. Collectanea Art. 2);
2. in die Kommission für den Gremaud-Preis den Dekan als Vorsitzenden und zwei Professoren der Geschichte;
3. in die Kommission zur Leitung des Instituts für modernes Französisch den Professor für französische Sprache und Literatur als Direktor, den Professor der romanischen Philologie und dazu einen andern Professor als Delegierten.

#### *5. Von der Fakultätskasse.*

Art. 20. In die Fakultätskasse fließen:

1. die Gebühren für die Doktor-Promotionen;
2. die Gebühren für die Prüfung von Mittelschullehrern;
3. die Gebühren für die höhern Lehramts-(Lizentiaten-)Prüfungen;
4. die Gebühren für die Lateinprüfungen;
5. etwaige Geschenke.

Art. 21. Die Gebühren für die Doktor-Promotion betragen Fr. 325.—. Davon hat der Kandidat Fr. 100.— bei der Einreichung der Dissertation, Fr. 225.— nach Ansetzung des Termines für die mündliche Prüfung zu zahlen. (Promotionsordnung Art. 18.)

Diese Gebühren werden in folgender Weise verteilt:

|                                                                                                 |           |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| Der Rektor erhält . . . . .                                                                     | Fr. 20.—  |
| Der Dekan . . . . .                                                                             | „ 30.—    |
| (wird er vertreten, erhält er nur Fr. 20.— und der Prodekan Fr. 10.—)                           |           |
| Die zwei Referenten für die Dissertation je Fr. 50.— . . . . .                                  | „ 100.—   |
| Der Examiner der mündlichen Prüfung im Hauptfach<br>(sind es zwei Examinatoren, jeder Fr. 20.—) | „ 40.—    |
| Die Examinatoren in den Nebenfächern je Fr. 20.— . . . . .                                      | „ 40.—    |
| Der Pedell . . . . .                                                                            | „ 10.—    |
| Die Bibliothek . . . . .                                                                        | „ 30.—    |
| Die Kanzlei . . . . .                                                                           | „ 10.—    |
| Für das Diplom (Fr. 22.—) und die Fakultätskasse<br>(Fr. 23.—) . . . . .                        | „ 45.—    |
|                                                                                                 | <hr/>     |
|                                                                                                 | Fr. 325.— |

(Beschlüsse vom 3. März 1899; 1. Februar 1912.)

An Bibliothek und Kanzler werden die Gebühren erst bei der Ablieferung des Diploms ausbezahlt. (Beschluss vom 29. April 1901; vom 1. Mai 1920.)

Wenn die Dissertation zurückgewiesen oder von dem Kandidaten zurückgezogen wird, so bleiben die für die Prüfung der Dissertation von ihm eingezahlten Fr. 100.— verfallen. (Promotionsordnung Art. 18.)

Erfolgt eine Abweisung des Kandidaten nach der mündlichen Prüfung, so bleiben von den weiter eingezahlten Fr. 225.— verfallen Fr. 120.—. Diese Fr. 120.— werden verteilt unter die Examinatoren (Fr. 80.—), den Dekan (Fr. 30.—) und den Pedell (Fr. 10.—).

Art. 22. Die Prüfungsgebühren für die Kandidaten des höheren Lehramtes betragen für jedes Prüfungsfach der Oberstufe Fr. 60.—, für jedes Fach der Unterstufe Fr. 50.—, für die Prüfung in Pädagogik Fr. 20.—.

Die Prüfungsgebühren von Fr. 60.— beziehungsweise Fr. 50.— werden folgendermaßen verteilt:

|                                                                  |          |
|------------------------------------------------------------------|----------|
| Der Examiner der Hausarbeit erhält . . . . .                     | Fr. 10.— |
| Der Examiner der Klausurarbeit erhält . . . . .                  | „ 8.—    |
| Der Examiner der mündlichen Prüfung<br>für je ½ Stunde . . . . . | „ 10.—   |
| Der Dekan . . . . .                                              | „ 10.—   |
| Die Fakultätskasse den jeweiligen Rest.                          |          |

(Beschlüsse vom 19. Dezember 1922 und 13. Juni 1928.)

Von den Gebühren der Prüfung in Pädagogik erhält der Examinator und der Dekan als Vorsitzender je Fr. 10.—.

Wird eine Hausarbeit zurückgewiesen, so bleiben Fr. 15.— verfallen, Fr. 25.—, wenn es sich um zwei Hausarbeiten handelt. Davon erhält der Examinator jeweils Fr. 10.—, der Dekan Fr. 5.—. Wird eine Klausurarbeit zurückgewiesen oder besteht der Kandidat die mündliche Prüfung nicht, so bleiben die Gebühren verfallen.

Art. 23. Die Gebühren der Prüfung für Lehrer an Mittelschulen betragen Fr. 15.— im allgemeinen für jede Sitzung, außerdem für die mündliche Prüfung in jedem Fache Fr. 5.— und dazu Fr. 5.—, wenn eine Klausurarbeit verlangt wird.

Von den allgemeinen Gebühren erhält der Dekan Fr. 5.—, der Schriftführer Fr. 5.—; der Rest fällt der Fakultätskasse zu. (Beschlüsse vom 16. Januar 1920 und 12. Januar 1926.)

Art. 24. Die Gebühr für die Latein-Prüfung beträgt Fr. 20.—. Von dieser Gebühr erhält der Examinator Fr. 10.—, der Beisitzer und der Dekan als Vorsitzender je Fr. 5.—. (Beschluß vom 22. Dezember 1919.)

Art. 25. In der Fakultätssitzung vom 20. Juli wird ein Revisor der Fakultätskasse ernannt, der am Anfang des Studienjahres die Rechnungsablage des Dekans in Verbindung mit dem neuen Dekan zu prüfen und der Fakultät darüber zu berichten hat. (Beschlüsse vom 22. Juni 1900 und 1. Februar 1912.)

#### 6. Von den Dozenten.

Art. 26. Die Pflichten und Rechte der Dozenten werden im allgemeinen geregelt durch die Bestimmungen des Universitätsgesetzes in Kapitel 2 und der Universitäts-Statuten in Art. 27—33.

Art. 27. Ist ein Professor länger als acht Tage an der Abhaltung seiner Vorlesungen verhindert, so hat er dies, gleichviel welches der Grund seiner Verhinderung ist, dem Dekan anzuzeigen. Dauert die Verhinderung länger als vierzehn Tage, so hat er Urlaub zu nehmen. (Universitäts-Statuten Art. 32.)

Wünscht ein Professor Urlaub, so hat er, nach vorgängiger Verständigung des Dekans, beim Staatsrat ein Urlaubsgesuch einzureichen. (Universitäts-Statuten Art. 33. Gesetz Art. 16.)

Professoren, die auf ein Semester oder länger beurlaubt sind, nehmen an den Fakultätssitzungen nicht teil und werden bei der Abstimmung über eine Promotion honoris causa (Art. 19 der Promotionsordnung) nicht mitgezählt. (Beschlüsse vom 9. Juni 1906 und 1. Februar 1912.)

*7. Von den Studierenden.*

Art. 28. Für die Immatrikulation der Studierenden sind im allgemeinen die Bestimmungen des Reglementes für die Studierenden vom 19. Oktober 1923, Art. 1, maßgebend.

Art. 29. Wer immatrikuliert werden will, hat sich zunächst innerhalb der ersten drei Wochen des Semesters bei dem Dekan anzumelden und demselben seine Studien- und Sittenzeugnisse zu überreichen.

Für jedes verspätete Immatrikulationsgesuch muß eine Entschuldigung vorgebracht werden, die nur auf Grund außerordentlicher Verhältnisse (nachgewiesene Krankheit, Militärdienst und dergleichen) angenommen werden kann. Darüber zu entscheiden hat die Immatrikulationskommission Vollmacht bei Gesuchen, die vor dem 1. Januar beziehungsweise 1. Juni eingereicht werden. Über später vorgebrachte Gesuche behält die Fakultät selbst sich die Entscheidung vor. (Beschuß vom 26. November 1912.)

Studierende, die von andern Universitäten weggewiesen wurden, können von der Fakultät nur mit Zustimmung des Senates zur Immatrikulation zugelassen werden. (Universitäts-Statuten Art. 35.)

Art. 30. In zweifellosen Fällen entscheidet der Dekan selbständig über die Immatrikulation der Studierenden. Alle zweifelhaften Fälle hat er der Immatrikulationskommission vorzulegen, deren Entscheidung als definitiv gilt, wenn sie einstimmig erfolgt ist. Andernfalls geht die Angelegenheit an die Fakultät. (Beschuß vom 14. Dezember 1909.)

Art. 31. Die Namen der zur Immatrikulation Zugelassenen trägt der Dekan in die Fakultätsmatrikel ein, indem er jeweils bemerkt, ob der einzelne ohne oder mit Vorbehalt immatrikuliert wurde. Zugleich stellt er den Studierenden eine den gleichen Vermerk tragende Bescheinigung über ihre Zulassung zu ihrer Immatrikulation für die Kanzlei aus. Die vorgelegten Zeugnisse behält er gegen eine Quittung zurück und übergibt sie ebenfalls gegen eine Quittung sogleich nach Ablauf der Immatrikulationsperiode der Universitätskanzlei, wo dieselben aufbewahrt werden.

Art. 32. Studierende, welche mit Vorbehalt immatrikuliert sind, können nicht ohne weiteres zu den Prüfungen zugelassen werden. Sie müssen vielmehr vorher ein Gesuch an die Fakultät richten, die bei der Entscheidung darüber neben andern die bisherigen Leistungen des Kandidaten (Kollegienbesuch, Seminararbeiten, Privatexamina u. s. w.), sowie auch die Gutachten der mutmaßlich bei der Prüfung in Betracht kommenden Professoren berücksichtigt. Der zweckmäßigste Zeitpunkt für die Einreichung

dieses Gesuches, falls es sich auf die Zulassung zur Doktorprüfung bezieht, dürfte gewöhnlich die Inangriffnahme der Dissertation sein.

Der Wortlaut dieser Bestimmung ist den betreffenden Studierenden anlässlich ihrer Einschreibung in die Fakultätsmatrikel gedruckt einzuhändigen, und zugleich ist der Empfang dem Dekan zu bescheinigen. (Beschluss vom 13. November 1916.)

Art. 33. A. Lehrer, die auf ihr Primarlehrerpatent hin immatrikuliert worden sind, können zu den Prüfungen für Erlangung der höheren Grade (Lizentiat und Doktorat) nur unter folgenden Voraussetzungen zugelassen werden:

1. Ablegung einer Prüfung für Lehrer an Mittelschulen;
2. Nachweis über bestandene Prüfung in der lateinischen Sprache.

Vor Ablegung der Mittelschullehrerprüfung kann die Zulassung zum Lateinexamen nicht nachgesucht werden.

3. Nachweis der nötigen Fachstudien an der philosophischen Fakultät.

Diesen Kandidaten können von den ersten vier Semestern, in denen sie sich für die Mittelschullehrerprüfung vorzubereiten hatten, nur zwei Semester für die Prüfungen zu den höheren Graden angerechnet werden.

Die Entscheidung der Fakultät über die Zulassung der Lehrer zum Doktorat oder zu den Prüfungen für das höhere Lehramt (obere Schulstufe) kann nicht vor dem sechsten Semester ihrer Studienzeit erfolgen. Lehrer, die sich der Prüfung für das höhere Lehramt (untere Schulstufe) unterziehen wollen, können jedoch schon nach sechs Semestern ihres Studiums dafür zugelassen werden.

Inhaber eines Sekundarlehrerpatents können zu den Prüfungen für die höheren Grade zugelassen werden, nachdem sie die Ergänzungsprüfung in der lateinischen Sprache bestanden und mindestens während sechs Semestern an der philosophischen Fakultät Vorlesungen gehört haben. Für die untere Schulstufe bei Prüfung für das höhere Lehramt werden von ihnen nur vier Semester verlangt.

B. Die Fakultät verlangt von diesen Bewerbern um das Doktorat sodann einen besondern Nachweis über eifrige und erfolgreiche Teilnahme an den für die gewählten Fächer in Betracht kommenden Seminarübungen. Es ist eine Seminararbeit mit dem Gutachten des betreffenden Fachprofessors der Fakultät vorzulegen.

Lehrer, die sich unter diesen Voraussetzungen zur Erwerbung des Doktorgrades melden, können in keinem Falle Pädagogik als Nebenfach wählen. Dagegen kann den Bewerbern um das Lizenziat die Ablegung der Prüfung aus der Pädagogik erlassen werden.

Diese Bestimmungen gelten nur für schweizerische Lehrer, die Inhaber eines Primar- oder Sekundarlehrerpatentes sind.

C. Dieselben Bestimmungen finden, je nach Umständen, sinn- gemäße Anwendung auch auf andere mit Vorbehalt Immatriku- lierte, die zu den Prüfungen für die höheren Grade zugelassen werden wollen. (Beschuß vom 11. Februar 1921.)

Art. 34. Studierende, die durch besondere Gründe genötigt sind, schon vor der letzten Woche eines Semesters den Besuch der Vor- lesungen einzustellen, bedürfen einer Ermächtigung des Dekans, um die Schlußbescheinigung der einzelnen Dozenten einzuholen. (Universitäts-Statuten Art. 47.)

Vom Staatsrat genehmigt in der Sitzung vom 28. April 1931.

## XI. Kanton Solothurn.

### 1. Primarschule.

#### **I. Verordnung betreffend die Verwendung des Bundesbeitrages an die öffentliche Primarschule. (Vom 29. April 1931.)**

Der Kantonsrat von Solothurn,

in Vollziehung des § 6, Absatz 1, des Bundesgesetzes betreffend die Unterstützung der öffentlichen Primarschule vom 25. Juni 1903/15. März 1930, und des § 8 des Gesetzes betreffend die Beteili- gung des Staates an der Roth-Stiftung vom 29. März 1925,

auf Antrag des Regierungsrates,

beschließt:

§ 1. Die Bundessubvention, welche nach dem revidierten Bun- desgesetz betreffend die Unterstützung der öffentlichen Primar- schule vom 25. Juni 1903/15. März 1930 dem Kanton Solothurn jährlich zukommt (Fr. 1.— pro Kopf der Wohnbevölkerung) ist vom Jahre 1931 an zu verwenden wie folgt:

1. Ein Drittel <sup>1)</sup> als jährlicher Beitrag an die Roth-Stiftung des Kantons Solothurn (Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse der Lehrerschaft der Primar- und Bezirksschulen);

<sup>1)</sup> Der Beitrag richtet sich nach der Wohnbevölkerung des Kantons Solo- thurn. Für die nächsten zehn Jahre beträgt er Fr. 48,198.—.

2. mindestens die Hälfte <sup>1)</sup> der Gesamtsubvention als Beitrag an die Einwohnergemeinden für nachgenannte Zwecke:
- a) Errichtung neuer Lehrstellen;
  - b) Bau und wesentlicher Umbau von Schulhäusern;
  - c) Errichtung von Turnhallen, Anlage von Turnplätzen und Anschaffung von Turngeräten;
  - d) Aufbesserung von Lehrerbesoldungen, sowie Aussetzung und Erhöhung von Ruhegehalten,
  - e) Beschaffung von Schulmobiliar und allgemeinen Lehrmitteln;
  - f) Nachhilfe bei Ernährung und Bekleidung armer Schulkinder;
  - g) Erziehung schwachsinniger Kinder in den Jahren der Schulpflicht.

Der Anteil einer jeden Einwohnergemeinde wird nach der Wohnbevölkerung berechnet. Als Grundlage für diese Berechnung dient die Klassifikation der Einwohner- bzw. Schulgemeinden für die Bemessung der Staatsbeiträge an die Lehrerbesoldungen. Es erhalten pro Kopf der Wohnbevölkerung:

- a) die Gemeinden der I., II. und III. Klasse . . . 75 Rp.
- b) die Gemeinden der IV., V. und VI. Klasse . . . 60 Rp.
- c) die Gemeinden der VII., VIII. und IX. Klasse . 45 Rp.

3. Der Rest als jährlicher Beitrag an die Kosten von Schulhaus-Neu- oder Umbauten finanzschwacher Primar- und Bezirksschulgemeinden.

Über die Verwendung dieses Teiles der Bundessubvention in Verbindung mit den auch weiterhin durch Budgetbeschluß für den nämlichen Zweck zu bewilligenden Mitteln (je Fr. 15,000.— für Primar- und Bezirks-Schulhausbauten) wird der Regierungsrat Normen aufstellen.

§ 2. Von dem den Gemeinden zufallenden Anteil an der Bundessubvention haben dieselben einen Drittel (25, bzw. 20, bzw. 15 Rappen auf den Kopf) zur Nachhilfe bei Ernährung und Bekleidung armer Schulkinder zu verwenden. Den Rest können sie nach ihren eigenen Entschlüssen für einen oder mehrere der in § 1, Ziffer 2, hievor genannten Zwecke verwenden.

Die Beiträge des Bundes dürfen keine namhafte Verminderung der durchschnittlichen ordentlichen Leistungen des Kantons und

<sup>1)</sup> Dieser Beitrag wird alle drei Jahre auf Grund der vom Regierungsrat zu erlassenden Klassifikations-Verordnung neu festgesetzt.

Für die Jahre 1931—1933 ergibt sich nach der Klassifikations-Verordnung vom 18. Dezember 1930 und nach dem Resultat der letzten Volkszählung ein Betrag von Fr. 74,220.— bei einer Gesamtsubvention von Fr. 144,594.—.

der Gemeinden für die Primarschule in den Jahren 1925 bis und mit 1929 zur Folge haben.

§ 3. Die Gemeinden haben dem Regierungsrat auf den von ihm festzusetzenden Zeitpunkt über die beabsichtigte und vollzogene Verwendung der Bundesbeiträge die verlangten Angaben zu machen und Ausweise einzureichen.

§ 4. Gemeinden, welche den Vorschriften des § 3 nicht nachkommen, verlieren ihren Anspruch auf die Bundesbeiträge, und es hat der Regierungsrat darüber nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes zu verfügen.

§ 5. Die Nachzahlung für den Kanton Solothurn, welche durch das Inkrafttreten des revidierten Bundesgesetzes auf 1. Oktober 1930 im Jahre 1931 fällig wird, hat der Regierungsrat im Sinne von § 1, Ziffer 3, hievor zu verwenden.

§ 6. Durch diese Verordnung werden alle ihr widersprechenden, vom Kantonsrat oder Regierungsrat erlassenen Vorschriften aufgehoben. Insbesondere fällt dahin die Verordnung betreffend Verwendung des Bundesbeitrages an die öffentliche Primarschule vom 19. Juli 1904.

§ 7. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzuge dieser Verordnung beauftragt.

## 2. Mittelschulen und Berufsschulen.

### 2. Lehrplan der Landwirtschaftlichen Winterschule Wallierhof, Riedholz, Solothurn. (Vom 24. Dezember 1931.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn,  
auf Antrag der Aufsichtskommission der landwirtschaftlichen Winterschule,

beschließt:

§ 1. In den beiden Kursen der landwirtschaftlichen Winterschule des Kantons Solothurn sind folgende Wochenstunden zu erteilen:

#### I. Allgemein bildende Fächer.

|                                       | 1. Kurs | 2. Kurs |
|---------------------------------------|---------|---------|
| 1. Deutsche Sprache . . . . .         | 4       | 3       |
| 2. Rechnen . . . . .                  | 2       | 2       |
| 3. Geometrie und Feldmessen . . . . . | 2       | 1       |
| 4. Vaterlandskunde . . . . .          | 1       | --      |
| 5. Turnen . . . . .                   | 1       | 1       |
| 6. Gesang . . . . .                   | 1       | 1       |

## II. Hilfswissenschaften.

|                                                                    | 1. Kurs | 2. Kurs |
|--------------------------------------------------------------------|---------|---------|
| 7. Allgemeine und spezielle Botanik; Pflanzenkrankheiten . . . . . | 2       | —       |
| 8. Zoologie . . . . .                                              | 1       | —       |
| 9. Physik . . . . .                                                | 2       | —       |
| 10. Chemie . . . . .                                               | 4       | 1       |

## III. Landwirtschaftslehre.

|                                                                      |    |    |
|----------------------------------------------------------------------|----|----|
| 11. Allgemeiner und spezieller Pflanzenbau; Samenkunde . . . . .     | 4  | 6  |
| 12. Obstbau und Obstverwertung; Gemüsebau                            | 3  | 2  |
| 13. Allgemeine und spezielle Tierzucht und Fütterungslehre . . . . . | 5  | 4  |
| 14. Pferdehaltung und Pferdezucht . . . . .                          | —  | 1  |
| 15. Forstwirtschaft . . . . .                                        | —  | 1  |
| 16. Alp- und Weidwirtschaft . . . . .                                | —  | 1  |
| 17. Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen                        | 1  | —  |
| 18. Landwirtschaftliches Bauwesen . . . . .                          | 1  | —  |
| 19. Landwirtschaftliche Geräte und Maschinen                         | —  | 1  |
| 20. Landwirtschaftliche Betriebslehre . . . . .                      | 3  | 3  |
| 21. Milchwirtschaft . . . . .                                        | —  | 2  |
| 22. Landwirtschaftliche Buchführung . . . . .                        | —  | 2  |
| 23. Gesetzeskunde . . . . .                                          | —  | 2  |
| 24. Tierheilkunde . . . . .                                          | —  | 2  |
| Total                                                                | 37 | 36 |

Dem Unterricht in Bienenzucht sind pro Winter in beiden Klassen mindestens 8 Stunden einzuräumen.

§ 2. Für Exkursionen und Übungen ist per Woche ein Nachmittag und für Vortragsübungen der Schüler ein Wochenabend zu reservieren.

§ 3. Dieser Lehrplan tritt mit dem Bezug der neuen Schule auf Wallierhof in Kraft.

## 3. Verschiedenes.

- 3. Verordnung betreffend Schutz und Erhaltung von Altertümern und historischen Kunstdenkmälern im Kanton Solothurn. (Vom 10. Juli 1931.)**

## XII. Kanton Baselstadt.

## 1. Allgemeines.

- 1. Stipendienordnung. (Vom Regierungsrat genehmigt am 31. Juli 1931.)**

## 2. Primar- und Sekundarschule.

2. **Lehrziele und Unterrichtspläne der Primarschulen des Kantons Baselstadt [Knaben- und Mädchen-Primarschule].** (Genehmigt vom Erziehungsrat am 30. März 1931.)
- 

3. **Lehrziel der Knabensekundarschule Basel [mit Unterrichtsplan].** (Vom Erziehungsrat am 19. Oktober 1931 provisorisch genehmigt.)
- 

4. **Lehrplan für die Mädchensekundarschule des Kantons Baselstadt.** [Provisorisch.] (Vom Erziehungsrat genehmigt am 16. Februar 1931.)
- 

## 3. Realschule.

5. **Unterrichtsplan und Lehrziel der Mädchenrealschule.** [Provisorisch.] (Genehmigt vom Erziehungsrat am 22. Juni 1931.)
- 

## 4. Höhere Mittelschulen.

6. **Ordnung für die Maturitätsprüfungen im Kanton Baselstadt.** (Vom Regierungsrat genehmigt am 24. März 1931.)

Der Erziehungsrat hat in Ausführung des § 30 des Universitätsgesetzes vom 30. Januar 1866 und mit Rücksicht auf das Reglement für die eidgenössischen Maturitätsprüfungen vom 20. Januar 1925 und die Verordnung über die Anerkennung von Maturitätsausweisen durch den schweizerischen Bundesrat vom 20. Januar 1925 folgendes bestimmt:

§ 1. Die Oberleitung der Maturitätsprüfungen im Kanton Baselstadt wird von der kantonalen Maturitätskommission besorgt.

Die kantonale Maturitätskommission setzt sich zusammen aus den Rektoren der Gymnasien und der Handelsschule und je einem Lehrer dieser Anstalten und wird mit ihrem Präsidenten vom Erziehungsrat auf die jeweilige Amtsdauer des Regierungsrates ernannt. Der Erziehungsrat hat das Recht, 1—2 weitere Mitglieder in die kantonale Maturitätskommission abzuordnen.

### A. Maturitätsprüfungen an den Gymnasien und an der kantonalen Handelsschule.

§ 2. Die Maturitätsprüfungen an den Gymnasien und an der Handelsschule finden jeweilen am Schlusse des Courses der obersten Klasse statt. Es werden zu denselben nur solche Kandidaten zugelassen, die während des ganzen letzten Jahreskurses regelmäßige

Schüler waren und vor dem 15. April das 18. Altersjahr zurückgelegt haben. Über allfällige Ausnahmen entscheidet der Vorsteher des Erziehungsdepartementes auf Antrag der Schule.

§ 3. Die Prüfungen werden von den Inspektionen der Gymnasien und der Handelsschule abgenommen. Jeder Fachprüfung wohnt ein Experte bei. Das Amt eines Experten wird vom Vorsteher des Erziehungsdepartementes auf Vorschlag der Inspektion Mitgliedern der Inspektion der betreffenden Schule, Lehrern der Gymnasien und der Handelsschule, die an den obersten Klassen regelmäßig oder zeitweilig unterrichten, Dozenten der Universität oder weiteren geeigneten Personen übertragen.

Die Lehrer der obersten Klasse wirken bei der Prüfung als Examinatoren mit.

Die Maturitätsprüfungsprogramme sind der kantonalen Maturitätskommission zur Überprüfung und Genehmigung zu unterbreiten.

§ 4. Die Maturitätsprüfung erstreckt sich auf folgende Fächer:

- a) am humanistischen Gymnasium: Deutsch, Französisch, Mathematik, Latein oder Griechisch;
- b) am Realgymnasium: Deutsch, Französisch, Mathematik, Latein oder Englisch;
- c) am mathematisch - naturwissenschaftlichen Gymnasium: Deutsch, Französisch, Mathematik, Physik oder darstellende Geometrie;
- d) an der Gymnasialabteilung des Mädchengymnasiums: Deutsch, Französisch, Mathematik, Latein oder Englisch;
- e) an der Realabteilung des Mädchengymnasiums: Deutsch, Französisch, Mathematik, Englisch;
- f) an der Maturitätsabteilung der Handelsschule: Deutsch, Französisch, Mathematik, Wirtschaftslehre.

Bei dieser Prüfung ist im wesentlichen das Unterrichtpensum der zwei obersten Klassen zu berücksichtigen und mehr Gewicht auf die Erforschung der geistigen Reife als auf den Umfang der Kenntnisse zu legen.

Die Wahl unter den alternierenden Fächern wird von den Inspektionen getroffen.

§ 5. In den übrigen im Maturitätszeugnis aufzuführenden Fächern wird die Erfahrungsnote der Schule ins Maturitätszeugnis eingesetzt. Sie wird in diesen Fächern aus den Leistungsnoten der Quartalzeugnisse desjenigen Schuljahres, in dem der Fachunterricht abgeschlossen wurde, berechnet, wobei die Leistungsnoten des letzten Quartals doppelt gerechnet werden.

§ 6. Die Prüfung zerfällt in einen mündlichen und einen schriftlichen Teil.

§ 7. Schriftlich wird in den in § 4 erwähnten Fächern geprüft. Die Arbeiten bestehen für das Deutsche in einem Aufsatz, für das Lateinische in einer Übersetzung ins Lateinische oder aus dem Lateinischen, für das Griechische in einer Übersetzung in die Muttersprache, für die modernen Fremdsprachen in einer Übersetzung in die Fremdsprache oder in einer freien Arbeit, für die Wirtschaftslehre in einem Aufsatz oder in der Beantwortung bestimmter Fragen, für die übrigen Fächer in der Lösung einiger Aufgaben beziehungsweise in der Beantwortung bestimmter Fragen.

Die Themata für die schriftlichen Arbeiten und allfällige Hilfen werden auf Vorschlag des Examinators durch diesen und den Experten bestimmt.

Für die schriftlichen Arbeiten wird eine Zeit von höchstens vier Stunden anberaunt.

Die schriftlichen Arbeiten werden unter unausgesetzter Aufsicht, während der ersten Stunde unter Aufsicht des Examinators, angefertigt, nachher vom Examinator korrigiert und beurteilt und rechtzeitig dem Experten zur Einsicht zugestellt.

§ 8. Mündlich wird in den in § 4 erwähnten Fächern geprüft.

Die mündliche Prüfung findet in Gruppen von höchstens fünf Kandidaten statt; die Dauer einer Gruppenprüfung beträgt 50 Minuten.

Die Wahl des Prüfungstoffes ist dem Examinator freigestellt.

Zu den mündlichen Prüfungen sind der Vorsteher des Erziehungsdepartementes und die Mitglieder des Erziehungsrates einzuladen. Den Lehrern der Anstalt soll die Teilnahme an den mündlichen Prüfungen durch die Rektoren ermöglicht werden.

§ 9. Nach den Prüfungen setzen der Examinator und der Experte gemeinsam aus dem Ergebnis der Prüfung einerseits und der Erfahrungsnote des betreffenden Faches andererseits die endgültige Maturitätsfachnote fest. Die Erfahrungsnote der Prüfungsfächer ist das arithmetische Mittel aus den Quartalsnoten. Dieser Erfahrungsnote soll kein geringeres Gewicht eingeräumt werden als dem Ergebnis der Prüfung.

§ 10. Die ins Maturitätszeugnis einzusetzenden Fachnoten werden in einer vom Rektor der betreffenden Anstalt geleiteten gemeinsamen Sitzung der Inspektion, der Experten, der Examinatoren und derjenigen Lehrer, die in den Nichtprüfungsfächern (§ 5) den abschließenden Unterricht erteilt haben, zusammengestellt. Auf Grund der festgestellten Noten und nach gemeinsamer Aussprache wird in jedem einzelnen Fall über Erteilung oder Verweigerung des Maturitätszeugnisses Beschluß gefaßt.

§ 11. Die Fachnoten des Maturitätszeugnisses werden durch die Zahlen 6—1 ausgedrückt, wobei 6 die besten, 1 die geringsten Leistungen bezeichnet; halbe Noten sind nicht gestattet.

Das Zeugnis der Reife darf nicht erteilt werden, wenn die Summe aller Fachnoten bei 10 Fächern weniger als 36, bei 11 Fächern weniger als 40 beträgt. Ferner schließen in den wissenschaftlichen Fächern eine Note 1, zwei Noten 2, zwei Noten 3 und eine Note 2, vier Noten unter 4 die Erteilung des Maturitätszeugnisses aus.

§ 12. Schüler, beziehungsweise Schülerinnen, die das Maturitätszeugnis nicht erhalten haben, können entweder den letzten Jahreskurs der bisher besuchten Anstalt und am Schluß desselben die Maturitätsprüfung wiederholen oder sich, jedoch frühestens nach Ablauf eines halben Jahres, zu einer von der eidgenössischen Maturitätskommission oder von der kantonalen Maturitätskommission veranstalteten Maturitätsprüfung melden.

§ 13. Die Benützung unerlaubter Hilfsmittel sowie jede andere Unredlichkeit führen zur sofortigen Rückweisung von der ganzen Prüfung oder zur Verweigerung des Maturitätszeugnisses.

Ein aus diesem Grunde abgewiesener Kandidat kann erst zu der folgenden ordentlichen Maturitätsprüfung wieder zugelassen werden. In besonders schweren Fällen kann durch den Vorsteher des Erziehungsdepartementes auf Antrag der Inspektion Ausschließung für immer verfügt werden.

§ 14. Die Maturitätszeugnisse sollen enthalten:

- a) Die Aufschrift: Schweizerische Eidgenossenschaft, Kanton Baselstadt;
- b) den Namen der Anstalt, die sie ausstellt;
- c) den Namen, Vornamen, Bürgerort und das Geburtsdatum des Inhabers;
- d) die Angabe der Zeit, während deren er als regelmäßiger Schüler die Anstalt besucht hat, mit dem Datum des Eintritts und des Austritts;
- e) die Maturitätsnoten der einzelnen Fächer;
- f) die Unterschriften des Vorstehers des Erziehungsdepartementes, des Präsidenten der Inspektion und des Rektors der Anstalt.

Die Beifügung einer Generalnote ist obligatorisch.

Maturitätszeugnisse, die der „Verordnung über die Anerkennung von Maturitätsausweisen durch den schweizerischen Bundesrat vom 20. Januar 1925“ entsprechen, erhalten den Vermerk: Maturitätsausweis nach Typus A (beziehungsweise B, beziehungsweise C), ausgestellt nach der „Verordnung über die Anerkennung von Maturitätsausweisen durch den schweizerischen Bundesrat vom 20. Januar 1925“.

§ 15. Die Lehrer der Gymnasien und der Handelsschule haben sich bei den Maturitätsprüfungen als Experten und Examinatoren ohne Anspruch auf Entschädigungen zur Verfügung zu stellen.

Hinsichtlich der Entschädigung anderer bei den Maturitätsprüfungen mitwirkender Experten wird auf § 20 verwiesen.

B. Maturitätsprüfungen für Kandidaten mit privater Vorbildung und Ergänzungsprüfungen.

§ 16. Für Kandidaten, die einen für ihr Studium erforderlichen Maturitätsausweis nicht besitzen, werden jährlich zweimal, Ende März und Ende September, Maturitätsprüfungen beziehungsweise Ergänzungsprüfungen veranstaltet. Diese Prüfungen werden von der kantonalen Maturitätskommission abgenommen.

Kandidaten der medizinischen Berufsarten und Kandidaten, die in die Eidgenössische technische Hochschule einzutreten beabsichtigen, werden zu diesen Prüfungen nicht zugelassen.

Für diese Maturitätsprüfungen gelten die nachfolgenden Bestimmungen:

§ 17. Die Maturitätskommission zeigt die Zeit der Abhaltung der Prüfung und den Termin der Anmeldung im Kantonsblatt an.

§ 18. Die Anmeldungen sind an den Präsidenten der Maturitätskommission zu richten. Es sind beizulegen: 1. ein Nationalitätsausweis; 2. ein Altersausweis; 3. ein Lebenslauf; 4. eine Erklärung über die Wahl des Studiums und des Prüfungstypus; 5. möglichst vollständige Zeugnisse über den zurückgelegten Bildungsgang.

Die Maturitätskommission entscheidet über die Zulassung zur Prüfung.

§ 19. Die Kandidaten müssen auf den 15. April beziehungsweise 15. Oktober des betreffenden Jahres das 18. Altersjahr zurückgelegt haben.

Kandidaten, die eine bis zur Universität führende Schule während des letzten Jahreskurses verlassen haben, sowie Kandidaten, die an einer solchen Schule die Maturitätsprüfung nicht bestanden haben, werden erst ein halbes Jahr nach der Maturitätsprüfung jener Schulanstalt zugelassen. Kandidaten, die wegen Nichtbeförderung oder Zurückversetzung aus einer solchen Schule vor Beginn des letzten Jahreskurses ausgetreten sind, werden erst nach Ablauf der Zeit zugelassen, die noch nötig gewesen wäre, um an jener Anstalt zur ordentlichen Maturitätsprüfung zugelassen zu werden.

§ 20. Die Prüfungsgebühr beträgt für Schweizer Fr. 60.—, für Ausländer Fr. 100.—, für eine Ergänzungsprüfung Fr. 15.—. Sie ist beim Sekretär des Erziehungsdepartements zu entrichten. Die Quittung ist bei Beginn der Prüfung vorzuweisen.

Das Nähere über die Entschädigungen der Examinatoren und Experten wird in einem auf Vorschlag der Maturitätskommission vom Erziehungsrat zu erlassenden Regulativ festgesetzt.

§ 21. Die Maturitätskommission bezeichnet die Examinatoren und Experten aus der Zahl ihrer Mitglieder und der Lehrer der Gymnasien. Jeder Prüfung hat ein Experte beizuwohnen.

§ 22. Für die Durchführung der Prüfungen sind die Anforderungen der Maturitätsprogramme des Reglements für die Eidgenössischen Maturitätsprüfungen vom 20. Januar 1925 maßgebend.

§ 23. Die Prüfungen werden nach drei verschiedenen Typen, A. B. C., abgenommen und erstrecken sich auf folgende Fächer:

|                                                 |           |          |
|-------------------------------------------------|-----------|----------|
| 1. Muttersprache . . . . .                      | für Typus | A. B. C. |
| 2. Zweite Landessprache . . . . .               | „ „       | A. B. C. |
| 3. Lateinisch . . . . .                         | „ „       | A. B.    |
| 4. Griechisch . . . . .                         | „ „       | A.       |
| 5. Dritte Landessprache oder Englisch . . . . . | „ „       | B. C.    |
| 6. Geschichte . . . . .                         | „ „       | A. B. C. |
| 7. Geographie . . . . .                         | „ „       | A. B. C. |
| 8. Mathematik . . . . .                         | „ „       | A. B. C. |
| 9. Darstellende Geometrie . . . . .             | „ „       | C.       |
| 10. Physik . . . . .                            | „ „       | A. B. C. |
| 11. Chemie . . . . .                            | „ „       | A. B. C. |
| 12. Naturgeschichte . . . . .                   | „ „       | A. B. C. |
| 13. Zeichnen . . . . .                          | „ „       | A. B. C. |

In den Fächern 1, 2, 3, 4, 5, 8, 9 wird schriftlich und mündlich, in den Fächern 6, 7, 10, 11, 12 nur mündlich, im Fache 13 nur schriftlich geprüft. Für die schriftlichen Arbeiten wird eine Zeit von höchstens 4 Stunden anberaumt.

§ 24. Für jedes Fach erhält der Kandidat eine besondere, in einer ganzen Zahl ausgedrückte Note nach folgender Bewertung: 6, 5, 4 sind die Noten für genügende, 3, 2, 1 die Noten für ungenügende Leistungen.

§ 25. Die Benützung unerlaubter Hilfsmittel sowie jede andere Unredlichkeit führen zur Zurückweisung von der Prüfung oder zur Verweigerung des Maturitätszeugnisses.

§ 26. Nach beendigter Prüfung stellt der Präsident der Maturitätskommission auf Grund der erteilten Noten und nach gemeinsamer Besprechung mit den Examinatoren und Experten, sowie nach Maßgabe der in § 11 genannten Bestimmungen fest, ob die Prüfung bestanden ist oder nicht.

Ein Kandidat, der die Prüfung nicht bestanden hat, kann sich zu einer zweiten Prüfung melden, jedoch frühestens in einem halben Jahr; dabei wird ihm die Prüfung in den Fächern erlassen,

in denen er bei der ersten Prüfung mindestens die Note 5 erhalten hat. Die Noten 5 und 6 der ersten Prüfung werden ihm bei der zweiten Prüfung angerechnet, sofern er sich auf einen Termin anmeldet, der höchstens zwei Jahre hinter der ersten Prüfung liegt. Für die zweite Prüfung hat er die volle Prüfungsgebühr zu bezahlen. Eine dritte Prüfung ist nicht gestattet; dies gilt auch für Ergänzungsprüfungen.

§ 27. Von der Maturitätsprüfung können durch die Maturitätskommission diejenigen ganz oder teilweise befreit werden, welche ein Maturitätszeugnis einer auswärtigen Anstalt vorlegen, deren Unterrichtsplan den Maturitäts-Programmen des Reglementes für die Eidgenössischen Maturitätsprüfungen vom 20. Januar 1925 vollständig oder größtenteils entspricht.

§ 28. Die von der Maturitätskommission ausgestellten Maturitätszeugnisse tragen die Unterschrift ihres Präsidenten und ihres Schreibers.

§ 29. Die Maturitätskommission erstattet jedes Jahr Bericht an das Erziehungsdepartement.

Art. 30. Für die Behandlung von Beschwerden gegen die in §§ 3 und 16 dieser Ordnung genannten Prüfungskommissionen ist der Vorsteher des Erziehungsdepartementes zuständig. Es wird jedoch nur dann auf eine Beschwerde eingetreten, wenn sie innert 14 Tagen seit der Eröffnung des angefochtenen Entscheides schriftlich eingereicht wird.

### C. Schlußbestimmungen.

§ 31. Durch die vorliegende Ordnung werden die provisorische „Ordnung für die Maturitätsprüfungen“ vom 14. Oktober 1927 und die provisorische Ordnung der Maturitätsprüfungen an der Realabteilung der Töchterschule vom 16. Dezember 1927 aufgehoben. Die neue Ordnung tritt auf den 15. März 1931 in Kraft und Wirksamkeit.

---

## 5. Berufsbildung.

**7. Lehrplan für die Abendkurse Kleidermachen.** (Vom Erziehungsrat genehmigt am 19. Oktober 1931.)

---

**8. Lehrplan der Abendkurse zur Weiterbildung von Bauzeichnern.** (Vom Erziehungsrat genehmigt am 19. Oktober 1931.)

---

- 9. Lehrplan der Abendkurse zur Weiterbildung von Zimmerleuten und Maurern.** (Vom Erziehungsrat genehmigt am 19. Oktober 1931.)
- 

**Nachtrag 1930.**

- 10. Verordnung über die Berufslehre der Verkäuferinnen.** (Vom 7. November 1930.)
- 

- 11. Reglement betreffend die Verpflichtung der Verkäuferinnenlehrtöchter zum Besuche der beruflichen Fachkurse und zur Ablegung der Lehrlingsprüfung.** (Vom 7. November 1930.)
- 

**6. Universität.**

- 12. Richtlinien zur Wahl des akademischen Studiums.** [Herausgegeben von der Universität Basel.] (Neudruck 1931.)
- 

- 13. Ordnung für die Volkshochschulkurse an der Universität Basel.** (Vom Erziehungsrat genehmigt am 20. März 1931.)
- 

**7. Lehrerschaft aller Stufen.**

- 14. Vollziehungsverordnung zum Lehrerbesoldungsgesetz vom 13. November 1919/25. November 1926/11. Dezember 1930.** (Vom 13. März 1931.)

Der Regierungsrat, in Ausführung von § 21 des Lehrerbesoldungsgesetzes vom 13. November 1919/25. November 1926/11. Dezember 1930, erläßt folgende Vollziehungsverordnung:

§ 1. Der Ausdruck „Lehrer“ bezeichnet in dieser Verordnung Lehrer und Lehrerinnen.

§ 2. Als obere Schule gilt auch das kantonale Lehrerseminar.

§ 3. Die Besoldungen der definitiv angestellten Lehrer werden in runden Beträgen ausbezahlt; Reste werden mit der Dezemberbesoldung ausgerichtet. Teile eines Monats werden in der Regel nach der Zahl der geleisteten Dienstage und der zwischen diese fallenden Sonn- und Feiertage berechnet. Die Tagesbesoldung wird aus der Monatsbesoldung berechnet (ein Monat = 30 Tage). Die Besoldungen für Überstunden und besondere Entschädigungen werden in der Regel am Ende des Jahres oder am Ende des Schuljahres ausbezahlt.

Die Besoldungen für die einzelnen Dienstjahre der verschiedenen Lehrerkategorien ergeben sich aus den nachfolgenden Tabellen:

| Dienst-<br>jahr | Lehrer                           |                           |                               |                        | Lehrerinnen             |                           |
|-----------------|----------------------------------|---------------------------|-------------------------------|------------------------|-------------------------|---------------------------|
|                 | an<br>untern<br>Schulen          | an<br>mittlern<br>Schulen | der<br>Handels-<br>fachschule | an<br>obern<br>Schulen | an<br>untern<br>Schulen | an<br>mittlern<br>Schulen |
|                 | bei einer Pflichtstundenzahl von |                           |                               |                        |                         |                           |
|                 | 30—32                            | 26—30                     | 26—30                         | 20—28                  | 25—28                   | 24—27                     |
| 1               | 6200                             | 7200                      | 7800                          | 8400                   | 5000                    | 5600                      |
| 2               | 6375                             | 7385                      | 7985                          | 8580                   | 5150                    | 5765                      |
| 3               | 6550                             | 7570                      | 8170                          | 8760                   | 5300                    | 5930                      |
| 4               | 6725                             | 7755                      | 8355                          | 8940                   | 5450                    | 6095                      |
| 5               | 6900                             | 7940                      | 8540                          | 9120                   | 5600                    | 6260                      |
| 6               | 7075                             | 8125                      | 8725                          | 9300                   | 5750                    | 6425                      |
| 7               | 7250                             | 8310                      | 8910                          | 9480                   | 5900                    | 6590                      |
| 8               | 7425                             | 8495                      | 9095                          | 9660                   | 6050                    | 6755                      |
| 9               | 7600                             | 8680                      | 9280                          | 9840                   | 6200                    | 6920                      |
| 10              | 7775                             | 8865                      | 9465                          | 10020                  | 6350                    | 7085                      |
| 11              | 7950                             | 9050                      | 9650                          | 10200                  | 6500                    | 7250                      |
| 12              | 8125                             | 9235                      | 9835                          | 10380                  | 6650                    | 7415                      |
| 13              | 8300                             | 9420                      | 10020                         | 10560                  | 6800                    | 7580                      |
| 14              | 8475                             | 9605                      | 10205                         | 10740                  | 6950                    | 7745                      |
| 15              | 8650                             | 9790                      | 10390                         | 10920                  | 7100                    | 7910                      |
| 16              | 8825                             | 9975                      | 10575                         | 11100                  | 7250                    | 8100                      |
| 17              | 9000                             | 10200                     | 10800                         | 11280                  |                         |                           |
| 18              |                                  |                           |                               | 11460                  |                         |                           |
| 19              |                                  |                           |                               | 11600                  |                         |                           |

| Dienst-<br>jahr | Lehrerin-<br>nen der<br>Handels-<br>fachschule | Lehrerin-<br>nen an<br>obern<br>Schulen | Arbeits-<br>lehre-<br>rinnen | Koch- und<br>Haus-<br>haltungs-<br>lehrerinnen | (für<br>einen<br>Kochkurs) | Kinder-<br>gärtne-<br>rinnen |
|-----------------|------------------------------------------------|-----------------------------------------|------------------------------|------------------------------------------------|----------------------------|------------------------------|
|                 | bei einer Pflichtstundenzahl von               |                                         |                              |                                                |                            |                              |
|                 | 24—27                                          | 20—26                                   | 24—28                        | 25                                             | 5                          | —                            |
| 1               | 6200                                           | 6300                                    | 4000                         | 4500                                           | 900                        | 3600                         |
| 2               | 6365                                           | 6480                                    | 4150                         | 4650                                           | 930                        | 3720                         |
| 3               | 6530                                           | 6660                                    | 4300                         | 4800                                           | 960                        | 3840                         |
| 4               | 6695                                           | 6840                                    | 4450                         | 4950                                           | 990                        | 3960                         |
| 5               | 6860                                           | 7020                                    | 4600                         | 5100                                           | 1020                       | 4080                         |
| 6               | 7025                                           | 7200                                    | 4750                         | 5250                                           | 1050                       | 4200                         |
| 7               | 7190                                           | 7380                                    | 4900                         | 5400                                           | 1080                       | 4320                         |
| 8               | 7355                                           | 7560                                    | 5050                         | 5550                                           | 1110                       | 4440                         |
| 9               | 7520                                           | 7740                                    | 5200                         | 5700                                           | 1140                       | 4560                         |
| 10              | 7685                                           | 7920                                    | 5350                         | 5850                                           | 1170                       | 4680                         |
| 11              | 7850                                           | 8100                                    | 5500                         | 6000                                           | 1200                       | 4800                         |
| 12              | 8015                                           | 8280                                    | 5650                         | 6150                                           | 1230                       | 4920                         |
| 13              | 8180                                           | 8460                                    | 5800                         | 6300                                           | 1260                       | 5040                         |
| 14              | 8345                                           | 8640                                    | 5950                         | 6450                                           | 1290                       | 5160                         |
| 15              | 8510                                           | 8820                                    | 6100                         | 6600                                           | 1320                       | 5280                         |
| 16              | 8700                                           | 9000                                    | 6200                         | 6700                                           | 1340                       | 5400                         |

*Lehrer der allgemeinen Gewerbeschule:*

| Dienst-<br>jahr | Werk-<br>meister | Werkstatt-<br>lehrer mit<br>handwerk-<br>licher<br>Vorbildung | Lehrer für<br>geschäfts-<br>kundlichen<br>Unterricht<br>mit Mittel-<br>lehrerdiplom | Lehrer f. geschäfts-<br>kundlichen Unter-<br>richt mit Ergän-<br>zungsprüfung in<br>Wirtschafts- und<br>Staatslehre, m. tech-<br>nischer oder künst-<br>lerischer Vorbildung | Leiter der<br>Tagesklassen<br>und<br>Fachschulen |
|-----------------|------------------|---------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
|                 |                  |                                                               |                                                                                     |                                                                                                                                                                              |                                                  |
|                 | 36—44            | 24—32<br>(hiez u 8 St. Präsenzzeit)                           | 24—28                                                                               | 22—28                                                                                                                                                                        | 22—28                                            |
| 1               | 5800             | 7200                                                          | 7600                                                                                | 8000                                                                                                                                                                         | 8400                                             |
| 2               | 5985             | 7385                                                          | 7785                                                                                | 8180                                                                                                                                                                         | 8580                                             |
| 3               | 6170             | 7570                                                          | 7970                                                                                | 8360                                                                                                                                                                         | 8760                                             |
| 4               | 6355             | 7755                                                          | 8155                                                                                | 8540                                                                                                                                                                         | 8940                                             |
| 5               | 6540             | 7940                                                          | 8340                                                                                | 8720                                                                                                                                                                         | 9120                                             |
| 6               | 6725             | 8125                                                          | 8525                                                                                | 8900                                                                                                                                                                         | 9300                                             |
| 7               | 6910             | 8310                                                          | 8710                                                                                | 9080                                                                                                                                                                         | 9480                                             |
| 8               | 7095             | 8495                                                          | 8895                                                                                | 9260                                                                                                                                                                         | 9660                                             |
| 9               | 7280             | 8680                                                          | 9080                                                                                | 9440                                                                                                                                                                         | 9840                                             |
| 10              | 7465             | 8865                                                          | 9265                                                                                | 9620                                                                                                                                                                         | 10020                                            |
| 11              | 7650             | 9050                                                          | 9450                                                                                | 9800                                                                                                                                                                         | 10200                                            |
| 12              | 7835             | 9235                                                          | 9635                                                                                | 9980                                                                                                                                                                         | 10380                                            |
| 13              | 8020             | 9420                                                          | 9820                                                                                | 10160                                                                                                                                                                        | 10560                                            |
| 14              | 8205             | 9605                                                          | 10005                                                                               | 10340                                                                                                                                                                        | 10740                                            |
| 15              | 8390             | 9790                                                          | 10190                                                                               | 10520                                                                                                                                                                        | 10920                                            |
| 16              | 8575             | 9975                                                          | 10375                                                                               | 10700                                                                                                                                                                        | 11100                                            |
| 17              | 8800             | 10200                                                         | 10600                                                                               | 10880                                                                                                                                                                        | 11280                                            |
| 18              |                  |                                                               |                                                                                     | 11060                                                                                                                                                                        | 11460                                            |
| 19              |                  |                                                               |                                                                                     | 11200                                                                                                                                                                        | 11600                                            |

*Lehrerinnen der Frauenarbeitsschule:*

| Dienstjahr | Unterricht<br>im Glätten | Unterricht im Flik-<br>ken, Wäschenähen,<br>Stricken und ver-<br>wandte Handarbei-<br>ten, Knabenschnei-<br>derei, Kochen und<br>Haushalten (untere<br>Stufe) | Unterricht in Damen-<br>schneiderei, Sticken,<br>Putzmachen, Filet-,<br>Knüpf- und Klöppel-<br>arbeiten, Durchbruch<br>und Ziernähte, Kochen<br>und Haushalten (obere<br>Stufe), schulkundliche<br>Fächer |
|------------|--------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|            |                          |                                                                                                                                                               |                                                                                                                                                                                                           |
|            | 26—28                    | 26—28                                                                                                                                                         | 24—28                                                                                                                                                                                                     |
| 1          | 4200                     | 5000                                                                                                                                                          | 5600                                                                                                                                                                                                      |
| 2          | 4350                     | 5150                                                                                                                                                          | 5765                                                                                                                                                                                                      |
| 3          | 4500                     | 5300                                                                                                                                                          | 5930                                                                                                                                                                                                      |
| 4          | 4650                     | 5450                                                                                                                                                          | 6095                                                                                                                                                                                                      |
| 5          | 4800                     | 5600                                                                                                                                                          | 6260                                                                                                                                                                                                      |
| 6          | 4950                     | 5750                                                                                                                                                          | 6425                                                                                                                                                                                                      |
| 7          | 5100                     | 5900                                                                                                                                                          | 6590                                                                                                                                                                                                      |
| 8          | 5250                     | 6050                                                                                                                                                          | 6755                                                                                                                                                                                                      |
| 9          | 5400                     | 6200                                                                                                                                                          | 6920                                                                                                                                                                                                      |

| Dienstjahr | Unterricht<br>im Glätten | Unterricht im Flik-<br>ken, Wäschenähen,<br>Stricken und ver-<br>wandte Handarbei-<br>ten, Knabenschnei-<br>derei, Kochen und<br>Haushalten (untere<br>Stufe) | Unterricht in Damen-<br>schneiderei, Sticken,<br>Putzmachen, Filet-,<br>Knüpf- und Klöppel-<br>arbeiten, Durchbruch<br>und Ziernähte, Kochen<br>und Haushalten (obere<br>Stufe), schulkundliche<br>Fächer |
|------------|--------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|            |                          | bei einer Pflichtstundenzahl von                                                                                                                              |                                                                                                                                                                                                           |
|            | 26—28                    | 26—28                                                                                                                                                         | 24—28                                                                                                                                                                                                     |
| 10         | 5550                     | 6350                                                                                                                                                          | 7085                                                                                                                                                                                                      |
| 11         | 5700                     | 6500                                                                                                                                                          | 7250                                                                                                                                                                                                      |
| 12         | 5850                     | 6650                                                                                                                                                          | 7415                                                                                                                                                                                                      |
| 13         | 6000                     | 6800                                                                                                                                                          | 7580                                                                                                                                                                                                      |
| 14         | 6150                     | 6950                                                                                                                                                          | 7745                                                                                                                                                                                                      |
| 15         | 6300                     | 7100                                                                                                                                                          | 7910                                                                                                                                                                                                      |
| 16         | 6400                     | 7250                                                                                                                                                          | 8100                                                                                                                                                                                                      |

§ 4. Die Besoldung der Lehrer respektive Lehrerinnen an mittleren Schulen, die an der Handelsfachschule unterrichten, darf diejenige der Lehrer respektive Lehrerinnen gleichen Dienalters der Handelsfachschule nicht übersteigen.

Haben Lehrkräfte, die an mittlern und obern Schulen oder an mittlern Schulen und an der Handelsfachschule unterrichten, Anspruch auf Altersentlastung, so entscheidet der Erziehungsrat auf den Antrag der zuständigen Schulinspektion, ob eine Reduktion nur der von ihnen an der untern Schule erteilten Stundenzahl eintreten soll oder ob, wenn dies aus bestimmten Gründen nicht tunlich ist, gegebenenfalls ihre Besoldung belassen werden soll, auch wenn sie weniger Stunden als bisher an der obern Schule erteilen.

Die Jahresbesoldungen von definitiv angestellten Lehrern und Lehrerinnen, die an obern Schulen oder an der Handelsfachschule ausschließlich oder vorwiegend in den Fächern Turnen, Singen, Schreiben, Freihandzeichnen, Stenographie, Maschinenschreiben unterrichten, werden festgesetzt wie folgt:

a) *Lehrer, die an obern Schulen unterrichten:*

|                                                   | Besoldung  | Wöchentl. Pflicht-<br>stundenzahl | Erreichungs-<br>zeit<br>Jahre | jährl.<br>Er-<br>höhung |
|---------------------------------------------------|------------|-----------------------------------|-------------------------------|-------------------------|
| Lehrer mit Primarlehrer-<br>patent . . . . .      | 7600—10600 | 24—30                             | 16                            | 185.—                   |
| Lehrer mit Mittellehrer-<br>patent . . . . .      | 8000—11000 | 24—30                             | 16                            | 185.—                   |
| Lehrerinnen mit Primar-<br>lehrerpatent . . . . . | 5700—8400  | 22—27                             | 15                            | 180.—                   |
| Lehrerinnen mit Mittel-<br>lehrerpatent . . . . . | 6000—8700  | 22—27                             | 15                            | 180.—                   |

b) *Lehrer, die an der Handelsfachschule unterrichten:*

|                                              | Besoldung  | Wöchentl. Pflichtstundenzahl | Erreichungszeit Jahre | jährl. Erhöhung |
|----------------------------------------------|------------|------------------------------|-----------------------|-----------------|
| Lehrer mit Primarlehrerpatent . . . . .      | 7100—10100 | 24—30                        | 16                    | 185.—           |
| Lehrer mit Mittellehrerpatent . . . . .      | 7500—10500 | 24—30                        | 16                    | 185.—           |
| Lehrerinnen mit Primarlehrerpatent . . . . . | 5200—7900  | 22—27                        | 15                    | 180.—           |
| Lehrerinnen mit Mittellehrerpatent . . . . . | 5500—8200  | 22—27                        | 15                    | 180.—           |

Die Besoldungen für die einzelnen Dienstjahre der verschiedenen Lehrerkategorien ergeben sich aus den nachfolgenden Tabellen.

| Dienstjahr | Lehrer an obern Schulen          |                        | Lehrerinnen an obern Schulen |                        |
|------------|----------------------------------|------------------------|------------------------------|------------------------|
|            | mit Primarlehrerpatent           | mit Mittellehrerpatent | mit Primarlehrerpatent       | mit Mittellehrerpatent |
|            | bei einer Pflichtstundenzahl von |                        |                              |                        |
|            | 24—30                            | 24—30                  | 22—27                        | 22—27                  |
| 1          | 7600                             | 8000                   | 5700                         | 6000                   |
| 2          | 7785                             | 8185                   | 5880                         | 6180                   |
| 3          | 7970                             | 8370                   | 6060                         | 6360                   |
| 4          | 8155                             | 8555                   | 6240                         | 6540                   |
| 5          | 8340                             | 8740                   | 6420                         | 6720                   |
| 6          | 8525                             | 8925                   | 6600                         | 6900                   |
| 7          | 8710                             | 9110                   | 6780                         | 7080                   |
| 8          | 8895                             | 9295                   | 6960                         | 7260                   |
| 9          | 9080                             | 9480                   | 7140                         | 7440                   |
| 10         | 9265                             | 9665                   | 7320                         | 7620                   |
| 11         | 9450                             | 9850                   | 7500                         | 7800                   |
| 12         | 9635                             | 10035                  | 7680                         | 7980                   |
| 13         | 9820                             | 10220                  | 7860                         | 8160                   |
| 14         | 10005                            | 10405                  | 8040                         | 8340                   |
| 15         | 10190                            | 10590                  | 8220                         | 8520                   |
| 16         | 10375                            | 10775                  | 8400                         | 8700                   |
| 17         | 10600                            | 11000                  |                              |                        |

| Dienstjahr | Lehrer der Handelsfachschule     |                        | Lehrerinnen d. Handelsfachschule |                        |
|------------|----------------------------------|------------------------|----------------------------------|------------------------|
|            | mit Primarlehrerpatent           | mit Mittellehrerpatent | mit Primarlehrerpatent           | mit Mittellehrerpatent |
|            | bei einer Pflichtstundenzahl von |                        |                                  |                        |
|            | 24—30                            | 24—30                  | 22—27                            | 22—27                  |
| 1          | 7100                             | 7500                   | 5200                             | 5500                   |
| 2          | 7285                             | 7685                   | 5380                             | 5680                   |
| 3          | 7470                             | 7870                   | 5560                             | 5860                   |
| 4          | 7655                             | 8055                   | 5740                             | 6040                   |

| Dienstjahr | Lehrer der Handelsfachschule     |                             | Lehrerinnen d. Handelsfachschule |                             |
|------------|----------------------------------|-----------------------------|----------------------------------|-----------------------------|
|            | mit Primar-<br>lehrerpatent      | mit Mittel-<br>lehrerpatent | mit Primar-<br>lehrerpatent      | mit Mittel-<br>lehrerpatent |
|            | bei einer Pflichtstundenzahl von |                             |                                  |                             |
|            | 24—30                            | 24—30                       | 22—27                            | 22—27                       |
| 5          | 7840                             | 8240                        | 5920                             | 6220                        |
| 6          | 8025                             | 8425                        | 6100                             | 6400                        |
| 7          | 8210                             | 8610                        | 6280                             | 6580                        |
| 8          | 8395                             | 8795                        | 6460                             | 6760                        |
| 9          | 8580                             | 8980                        | 6640                             | 6940                        |
| 10         | 8765                             | 9165                        | 6820                             | 7120                        |
| 11         | 8950                             | 9350                        | 7000                             | 7300                        |
| 12         | 9135                             | 9435                        | 7180                             | 7480                        |
| 13         | 9320                             | 9720                        | 7360                             | 7660                        |
| 14         | 9505                             | 9905                        | 7540                             | 7840                        |
| 15         | 9690                             | 10090                       | 7720                             | 8020                        |
| 16         | 9875                             | 10275                       | 7900                             | 8200                        |
| 17         | 10100                            | 10500                       |                                  |                             |

An mittlern Schulen definitiv angestellte Lehrer, die auch Unterricht an obern Schulen in den oben genannten Fächern erteilen, erhalten für jede an einer obern Schule erteilte Unterrichtsstunde eine Zulage von Fr. 40.—, definitiv angestellte Lehrerinnen eine Zulage von Fr. 30.—. Für jede an der Handelsfachschule in den genannten Fächern erteilte Unterrichtsstunde erhalten solche Lehrer eine Zulage von Fr. 15.—. Erteilen diese Lehrkräfte 20 oder mehr Stunden an der höhern Schule, so beträgt die Pflichtstundenzahl 24—30 für Lehrer, 22—27 für Lehrerinnen.

Im übrigen gilt § 6 des Lehrerbesoldungsgesetzes.

Die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen, die ausschließlich oder vorwiegend Unterricht in den oben genannten Fächern erteilen, wird vom Erziehungsrat auf den Antrag der zuständigen Inspektion festgesetzt. Hierbei ist auf die Vorbildung des Lehrers, die Zahl der in diesen Fächern erteilten Stunden und den Umfang notwendiger Vorbereitungsarbeit Rücksicht zu nehmen.

§ 5. Die Besoldungen für die Jahresstunde solcher Lehrer und Lehrerinnen, die nicht die Pflichtstundenzahl erteilen, ergeben sich aus den nachfolgenden Tabellen.

| Dienstjahr | Lehrer               |                        |                               |                     |
|------------|----------------------|------------------------|-------------------------------|---------------------|
|            | an untern<br>Schulen | an mittlern<br>Schulen | an der Handels-<br>fachschule | an obern<br>Schulen |
| 1          | 195                  | 240                    | 260                           | 300                 |
| 2          | 200                  | 246                    | 266                           | 306                 |
| 3          | 205                  | 252                    | 272                           | 312                 |
| 4          | 210                  | 258                    | 278                           | 318                 |

| Dienstjahr | Lehrer            |                     |                          |                  |
|------------|-------------------|---------------------|--------------------------|------------------|
|            | an untern Schulen | an mittlern Schulen | an der Handelsfachschule | an obern Schulen |
| 5          | 215               | 264                 | 284                      | 324              |
| 6          | 220               | 270                 | 290                      | 330              |
| 7          | 225               | 276                 | 296                      | 336              |
| 8          | 230               | 282                 | 302                      | 342              |
| 9          | 235               | 288                 | 308                      | 348              |
| 10         | 240               | 294                 | 314                      | 354              |
| 11         | 245               | 300                 | 320                      | 360              |
| 12         | 250               | 306                 | 326                      | 366              |
| 13         | 255               | 312                 | 332                      | 372              |
| 14         | 261               | 319                 | 339                      | 379              |
| 15         | 267               | 326                 | 346                      | 386              |
| 16         | 273               | 333                 | 353                      | 393              |
| 17         | 280               | 340                 | 360                      | 400              |
| 18         |                   |                     |                          | 407              |
| 19         |                   |                     |                          | 414              |

| Dienstjahr | Lehrerinnen       |                     |                          |                  |                    |
|------------|-------------------|---------------------|--------------------------|------------------|--------------------|
|            | an untern Schulen | an mittlern Schulen | an der Handelsfachschule | an obern Schulen | Arbeitslehrerinnen |
| 1          | 178               | 207                 | 230                      | 234              | 143                |
| 2          | 183               | 213                 | 236                      | 241              | 148                |
| 3          | 188               | 219                 | 242                      | 248              | 153                |
| 4          | 193               | 225                 | 248                      | 255              | 158                |
| 5          | 198               | 231                 | 254                      | 262              | 163                |
| 6          | 203               | 237                 | 260                      | 269              | 168                |
| 7          | 208               | 243                 | 266                      | 276              | 173                |
| 8          | 213               | 249                 | 272                      | 283              | 178                |
| 9          | 218               | 255                 | 278                      | 290              | 183                |
| 10         | 223               | 261                 | 284                      | 298              | 188                |
| 11         | 228               | 267                 | 290                      | 306              | 193                |
| 12         | 234               | 273                 | 296                      | 314              | 198                |
| 13         | 240               | 279                 | 302                      | 322              | 203                |
| 14         | 246               | 286                 | 308                      | 330              | 209                |
| 15         | 252               | 293                 | 315                      | 338              | 215                |
| 16         | 258               | 300                 | 322                      | 346              | 221                |

Nach zurückgelegtem 50. respektive 55. Altersjahr gelten folgende Ansätze:

|                                       | vom 51.—55. Altersjahr | vom 56. Altersjahr an |
|---------------------------------------|------------------------|-----------------------|
| Lehrer an untern Schulen . . . .      | 205—290                | 215—300               |
| „ „ mittlern Schulen . . . .          | 257—364                | 277—392               |
| „ „ der Handelfachschule . . . .      | 278—385                | 300—415               |
| „ „ obern Schulen . . . .             | 322—446                | 350—483               |
| Lehrerinnen an untern Schulen . . . . | 192—278                | 200—290               |

|                                       | vom 51.—55.<br>Altersjahr | vom 56. Alters-<br>jahr an |
|---------------------------------------|---------------------------|----------------------------|
| Lehrerinnen an mittlern Schulen . . . | 224—324                   | 233—337                    |
| „ „ der Handelsfachschule . . .       | 248—348                   | 258—362                    |
| „ „ obern Schulen . . .               | 262—375                   | 286—409                    |
| Arbeitslehrerinnen . . . . .          | 154—238                   | 166—258                    |

*Lehrer der Allgemeinen Gewerbeschule:*

| Dienstjahr | Lehrer<br>mit hand-<br>werklicher<br>Vorbildung | Lehrer mit<br>Mittellehrer-<br>diplom | Lehrer mit<br>Ergänzungs-<br>prüfung in<br>Wirtschafts-<br>und Staats-<br>lehre, Lehrer<br>mit tech-<br>nischer oder<br>künstlerischer<br>Vorbildung | Lehrer mit<br>höherer tech-<br>nischer oder<br>künstlerischer<br>Vorbildung<br>für den Unter-<br>richt an Tages-<br>klassen und<br>für Fächer mit<br>besondern An-<br>forderungen |
|------------|-------------------------------------------------|---------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1          | 247                                             | 269                                   | 320                                                                                                                                                  | 334                                                                                                                                                                               |
| 2          | 253                                             | 276                                   | 327                                                                                                                                                  | 341                                                                                                                                                                               |
| 3          | 259                                             | 283                                   | 334                                                                                                                                                  | 348                                                                                                                                                                               |
| 4          | 265                                             | 290                                   | 341                                                                                                                                                  | 355                                                                                                                                                                               |
| 5          | 271                                             | 297                                   | 348                                                                                                                                                  | 362                                                                                                                                                                               |
| 6          | 277                                             | 304                                   | 355                                                                                                                                                  | 369                                                                                                                                                                               |
| 7          | 283                                             | 311                                   | 362                                                                                                                                                  | 376                                                                                                                                                                               |
| 8          | 289                                             | 318                                   | 369                                                                                                                                                  | 383                                                                                                                                                                               |
| 9          | 295                                             | 325                                   | 376                                                                                                                                                  | 390                                                                                                                                                                               |
| 10         | 301                                             | 332                                   | 383                                                                                                                                                  | 397                                                                                                                                                                               |
| 11         | 307                                             | 339                                   | 390                                                                                                                                                  | 404                                                                                                                                                                               |
| 12         | 313                                             | 346                                   | 397                                                                                                                                                  | 411                                                                                                                                                                               |
| 13         | 319                                             | 353                                   | 404                                                                                                                                                  | 418                                                                                                                                                                               |
| 14         | 325                                             | 360                                   | 412                                                                                                                                                  | 425                                                                                                                                                                               |
| 15         | 331                                             | 367                                   | 420                                                                                                                                                  | 432                                                                                                                                                                               |
| 16         | 337                                             | 374                                   | 428                                                                                                                                                  | 439                                                                                                                                                                               |
| 17         | 344                                             | 382                                   | 436                                                                                                                                                  | 446                                                                                                                                                                               |
| 18         |                                                 |                                       | 444                                                                                                                                                  | 454                                                                                                                                                                               |
| 19         |                                                 |                                       | 452                                                                                                                                                  | 462                                                                                                                                                                               |

*Lehrerinnen der Frauenarbeitsschule:*

| Dienstjahr | 1. Stufe | 2. Stufe | 3. Stufe |
|------------|----------|----------|----------|
| 1          | 155      | 185      | 215      |
| 2          | 160      | 190      | 221      |
| 3          | 165      | 195      | 227      |
| 4          | 170      | 200      | 233      |
| 5          | 175      | 205      | 239      |
| 6          | 180      | 210      | 245      |
| 7          | 185      | 215      | 251      |
| 8          | 190      | 220      | 257      |

| Dienstjahr | 1. Stufe | 2. Stufe | 3. Stufe |
|------------|----------|----------|----------|
| 9          | 195      | 225      | 263      |
| 10         | 200      | 230      | 270      |
| 11         | 205      | 235      | 277      |
| 12         | 210      | 240      | 284      |
| 13         | 215      | 246      | 291      |
| 14         | 220      | 252      | 298      |
| 15         | 226      | 258      | 305      |
| 16         | 232      | 264      | 312      |

§ 6. Die Verrechnung der auf die einzelnen Schulen fallenden Anteile der Besoldung definitiv angestellter Lehrer, die gleichzeitig an verschiedenen Schulen unterrichten, wird vom Erziehungsdepartement vorgenommen.

Die Besoldung von Arbeitslehrerinnen, die zugleich Unterricht in Turnen, Singen, Schreiben, Freihandzeichnen, Stenographie, Maschinenschreiben erteilen, wird — sofern die Zahl der in diesen Fächern erteilten Stunden mehr als 5 beträgt — nach der Zahl der in jeder Fachgruppe erteilten Stunden berechnet.

§ 7. Bei der Anstellung von Lehrern ist im Beschluß des Erziehungsrates stets anzugeben, ob allenfalls angerechnete Dienstjahre nur für die Berechnung der Pension oder auch für die Berechnung der Besoldungsansätze maßgebend sein sollen.

Außer dem Besoldungsansatz beim Eintritt sind auch der Zeitpunkt und der Betrag der nächsten Erhöhung anzugeben.

Wenn ein Lehrer an einer untern oder mittlern Schulstufe ganz oder zum Teil Unterricht an einer obern Schulstufe übernimmt, so soll er eine nach seinem Dienstalder und nach seiner Stundenzahl an der obern Schule bemessene Besoldungserhöhung erhalten. Diese soll in der Regel während des 1. und 2. Jahres des Übertritts die Hälfte des Unterschiedes zwischen der bisher bezogenen Besoldung und der Besoldung der obern Stufe betragen, die dem Dienstalder an der untern Stufe entspricht.

§ 8. Bei der Anstellung an eine Schule des Kantons Baselstadt gelten für die Anrechnung von Dienstjahren als Schulen gleicher Stufe

mit den *untern Schulen*:

die Primarklassen der Freien evangelischen Volksschule;  
sonstige Schulen, die der Erziehungsrat als gleichwertige Primarschulen anerkennt;

mit den *mittlern Schulen*:

je nach der Art der Fächer die Schule des Kaufmännischen Vereins;  
die entsprechende Abteilung der Freien evangelischen Volksschule;

mit den *obern Schulen*:

je nach der Art der Fächer die Schule des Kaufmännischen Vereins;

die entsprechende Abteilung der Freien evangelischen Volksschule;

Die Zahl der anzurechnenden Dienstjahre ist bei der festen Anstellung zu bestimmen.

§ 9. 1. Als nicht definitiv oder nicht provisorisch angestellte Lehrer gelten:

- a) Vikare mit festem Pensum, d. h. Vikare, denen für die Dauer wenigstens eines Jahres ein Pensum übertragen worden ist;
- b) freie Vikare, d. h. Vikare ohne festes Pensum, denen Vikariate auf die Dauer von weniger als einem Jahre übertragen werden;
- c) die Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen der Allgemeinen Gewerbeschule und der Frauenarbeitsschule.

2. Sofern die Pflichtstundenzahl erteilt wird, betragen die Jahresbesoldungen:

- a) der provisorisch angestellten Lehrer Fr. 200.— weniger als das Minimum der Besoldung der festangestellten Lehrer;
- b) der Vikare mit festem Pensum Fr. 400.— weniger als das Minimum der Besoldung der definitiv angestellten Lehrer.

Die Besoldungen der in a) und b) genannten Lehrkräfte werden in zwölf Monatsraten ausbezahlt. Die Ferien werden bezahlt.

3. Erteilen provisorisch angestellte Lehrer oder Vikare mit festem Pensum eine Stundenzahl, die kleiner ist als die Pflichtstundenzahl, so erhalten sie für jede von ihnen erteilte Jahresstunde die nachstehend angegebene Besoldung:

|                                     | Vikare mit<br>festem Pensum | provisorisch<br>angestellte<br>Lehrer |
|-------------------------------------|-----------------------------|---------------------------------------|
| untere Schulen, Lehrer . . . . .    | 180.—                       | 190.—                                 |
| Lehrerinnen . . . . .               | 165.—                       | 170.—                                 |
| mittlere Schulen, Lehrer . . . . .  | 225.—                       | 230.—                                 |
| Lehrerinnen . . . . .               | 190.—                       | 200.—                                 |
| Handelsfachschule, Lehrer . . . . . | 245.—                       | 255.—                                 |
| Lehrerinnen . . . . .               | 215.—                       | 225.—                                 |
| obere Schulen, Lehrer . . . . .     | 285.—                       | 295.—                                 |
| Lehrerinnen . . . . .               | 225.—                       | 235.—                                 |

Lehrer und Lehrerinnen, die ausschließlich oder vorwiegend in den in § 4, Absatz 3, genannten Fächern unterrichten:

|                                        | Vikare mit<br>festem Pensum | provisorisch<br>angestellte<br>Lehrer |
|----------------------------------------|-----------------------------|---------------------------------------|
| obere Schulen:                         |                             |                                       |
| Lehrer mit Primarlehrerpatent . . .    | 240.—                       | 245.—                                 |
| „ „ Mittellehrerpatent . . .           | 255.—                       | 260.—                                 |
| Lehrerinnen mit Primarlehrerpatent . . | 195.—                       | 205.—                                 |
| „ „ Mittellehrerpatent . . .           | 205.—                       | 215.—                                 |
| Handelsfachschule:                     |                             |                                       |
| Lehrer mit Primarlehrerpatent . . .    | 225.—                       | 230.—                                 |
| „ „ Mittellehrerpatent . . .           | 235.—                       | 240.—                                 |
| Lehrerinnen mit Primarlehrerpatent . . | 180.—                       | 185.—                                 |
| „ „ Mittellehrerpatent . . .           | 190.—                       | 195.—                                 |
| Arbeitslehrerinnen . . . . .           | 140.—                       | 145.—                                 |
| Koch- und Haushaltungslehrerinnen . .  | 165.—                       | 170.—                                 |
| Allg. Gewerbeschule 1. Stufe . . . . . | 120.—                       | 125.—                                 |
| 2. Stufe . . . . .                     | 170.—                       | 175.—                                 |
| 3. Stufe . . . . .                     | 255.—                       | 265.—                                 |
| 4. Stufe . . . . .                     | 270.—                       | 280.—                                 |
| 5. Stufe . . . . .                     | 285.—                       | 295.—                                 |
| Frauenarbeitsschule 1. Stufe . . . . . | 135.—                       | 140.—                                 |
| 2. Stufe . . . . .                     | 165.—                       | 170.—                                 |
| 3. Stufe . . . . .                     | 185.—                       | 190.—                                 |

4. Bei der provisorischen Anstellung von Hilfslehrern und Hilfslehrerinnen an der Allgemeinen Gewerbeschule und der Frauenarbeitsschule bestimmt der Erziehungsrat auf den Antrag der zuständigen Schulbehörden, ob diese Lehrkräfte nach den Ansätzen des § 5 oder denjenigen des § 9 dieser Verordnung zu besolden sind.

Definitiv angestellte Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen werden nach den in § 5 festgesetzten Ansätzen besoldet.

5. Die freien Vikare erhalten die im Reglement für die zentrale Vikariatskasse festgesetzte Bezahlung.

§ 10. Die Schulinspektionen haben die von ihnen festgesetzten Stundenzahlen der definitiv angestellten Lehrer alljährlich spätestens im Monat März dem Erziehungsdepartement zur Überprüfung zuzustellen.

Eine Herabsetzung der Pflichtstundenzahl unter das gesetzliche Maximum kann nur für Lehrer erfolgen, die das 50. Altersjahr zurückgelegt haben. Für diese kann die Pflichtstundenzahl festgesetzt werden wie folgt:

|                                                                                                                                            | vom 51.—55.<br>Altersjahr | vom 56.<br>Altersjahr<br>an |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------|-----------------------------|
| <b>Für Lehrer</b>                                                                                                                          |                           |                             |
| an untern Schulen . . . . .                                                                                                                | 31                        | 30                          |
| an mittlern Schulen und an der Handels-<br>fachschnle . . . . .                                                                            | 28                        | 26                          |
| an obern Schulen . . . . .                                                                                                                 | 24                        | 20                          |
| <b>Für Lehrerinnen</b>                                                                                                                     |                           |                             |
| an untern Schulen . . . . .                                                                                                                | 26                        | 25                          |
| an mittlern Schulen und an der Handels-<br>fachschnle . . . . .                                                                            | 25                        | 24                          |
| an obern Schulen . . . . .                                                                                                                 | 23                        | 20                          |
| <b>Für Lehrer, die an mittlern und obern Schulen,<br/>an letztern bis zu 10 Stunden unterrichten</b>                                       |                           |                             |
| an letztern 11—20 Stunden unterrichten .                                                                                                   | 26                        | 22                          |
| an letztern 11—20 Stunden unterrichten .                                                                                                   | 25                        | 22                          |
| an letztern über 20 Stunden unterrichten .                                                                                                 | 25                        | 21                          |
| <b>Für Lehrerinnen, die an mittlern und obern<br/>Schulen,</b>                                                                             |                           |                             |
| an letztern bis zu 10 Stunden unterrichten                                                                                                 | 25                        | 22                          |
| an letztern 11—20 Stunden unterrichten .                                                                                                   | 24                        | 22                          |
| an letztern über 20 Stunden unterrichten .                                                                                                 | 24                        | 21                          |
| <b>Für Lehrer und Lehrerinnen, die ausschließ-<br/>lich oder vorwiegend in den in § 4, Ab-<br/>satz 3, genannten Fächern unterrichten:</b> |                           |                             |
| obere Schulen und Handelsfachschnle:                                                                                                       |                           |                             |
| Lehrer . . . . .                                                                                                                           | 27                        | 24                          |
| Lehrerinnen . . . . .                                                                                                                      | 24                        | 22                          |
| Arbeitslehrerinnen . . . . .                                                                                                               | 26                        | 24                          |
| <b>Für Lehrer der allgemeinen Gewerbeschule:</b>                                                                                           |                           |                             |
| 1. Stufe . . . . .                                                                                                                         | 40                        | 36                          |
| 2. Stufe . . . . .                                                                                                                         | 28                        | 24                          |
| 3. Stufe . . . . .                                                                                                                         | 26                        | 24                          |
| 4. und 5. Stufe . . . . .                                                                                                                  | 26                        | 22                          |
| <b>Für Lehrerinnen der Frauenarbeitsschnle:</b>                                                                                            |                           |                             |
| 1. und 2. Stufe . . . . .                                                                                                                  | 27                        | 26                          |
| 3. Stufe . . . . .                                                                                                                         | 26                        | 24                          |

Lehrer, die hier nicht aufgeführt sind, können vom Erziehungs-  
rat auf den Antrag der zuständigen Schulinspektion in sinn-  
gemäßer Anwendung der obigen Bestimmungen oder in sonstiger  
Weise entlastet werden.

Bei der Festsetzung der Stundenzahl der definitiv angestellten  
Lehrer gilt im allgemeinen der Grundsatz, daß den jüngern Leh-  
rern mehr Stunden zuzuteilen sind als den ältern und an den obern

Schulen den Lehrern für wissenschaftliche Fächer weniger Stunden als den Lehrern, die in Turnen, Singen, Schreiben, Freihandzeichnen, Stenographie, Maschinenschreiben unterrichten.

Lehrern, deren Unterricht Korrekturen oder Vorbereitungen von erheblichem Umfang bedingt, kann die hierfür verwendete Zeit bis zu 5 Stunden auf die Pflichtstundenzahl angerechnet werden. Diese Bestimmung gilt in sinngemäßer Anwendung auch für provisorisch angestellte Lehrer und Vikare mit festem Pensum.

Durch die genannten Entlastungen darf jedoch die Stundenzahl eines Lehrers nicht unter das Minimum der Pflichtstundenzahl der Kategorie, der er angehört, sinken.

Die Besoldung eines Lehrers erleidet dadurch, daß ihm die hier genannten Entlastungen gewährt werden, keine Herabsetzung.

Der Regierungsrat entscheidet auf den Antrag des Erziehungsrates darüber, ob die Zuweisung einer das Minimum der Pflichtstundenzahl unterschreitenden Stundenzahl an einen Lehrer keine Herabsetzung der Besoldung zur Folge haben soll.

Die Zuteilung der Fächer und Stunden hat schriftlich oder durch Auflegen des Stundenplanentwurfs rechtzeitig zu erfolgen, so daß dem Lehrer die Möglichkeit gewährleistet ist, vor dem Druck des Pensums zu rekurrieren. Allfällige Einwendungen gegen das zugeteilte Pensum sind zunächst dem Schulvorsteher innert zwei Tagen nach erfolgter Zuteilung oder nach Auflegung des Entwurfs schriftlich bekannt zu geben. Der Schulvorsteher hat die Einwendungen der Inspektion zum Entscheid vorzulegen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so kann der Lehrer innert drei Tagen schriftlich an den Vorsteher des Erziehungsdepartementes rekurrieren.

Die Vernehmlassung der Inspektion hat schriftlich zu erfolgen.

§ 11. Die Stundenzahl der provisorisch angestellten Lehrer stimmt in der Regel mit dem Maximum der Pflichtstundenzahl der definitiv angestellten Lehrer der Schule, an der sie tätig sind, überein. Das Maximum der Pflichtstundenzahl darf nicht überschritten werden. Über die allfällige Zuteilung einer kleinern Stundenzahl entscheidet der Erziehungsrat auf den Antrag der zuständigen Inspektion.

Die Stundenzahl der Vikare mit festem Pensum wird von der zuständigen Inspektion auf den Vorschlag des Schulvorstehers festgesetzt. Sie darf das Maximum der Pflichtstundenzahl der festangestellten Lehrer nicht übersteigen.

Die Stundenzahl der freien Vikare wird vom Schulvorsteher festgesetzt.

§ 12. Für definitiv angestellte Lehrer, die an Schulen verschiedener Stufe unterrichten, beträgt — vorbehaltlich der Be-

stimmungen des § 4 des Lehrerbesoldungsgesetzes — die Pflichtstundenzahl:

|                                       |               |
|---------------------------------------|---------------|
| bei gleichzeitigem Unterricht an      |               |
| untern und mittlern Schulen . . . . . | 28—32 Stunden |
| „ „ obern Schulen . . . . .           | 26—30 „       |

§ 13. Überstunden werden einzeln nach Jahresstundenansätzen entschädigt. Diese werden in der Regel nach der Formel berechnet: Jahresbesoldung des Lehrers geteilt durch seine Pflichtstundenzahl.

Der Erziehungsrat entscheidet auf den Antrag der zuständigen Schulinspektion, wenn von dieser Regel abgewichen werden soll.

Eine Entschädigung für Überstunden wird nicht entrichtet, wenn einem Lehrer nur während einem Semester Überstunden zugewiesen werden, vorausgesetzt, daß der Durchschnitt der Wochenstundenzahl im laufenden Schuljahr das gesetzliche Maximum nicht überschreitet.

§ 14. Die Entlastung eines Lehrers soll in der Regel auf den Beginn eines neuen Schuljahres eintreten. Begehren sind wenn möglich so frühzeitig einzureichen, daß sie bei der Aufstellung des Budgets berücksichtigt werden können.

Erteilt ein Lehrer nicht die seinem Alter entsprechende Stundenzahl, um eine mit einem Einkommen verbundene Nebenbeschäftigung auszuüben, so kann seine Besoldung angemessen herabgesetzt werden. Den Entscheid hierüber trifft der Regierungsrat.

§ 15. Die Besoldung der Konrektoren darf mit Einschluß der ihnen gewährten Entschädigung nicht höher sein als das Maximum der Besoldung der Rektoren.

§ 16. Bei Herabsetzung der Stundenzahl darf das Minimum der Pflichtstundenzahl nicht unterschritten werden.

§ 17. Über Fälle, die in dieser Verordnung nicht geregelt sind, entscheidet der Regierungsrat auf den Antrag des Erziehungsrates.

§ 18. Durch diese Vollziehungsverordnung wird die Vollziehungsverordnung vom 6. Januar 1920 zum Lehrerbesoldungsgesetz vom 13. November 1919 aufgehoben.

Diese Verordnung ist zu publizieren. Die Bestimmungen dieser Verordnung, die die definitiv und die provisorisch angestellten Lehrer der Handelsfachschule sowie die Vikare mit festem Pensum an dieser Schule betreffen, treten mit Rückwirkung auf den Beginn des Schuljahres 1930/31, die übrigen Bestimmungen auf den Beginn des Schuljahres 1931/32 in Wirksamkeit.

15. **Reglement für die Prüfung von Kandidaten des Lehramts an Primarschulen vom 11. März 1927.** [Abänderungen der §§ 6, 8 und 12.] (Genehmigt am 28. März 1931.)
- 
16. **Reglement für die Prüfung von Kandidaten des Lehramts an mittleren und oberen Schulen.** (Vom Regierungsrat am 26. April 1927 genehmigt.) [Provisorisch.] (Abänderungen vom 1. Dezember 1931.)
- 
17. **Reglement für die Prüfung von Gewerbelehrerinnen.** (Vom Regierungsrat genehmigt am 20. Oktober 1931.) [Provisorisch.]
- 
18. **Amtsordnung für die Lehrer der Frauenarbeitschule.** (Vom Regierungsrat genehmigt am 19. Mai 1931.)
- 
19. **Amtsordnung für die Rektoren.** (Vom Regierungsrat am 27. November 1931 genehmigt.)
- 
20. **Geschäftsordnung für die Lehrer-Konferenzen der Frauenarbeitschule.** (Vom 12. Mai 1931.)
- 
21. **Dienstordnung für die Schulabwarte.** (Vom Erziehungsrat am 16. Februar 1931 genehmigt.)
- 
22. **Statuten der Pensions- und Hinterlassenenkasse für die Lehrer, Beamten und Angestellten der Handelsschule des Kaufmännischen Vereins Basel.** (Genehmigt vom Regierungsrat am 7. August 1931.)
- 
23. **Gesetz über Abänderung des Gesetzes vom 9. Januar 1913 betreffend die Einrichtung einer Witwen- und Waisenkasse an der Universität.** (Vom Großen Rat genehmigt am 20. November 1930, vom Regierungsrat in Kraft erklärt am 2. Januar 1931.)
- 
24. **Statuten der Witwen- und Waisenkasse der Universität Basel.** (Vom Regierungsrat genehmigt am 2. Januar 1931.)
-

Nachtrag 1930.

**25. Amtsordnung für den Fachinspektor des Handarbeitsunterrichtes an Knabenschulen Basels.** (Vom 20. Dezember 1930.)

---

**26. Amtsordnung für die Fachinspektorin des Handarbeitsunterrichtes an Mädchenschulen Basels.** (Vom 20. Dezember 1930.)

---

### **XIII. Kanton Baselland.**

**Reglement für die Schulprüfungen.** (Vom 3. Oktober 1931.) [Provisorisch.]

---

### **XIV. Kanton Schaffhausen.**

#### **Mittelschulen.**

**Vorschriften des Erziehungsrates des Kantons Schaffhausen über die Anforderungen für den Übertritt aus der Realschule in die Kantonschule.** (Vom 22. Januar 1931.)

---

### **XV. Kanton Appenzell A.-Rh.**

#### **Primarschule.**

**Regulativ betreffend die Verwendung der Bundessubvention für die öffentliche Primarschule im Kanton Appenzell A.-Rh.** (Vom Kantonsrat erlassen am 1. Oktober 1931.)

§ 1. Die dem Kanton Appenzell A.-Rh. jährlich zukommende Bundessubvention wird zu Beiträgen für die Primarschule verwendet wie folgt:

1. An den Bau oder wesentlichen Umbau von Schulhäusern und Turnhallen und an die Neuanlage oder Erweiterung von Turnplätzen.
2. An die Gemeinden für die Lehrerbesoldungen, an die Aufbesserung der Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenpensionen, sowie zur Aeufnung der allgemeinen Lehrerpensionskasse.
3. An die Kosten der Anschaffung von allgemeinen Lehrmitteln und an Schulbibliotheken.
4. An die Kosten der Nachhilfe bei Ernährung und Bekleidung armer Schüler und an diejenigen für Ferienversorgung.

5. An die Errichtung neuer Lehrstellen.
6. An die Anstaltserziehung anormaler Kinder und zur Unterstützung von Spezialklassen für Schwachbegabte, sowie des Nachhilfeunterrichtes für schwachbegabte oder in der Entwicklung gehemmte Kinder in den Jahren der Schulpflicht.
7. An den Unterricht in Handfertigkeit und Gemüsebau, sowie an Spezialkurse des öffentlichen Primarunterrichts.
8. Zur Unterstützung ärmerer Gemeinden an die Kosten des öffentlichen Primarunterrichts.
9. Zur Unterstützung von kleinen Schulen in Außenbezirken, soweit deren Erhaltung sich rechtfertigt.
10. An weitere im Bundesgesetz genannte Zwecke, sofern die Geldmittel dazu ausreichen.

§ 2. Für die in § 1, Ziffer 1, genannten Zwecke sind jährlich höchstens Fr. 15,000.— zu verwenden.

An den rationellen Bau oder wesentlichen Umbau von Schulhäusern und Turnhallen, sowie an die Anlage oder Erweiterung von Turnplätzen werden Subventionen von 20—25 Prozent der Kosten verabfolgt.

Die genannten Bauten und Anlagen müssen nach einem vom Regierungsrat genehmigten Plan ausgeführt werden. Pläne, Baubeschrieb und Kostenvoranschlag sind vor Baubeginn der Erziehungsdirektion und der Baudirektion zur Prüfung einzusenden.

Die Festsetzung der Subvention erfolgt nach Vornahme der Kollaudation des Baues auf Antrag des Regierungsrates durch den Kantonsrat.

Die Auszahlung kann bei starker Inanspruchnahme des Kredits auf mehrere Jahre verteilt werden.

Durch die in diesem Paragraphen vorgesehenen Subventionen werden die in § 35 der Schulverordnung ausgesetzten Schulhausprämien nicht berührt.

§ 3. An die Auslagen für Lehrerbesoldungen wird den Gemeinden pro Primarlehrer- und Arbeitslehrerinnenstelle eine Subvention bis auf Fr. 100.— pro Jahr ausgerichtet. (§ 1, Ziffer 2.)

Eine besondere Zuwendung von insgesamt Fr. 20,000.— wird unter diejenigen Gemeinden verteilt, welche zur Deckung ihrer Primarschuldefizite eine Quote ihres Promille-Ansatzes verwenden müssen, die über dem Durchschnitt der in sämtlichen Gemeinden für Primarschulzwecke erhobenen Steuern steht. Die Verteilung erfolgt nach dem Mittel, das sich ergibt aus einer fixen Zuwendung von Fr. 1.— pro Kopf der Wohnbevölkerung und dem über dem kantonalen Durchschnitt stehenden Promille-Ansatz, multipliziert mit dem Ertrag von 1 Promille Gemeindesteuer. (§ 1, Ziffer 8.)

Gemeinden, welche genötigt sind, in abgelegenen Bezirken schwach frequentierte Schulen zu unterhalten, werden pro derartige Primarlehrstelle mit Beiträgen bis auf Fr. 500.— unterstützt. Der Regierungsrat bestimmt auf Antrag der Landesschulkommission, welche Schulen als abgelegen und schwach frequentiert zu betrachten sind. (§ 1, Ziffer 9.)

§ 4. Gemeinden, welche durch Errichtung neuer Lehrstellen weitere Lehrkräfte anstellen müssen, erhalten ohne Rücksicht auf ihre finanziellen Verhältnisse pro Lehrstelle einen jährlichen Beitrag von Fr. 500.— für die Dauer von zehn Jahren. (§ 1, Ziffer 5.)

§ 5. (§ 1, Ziffer 2.) Zu den in den Statuten der Lehrerpensionskasse festgesetzten Pensionen werden aus der Bundessubvention folgende Zulagen verabfolgt:

- |                                                                                                  |           |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| a) an die Alterspensionen . . . . .                                                              | Fr. 400.— |
| b) an die Invalidenpensionen, wenn der Rücktritt erfolgt mit 13 und mehr kantonalen Dienstjahren | „ 200.—   |
| „ „ 5 bis 12 „ „                                                                                 | „ 100.—   |
| c) an die Pensionen für Witwen mit Kindern unter 18 Jahren . . . . .                             | „ 100.—   |
| d) an die Pensionen für Witwen ohne Kinder unter 18 Jahren und einzelne Ganzwaisen . . . . .     | „ 50.—    |

Die Zulagen für Arbeitslehrerinnen betragen Fr. 200.— bei Alterspensionen, Fr. 100.— beziehungsweise Fr. 50.— bei Invalidenpensionen im Sinne von lit. b.

In Fällen besonders drückender Not kann einem Bezüger der Invalidenpension eine weitere staatliche Zulage bis auf Fr. 400.— zuerkannt werden.

Über die Erhöhung der Invalidenpension entscheidet der Regierungsrat auf den Antrag der Landesschulkommission.

Die Bezugsberechtigung beginnt mit dem Anfang des auf den Rücktritt beziehungsweise des auf den Todestag folgenden Monats, im Fall der Ersetzung der Alters- oder Invaliditätsrenten durch Witwen- oder Waisenrenten mit dem Zeitpunkt, da die erstern aufhören. (§ 17, Absatz 1, der Statuten der Lehrerpensionskasse.)

§ 6. (§ 1, Ziffer 3.) An die Kosten der Anschaffung allgemeiner Lehrmittel werden 40 Prozent vergütet. Die Anschaffungen sind durch die Landesschulkommission gutzuheißen.

Die Auslagen der Gemeinden an die Schulbibliotheken werden mit 20 Prozent subventioniert.

§ 7. (§ 1, Ziffer 4.) Die Auslagen der Gemeinden für Ernährung und Bekleidung armer Schulkinder werden mit 50 Prozent, diejenigen für Ferienversorgung mit 15 Prozent subventioniert.

Institutionen gemeinnützigen Charakters, die sich mit der Versorgung unterernährter Schulkinder oder mit der Ernährung und Bekleidung armer Schulkinder befassen, werden mit Beiträgen unterstützt. Der Vereinigung Pro Juventute, Abteilung Schulkind, wird ein Jahresbeitrag von Fr. 2500.— verabfolgt. Insgesamt dürfen die für diesen Zweck bestimmten Mittel Fr. 4000.— nicht übersteigen.

Die mit Beiträgen bedachten Institutionen haben der Landesschulkommission zuhanden des Regierungsrates alljährlich einen Bericht zu erstatten und Rechnung abzulegen.

§ 8. (§ 1, Ziffer 6.) Der Staat unterstützt die Anstaltserziehung bildungsfähiger anormaler (taubstummer, blinder, schwer erziehbarer und schwachbegabter) Kinder durch Beiträge aus der Bundessubvention.

Soweit Vereine bestehen, welche sich mit der Versorgung solcher Kinder befassen, kann der Staat die Versorgung diesen Vereinen überlassen. Die Vereine haben indessen die Pflicht zur jährlichen Rechnungstellung und Berichterstattung an die Landesschulkommission zuhanden des Regierungsrates.

Der jährliche Unterstützungsbeitrag soll Fr. 10,000.— nicht übersteigen.

Gemeinden, welche schwachbegabten und in der Entwicklung gehemmten Kindern Nachhilfeunterricht erteilen lassen, oder Spezialklassen für Schwachbegabte errichten, erhalten an die bezüglichen Kosten einen Beitrag von 30 Prozent.

§ 9. Zur Hebung der praktischen Geschicklichkeit und des wirtschaftlichen Sinnes werden auch der Handfertigkeitsunterricht und die Anlegung von Schülergärten (Gemüseärten) unterstützt. Der Maximalbeitrag kann bis auf 20 Prozent der Einrichtungs- und Betriebskosten gehen. (§ 1, Ziffer 7.)

§ 10. (§ 1, Ziffer 2.) Allfällige, bei der gemäß den vorstehenden Bestimmungen erfolgte Verteilung der Bundessubvention nicht aufgebrauchte Gelder können bis zu einem Betrag von maximal Fr. 1500.— pro Jahr der Lehrerspensionskasse zugewiesen werden.

Wenn bei der jährlichen Verteilung der Bundessubvention die Geldmittel nicht zur Unterstützung aller in § 1 genannten Zwecke hinreichen, so tritt eine verhältnismäßige Reduktion des Beitrages an die Gemeinden für Lehrerbesoldungen ein. (§ 3, Absatz 1.)

§ 11. Je auf Ende Juni haben die Gemeinden dem Aktuariat der Landesschulkommission eine Zusammenstellung ihrer subventionsberechtigten Auslagen im abgelaufenen Rechnungsjahr (Kalendarjahr) unter gleichzeitiger Einsendung der detaillierten Rechnungen einzugeben.

Die Vorschläge für die Verwendung der Bundessubvention sollen von der Landesschulkommission dem Regierungsrate alljährlich so rechtzeitig eingegeben werden, daß sie dem Kantonsrat in der ordentlichen Novembersitzung vorgelegt werden können.

§ 12. Die Verwendung der Bundessubvention ist in den gedruckten Gemeinderechnungen spezifiziert aufzuführen.

§ 13. Dieses Regulativ tritt mit der Annahme durch den Kantonsrat in Kraft, womit das Regulativ vom 29. November 1921 aufgehoben wird.

## XVI. Kanton Appenzell I.-Rh.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1931.

## XVII. Kanton St. Gallen.

### 1. Primarschule.

**1. Gesetz über die Verwendung des Bundesbeitrages zur Unterstützung der öffentlichen Primarschule und über einen vierten Seminarskurs.** (Erlassen am 8. Juli 1931. In Kraft getreten am 10. August 1931.)

Der Große Rat des Kantons St. Gallen,

in Revision und Aufhebung des Gesetzes betreffend Verwendung des Bundesbeitrages zur Unterstützung der öffentlichen Primarschule und betreffend Einführung eines vierten Seminarskurses vom 31. Juli 1904,

nach Kenntnismahme von einer Botschaft des Regierungsrates vom 28. Oktober 1930,

erläßt als Gesetz:

Art. 1. Von dem zur Verfügung stehenden Bundesbeitrag sollen verwendet werden:

- a) 20 % für Errichtung neuer Lehrstellen;
- b) 20 % für Schulhausbauten, Turnhallen, Turn- und Spielplätze, sowie für Mobiliar-Anschaffung;
- c) 5 % für das Lehrerseminar und die Ausbildung von Lehrkräften;
- d) 30 % zur teilweisen Deckung der vom Kanton gemäß Lehrerhaltsgesetz zu bezahlenden Dienstalterszulagen und für Ruhegehälter der Lehrer;
- e) 10 % für obligatorische Lehrmittel;

- f) 15 % für bessere Ernährung und Bekleidung armer Schulkinder, für Spezialklassen schwachsinniger Schulkinder, für Nachhilfestunden und für die Erziehung schwachsinniger Kinder im schulpflichtigen Alter.

Wenn die vorstehende Verteilung nicht möglich ist, verfügt der Regierungsrat auf Antrag des Erziehungsrates im Rahmen der genannten Zwecke über die nicht verwendeten Mittel unter Beibringung an den Großen Rat.

Art. 2. Der Unterricht am kantonalen Lehrerseminar wird in vier Jahreskursen erteilt.

Art. 3. Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt, in welchem dieses Gesetz zum Vollzuge kommt.

## 2. Mittelschulen und Berufsschulen.

### 2. Nachtragsgesetz zum Gesetz über Errichtung eines Lehrerseminars und einer Kantonsschule. (Erlassen am 22. Mai 1931. In Kraft getreten am 29. Juni 1931.)

Der Große Rat des Kantons St. Gallen,

in teilweiser Revision des Gesetzes über die Errichtung eines Lehrerseminars und einer Kantonsschule vom 4. Februar 1864, nach Kenntnisnahme von einer Botschaft des Regierungsrates vom 26. Oktober 1928,

erläßt als Gesetz:

I. Der Art. 24 des Gesetzes über Errichtung eines Lehrerseminars und einer Kantonsschule wird durch folgende Bestimmung abgeändert und ersetzt:

Art. 24. Das Gymnasium bildet die Vorschule für die Schüler der Kantonsschule, welche sich dem akademischen Studium widmen wollen. Es besteht aus 6½ Jahreskursen.

II. Der Art. 37 des gleichen Gesetzes erhält folgenden neuen Absatz 6:

Im Rahmen des Lehrplanes ist dafür zu sorgen, daß die Aufnahme von Schülern aus Landgemeinden möglichst erleichtert wird.

III. Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt, in welchem dieses Nachtragsgesetz zum Vollzuge kommt.

### 3. Regulativ für die Ausrichtung von Stipendien an der Kantonsschule St. Gallen. (Vom Erziehungsrat erlassen am 12. Januar 1931. Vom Regierungsrat genehmigt am 16. Januar 1931.)

## XVIII. Kanton Graubünden.

### 1. Primarschule.

#### I. Verordnung über die Verwendung der Bundesunterstützung für die öffentlichen Primarschulen des Kantons Graubünden. (Vom Großen Rat am 27. November 1931 beschlossen.)

Art. 1. Der Kanton Graubünden zahlt aus dem ihm gemäß Bundesgesetz vom 25. Juni 1903 und 15. März 1930 zufallenden Bundesbeitrag zur Unterstützung der öffentlichen Primarschulen an die Grundzulage von Fr. 1100.— laut kantonalem Gesetz betreffend Besoldung der Volksschullehrer für jeden Primarlehrer Fr. 100.—.

Art. 2. Im weiteren sollen jährlich verwendet werden:

- a) Fr. 20,000.— für folgende Zwecke: Bau und wesentlichen Umbau von Schulhäusern, Anlage von Turnplätzen und Anschaffung von Schulmobiliar, Nähmaschinen, Turngeräten u. s. w.;
- b) Fr. 12,000.— für Ernährung und Bekleidung armer Schulkinder;
- c) Fr. 10,000.— für Verbilligung der kantonalen Lehrmittel;
- d) Fr. 10,000.— zur Ausbildung von Lehrern in der Muttersprache, insbesondere für den Sprachunterricht in Schulen des romanischen und italienischen Sprachgebietes und für den Ausbau des kantonalen Lehrerseminars nach dieser Richtung;
- e) Fr. 25,000.— Beiträge an arme Gemeinden im Sinne des Bundesgesetzes Artikel 4, Absatz 3;
- f) Fr. 10,000.— Beitrag an die Versicherung von Lehrerinnen an Arbeitsschulen;
- g) Fr. 89,000.— Beitrag an die Versicherung für die bündnerischen Volksschullehrer.

Art. 3. Ein allfälliger Rest der Bundessubvention für die öffentlichen Primarschulen wird dem Kleinen Rate zur Verfügung gestellt zur Verwendung im Sinne des Bundesgesetzes betreffend Unterstützung der öffentlichen Primarschulen vom 25. Juni 1903 und 25. März 1930, sowie der Bundesverordnung dazu vom 17. Januar 1906 und der kantonalen Verordnung vom 27. November 1931, insbesondere aber zur Unterstützung armer Gemeinden im Sinne des Bundesgesetzes Artikel 4, Absatz 3.

Art. 4. Die Bemessung der einzelnen Beiträge für die in Artikel 2 unter a, c, d und e bezeichneten Zwecke ist Sache des Kleinen Rates.

Die Zuwendung von Beiträgen an die Fürsorge für arme Schulkinder geschieht vorläufig nach dem Regulativ des Kleinen Rates

vom 27. September 1904; hiefür sowie für die Beiträge an die Versicherung der Arbeitslehrerinnen, an das kantonale Lehrerseminar etc. und an arme Gemeinden wird der Kleine Rat ein Reglement erlassen unter Zugrundelegung der bestehenden Verhältnisse.

Art. 5. Diese Verordnung tritt nach Annahme durch den Großen Rat sofort in Kraft und hebt alle vorgängigen Bestimmungen über die Verwendung der eidgenössischen Schulsubvention auf, soweit sie zu dieser Verordnung in Widerspruch stehen.

## 2. Lehrplan für die Bündner Primarschulen. (Vom 2. November 1931.)

### *Religionsunterricht.*

Für die reformierten Schulen.

(Vom Evangelischen Kirchenrat vorgeschlagen.)

Ziel: Weckung und Pflege christlichen Glaubens an Hand der biblischen Geschichte, der Kirchengeschichte und des Kirchenliedes.

#### Aufbau des Unterrichtes:

Eventuell Vorstufe (1. und 2. Schuljahr): Jesusgeschichten und Patriarchen.

Unterstufe (3. und 4. Schuljahr): Geschichten des Alten Testaments.

Mittelstufe (5. und 6. Schuljahr): Leben Jesu, I. und II. Teil.

Oberstufe (7. und 8., eventuell 9. Schuljahr): Apostel- und Kirchengeschichte, besonders Reformationsgeschichte. Biblische Lesestücke und im Anschluß daran einfache Bibelkunde.

Auf allen Stufen: Memorieren von Kirchenliedern. Es wird auch empfohlen, am Anfang jeder Religionsstunde aus dem Kirchengesangbuch zu singen.

Für die katholischen Schulen.

(Nach dem Vorschlag des bischöflichen Ordinariates.)

#### 1. Vorbereitungs-k-l-a-s-s-e.

(Unterschule.)

Die Vorbereitungs-k-l-a-s-s-e umfaßt die Kinder des 1. und 2. Schuljahres.

Die Kinder dieser Stufe erhalten noch keinen Katechismus in die Hand. Sie werden vielmehr durch den mündlichen Vortrag des Katecheten in den einfachsten Wahrheiten der Religion (Schöpfung, Erlösung) unterrichtet und zwar auf Grundlage von entsprechenden Erzählungen und Vorlagen aus der biblischen Geschichte. Für die Vorbereitung auf den Empfang des hl. Bußsakramentes mag der Katechet sich einiger diesbezüglichen Fragen aus dem Ka-

techismus bedienen. Einfache Sprüche und die einfachsten im Anhang zum Katechismus enthaltenen Gebete sollen von den Kindern auswendig gelernt und geübt werden.

## 2. Erste Katechismus-Klasse. (Mittelschule.)

Die erste Katechismus-Klasse umfaßt die Kinder des 3., 4. und 5. Schuljahres.

### A. Katechismus.

Als Leitfaden erhalten die Kinder den Diözesan-Katechismus.

Der in demselben enthaltene Stoff wird in einer der Fassungskraft der Kinder entsprechenden Weise vollständig durchgenommen und auf die drei Unterrichtsjahre folgendermaßen verteilt:

1. im ersten Jahre: die Lehre vom Glauben;
2. im zweiten Jahre: die Lehre von der Gnade und von den Sakramenten;
3. im dritten Jahre: die Lehre von den Geboten und vom Gebete.

### B. Biblische Geschichte.

Gewissermaßen den Anschauungs-Unterricht zu den Wahrheiten, die im Katechismus enthalten sind, haben die Begebenheiten zu bilden, die in der biblischen Geschichte erzählt werden. Der Unterricht hierin geschieht nach einer von der kirchlichen Behörde genehmigten Schulausgabe, welche in den Händen der Kinder sein muß.

Die biblische Geschichte wird auf dieser Stufe mehr im Zusammenhange behandelt, und zwar vorerst das Alte Testament als Zeit der Vorbereitung auf Christus; das Neue als Erfüllung des Alten; Christus als Mittelpunkt, jedoch stets mit genauer Berücksichtigung auf die Fassungskraft der Schüler. Bei keinem Lehrstücke darf die Verknüpfung mit dem Katechismus und die Anwendung auf das religiöse und sittliche Leben fehlen.

## 3. Zweite Katechismus-Klasse. (Oberschule.)

Die Kinder des 6., 7. und 8. Schuljahres bilden die zweite Katechismus-Klasse.

In dieser dreijährigen Klasse wird sowohl aus dem Katechismus als auch aus der biblischen Geschichte der gleiche Stoff und in der gleichen Reihenfolge durchgenommen wie in der ersten Katechismus-Klasse, mit dem Unterschied jedoch, daß der Stoff an der Hand der den Antworten im Katechismus beigefügten Anmerkungen gründlicher erläutert und entsprechend erweitert wird. Die Schüler der 2. Katechismus-Klasse sind daher immer tiefer in den Inhalt des Katechismus und der biblischen Geschichte, sowie in

den Zusammenhang beider einzuführen. Ebenso sind sie mit besonderem Nachdruck anzuleiten, in allen Lebensverhältnissen die Vorschriften des katholischen Glaubens zu beobachten.

Am Schlusse des gesamten Unterrichtes ist eine prägnante Wiederholung und Einprägung der behandelten Wahrheiten und Vorschriften fürs Leben vorzunehmen.

Für letzteres bietet die im Anhang zum Katechismus befindliche „Christliche Tages- und Lebensordnung“ geeignete Anhaltspunkte.

#### *Heimat- und Lebenskunde.*

**Vorbemerkung.** Haus und engere Heimat sind der natürliche Bildungs- und Unterrichtsstoff des Kindes schon im vorschulpflichtigen Alter. Da übt es seine Sinne, entwickelt Fühlen und Wollen, Beobachtungsgabe und Handeln. Diesen Bildungsstand und diesen „Gang der Natur“ benützt und fördert die Schule. Sie klärt und ordnet die erworbenen Vorstellungen, bringt sie in Zusammenhänge und gestaltet so die geistigen und körperlichen Kräfte nach reifem Plan.

Darum ist die Heimat- und Lebenskunde im Mittelpunkt des Unterrichtes der Unterstufe. Sie vereinigt erzählende, geographische und naturgeschichtliche Sachgebiete in ihrem Stoffkreis. Sie umfaßt sittliche und soziale, ästhetische und praktische Momente.

Sie nimmt in den beiden ersten Schuljahren ihren Ausgangspunkt vom Erlebniskreis des Kindes. Das 3. Schuljahr rückt Arbeit, Leben und Landschaft der engern Heimat ins Licht und erweitert so das Erfahrungsgebiet. Das 4. Schuljahr läßt die Heimat- und Lebenskunde verzweigen in geschichtlichen, geographischen und naturkundlichen Unterricht.

Von fundamentaler Bedeutung ist bei allem Unterricht die Selbsttätigkeit des Kindes. Das gilt für das körperliche wie für das geistige Tun.

Für die sorgfältige Auswahl des Stoffes und für planmäßigen Aufbau hat der Lehrer durch gründliche Vorbereitung zu sorgen.

**Ziel.** Die Heimat- und Lebenskunde hat den Zweck: Das Kind in seine Umgebung liebevoll einzuführen und es da zu verwurzeln. Das Kind die Vorgänge im Menschen- und Naturleben erfassen zu lehren. Die Sinne zu bilden. Verstand und Gemüt zu entwickeln. Durch die verschiedenen Ausdrucksübungen wie: Formen, Ausschneiden, Zeichnen, sprachliches Gestalten die Selbsttätigkeit und Arbeitsfreude des Kindes zu wecken.

**Aufbau des Unterrichtes.** Anleitung zur Beobachtung der einfachsten Dinge und Vorgänge in Natur- und Menschenleben: Familie, Haus, Garten, Straße, Schule. Pflegen der Ausdrucksformen, die dieser Altersstufe entsprechen: Aufsagen, Erzählen,

Singen, Zeichnen, Formen, Ausschneiden, Kleben, Falten, Zählen, Vergleichen, Schätzen.

Für den Elementarunterricht ist der Gesamtunterricht zu empfehlen.

**Gesamtunterricht.** Er wünscht und versucht Verflechtung der Dinge und Vorstellungen, wie sie das Leben bringt.

Je nach Umständen stehen eine Erzählung oder ein Anschauungsstoff im Mittelpunkt der allseitigen unterrichtlichen Wertung und Gestaltung. Es wird darüber geplaudert, zusammenhängend erzählt, gelesen, geschrieben; was zu bildlicher Darstellung reizt, wird geformt, gezeichnet, ausgeschnitten, mit Stäbchen gelegt u. s. w. Kann der Stoff zahlenmäßig erfaßt werden, so wird er auch rechnerisch verwertet; er löst vielleicht auch rhythmisches Ausdrucksbedürfnis aus und kann durch passende Verse und Melodien vertieft werden.

Es ist zu beachten, daß der Einführung in die Fertigkeiten der einzelnen Fächer: Sprechen, Lesen, Schreiben, Rechnen volle Sorgfalt gewidmet werde.

#### Beispiele.

##### Erstes Schuljahr.

**Erzählstoffe:** Märchen und andere einfache Erzählungen, Verschen.

**Anschauungsstoffe** (Beobachtetes und Erlebtes):

1. Im Anschluß an das Erlebnis des Schuleintrittes: die Schulsachen: Beschaffung, Verwendung, Teile u. s. w. — Das Schulzimmer und seine besondere Ausstattung als „unser neuer Wohnraum“. — Gang durch das Schulhaus. — Mitschüler. Pause. Spiele. Wie wir uns zur Schule bereit machen. Auf dem Schulweg. — Dabei an passender Stelle Hinweis auf Ordnung und Reinlichkeit, schonende Behandlung der Schulsachen, Verhalten gegenüber Mitschülern und Erwachsenen.
2. Daheim nach der Schule. Hausaufgaben. Hilfeleistung in der Küche, im Stall, in Feld und Garten. Kommissionen machen. Auf dem Spielplatz. Spielsachen. Im Kreise der Familie.
3. Ferienerinnerungen. Beerenlesen. Hüten. Baden. Ausflüge. Gewitter. Heuen. Kartoffelgraben.
4. Gelegentliche Beobachtungen und Erlebnisse nach Maßgabe von Jahreszeiten und Schulleben. Herbstausflüge in Wald und Feld. Winterfreuden. Der neue Wandkalender. Wie der Schnee schmilzt. Vögel am Futterbrett. Alles freut sich auf die Sonne.

5. Die meisten kindlichen Situationen der Fibelillustration lassen sich so in den Gang des Unterrichtes eingliedern, daß sie als Ausgangspunkte für den Gesamtunterricht benutzt werden können, dem auch die entsprechenden Leseübungen eingegliedert werden.

#### Zweites Schuljahr.

**Erzählstoffe:** Märchen, „Robinson“ oder eine längere Erzählung aus dem Kinderleben.

**Anschaungsstoffe:** Beobachtungs- und Erlebnisgruppen in engerem Zusammenhang mit dem Lesestoff des zweiten kantonalen Lesebuches.

1. Wieder in der Schule: Erwartungen. Neue Schulbücher, Bücher einfassen. Die Uhr. Wochentage. Monate. Pünktlichkeit. Stunden- und Tagesplan. Lieblingsbeschäftigungen in der Schule und daheim.
2. Ausflug in den Herbstwald: Beeren, Pilze, Waldbäume. Tannen am Waldrand, im geschlossenen Bestand. Leute im Walde: Förster, Waldarbeiter, Jäger, Kinder, Beerensucher. Tiere des Waldes.
3. Durch den Obstgarten: Obstbäume und Obstsorten. Wie die Früchte geerntet und verwendet werden.
4. Wenn der Herbstwind weht: Der Wind auf Reisen. Wie die Blätter fallen. Frische Luft — verdorbene Luft, Luftveränderung.
5. Wenn die Schneeflocken fallen: Was der Winter alles kann. Freuden der Kinder. Arbeit der Erwachsenen. Die Tiere im Winter. In der warmen Stube. Wie geheizt wird.
6. Winter ade! Längere Tage, kürzere Nächte. Jahreszeiten. Was die Frühlingssonne vermag.
7. Gute Bekannte: Briefträger, Milchmann, Kaminfeger. — In der Käserei, im Laden, auf der Post, mit dem Ziegenhirt.
8. Lieblinge der Kinder: Hund, Kaninchen, Katze und Maus u. s. w.

#### Drittes Schuljahr.

**Erzählstoffe:** Längere zusammenhängende Erzählungen, am besten solche, die das Werden der einfachsten Erscheinungen der Kultur zeigen, oder solche sagenhaften Charakters.

**Anschaungsstoffe:** Verhältnisse des Wohnortes und seiner nächsten Umgebung.

1. Schulhaus und Schulplatz; die Himmelsrichtungen, Darstellung im verjüngten Maßstab.
2. Das Dorfbild: Anlage, typische Gebäude, Wege und Straßen, Plätze. — Hügel, Berge, beachtenswerte Örtlichkeiten der Umgebung. — Einfache Kartenskizzen, Querschnitte.

3. Bewohner und Landschaft im Wechsel der Jahreszeiten: Bauer und Handwerker, Fremdenbesuch, Verkehr mit benachbarten Orten; Kauf und Verkauf. — Fahrzeuge. — Besondere Einrichtungen, Sitten und Gebräuche. — Tiere, Pflanzen und Gerätschaften, die jeweilen in Betracht kommen.
4. Vom Wasser: Eigenschaften: Verdampfung und Verdunstung, Wasser und Eis. Dienstleistung: Säge, Mühle, elektrisches Werk, Feuerspritze, Trinkwasseranlage. Seine Arbeit: Ausnagung, Anschwemmung, Aufschüttung (entsprechende Versuche). — Das Wasser als Verkehrshindernis: Von der Furt zur Brücke, vom Floß zum Schiff. — Dem Dorfbach entlang.
5. Feuer und Licht.
6. Vom Samenkorn zum Brotlaib.

### *Geschichte.*

Ziel. Die Geschichte zeigt die Entwicklung der politischen und kulturellen Verhältnisse und schafft so Verständnis für die Aufgaben der Gegenwart.

Sie will die Kinder zu brauchbaren Gliedern unserer Volksgemeinschaft erziehen. Sie will Schweizer heranbilden. Züchtung eines übertriebenen Nationalitätsgefühls ist dem wahren Geschichtsunterricht fremd. Vielmehr darf und wird er nie das vornehmste und höchste Ziel aus den Augen verlieren: Verständnis und Gesinnung zu schaffen für die Völkergemeinschaft, welche das Wohl aller will.

Aufbau des Unterrichtes. Wenige, aber anschauliche, charakteristische Bilder sind wichtiger als äußerliche Vollständigkeit.

Jede Jahresaufgabe stellt am besten eine einheitliche Entwicklung in den Vordergrund, indem sie die einzelnen geschichtlichen Ereignisse nach dieser Entwicklung anordnet und darstellt. Die chronologische Ereignistafel ist dazu nur Gerüst.

Voraussetzung ist die Kenntnis der Schauplätze. Die Benutzung der Karte ist unerläßlich. Der Stoff ist in den Realienbüchern gegeben.

### **Beispiele.**

(Nach den Lese- und Realienbüchern.)

#### Viertes Schuljahr.

Die Geschichte von Wilhelm Tell und den österreichischen Vögten. Ausgewählte Bündnersagen.

#### Fünftes Schuljahr.

Von der Urzeit bis zur Gründung der Eidgenossenschaft.

## Sechstes Schuljahr.

Die Bünde in Rätien. Erweiterung der Eidgenossenschaft bis zu den Burgunderkriegen. Die Burgunderkriege.

## Siebentes Schuljahr.

Die Eidgenossenschaft im Besitze ihrer höchsten Macht. Die Mailänder Feldzüge. Erfindungen und Entdeckungen. Die Reformation und Gegenreformation. Die Wirren in Bünden.

## Achstes und neuntes Schuljahr.

Die alte Eidgenossenschaft bricht zusammen. Unter fremder Herrschaft. Die neue Zeit. Die Bundesverfassung von 1848. Sinn und Ziel des Völkerbundes.

*Geographie.*

Ziel. Der Geographieunterricht macht das Kind bekannt mit seinem Heimattal und Heimatland und mit dem Wohn- und Wirkungsbereich anderer Völker. Er stellt das Werden und Wesen der charakteristischen geographischen Erscheinungen dar und entwickelt das Verständnis für deren Wechselbeziehungen und den Einfluß auf unsere Kultur. Er erzieht, wie die Naturkunde, zum Beobachten und damit auch zum Naturgenuß.

Allgemeine Bemerkungen. Direkte Anschauung ist erstes und vornehmstes Mittel des geographischen Unterrichtes. Wanderungen und Schulreisen sind sehr empfohlen. Wo die direkte Anschauung unmöglich wird, muß auf verständnisvolles Studium der Karten und Bilder gehalten werden. Modellieren in Ton und im Sandkasten ist sehr wertvoll. Das Zeichnen von Kartenskizzen, Längs- und Querschnitten und Ansichtsskizzen ist zu pflegen. Auf der Oberstufe empfehlen sich ausführliche, gründliche Einzeldarstellungen eines Sees, Gletschers, Flußlaufes, Meeres, Mittelgebirges, Industriegebietes, Bergwerkes u. s. w.

## Aufbau des Unterrichtes.

## Viertes Schuljahr.

Das Heimattal. Einführung in das Kartenverständnis.

## Beispiele.

Der Fluß: Quelle, Lauf, Zuflüsse, Bäche, Runsen (Rüfen), Wasserführung, Geröllführung, Gefälle, Verbauungen. Die Berge: Höhe, Formen, Namen, Firn, Gletscher, Schnee-, Wald-, Siedlungsgrenzen, Schutthalden, Felswände, Lawinen, Lawinenverbauungen. Aufforstung. Die Alpen: Eigentumsverhältnisse, Bewirtschaftung, Alpgeschichtliches und Sagen. Die Dörfer: Lage, Bauart, Bedeutung, Wasserversorgung, einfache klimatische Erörterungen, Beschäftigung der Bewohner, Verkehrswege.

## Fünftes bis neuntes Schuljahr.

Stoff der Realienbücher.

*Naturkunde.*

**Ziel.** Der naturkundliche Unterricht soll das Interesse und die Liebe zur heimischen Natur wecken. Er fördere nach Möglichkeit das Verständnis für die Erscheinungen vornehmlich in der belebten Natur, vor allem die Einsicht in die Wechselbeziehungen. Er wirke im besondern auch darauf hin, den Naturschutz dem Kinde nahe zu bringen.

**Allgemeines.** Während der ganzen Schulzeit sind die Kinder an die einfachsten Forderungen der Gesundheitspflege zu gewöhnen: Zahnpflege, Sauberkeit, Luft und Wasser. Es ist ihnen die Bedeutung der Abhärtung und nüchternen Lebensführung klarzumachen.

Der Unterricht fuße auf direkter Anschauung. Die Beobachtungsgabe ist zu entwickeln, nicht minder aber die Fähigkeit sicherer Wiedergabe. Ein Unterricht nach dem Buch ohne Anschauung ist verwerflich.

## Aufbau des Unterrichtes und Beispiele.

## Viertes Schuljahr.

Tiere und Pflanzen aus der Umgebung des Kindes. Nicht erschöpfende Gesamtbilder, sondern ausführliche Einzeldarstellungen als Beobachtungsübungen und Wiedergabe des Beobachteten sind hier gegeben.

**Beispiele.**

Im Stall. Auf dem Hühnerhof. Unsere Gäste am Futterbrett. Spuren im Schnee. Jagdzeit. Im Gemüsegarten. Das Blumenbeet. Auf der Wiese. Im Wald. Am Bach.

## Fünftes bis neuntes Schuljahr.

Stoff der Realienbücher.

*Sprachunterricht.*

## Deutsch.

**Ziel.** Verständnis und richtiger Gebrauch der Muttersprache. Der Sprachunterricht soll die Schüler dazu bringen, ihre Innenwelt natürlich und treffend auszudrücken (Sprechen und Schreiben), ihre Innenwelt durch Lektüre zu bereichern, die Ausdrucksfähigkeit zu entwickeln.

## Mündliche Sprachpflege.

Die mündliche Sprachpflege ist die Grundlage des gesamten Sprachunterrichtes. Sie baut auf das Sprachleben des vorschul-

pflichtigen Alters auf, geht also von der Mundart aus und erzieht zum sauberen, natürlichen Ausdruck, scharf zwischen Mundart und Schriftsprache scheidend.

Der Mundart ist Aufmerksamkeit und liebevolle Pflege zu schenken. „Die Mundart ist die Herzenssprache des Gebetes“.

Unerläßlich ist die Gewöhnung an zusammenhängende Rede in allen Fächern.

Wichtig ist die Gewöhnung an richtige Aussprache.

#### Schriftliche Sprachpflege.

Sie ist die Grundlage für die Pflege des schriftlichen Ausdruckes. Sie benutzt den Aufsatz (freien Aufsatz) als Darstellung persönlicher Erlebnisse, den gebundenen Aufsatz, das heißt den besprochenen Aufsatz, den Brief, das Aufschreiben von Unterrichtsergebnissen und grammatikalische Übungen nach sorgfältig aufgebautem Plan.

Unerläßlich ist sorgfältige Korrektur aller schriftlichen Übungen.

#### Beispiele.

##### Schriftliche Sprachpflege und Sprachlehre.

###### Erstes Schuljahr.

Vorbereitung der schriftlichen Gedankenäußerung durch „erzählendes Zeichnen“, Legen und Malen der Fibelschrift. Verbindung von Schreiben und Zeichnen. Diktat und Aufschreiben einfacher Wörter und Sätzchen nach sachlichen Gesichtspunkten.

###### Zweites Schuljahr.

Aufschreiben im Anschluß an den Realunterricht nach Beispielen im Lesebuch. Erlebnisse und Beobachtungen in zusammenhängender Form nach gemeinsamer sachlicher und orthographischer Vorbereitung oder frei.

###### Drittes und viertes Schuljahr.

Aufschreiben vorbereiteter Stoffe und freie Beobachtungs- und Erlebnisauflätze. Postkarten und einfache Briefe an Mitschüler, Familienglieder. Das Adressieren. — Diktate, Sprach- und Rechtschreibübungen zu: Haupt- und Geschlechtswort, Tätigkeits- und Eigenschaftswort und im Anschluß an Aufsätze.

###### Fünftes und sechstes Schuljahr.

Möglichst selbständige Wiedergabe von Unterrichtsergebnissen. Besondere Pflege der persönlichen und treffenden Darstellung von Beobachtungen und Tagesereignissen. In Briefform: Anfrage, Bestellung, Erkundigung, Verdankung — Inserat, Quittung (Anlaß: Schülerreise, Beschaffung von Anschauungsmaterial). — Unter-

scheidung der Wortarten, Fälle des Hauptwortes, Zeitwort in verschiedener Person und Zeit, Satzgegenstand und Satzaussage, Haupt- und Nebensatz, direkte und indirekte Rede.

Siebentes bis neuntes Schuljahr.

Freier Gedankenausdruck über Stoffe aus Schule, Haus, Natur und öffentlichem Leben. Geschäftsbriefe: Schuldschein, Anmeldung, Protokoll, Vertrag, Eingabe an Behörden. — Wiederholung und Erweiterung der Wort- und Satzlehre nach Anleitung der Lesebücher.

#### Leseunterricht.

Er führt die Jugend in die wertvolle Literatur ein. Er berücksichtigt die schöne Literatur und die belehrende Literatur.

Sie ist dem Lehrer geboten in den kantonalen Lese- und Realienbüchern, die für jeden Lehrer verbindlich sind. Sie können aber ergänzt werden durch passende Klassenlektüre, deren Auswahl dem Lehrer anvertraut bleibt.

Wichtig ist die Gewöhnung an sinngemäßes Lesen.

Anmerkung: Die Einführung der Druckschrift kann auf das zweite Schuljahr verlegt werden.

Im letzten Schuljahr widme man der Berufsberatung Zeit und Aufmerksamkeit.

#### Romanisch.

Ziel. Richtiges Sprechen und Schreiben der Muttersprache. Kenntnis des Satzbaues, der Wortlehre, der Laute, der Rechtschreibung und der romanischen Grammatik. Außer der Fähigkeit, seine Gedanken korrekt mündlich und schriftlich ausdrücken zu können, soll der Sprachunterricht dem Schüler die Kenntnis der Herkunft und der Geschichte der Sprache vermitteln, eine allgemeine Übersicht der romanischen Literatur geben und in seinem Herzen das Gefühl der Liebe und Achtung für die Muttersprache wecken und vermehren.

#### Beispiele.

##### Erstes Schuljahr.

Zahlreiche und eifrig betriebene Sprechübungen und eingehende Pflege einer guten und richtigen Aussprache. Sprech- und Vortragsübungen im Chor. Allmähliches Überleiten der Schüler von der lokalen Mundart zur Schriftsprache. Gemeinsames Bilden von Sätzen und Satzgruppen (mündlich) aus dem Leben und der nächsten Umgebung des Schülers auf Grund der eigenen Anschauung, zum Beispiel in der Schule, vor dem Haus, in der Stube, in der Küche, im Stall und in der Scheune, in unserem Garten, am Bach, in der Mühle u. s. w. Ableiten der Laute für die zu lernenden Buchstaben aus solchen Gebieten. Verbindung der schriftlichen Darstellung derselben mit dem Zeichnen und Modellieren. Diktate

und Übungen mit Wörtern und hernach in leichten Sätzen, zum Beispiel die Benennung der Dinge (Hauptwort), die Tätigkeit der Personen und Tiere (Tätigkeitswort), Eigenschaften der Personen und Dinge (Eigenschaftswort. Übungen im Erzählen, Vortrag und Lesen.

#### Zweites Schuljahr.

Schriftliche Übungen aus dem Lesestoff und dem übrigen Unterricht. Darstellung von Ereignissen und Beobachtungen aus dem täglichen Leben in leichter Aufsatzform nach gemeinsamer Vorbereitung oder in freier Form. Bilden und Anwenden von Wortreihen nach der Rechtschreibung: Doppelkonsonanten ch, gh, gn, gl und weiches g u. s. w. Einprägen und Festigen der einfachsten und grundlegenden Richtlinien der Rechtschreibung durch häufige Diktate und Übungen. Fortgesetzte Pflege des guten mündlichen Ausdruckes, der Aussprache und des schönen Lesens. Übung im Erzählen und Vortrag wie in der ersten Klasse.

#### Drittes und viertes Schuljahr.

Schriftliche Übungen wie in der zweiten Klasse. Leichte freie Aufsätze: Beschreibungen und Erzählungen aus dem Leben und aus der Umgebung des Schülers. Abfassen kurzer Briefe und Karten. Grammatikunterricht hinsichtlich Hauptwort und Geschlechtswort, Tätigkeitswort und Eigenschaftswort in Verbindung mit dem Aufsatz und dessen Verbesserung. Ableiten der Fälle der Deklination (einzeln), der Personen und der Zeiten, der Konjugation, wobei den Endungen des Indikativs und des Konjunktivs besondere Beachtung zu schenken ist. Einprägen vermitteltst Diktaten und Übungen. Diktate aus der Rechtschreibung wie in der zweiten Klasse. Die Gesprächsform des Satzes (direkte Rede).

#### Fünftes und sechstes Schuljahr.

Besondere Pflege des Aufsatzes hinsichtlich Form, guten Satzbau und Selbständigkeit des Schülers. Vergleichender Unterricht hinsichtlich Form und Satzbau anlässlich der Verbesserungen. Freie Wiedergabe aus dem Unterricht in den Realfächern, aus der Geschichte, Geographie und Naturkunde, aus der Schul- und Hauslektüre. Abfassen kurzer, praktischer Briefe: Auskünfte, Bestellungen, Empfangsbescheinigungen, Inserate u. s. w. in Anpassung an die persönlichen Verhältnisse der Schüler. Die Wortarten. Aus der Satzlehre: Satzgegenstand, Satzaussage und Ergänzung mit besonderer Berücksichtigung der Ergänzung im vierten Fall. Gebrauch der Bindewörter, der Partizipien und des Gerundiums. Direkte und indirekte Rede.

#### Siebentes bis neuntes Schuljahr.

Übersicht der Geschichte und Literatur der romanischen Sprache. Lektüre aus den Werken der bedeutendsten Dichter und

Schriftsteller. Schul- und Hauslektüre. Unsere Jahrbücher: „Annalas“, „Ischi“, „Tschespet“, „Chalender ladin“, „Dun da Nadal“, „Aviöl“, „Nos sulom“, „Calender per mintga gi“, „Il Glogn“ u. s. w. Sehr wünschenswert für die gegenseitige Annäherung und für das gegenseitige Verständnis der romanischen Bevölkerung ist es auch, daß die Schüler der letzten Klassen einzelne Werke im Idiom anderer romanischen Talschaften kennen lernen. Schriftlich: freie Aufsätze, kurze Schulvorträge, praktische Briefe: Schulscheine, Anzeigen, Verträge, Kaufverträge u. s. w. Fortsetzung der Satzlehre, soweit sie nicht im Deutschunterricht der letzten Klassen behandelt wird.

### Deutsch in romanischen Schulen.

Ziel. Aneignung einer guten Aussprache, Gewinnung des für das praktische Leben unentbehrlichen Wortschatzes, Kenntnis der wichtigsten sprachlichen Formen und Regeln, Fähigkeit, sich mündlich und schriftlich richtig auszudrücken.

### Aufbau des Unterrichtes und Beispiele.

Vorbemerkung. Mit dem Unterricht im Deutschen wird in der Regel im fünften Schuljahr begonnen. Wo indessen die besondern Schulverhältnisse es wünschenswert erscheinen lassen, steht es im Ermessen des Schulrates, den Beginn des Unterrichtes in der deutschen Sprache schon für das vierte Schuljahr anzusetzen.

#### Erstes Unterrichtsjahr.

Laute und Zeichen der deutschen Sprache. Sprechübungen und Bildung von Wörterreihen unter Verwendung des ersten Leitfadens. Biegung des Hauptwortes und der Zeitwörter in der Gegenwart. Bildung von Sätzen mit den gebräuchlichsten Präpositionen des dritten und vierten Falles.

#### Zweites Unterrichtsjahr.

Fortsetzung der Sprech- und Leseübungen nach dem ersten Leitfaden. Frühlingbild; Konversationsübungen. Biegung der Hilfs- und regelmäßigen Zeitwörter in allen Zeiten im Indikativ; Biegung des Eigenschaftswortes. Das Objekt. Schriftliche und mündliche Darstellung ganz kurzer und einfacher Erzählungen und Beschreibungen; Übersetzungen; grammatikalische Übungen; Bildung von Sätzen zur Anwendung des Gelernten.

#### Drittes Unterrichtsjahr.

Intensive Übung der Deklination und Gradation des Eigenschaftswortes und Biegung der Fürwörter; systematische Darstellung, sowie Anwendung in kurzen schriftlichen und mündlichen,

zusammenhängenden Lesestücken und Aufsätzen, unter Zugrundelegung des II. Leitfadens.

#### Viertes Unterrichtsjahr.

Konjugation des unregelmäßigen Zeitwortes, Anwendung der Präpositionen (systematische Zusammenstellung). Die Präpositionen eventuell auch schon im 2. und 3. Unterrichtsjahr. Die Zeitwörter im Konjunktiv. Behandlung von Prosastücken und leichtverständlichen Gedichten.

#### Fünftes (und sechstes) Unterrichtsjahr.

Das Deutsche sollte so gefördert werden, daß es im 8. und 9. Schuljahr auch in einem der Realfächer als Unterrichtssprache zur Anwendung gelangen kann. Die Wahl dieses Faches ist dem Lehrer überlassen. Für das Rechnen soll auch in diesen Klassen die Muttersprache benutzt werden. Zur Einübung der deutschen Zahlen und rechnerischen Ausdrücke und Wendungen möge das Deutsche bei der Repetition und Übung der in der Muttersprache bereits erarbeiteten Rechenoperationen Verwendung finden. In den letzten zwei Jahren ist dem Aufsatzunterricht die größte Aufmerksamkeit und Sorgfalt zu schenken. Der Vertiefung des Sprachgefühls und -verständnisses sollen auf dieser Stufe vergleichende Gegenüberstellungen des romanischen und deutschen Satzbaues und der jeder Sprache eigenen charakteristischen Redewendungen und Ausdrücke in besonderer Weise dienen.

#### *Rechnen.*

**Ziel.** Der Rechenunterricht vermittelt dem Zögling Zahlanschauung und Rechenfertigkeit.

**Allgemeine Bemerkungen.** In unteren Klassen ist wiederholte und mannigfache Anschauung unerläßlich. Veranschaulichungsmittel, mit denen die Schüler eigenhändig arbeiten können, verdienen den Vorzug. — In allen Schuljahren bilden lebenswahre, rechnerische Probleme aus Unterricht und Alltagsleben den Ausgangspunkt für die rechnerische Einheit. Auch bei der Übung wird darauf Rücksicht genommen. Die Schüler werden angeleitet, durch Beobachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Dinge ihrer Umgebung selbst Probleme und Zahlenverhältnisse beizutragen.

Der Selbsttätigkeit der Schüler bei Lösung der Aufgaben, Erarbeitung von Regeln und Auffinden der Rechenvorteile ist volle Aufmerksamkeit zu schenken.

**Aufbau des Unterrichtes.** Für den Aufbau und die Anordnung des Stoffes sind die kantonalen Rechenhefte maßgebend.

*Buchführung.*

Ziel. Der Unterricht in Buchführung hat dem Schüler das Verständnis für geordnete Geschäftsführung zu schaffen. Er führt an Hand leichtfaßlicher praktischer Beispiele in das Geschäfts- und Verkehrsleben ein.

*Aufbau des Unterrichtes.*

1. Geschäftsbriefe: Anfragen, Erkundigungen, Offerten, Bestellungen, Reklamationen, Entschuldigungen, Begleitschreiben. — Inserate, Quittungen, Schuldscheine.
2. Rechnungsführung: Haushaltungsbuch, Kassabuch, Vereinsrechnung.

*Beispiele.*

Geschäftsverkehr und Rechnungswesen für eine Schülerreise.

Anmerkung: die unter 1 genannte Stoffbehandlung kann mit der schriftlichen Sprachpflege verbunden werden; 2 kann in Verbindung mit dem Rechnen oder Schreiben gepflegt werden.

Die Verwendung der Formulare des Post- und Eisenbahnverkehrs wird empfohlen.

*Formenlehre.*

Ziel. Sie befähigt den Schüler, die geometrischen Grundformen an Erzeugnissen aller Art zu erkennen, Grundstücke und einfache Körper in bestimmtem Maßstab aufzuzeichnen und sie zu berechnen.

*Aufbau des Unterrichtes.* Der Unterrichtsgang beginnt mit der Fläche: Quadrat, Rechteck, Dreieck, Vieleck an Grundstücken, Bauten, Gegenständen, Beobachten, Schätzen, Messen, Zeichnen mit Maßeintragung.

Von der Fläche zum Raum. Gewerbliche Gegenstände, Baustücke mit verschiedenen Grundformen. Schätzen, Messen, Zeichnen im Grund- und Aufriß. Konstruktion der Abwicklung von Grundformen. Flächeninhalt, Kubikinhalt und Gewicht. Einfache Pläne.

*Zeichnen, Modellieren und Handarbeiten.*

Ziel. Der Unterricht im Zeichnen, Modellieren und Handarbeiten unterstützt die Ausbildung der geistigen Kräfte: Verstand, Gemüt, Phantasie und Wille. Er entwickelt und schärft besonders die Gesichtsvorstellungen und befähigt, diese plastisch, graphisch und durch Handarbeit auszudrücken. So fördert er die manuellen und technisch-künstlerischen Fertigkeiten. Er unterstützt die übrigen Fächer und pflegt den Sinn für das Schöne in der bildenden Kunst und im Kunsthandwerk.

### Aufbau des Unterrichtes und Beispiele. Untere Stufe (1.—3. Schuljahr).

Formen in Sand, Ton und Plastilin, Papierfalten und -schneiden, wo immer die Verhältnisse es gestatten. Reichliche Pflege der freien Kinderzeichnung auf der Tafel oder besser auf losen Blättern mit dem Farbstift.

### Mittelstufe (4.—6. Schuljahr).

Allmählicher Übergang von der freien Kinderzeichnung zum systematischen Zeichnenunterricht durch Modellieren und Zeichnen einfacher Dinge aus dem Gedächtnis nach vorausgegangener Betrachtung am Objekt. Zeichnen meist flächenhafter Gegenstände nach dem Objekt. Abschätzen richtiger Größenverhältnisse und Gewinnung der wichtigsten Flächenvorstellungen: Quadrat, Rechteck, Kreis, Oval, Dreieck. Material: Bleistift, Farbstift oder Farbe. Modellieren in Plastilin. Scherenschnitt in Bunt- und Schwarzpapier.

Das Modellieren tritt immer noch in den Dienst der übrigen Fächer: Geographie, Naturgeschichte, Geometrie. Auch auf dieser Stufe wird die freie Kinderzeichnung immer wieder gepflegt.

### Oberstufe (7.—9. Schuljahr).

Zeichnen und Malen einfach- bis reichgegliederter Blätter und Blüten und ganzer Zweige. Einfache Tierformen, Früchte u. s. w. Leichte Übungen im Verzieren in Verbindung mit dem Handarbeitsunterricht. Scherenschnitt.

Einführung in die Perspektive mit Berücksichtigung leichter, landschaftlicher Motive.

Gedächtnis- und Phantasiezeichnen, zum Beispiel Darstellung der Jahreszeiten, des Wintersportes, örtlicher besonderer Begebenheiten, Illustrationsversuche, Glückwunschkarten für verschiedene Anlässe u. s. w.

Wo es die Verhältnisse gestatten, können auch Stempeldruck, Papierschablonschnitt und Linolschnitt geübt werden.

Beachte: reicher Wechsel in den verschiedenen Techniken macht den Unterricht abwechslungsreich und fördert das Interesse.

### *Schreiben.*

Ziel. Der Schreibunterricht will die Schüler an schöne und geläufige Schrift gewöhnen. Er macht im besondern mit Schreibwerkzeug und Schriftformen vertraut, sowie mit zweckmäßiger Raumverteilung und sauberer Darstellung.

Allgemeine Bemerkungen. Vorgeschrieben ist für deutsche Schulen die Fraktur, für romanische Schulen die Antiqua bis und mit dem 6. Schuljahr. Das 7. Schuljahr übt beide Schriftformen.

Änderungen dieser Lehrplanvorschrift sind einem besonderen Regierungsbeschluß vorbehalten.

### *Gesangunterricht.*

Ziel. Der Gesangunterricht will Lust und Freude am Singen wecken und einen Schatz wertvoller Spiel-, Kinder- und Volkslieder mit in Familie und Gesellschaft geben. Er entwickelt rhythmisches Gefühl, Tonvorstellungsvermögen, selbständiges Singen.

#### Aufbau des Unterrichtes und Beispiele.

##### Erstes Schuljahr.

Gehörsingen im Umfang von 5 bis 8 Tönen, zuerst stufenweise, dann sprungweise. Entwicklung des rhythmischen Gefühles durch Klatschen, Marschieren, Zählen, rhythmisches Sprechen. Spiel- und Tanzliedchen. Viertel- und Achtelnotenzeichen ohne Notenslinien.

##### Zweites Schuljahr.

Rhythmische Übungen im Zwei-, Drei- und Viertakt mit den dazu gehörenden Pausenzeichen. Gehör- und Treffübungen im Umfange von 8 Tönen. Spiel- und Reigenliedchen mit ausgeprägtem Rhythmus. Entsprechende Auswahl einstimmiger Kinderlieder.

##### Drittes Schuljahr.

Einführung in das Notensystem und in die Notenwerte. Summen und Singen von Melodien auf m oder n, dann auf Vokale. Schnellsprech- und Schnell-Leseübungen. Schwelltöne. Atemübungen. Entsprechende Erweiterung des Liederschatzes (einstimmig).

##### Viertes Schuljahr.

Weitere Übungen im  $\frac{2}{4}$ ,  $\frac{3}{4}$ ,  $\frac{4}{4}$ -Takt, in Vierteln, Halben und Achteln. Einführung der punktierten Noten. Entsprechende Pausen. Suchen des Grundtones aus gesungenen Melodien, aus Tonleitern, die nicht mit dem Grundton ausgesungen werden. Einstimmige Lieder.

##### Fünftes Schuljahr.

Wiederholungen. Gehör- und Treffübungen. Erweiterung des Notenumfanges nach unten und oben. Kreuz und b ohne theoretische Erörterungen. Unterscheidung von hellen und dunkeln Vokalen. Übungen im Tonbehalten, Tonsprünge.

##### Sechstes Schuljahr.

Wiederholungen. Üben von Tonleitern. Eingehendere Textbehandlung. Einmaliges Vorsetzen eines Kreuzes oder b für das ganze Lied. Sechsstelntakt. Übungen im Tontragen-Tonverbin-

den. Unterscheiden von Ganz- und Halbtonschritten auf dem Gehörwege. Diktate. Stimmbildungsübungen. Einführung des zweistimmigen Gesanges. Turn-, Wander-, Reigenlieder.

#### Siebentes bis neuntes Schuljahr.

Behandlung aller praktisch vorkommenden Noten, Notenbilder, Rhythmen, Sechzehntel, punktiertes Achtel, Triole. Formvollendete Darstellung von zwei-, drei- und in besonders günstigen Verhältnissen vierstimmigen Liedern (drei ungebrochene und eine gebrochene Stimme). Lieder mit stimmlich verschieden gegliedertem Rhythmus. Wo es die Verhältnisse gestatten, Baßschlüssel und Molltonarten, Vorhalte und Durchgangstöne, Vortragszeichen. Stimmbildungsübungen. Schöne Lieder für das Leben.

#### Turnen.

Ziel. Die Leibesübungen sind praktische Gesundheitspflege. Sie bezwecken Abhärtung, harmonische Entwicklung aller Organsysteme und Erhöhung ihrer Funktionstüchtigkeit, Entwicklung von Kraft, Bewegungsfreude und natürlicher Beweglichkeit. Sie entwickeln den Sinn für planvolle Körperpflege und gesunde Lebensführung.

Sie sollen aber auch mit den ihnen eignenden Mitteln zur Charakter- und Persönlichkeitsbildung beitragen, zur Selbstbeherrschung, Entschlußfähigkeit, Selbständigkeit, Ausdauer, zu Mut und Selbstvertrauen erziehen.

Sie sollen zur Einordnung, zur Hilfsbereitschaft und Hilfeleistung erziehen und damit die Arbeit in der Gemeinschaft fördern.

Aufbau des Unterrichtes. Für das Knabenturnen ist maßgebend die eidgenössische Verordnung über den Vorunterricht vom 10. Juli 1928.

Warm empfohlen wird aber auch das Mädchenturnen.

Wo die Voraussetzungen gegeben sind, soll es die Gemeinde obligatorisch erklären.

Der Unterrichtsaufbau des Knabenturnens erfolgt nach der „Eidgenössischen Turnschule“. Doch müssen überall die örtlichen Verhältnisse und die klimatische Lage berücksichtigt werden. Es darf sich nicht einfach um buchstäbliches Kopieren der „Turnschule“ handeln. Es wird empfohlen, Jahresturnpläne aufzustellen.

#### Beispiel eines Jahresturnprogramms.

(Für eine Gesamtschule mit 15 Schülern [Knaben und Mädchen], Gebirgsdorf 1200 M. ü. M.)

1. Stunde: erste Körpermessung der Knaben (siehe „Turnschule“ 63 u. ff.).

## A. Herbstbetrieb:

2 Stunden wöchentlich an verschiedenen nicht aufeinanderfolgenden Tagen, jeweils in der letzten Vormittagsstunde (Sonne!) mit Knaben und Mädchen aller Stufen zusammen.

1. Gruppe: Knaben. 2. Gruppe: Mädchen.

Freiübungen alle zusammen.

1. Gruppe: Übungen am Hanggerät, Schnellauf 30—50 m, Steinheben und Stoßen l. und r., Weitsprung und Hochsprung;

2. Gruppe: leichte Übungen am Hanggerät, Schnellauf 20 m, Gleichgewichtsübungen, leichte Sprungübungen auch mit dem Schwungseil.

Jede Gruppe arbeitet für sich.

Gemeinsames Spiel: spielartige Stafettenläufe mit einem Ball.

Art. 5. Wochen-Spielnachmittag nur für Knaben, währenddem die Mädchen Nähschule haben; Turnen im Gelände, Grenzballspiel.

## B. Übergangszeit (Herbst-Winter).

2 Wochenstunden werden in Form von 6 täglichen Turnlektionen von 15—20 Minuten erteilt, Knaben und Mädchen aller Stufen zusammen bei Schluß des Vormittagsunterrichtes (Sonne!). Gang, Dauerlauf und vorbereitende Sprungübungen wechseln ab mit Freiübungen und Tiefatmungsübungen, eingeschoben: Zieh- und Schiebübungen. Die Skier werden bereitgestellt für Knaben und Mädchen. Für arme Schüler sollen schon jetzt beim Eidgenössischen Skiverband u. s. w. Gesuche um Skibescaffung u. s. w. eingereicht werden.

Spielnachmittag nur für Knaben: Turnen im Gelände, bei ungünstiger Witterung Skireparaturen in der Werkstätte, Belehrung über Skifahren, Lawinengefahr und Lebensrettung.

## C. Hochwinterbetrieb.

2 Wochenstunden für Knaben und Mädchen. Zeiteinteilung wie bei A (Mittagszeit: Sonne). Unterricht auf Ski auf passendem Übungsplatz.

Spielnachmittag nur mit den Knaben: Kurze Skiausflüge mit Rettungsübungen.

## D. Tauwetterzeit.

Zeiteinteilung und Betrieb bei bedeckter Witterung wie bei B. Bei Sonnentagen ruhiges Arbeiten an windgeschützten, sonnigen Orten, bei schlechter Witterung Belehrung im Schulzimmer: erste Hilfe bei Unfällen.

Spielnachmittag für Knaben fällt aus.

## E. Frühjahrsbetrieb.

Wie A.

Am Schluß: zweite Körpermessung für Knaben und Abgabe der Tabelle für Leistungsmessungen.

*Freiwilliger Handarbeitsunterricht.*  
(Für Knaben.)

Ziel. Er entwickelt die manuellen Fähigkeiten des Zöglings durch methodische Ausbildung der Anlagen.

Aufbau des Unterrichtes. Maßgebend sind hierfür die Programme des Schweizerischen Vereins für Knabenhandarbeit, wobei aber die Selbständigkeit des Lehrers gewahrt bleiben soll.

Anmerkung. Wo es die Verhältnisse erlauben, wird den Gemeinden sehr empfohlen, das Fach schon jetzt obligatorisch zu erklären. Auch der Schulgarten wird empfohlen.

*Arbeitsschulunterricht für Mädchen.*

Siehe den besonderen kantonalen Lehrplan für Arbeitsschulen.

*Hauswirtschaftlicher Unterricht.*

Gemeinden, welche hauswirtschaftlichen Unterricht einführen, müssen vorläufig auf den Lehrplan für hauswirtschaftliche Fortbildungsschulen verwiesen werden.

Verteilung der Unterrichtszeit auf die einzelnen  
Fächer.

Für deutsche und italienische Schulen.

| Schuljahr                                 | I                              | II                             | III | IV  | V   | VI  | VII | VIII | Total |
|-------------------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|-----|-----|-----|-----|-----|------|-------|
| 1. Religion . . . . .                     | 3                              | 3                              | 3   | 3   | 3   | 3   | 3   | 3    | 24    |
| 2. Heimat- und Lebenskunde . . . . .      | 5                              | 5                              | 8   |     |     |     |     |      | } 58  |
| Geschichte . . . . .                      |                                |                                |     | 3   | 3   | 3   | 3   | 3    |       |
| 3. Geographie . . . . .                   |                                |                                |     | 3   | 3   | 3   | 3   | 3    |       |
| 4. Naturkunde . . . . .                   |                                |                                |     | 2   | 2   | 2   | 2   | 2    | } 69  |
| 5. Muttersprache . . . . .                | 10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> | 10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> | 8   | 8   | 8   | 8   | 8   | 8    |       |
| 6. Fremdsprache . . . . .                 | —                              | —                              | —   | —   | —   | —   | —   | —    |       |
| 7. Rechnen . . . . .                      | 7 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>  | 7 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>  | 6   | 6   | 6   | 6   | 6   | 6    | 51    |
| 8. Formenlehre<br>(für Knaben) . . . . .  | —                              | —                              | —   | —   | 1   | 1   | 1   | 1    | 4     |
| 9. Zeichnen . . . . .                     | —                              | —                              | 2   | 2   | 2   | 2   | 2   | 2    | 12    |
| 10. Schönschreiben . . . . .              | —                              | —                              | 2   | 2   | 1   | 1   | 1   | 1    | 8     |
| 11. Singen . . . . .                      | 2                              | 2                              | 2   | 2   | 2   | 2   | 2   | 2    | 16    |
| 12. Turnen . . . . .                      | 2                              | 2                              | 2   | 2   | 2   | 2   | 2   | 2    | 16    |
| 13. Handarbeit<br>(für Mädchen) . . . . . | —                              | —                              | 3   | 3   | 3   | 3   | 3   | 3    | 18    |
| 14. Handarbeiten<br>für Knaben, fakult.   | —                              | —                              | (2) | (2) | (2) | (2) | (2) | (2)  | (12)  |
|                                           | 30                             | 30                             | 33  | 33  | 33  | 33  | 33  | 33   | 258   |

## Für romanische Schulen.

| Schuljahr                                   | I   | II  | III | IV  | IV* | V   | VI  | VII | VIII | Total    |
|---------------------------------------------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|------|----------|
| 1. Religion . . . . .                       | 3   | 3   | 3   | 3   |     | 3   | 3   | 3   | 3    | 24       |
| 2. Heimat- und Lebenskunde . . . . .        | 5   | 5   | 8   |     |     |     |     |     |      |          |
| Geschichte . . . . .                        |     |     |     | 3   |     | 3   | 3   | 3   | 3    | 52(51)*  |
| 3. Geographie . . . . .                     |     |     |     | 3   | 2   | 2   | 2   | 2   | 2    |          |
| 4. Naturkunde . . . . .                     |     |     |     | 2   |     | 1½  | 1½  | 1½  | 1½   |          |
| 5. Muttersprache . . . . .                  | 10½ | 10½ | 8   | 8   | 4½  | 4½  | 4½  | 3   | 3    | 52(48½)* |
| 6. Deutsch . . . . .                        | —   | —   | —   | —   | 6   | 6   | 6   | 7½  | 7½   | 27(33)*  |
| 7. Rechnen . . . . .                        | 7½  | 7½  | 6   | 6   |     | 6   | 6   | 6   | 6    | 51       |
| 8. Formenlehre<br>(für Knaben) . . . . .    | —   | —   | —   | —   |     | 1   | 1   | 1   | 1    | 4        |
| 9. Zeichnen . . . . .                       | —   | —   | 2   | 2   | 1½  | 1½  | 1½  | 1½  | 1½   | 10(9½)*  |
| 10. Schönschreiben . . . . .                | —   | —   | 2   | 2   | 1   | 1   | 1   | 1   | 1    | 8(7)*    |
| 11. Singen . . . . .                        | 2   | 2   | 2   | 2   |     | 1½  | 1½  | 1½  | 1½   | 14       |
| 12. Turnen (für Knaben)                     | 2   | 2   | 2   | 2   |     | 2   | 2   | 2   | 2    | 16       |
| 13. Handarbeiten<br>(für Mädchen) . . . . . | —   | —   | 3   | 3   |     | 3   | 3   | 3   | 3    | 18       |
| 14. Handarbeiten<br>(für Knaben) fakult.    | —   | —   | (2) | (2) |     | (2) | (2) | (2) | (2)  | (12)     |
|                                             | 30  | 30  | 33  | 33  |     | 33  | 33  | 33  | 33   | 258      |

\*) Diese Verteilung der Stunden für das vierte Schuljahr gilt für jene Schulen, wo mit dem Unterricht in der deutschen Sprache schon in der vierten Klasse begonnen wird.

Wird in den ersten Schuljahren kein Religionsunterricht erteilt, so können die betreffenden Stunden auf die Elementarfächer verteilt werden. Werden in den späteren Schuljahren wöchentlich nur zwei Stunden für den Religionsunterricht verwendet, so kann die dritte Stunde denjenigen Fächern zugut kommen, die je nach den Verhältnissen dessen am meisten bedürfen.

Die Schulräte werden eingeladen, bei der Ansetzung der Stunden für den Religionsunterricht die Wünsche der Religionslehrer möglichst zu berücksichtigen und dabei auch auf die Ansetzung der außerhalb der gewöhnlichen Unterrichtszeit fallenden Stunden für den Konfirmandenunterricht der reformierten Kinder im VII. und VIII. und für den Erstkommunikantenunterricht der katholischen Kinder im fünften Schuljahr Bedacht zu nehmen.

Wo Handarbeit für Knaben und Turnen für Mädchen obligatorisch ist, kann Geschichte mit zwei Wochenstunden bedacht werden.

## 2. Lehrerschaft aller Stufen.

**3. Großratsbeschluß betreffend Beitrag an die Versicherungskasse für die bündnerischen Volksschullehrer.** (Vom 27. November 1931.)

**4. Verordnung über die Versicherungskasse für die bündnerischen Volksschullehrer.** (Vom Kleinen Rat genehmigt am 30. Dezember 1931.)

**XIX. Kanton Aargau.****Mittelschulen und Berufsschulen.**

**Reglement für den schul- und sportärztlichen Dienst an der aargauischen Kantonsschule. (Vom 17. April 1931.)**

**XX. Kanton Thurgau.**

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1931.

**XXI. Kanton Tessin.****1. Allgemeines.**

1. **Decreto esecutivo circa gli ispettori e i circondari scolastici. (Del 23 giugno 1931.)**

**2. Mittelschulen und Berufsschulen.**

2. **Regolamento circa le gite scolastiche d'istruzione. (Del 3 dicembre 1931.)**

**3. Lehrerschaft aller Stufen.**

3. **Decreto legislativo in modificazione degli art. 8 e 13 della legge 18 giugno 1920 sugli onorari dei funzionari scolastici. (Dell' 8 gennaio 1931.)**

*Il Gran Consiglio della Repubblica e Cantone del Ticino,*  
Su proposta del Consiglio di Stato,

*Decreta:*

Art. 1. — L' art. 8 della legge 18 giugno 1920 sugli onorari dei funzionari scolastici e degli insegnanti delle scuole pubbliche cantonali è modificato come segue:

- a) Gli insegnanti di disegno delle scuole tecniche e ginnasiali: i docenti di cultura e di disegno delle scuole professionali, dei corsi speciali annuali di disegno, e dei corsi annuali per apprendisti, sono iscritti nella III. classe.
- b) Le maestre di cultura e di disegno dei Corsi annuali per apprendisti sono iscritte nella classe IV.

Art. 2. — All' art. 13 della suddetta legge è aggiunto il seguente paragrafo:

§. Gli insegnanti e le maestre di cultura delle scuole di disegno, dei Corsi speciali annuali di disegno e dei corsi annuali per apprendisti sono tenuti a dare fino a 28 ore settimanali di

lezione: gli insegnanti e le maestre di disegno delle scuole e dei corsi suddetti sono invece obbligati ad una prestazione massima di ore 32 settimanali.

Art. 3. — Queste disposizioni, riservato l'esito dell'eventuale esercizio del diritto di referendum, entreranno in vigore con la loro pubblicazione sul Bollettino delle leggi ed atti esecutivi ed avranno effetto retroattivo al primo gennaio 1931.

#### 4. Verschiedenes.

#### 4. Decreto legislativo circa riparto del sussidio federale di fr. 60,000.— per la difesa della cultura e della lingua italiana nel Ticino. (Del 3 novembre 1931.)

*Il Gran Consiglio della Repubblica e Cantone del Ticino,*

Visto il decreto federale 24 maggio 1931 che istituisce un sussidio annuo di fr. 60,000.— in favore del Cantone Ticino per la difesa della sua cultura e della sua lingua,

*Decreta:*

Art. 1. — Il sussidio previsto dal decreto federale surriferito per gli anni 1931—1932 sarà ripartito come segue:

a) Una somma annua di fr. 10,000.— sarà destinata a borse di studio per studenti ticinesi od attinenti di altri Cantoni, ma di lingua materna italiana e nati nel Ticino, che vogliono dedicarsi agli studi universitari, per ottenere l'abilitazione all'insegnamento nelle scuole medie e secondarie.

§. Un regolamento determinerà il numero delle borse, la somma di ciascuna, il modo ed i criterî dell'aggiudicazione.

b) Una somma di fr. 20,000.— sarà destinata alla scuola ticinese di cultura italiana ed ai corsi estivi che essa organizzerà per maestri ticinesi attinenti di altri Cantoni in attività di servizio nelle scuole del Ticino.

§. Un decreto legislativo ed un regolamento determineranno gli scopi ed il funzionamento della scuola.

c) Una somma annua di fr. 20,000.— sarà destinata all'ingrandimento ed alla migliore dotazione finanziaria della Biblioteca Cantonale.

d) Una somma annua di fr. 10,000.— sarà destinata alla pubblicazione di una Antologia di scrittori svizzeri di lingua italiana e di una crestomazia periodica.

§. Il Consiglio di Stato è competente a decidere su proposta del Dipartimento della Pubblica Educazione.

Art. 2. — Gli eventuali residui per crediti rimasti inutilizzabili alla fine di ogni anno saranno raccolti in un fondo comune e destinati ad uno degli scopi suddetti, ovvero, previo consenso del

Consiglio federale, a scopi che entrino nel concetto di difesa della cultura e della lingua.

§. Le destinazioni di carattere transitorio sono di competenza del Consiglio di Stato il quale decide su proposta del Dipartimento della Pubblica Educazione.

Art. 3. — Ogni anno il Dipartimento della Pubblica Educazione riferirà, nel suo rendiconto, circa l'applicazione che sarà fatta del presente decreto, ed il Consiglio di Stato ne riferirà al Consiglio federale.

Art. 4. — Il presente decreto diventa immediatamente esecutivo, sotto la riserva dell'approvazione del Consiglio federale.

## XXII. Kanton Waadt.

### 1. Primarschulen.

#### I. Règlement pour les écoles primaires. (Du 28 mars 1931.)

*Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud,*

Vu l'article 156 de la loi du 19 février 1930 sur l'instruction publique primaire;

Sur proposition du Département de l'instruction publique et des cultes;

*arrête:*

le règlement ci-après pour les écoles primaires:

#### CHAPITRE PREMIER.

(Loi, art. 1 à 3.)

#### Dispositions générales.

Article premier. Les enfants en âge de scolarité sont soumis, en règle générale, aux obligations scolaires imposées dans la commune où ils ont leur domicile.

Le domicile des père et mère ou le siège de l'autorité tutélaire est considéré comme le domicile légal des enfants en âge de scolarité (art. 25 du Code civil suisse).

Art. 2. L'enfant qui séjourne hors de son domicile légal, mais à l'intérieur du canton, est soumis, en règle générale, aux obligations scolaires imposées dans la commune où il séjourne.

Art. 3. L'enfant qui séjourne hors du canton doit recevoir une instruction au moins égale à celle qui lui serait donnée à son domicile légal.

*Remarque.* — Dans le présent règlement, le mot Département employé seul désigne le Département de l'instruction publique et des cultes, et le mot instituteur employé seul indique aussi l'institutrice, sauf distinction expresse.

Les mots la loi indiquent la loi du 19 février 1930.

Les parents ou tuteurs sont tenus de justifier que cette obligation est remplie. Ils sont passibles des amendes prévues à l'art. 98 de la loi.

Sont réservées les conventions intercantionales relatives aux changements de domicile.

## CHAPITRE II.

(Loi, art. 4 à 11.)

### Des écoles primaires et de leur organisation.

Art. 4. Chaque année, dans chaque commune, avant le 1<sup>er</sup> mars, la municipalité fait procéder au recensement des enfants astreints à la fréquentation des écoles et en communique le résultat à la commission scolaire.

Les parents sont tenus de faire inscrire leurs enfants, en âge de scolarité, auprès de la commission scolaire, en présentant un acte de naissance et un certificat de vaccination.

Art. 5. Lorsque deux communes s'entendent pour organiser une école intercommunale, le Département fixe les conditions de cette entente après avoir consulté les communes intéressées.

Art. 6. L'école primaire comprend huit ou neuf années d'études réparties comme suit:

1<sup>re</sup> et 2<sup>me</sup> années: degré inférieur: enfants de 7 et 8 ans;

3<sup>me</sup>, 4<sup>me</sup>, 5<sup>me</sup> années: degré intermédiaire: enfants de 9, 10 et 11 ans;

6<sup>me</sup>, 7<sup>me</sup>, 8<sup>me</sup> et 9<sup>me</sup> années: degré supérieur: enfants de 12, 13, 14 et 15 ans.

La promotion des élèves dont le développement est insuffisant peut être retardée. Toutefois, le passage d'un degré au suivant ne doit pas se faire avec un retard de plus de deux ans.

Exceptionnellement, et avec le consentement des parents, la promotion d'un élève peut être avancée si, par ses aptitudes et son travail, il se montre capable de suivre l'enseignement qui lui sera donné.

Les cas particuliers sont soumis au Département, qui en décide en dernier ressort.

Art. 7. En règle générale, une classe comprenant les trois degrés de l'enseignement doit être dirigée par un instituteur.

Toutefois, avec l'autorisation du Département, la direction d'une classe à trois degrés peut être confiée à une institutrice si, pendant trois années consécutives, le nombre des élèves de la classe ne dépasse pas 25.

Art. 8. L'institutrice qui dirige une classe à trois degrés ne doit pas être chargée concurremment de l'enseignement des travaux

à l'aiguille, d'une part, de l'enseignement de la gymnastique, de l'instruction civique et de la géométrie, d'autre part.

Art. 9. Le Département peut autoriser des enfants à suivre les classes d'une commune voisine lorsque l'école est pour eux d'un accès difficile ou dangereux, ou qu'elle est éloignée de plus de 3 kilomètres.

Art. 10. La commune qui envoie des élèves dans une commune voisine est tenue de lui payer une indemnité dont le montant est fixé à l'amiable ou, le cas échéant, par le Département.

Art. 11. L'année scolaire est divisée en deux semestres:

- a) le semestre d'été qui commence trois jours après la fin des examens annuels, au plus tard le 15 avril, pour se terminer le dernier jour des vacances d'automne, au plus tard le 31 octobre;
- b) le semestre d'hiver qui commence après les vacances d'automne, au plus tard le 1<sup>er</sup> novembre, pour se terminer à la fin des examens annuels, au plus tard le 12 avril.

Art. 12. Le nombre des heures d'école par semaine est fixé comme suit:

|                       | Eté            | Hiver          |
|-----------------------|----------------|----------------|
| Degré inférieur . . . | 22 à 26 heures | 22 à 28 heures |
| „ intermédiaire . . . | 26 à 30 „      | 30 à 33 „      |
| „ supérieur . . .     | 28 à 32 „      | 30 à 33 „      |

Art. 13. Dans chaque degré, il est prévu un ou deux après-midi de congé par semaine.

Au degré supérieur, l'un de ces après-midi peut être réservé à l'enseignement des travaux manuels.

Art. 14. Les instituteurs qui ne sont pas astreints, dans leur classe, à 30 heures de leçons par semaine peuvent être appelés à donner un enseignement à des élèves d'une autre classe.

Art. 15. La classe ne peut être tenue plus de quatre heures de suite sans l'autorisation du Département.

Art. 16. L'école commence à 7 heures et à 13 ou 14 heures en été, et à 8 et 13 ou 14 heures en hiver.

Le matin, l'ouverture peut être retardée d'une heure pour les élèves du degré inférieur et de la première année du degré intermédiaire.

Les élèves, sous la surveillance du maître, doivent pouvoir entrer en classe 10 minutes avant les heures d'ouverture.

Toute disposition différente est soumise à l'approbation du Département.

Art. 17. Lorsque des dispositions spéciales sont prises pour les écoles de montagne, l'enseignement y est organisé par le Département, d'entente avec les autorités communales.

## CHAPITRE III.

(Loi, art. 12 à 15.)

**Ecoles enfantines et semi-enfantines.**

## Section I.

*Ecoles enfantines.*

Art. 18. Les écoles enfantines sont facultatives et gratuites.

Art. 19. Les demandes d'admission, accompagnées d'un acte de naissance et d'un certificat de vaccination, sont adressées à la commission scolaire avant le 31 mars.

Art. 20. Les élèves des classes enfantines ont l'obligation de suivre régulièrement l'école.

Art. 21. La commission scolaire, sur préavis du médecin scolaire, peut refuser d'admettre à l'école les enfants atteints d'idiotie, de surdi-mutité, de cécité, de défauts physiques ou d'infirmités qui nuiraient au travail de la classe.

Art. 22. La commission scolaire peut exclure, à titre temporaire ou à titre définitif, tout enfant dont la malpropreté est persistante ou dont les absences ne sont pas justifiées.

Art. 23. Les parents, tuteurs ou autres personnes responsables qui demandent l'ouverture d'une école enfantine, en application de l'article 13 de la loi, doivent s'adresser à la municipalité par l'intermédiaire de la commission scolaire.

En cas de refus de l'autorité communale, il y a recours au Département.

Art. 24. Une classe enfantine doit être dédoublée lorsque, pendant trois années consécutives, le nombre des élèves de la classe dépasse 35.

Art. 25. Les écoles enfantines sont ouvertes pendant 42 semaines chaque année.

Le nombre des heures de leçons est de 20 ou 22 par semaine.

En été, il est prévu deux après-midi de congé par semaine.

En règle générale, les vacances des écoles enfantines coïncident avec celles des écoles primaires.

Art. 26. L'école enfantine commence à 8 ou 9 heures et à 13 ou 14 heures en été; à 9 et à 13 ou 14 heures en hiver.

Sur la demande des commissions scolaires, l'heure d'ouverture peut être retardée l'après-midi.

Art. 27. La maîtresse doit être en classe 15 minutes au moins avant les heures d'ouverture.

Art. 28. Seules les personnes en possession du brevet prévu à l'article 51, chiffre 3, de la loi, peuvent être appelées à diriger une école enfantine.

Art. 29. L'enseignement dans les écoles enfantines est donné conformément:

- a) au programme adopté par le Conseil d'Etat,
- b) aux directions du Département.

Art. 30. La maîtresse est tenue de préparer ses leçons dans un cahier spécial. Elle confectionne le matériel intuitif nécessaire à son enseignement. Les dépenses de fournitures qui lui incombent de ce fait sont payées par la commune, sur préavis de la commission scolaire.

Elle tient à jour le registre matricule où elle inscrit régulièrement les absences.

Art. 31. Une école infantine doit avoir à sa disposition:

- a) un préau et un petit jardin,
- b) un mobilier spécial, facilement transportable, bien adapté à la taille des élèves.

Art. 32. Les fournitures scolaires ainsi que le matériel d'enseignement que la maîtresse ne peut préparer elle-même sont livrés par le Département. La moitié des dépenses pour les fournitures scolaires des classes enfantines est à la charge de l'Etat.

Art. 33. Le mobilier est à la charge des communes. L'Etat en facilite l'acquisition aux communes peu aisées.

Art. 34. Les maîtresses sont responsables du matériel et du mobilier qui leur sont confiés. Elles en dressent l'inventaire dans un registre spécial qu'elles tiennent constamment à jour.

Art. 35. D'une manière générale, les dispositions de la loi et du présent règlement concernant l'enseignement primaire, soit les devoirs du personnel enseignant, la discipline, la surveillance, les locaux et le matériel scolaire, l'hygiène et la propreté, etc., sont applicables aux écoles enfantines et aux maîtresses de ces classes.

## Section II.

### *Ecoles semi-enfantines.*

Art. 36. Lorsque, dans une commune, le nombre des élèves est insuffisant pour justifier l'organisation d'une nouvelle classe primaire, le Département peut autoriser l'ouverture d'une classe semi-enfantine.

Art. 37. La classe semi-enfantine comprend une division infantine et une division primaire. La division primaire est formée des élèves de la première année du degré inférieur.

Le Département peut autoriser, à titre temporaire, que la division primaire comprenne les deux années du degré inférieur; dans ce cas, le nombre des élèves de cette division ne doit pas dépasser 10.

Art. 38. La classe semi-enfantine est dirigée par une maîtresse pourvue du brevet prévu à l'article 51, chiffre 3, de la loi, sous réserve des dispositions de l'article 40 du présent règlement.

Art. 39. Les méthodes d'enseignement sont celles de l'école enfantine, mais le programme de la division primaire doit être parcouru en entier.

Art. 40. La direction d'une classe semi-enfantine qui compte plus de trente élèves doit être confiée à une institutrice primaire.

Art. 41. Les prescriptions de la loi et du présent règlement relatives aux écoles primaires sont applicables à la division primaire des écoles semi-écoles.

#### CHAPITRE IV.

(Loi, art. 16 à 18.)

##### **Enseignement primaire privé.**

Art. 42. Le Département a la haute surveillance des écoles privées fréquentées par des élèves de 5 à 16 ans.

Art. 43. Toute personne qui se propose d'ouvrir une école privée doit en aviser le Département au moins trois mois à l'avance.

Art. 44. La direction d'une école privée doit soumettre à l'avance au Département la liste des membres du personnel enseignant en y joignant, pour chacun d'eux, l'acte d'origine, les diplômes, un acte de bonnes mœurs.

Art. 45. Le Département peut refuser ou retirer en tout temps l'autorisation d'enseigner aux personnes qui ne possèdent pas des diplômes reconnus suffisants ou qui ne présentent pas toutes les garanties morales.

Art. 46. Le Département avise de l'ouverture d'une classe privée la commission scolaire intéressée.

Art. 47. Les commissions scolaires surveillent les écoles privées de leur ressort.

Elles ont en tout temps le droit de s'assurer que l'enseignement y est donné conformément au plan d'études des écoles primaires vaudoises.

Art. 48. Un enfant ne peut passer d'une école privée à l'école publique, ou vice-versa, qu'au début de l'année scolaire, à moins de motifs reconnus valables par la commission scolaire.

Art. 49. Les dispositions de la loi et du présent règlement relatives à la fréquentation, à l'hygiène des classes et des bâtiments d'école sont applicables aux écoles privées.

Art. 50. En règle générale, les dispositions de la loi et du présent règlement sont applicables à l'enseignement privé donné à domicile.

Art. 51. Les enfants instruits à domicile peuvent être appelés en tout temps à un examen. Si leurs connaissances sont jugées insuffisantes, les parents peuvent être tenus de les envoyer à l'école publique.

Art. 52. Il peut y avoir recours au Département, et, le cas échéant, au Conseil d'Etat, en cas de conflits résultant de l'application des dispositions contenues dans le présent chapitre.

## CHAPITRE V.

(Loi, art. 19 à 29.)

### Objets d'enseignement.

Art. 53. L'enseignement des diverses disciplines prévues aux articles 19, 20 et 22 de la loi est donné conformément au plan d'études et aux instructions du Département.

Art. 54. Un horaire des leçons hebdomadaires établi par l'instituteur fixe pour chaque jour le temps à consacrer aux diverses branches d'enseignement.

Art. 55. L'enseignement religieux facultatif prévu à l'article 20 de la loi consiste dans l'étude, essentiellement au point de vue historique et éducatif, des récits de l'ancien et du nouveau testament.

Il est donné d'après les ouvrages adoptés par le Conseil d'Etat sur préavis de la commission synodale de l'église nationale vaudoise.

Art. 56. Les parents ou tuteurs qui désirent faire dispenser de l'enseignement religieux leurs enfants ou pupilles doivent, au début de l'année scolaire, en adresser la demande par écrit à la commission scolaire.

Art. 57. Dans l'élaboration de l'horaire des leçons, les heures consacrées à l'enseignement religieux sont placées au commencement ou à la fin de la matinée ou de l'après-midi, et, dans la mesure du possible, au même moment pour les classes d'une même commune.

Art. 58. Le remplacement de l'instituteur dispensé de l'enseignement religieux est fait par les soins de la commission scolaire et du Département.

L'instituteur est tenu de céder sa classe à son remplaçant aux jours et heures fixés par l'horaire des leçons.

Art. 59. En règle générale, le catéchisme est donné en dehors des heures d'école.

Si la chose n'est pas possible, on ne prendra pas sur les heures d'école plus de la moitié du temps consacré à cet enseignement.

Art. 60. En septembre de l'année où les autorités ecclésiastiques sont renouvelées, la commission scolaire soumet à l'approbation du Département l'horaire des leçons de catéchisme établi d'entente avec les conseils de paroisse.

Cette entente est valable pour quatre ans.

Art. 61. Le Département prend l'avis de la commission synodale sur toutes les questions concernant l'enseignement religieux.

Art. 62. L'enseignement des travaux à l'aiguille et de l'économie domestique est donné à raison de quatre heures par semaine au degré inférieur et de six heures aux degrés intermédiaire et supérieur.

En été, dans les localités qui appliquent un régime de fréquentation restreinte, quatre heures au moins au degré intermédiaire et trois heures au degré supérieur devront en tout cas être réservées pour cet enseignement.

Art. 63. Les leçons de travaux à l'aiguille ont lieu de préférence l'après-midi.

Art. 64. Pour enseigner les travaux à l'aiguille, la maîtresse doit être pourvue de l'un des brevets indiqués à l'article 51, chiffre 2 ou chiffre 6, de la loi.

Art. 65. Les fournitures scolaires pour les travaux à l'aiguille sont gratuites.

Art. 66. Les travaux manuels: découpage, pliage, confection d'objets en carton, modelage, etc., servent de base ou de complément aux diverses branches d'enseignement (calcul, géométrie, géographie, sciences naturelles, etc.).

Les travaux sur bois, sur fer, la vannerie, le jardinage, le travail en pépinière sont facultatifs.

Art. 67. Dans la règle, l'enseignement des travaux manuels est donné par l'instituteur.

Art. 68. Avant le 1<sup>er</sup> mars de chaque année, la commission scolaire soumet au Département un programme de cet enseignement, accompagné du devis adopté par la municipalité.

Art. 69. Après approbation du programme, le Département fixe le montant du subside alloué par l'Etat. Ce subside est payé après contrôle de la dépense effective.

Art. 70. Tout élève inscrit au cours facultatif de travaux manuels est astreint à une fréquentation régulière.

Art. 71. La répartition des élèves en classes avancées et classes normales a lieu partout où cela est possible, et, en particulier, dans les localités où existe une école secondaire ou une classe primaire supérieure.

Art. 72. Les classes avancées sont composées d'élèves qui, par leur développement et leurs aptitudes, sont capables de parcourir le programme à une allure rapide.

Art. 73. En règle générale, la sélection des élèves est faite à la fin de la première année du degré inférieur; la commission scolaire y procède en tenant compte des indications fournies par le personnel enseignant. En cas de contestation, le Département décide.

Art. 74. Aucun manuel ne sera utilisé dans les écoles primaires s'il n'a été au préalable adopté par le Conseil d'Etat.

Art. 75. Le Département règle par des instructions spéciales la distribution des manuels et des fournitures scolaires.

Art. 76. Les dépenses pour les fournitures scolaires sont, par moitié, à la charge de l'Etat et des communes.

Art. 77. Une bibliothèque est organisée dans toutes les classes du degré intermédiaire et du degré supérieur.

Art. 78. Le Département facilite la création et le développement de ces bibliothèques par des subsides ou des dons.

Art. 79. Chaque année, l'instituteur soumet une liste d'achat de volumes à la commission scolaire, qui l'accepte ou la modifie suivant les ressources dont elle dispose.

Art. 80. Le personnel enseignant veille au bon entretien des ouvrages. Il tient à jour le catalogue de la bibliothèque, ainsi que le registre des prêts.

## CHAPITRE VI.

(Loi, art. 30 à 36.)

### **Bâtiments, mobilier, matériel d'école, hygiène.**

#### Section I.

##### *Bâtiments neufs.*

Art. 81. Les communes qui se proposent de construire un bâtiment d'école doivent en aviser le Département en lui soumettant un avant-projet à petite échelle (1 cm. par m.). Cet avant-projet doit donner, avec les cotes essentielles, les plans d'étages, les façades principales et une coupe. Il est accompagné d'un devis sommaire et, pour le bâtiment et les préaux, d'un plan de situation à l'échelle du plan cadastral, avec l'indication de l'orientation.

L'étude des plans d'exécution ne peut être entreprise qu'après l'adoption par l'Etat de l'avant-projet prévu dans le présent article.

Art. 82. Le bâtiment d'école doit être édifié sur un terrain sec. Son orientation est telle qu'aucune classe ne reçoive du nord la lumière principale.

Art. 83. Les salles d'école situées au rez-de-chaussée doivent avoir leur plancher à 0 m. 50 au minimum au-dessus du niveau du sol extérieur. Si le bâtiment n'est pas excavé, la distance entre le sol et la poutraison du rez-de-chaussée doit être, au minimum de 0 m. 50.

L'espace entre le sol et le plancher du rez-de-chaussée doit être ventilé.

Art. 84. Un préau pour les récréations et, si possible, une salle de gymnastique, doivent être aménagés dans le voisinage immédiat du bâtiment d'école.

La salle de gymnastique peut être remplacée par une place de jeux convenablement aménagée et pourvue des engins imposés par le Département.

Art. 85. La surface de la salle de gymnastique et celle de la place de jeux doivent être proportionnées au nombre total des élèves. Elles sont déterminées d'entente avec le Département.

Art. 86. Les rampes d'escaliers qui donnent accès aux salles d'école doivent avoir une largeur proportionnée au nombre et à l'importance des locaux à desservir.

Art. 87. Les portes des salles d'école ont une hauteur minimum de 2,25 m. et une largeur d'un mètre.

En règle générale, toutes les portes d'un bâtiment d'école s'ouvrent à l'extérieur.

Art. 88. Le vestiaire est établi en dehors de la salle d'école. Il est pourvu des porte-manteaux nécessaires.

Art. 89. La surface d'une salle d'école est, au minimum, de 1,30 m<sup>2</sup> par élève; dans la règle, sa hauteur est de 3,20 m.

Suivant les cas, et spécialement pour les écoles de montagne, d'autres dimensions pourront être admises.

Art. 90. Toute salle d'école est disposée de telle façon que les élèves reçoivent la lumière de gauche; en outre, l'éclairage peut être donné d'arrière, mais jamais de droite et de face.

La tablette des fenêtres sera à 1 m. du plancher et le linteau rapproché le plus possible du plafond.

Art. 91. La peinture qui recouvre les parois des salles d'école ne doit pas fatiguer la vue. Les motifs de décoration doivent être très discrets.

Art. 92. Dans les salles d'école pourvues de poêles, ces derniers doivent être suffisamment grands pour donner, sans être surchauffés, une température normale. Les poêles métalliques sont à double enveloppe et garnis.

Les tuyaux des poêles à houille, à enthracite et à coke, ne doivent être munis d'aucune bascule; ils doivent être pourvus d'un autre moyen de réglage.

Les bascules des poêles chauffés au bois doivent être perforées.

Art. 93. Chaque salle d'école est pourvue de moyens de ventilation. Dans la règle, les fenêtres sont munies d'impostes ouvrantes.

Art. 94. Dans tout bâtiment d'école, il doit y avoir des cabinets d'aisances distincts pour les filles et pour les garçons. Leur nombre est d'un par classe et de deux pour les classes mixtes. Ils doivent fermer à clé.

Un urinoir est en outre établi pour les garçons.

Un cabinet est réservé pour le personnel enseignant.

Art. 95. Les cabinets et urinoirs doivent être isolés du reste du bâtiment par une bonne fermeture. Ils sont pourvus d'appareils de chasse d'eau et de ventilation.

Si une fosse est nécessaire, la préférence sera donnée à une fosse septique.

Art. 96. Des lavabos, en nombre suffisant, sont installés dans chaque bâtiment d'école.

Art. 97. L'Etat peut accorder des subventions aux communes pour la construction et l'entretien des bâtiments d'école. Les municipalités en font la demande après l'adoption des plans et devis.

## Section II.

### *Entretien des bâtiments d'école.*

Art. 98. Les réparations et transformations des bâtiments d'école doivent être soumises à l'approbation du Département. Les municipalités lui transmettent, en deux exemplaires, les devis et, le cas échéant, les plans des travaux prévus.

Art. 99. Sur le rapport du Département, et après avoir avisé les autorités communales, le Conseil d'Etat peut ordonner les réparations ou améliorations nécessaires lorsque les locaux ou le mobilier scolaires sont en mauvais état.

En cas de refus de la part des communes, le Conseil d'Etat fait exécuter les travaux à leurs frais.

Art. 100. En hiver, la température de la classe ne sera pas inférieure à 14° C. ni supérieure à 18° C.

Le thermomètre de chaque classe est placé de manière qu'il indique, aussi exactement que possible, la température moyenne de la salle.

Art. 101. Les soins de propreté de la salle d'école sont confiés à un concierge nommé par la municipalité. Ils ne peuvent être confiés à des enfants.

Art. 102. La salle d'école doit être constamment maintenue en parfait état de propreté. Elle doit être balayée, à fond, au moins

trois fois par semaine et récurée deux fois par an aux frais de la commune.

Art. 103. Les fenêtres des classes doivent être régulièrement ouvertes pendant les récréations et après chaque demi-journée d'école.

Il est défendu du fumer dans les salles d'école.

Art. 104. Le Département peut, en tout temps, faire inspecter les bâtiments d'école du canton, après avis donné aux autorités communales.

Le médecin scolaire doit visiter au moins une fois par année les bâtiments d'école de son ressort. Son rapport est adressé au Département qui le communique aux autorités communales.

### Section III.

#### *Mobilier et matériel scolaires.*

Art. 105. Le mobilier est adapté à la taille des enfants. Au commencement de chaque semestre, il est procédé à la mensuration et au placement des élèves.

Les écoliers qui ont la vue ou l'ouïe défectueuses sont placés près du pupitre du maître.

Art. 106. Il y a, dans chaque classe, un pupitre pour le personnel enseignant, un ou plusieurs tableaux noirs, un ou deux armoires destinées aux fournitures scolaires, au musée et à la bibliothèque.

Les tableaux noirs sont fixés, autant que possible, en face des élèves et dans l'axe de la classe.

Art. 107. Chaque classe doit être pourvue du matériel imposé par le Département. Il en est de même des salles réservées à l'enseignement des travaux à l'aiguille.

Ce matériel est inscrit dans un registre régulièrement tenu par le personnel enseignant.

Art. 108. Le Département facilite aux communes peu aisées l'acquisition du mobilier scolaire et du matériel prévu aux articles 106 et 107.

Si, après y avoir été invitées, les communes ne se procurent pas le matériel imposé, celui-ci est fourni par l'Etat à leurs frais.

Art. 109. Les enfants sont responsables des dégâts qu'ils causent par leur faute ou leur négligence au mobilier ou au matériel scolaires. En outre, ils peuvent être punis par la commission scolaire.

Art. 110. Les instituteurs peuvent être rendus responsables des dégâts survenus par suite de défaut de surveillance ou de ceux qu'ils auraient négligé de signaler à la commission scolaire.

Art. 111. Les dispositions prévues aux articles 81 à 96 du présent règlement sont applicables aux écoles privées.

#### Section IV.

##### *Médecins scolaires.*

Art. 112. Le Département est chargé de l'organisation et de la direction du service médical dans les écoles primaires du canton, en coordination avec le service sanitaire cantonal.

Art. 113. Le service médical des écoles a la surveillance:

1. De l'état sanitaire des élèves et du personnel enseignant,
2. des conditions d'hygiène exigées des écoles publiques et privées.

Art. 114. Le Département agit en liaison avec la direction de la Caisse cantonale d'assurance infantile en cas de maladie.

Art. 115. Dans chaque commune ou groupe de communes, le service du médecin scolaire dépend de la ou des commissions scolaires.

Art. 116. Le médecin scolaire assiste, sur sa demande ou sur convocation, avec voix consultative, aux séances de la ou des commissions scolaires de son ressort.

Art. 117. Il donne connaissance aux commissions scolaires intéressées des mesures qu'il est appelé à prendre.

Art. 118. En règle générale, le médecin scolaire ne doit pas tout son temps à ses fonctions. Un règlement spécial détermine ses attributions et fixe les indemnités auxquelles il a droit.

Art. 119. Dans les communes qui créent un service médical scolaire complet, un règlement spécial fixe les attributions du médecin et des fonctionnaires attachés à ce service.

Ce règlement est soumis à l'approbation du Département.

Art. 120. Le personnel enseignant doit prêter son concours au médecin scolaire. Pour disposer des élèves, celui-ci doit s'entendre au préalable avec leur maître.

Art. 121. Les remarques du médecin relatives à l'hygiène de la classe, à la santé et à l'hygiène des écoliers ou du personnel enseignant sont transmises au personnel enseignant intéressé, à la commission scolaire et, le cas échéant, au Département.

Art. 122. Le médecin scolaire:

- a) inspecte, chaque année, au point de vue de l'hygiène générale, les bâtiments scolaires, les classes et annexes, et vérifie si le mobilier est adapté à la taille des élèves;
- b) examine les enfants à leur entrée à l'école et établit une fiche sanitaire pour chaque élève. Il renseigne les parents lorsqu'il le juge à propos;

- c) examine, en vue de l'orientation professionnelle, les élèves qui vont être libérés définitivement de l'école;
- d) surveille les enfants, le personnel enseignant et le personnel de garde, conformément à l'article 6 de la loi fédérale sur la lutte contre la tuberculose;
- e) surveille les enfants qui, pour raison de santé, manquent l'école fréquemment ou d'une façon prolongée. Il signale aux autorités scolaires et aux parents les enfants qui doivent être envoyés dans un préventorium, dans une classe de développement ou dans un établissement spécial;
- f) examine les écoliers périodiquement, pour dépister les scoliose, les anomalies de la vision ou de l'ouïe, les goîtres, etc., et, le cas échéant, il donne aux parents les avertissements nécessaires;
- g) prête une attention particulière aux enfants négligés, dont l'état de nutrition est insuffisant ou qui vivent dans des conditions d'hygiène défectueuses. Il les signale aux autorités ou aux œuvres spéciales que cela peut concerner;
- h) assure l'application des mesures prévues par l'arrêté sur l'hygiène dans les écoles.

Art. 123. Le médecin scolaire peut être appelé par les commissions scolaires à collaborer à l'enseignement anti-alcoolique prévu au plan d'études.

Art. 124. Il fonctionne comme médecin-conseil des autorités pour tout ce qui concerne les dispenses des leçons de gymnastique, des leçons de couture et des douches. Les déclarations médicales, concernant les élèves et le personnel enseignant, peuvent lui être soumises.

Art. 125. Le médecin scolaire adresse un rapport au service sanitaire cantonal et au médecin-conseil de l'assurance infantile sur leur demande et toutes les fois qu'il le juge à propos.

Art. 126. Les cas d'urgence exceptés, les enfants malades sont soignés par le médecin de famille avec lequel le médecin scolaire pourra entrer en relation en tout temps.

Toutefois, pour les maladies transmissibles à l'école (parasites) ou pour celles qui sont influencées par l'école (scoliose et autres affections sur lesquelles une surveillance régulière s'impose), le médecin scolaire a le droit de prendre les mesures qu'il juge nécessaires. Il en sera de même quand des vaccinations préventives seront ordonnées.

Art. 127. Un règlement spécial détermine les mesures à prendre en cas de maladies parasitaires et de maladies transmissibles à l'école.

## CHAPITRE VII.

(Loi, art. 37 à 49.)

**Autorités préposées à l'instruction publique.**

## Section I.

*Surveillance des écoles.*

Art. 128. La direction générale de l'instruction publique primaire est confiée au conseiller d'Etat, chef du Département de l'instruction publique et des cultes. Celui-ci est assisté dans ses fonctions par le chef de service de l'enseignement primaire, par des inspecteurs et des inspectrices.

Art. 129. Le nombre des inspecteurs et des inspectrices est fixé par la loi sur l'organisation du Conseil d'Etat.

Leurs obligations et leurs attributions sont déterminées par un règlement spécial.

Art. 130. Les observations de l'inspecteur sont faites directement à l'instituteur, soit oralement, soit par écrit.

Art. 131. Après une inspection de sa classe, un membre du personnel enseignant peut demander que le rapport de l'inspecteur lui soit communiqué.

## Section II.

*Commissions scolaires.*

Art. 132. Les membres de la commission scolaire sont nommés par la municipalité pour 4 ans, après chaque renouvellement des autorités communales. Ils sont rééligibles.

La commission scolaire, immédiatement après son élection, transmet au Département la liste de ses membres et la composition de son bureau.

Un membre qui remplirait ses fonctions d'une façon notoirement insuffisante ou dont la conduite constituerait pour les élèves un danger ou un mauvais exemple peut être destitué en tout temps par la municipalité. Il peut y avoir recours au Conseil d'Etat dans les 10 jours après le prononcé.

Art. 133. Si le personnel enseignant n'est pas représenté au sein de la commission scolaire, il doit être consulté sur toutes les questions d'éducation et d'organisation scolaire.

La commission scolaire convoque le personnel enseignant une fois par année au moins, à une séance dont elle fixe la date, l'heure et l'ordre du jour.

Art. 134. Les parents ou alliés aux premier et deuxième degrés d'un membre du corps enseignant en fonctions dans la commune ne peuvent faire partie de la commission scolaire.

Art. 135. Les conditions de nomination des directeurs d'écoles et des inspecteurs communaux sont celles prévues pour les instituteurs.

Art. 136. Les directeurs d'écoles et les inspecteurs communaux assistent avec voix consultative à toutes les séances de la commission scolaire, à moins que l'objet à l'ordre du jour ne les concerne personnellement.

Art. 137. Les obligations et attributions des directeurs et des inspecteurs communaux sont déterminées dans un règlement communal soumis à l'approbation du Département.

Art. 138. Sauf disposition spéciale du règlement de la municipalité, disposition approuvée par le Conseil d'Etat, la commission scolaire élit, pour quatre ans, son président, son vice-président et son secrétaire. Celui-ci peut être choisi en dehors de la commission scolaire.

En règle générale, le président de la commission scolaire doit avoir son domicile dans la commune où il exerce ses fonctions.

Un huissier est mis à la disposition de la commission scolaire par la municipalité.

Art. 139. Lorsque deux ou plusieurs communes n'ont qu'une seule commission scolaire, chaque municipalité y nomme deux représentants. La commune sur le territoire de laquelle se trouve l'école a droit à trois représentants.

Sur demande motivée des municipalités, le Département peut autoriser une composition différente.

Les frais de la commission scolaire sont répartis proportionnellement à la population des communes intéressées, sur la base du dernier recensement fédéral.

Art. 140. La commission scolaire tient un registre des procès-verbaux de ses séances. Ce registre, quoique de caractère confidentiel, est mis à la disposition du Département si celui-ci en fait la demande.

Art. 141. La commission scolaire est chargée de l'administration et de la surveillance des écoles. Elle veille à ce que les enfants astreints à l'enseignement obligatoire suivent régulièrement l'école. Elle s'assure que la loi et les règlements sont appliqués, notamment pour ce qui concerne la régularité des heures de classe, les motifs des absences trop fréquentes, l'état sanitaire des enfants, l'ordre et la bonne tenue des classes, l'état moral et la propreté des élèves, ainsi que la discipline hors de l'école.

Ses attributions particulières sont les suivantes:

- a) Elle veille à ce que les élèves se comportent convenablement et remplissent assidûment leurs devoirs;

- b) elle fixe le début de l'année scolaire et en avise les parents des enfants nouvellement admis à l'école. Elle fixe l'époque et la durée des vacances dans les limites de la loi.

Dans la mesure du possible, elle avise le Département, le personnel enseignant et les élèves, au moins trois jours à l'avance, du commencement et de la fin des vacances.

Elle appelle l'attention des parents qui ne remplissent pas leurs obligations scolaires sur les conséquences d'une fréquentation irrégulière de l'école;

- c) conformément à l'article 93 de la loi, elle dénonce sans retard au préfet les absences non justifiées;
- d) elle visite fréquemment les classes. Ses visites sont mentionnées dans un registre spécial.

Elle surveille aussi les classes privées, conformément aux articles 16 à 18 et 41 de la loi et 42 à 51 du présent règlement;

- e) elle procède chaque année aux examens tels qu'ils sont prévus aux articles 101 à 107 de la loi et 252 à 263 du présent règlement, et décide, sur le vu des propositions du corps enseignant, la promotion des élèves;
- f) elle statue en corps, ou par l'organe de son président ou de celui qui le remplace, sur les demandes de congé qui lui sont adressées conformément aux articles 236, 237 et 238 du présent règlement;
- g) conjointement avec l'instituteur, elle exerce une surveillance générale sur les enfants hors de l'école, les reprend et les punit s'ils ne se conduisent pas d'une manière convenable;
- h) elle prend, d'accord avec la municipalité, toute mesure utile pour interdire aux enfants de moins de douze ans la fréquentation d'une société ou d'un groupement dont les séances ont lieu le soir et la fréquentation d'une société d'adultes aux enfants en âge de scolarité;
- i) elle propose à la municipalité des dispositions spéciales concernant la police des enfants en âge de scolarité;
- j) elle s'intéresse activement à la bonne marche des cours complémentaires;
- k) elle veille à ce que les membres du corps enseignant remplissent leurs fonctions et donnent l'exemple de la ponctualité;
- l) elle approuve l'horaire des leçons;
- m) elle s'occupe, en premier ressort, de la mise au concours des places vacantes;
- n) elle s'assure du bon entretien du matériel et du mobilier et prend toutes les mesures exigées par l'hygiène scolaire;
- o) elle contrôle la tenue du registre d'inventaire de la classe, surveille la bibliothèque scolaire et s'assure que le catalogue de celle-ci est tenu régulièrement à jour;

- p) elle examine les plaintes qui lui sont adressées par les instituteurs contre les élèves ou leurs parents ainsi que celles des parents ou tuteurs contre les instituteurs. Elle s'efforce de résoudre le différend à l'amiable, faute de quoi elle le porte à la connaissance du Département. Celui-ci sera informé des cas présentant une certaine gravité;
- q) elle s'intéresse aux œuvres sociales destinées à l'enfance;
- r) elle adresse chaque année un rapport à la municipalité.

Art. 142. Les observations que la commission scolaire ou l'un de ses membres adresse à l'instituteur, soit sur sa conduite, soit sur son enseignement, doivent lui être faites en articulier.

Si ces observations sont consignées dans le registre des procès-verbaux, la commission scolaire les communique par écrit à l'intéressé.

Art. 143. Les commissions scolaires sont tenues de fournir au Département, dans le délai fixé, tous les renseignements qui leur sont demandés.

Art. 144. Lorsque la commission scolaire ou la municipalité ne tiennent pas compte des avis du Département et qu'elles ne remplissent pas convenablement leurs obligations, l'Etat peut diminuer ou supprimer temporairement le subside qu'il accorde à la commune.

Art. 145. Le comité de dames prévu à l'article 46 de la loi est nommé pour quatre ans. Il désigne lui-même sa présidente et sa secrétaire et avise le Département et la commission scolaire de la composition de son bureau.

Art. 146. Les procès-verbaux des séances de ce comité sont consignés dans un registre spécial.

Art. 147. La présidente adresse chaque année à la commission scolaire et, par elle, à la municipalité un rapport sur l'activité du comité.

### Section III.

#### *Des municipalités.*

Art. 148. La municipalité exerce une surveillance générale sur les écoles avec le concours de la commission scolaire.

Elle informe la commission scolaire des infractions à la loi ou au règlement qu'elle a l'occasion de constater.

Art. 149. Ses compétences et ses obligations en matière scolaire sont prévus aux articles 4, 31, 33, 39, 40, 42, 43, 46, 47, 48, 52, 54, 71, 72, 82, 83, 84, 87, 107, 130 de la loi aux articles 4, 81, 97, 98, 101, 119, 139, 148, 157, 165, 170, 193, 195, 288, 295, 345 du présent règlement.

## Section IV.

*Des préfets.*

Art. 150. Les préfets prêtent leur concours au Département pour faire exécuter la loi et les règlements scolaires.

Art. 151. Ils connaissent en particulier des infractions prévues aux articles 32, 93, 94, 97, 155 de la loi, et 277, 361, 364, 367 du présent règlement.

Art. 152. En matière de discipline, ils prononcent les pénalités prévues à l'article 113 de la loi.

Art. 153. Ils s'assurent que le traitement du personnel enseignant est payé régulièrement.

Art. 154. Ils vouent tous leurs soins à la répression des absences non justifiées. Ils s'assurent qu'elles leur sont régulièrement dénoncées par les commissions scolaires et veillent à l'exécution des peines prononcées.

Ils donnent régulièrement connaissance de leurs prononcés aux commissions scolaires et adressent au Département, à la fin de chaque année scolaire, le rapport prévu à l'article 100 de la loi.

## CHAPITRE VIII.

(Loi, art. 50 à 86.)

**Instituteurs, institutrices, maîtresses d'écoles  
enfantines et maîtresses de travaux à l'aiguille.**

## Section I.

*Concours, examens, nominations, remplacements, conférences.*

Art. 155. Les avis de concours sont publiés dans la *Feuille des avis officiels* du canton de Vaud et, dans la mesure du possible, dans le *Bulletin officiel* du Département.

Art. 156. Sitôt après une nomination par voie d'appel, la commission scolaire demande la sanction du Département en lui transmettant, à cet effet, le procès-verbal de l'élection.

Art. 157. Si la mise au concours ne provoque pas au moins deux candidatures, la municipalité et la commission scolaire peuvent demander que le Département ouvre un nouveau concours ou désigne un titulaire provisoire.

Art. 158. En cas d'examen, la liste des candidats appelés doit être approuvée par le Département.

Art. 159. Cet examen comprend deux leçons sur les matières prévues par le plan d'études.

Art. 160. La commission scolaire peut s'adjoindre des experts pour cet examen.

Art. 161. L'examen est présidé par l'inspecteur d'arrondissement.

Art. 162. Immédiatement avant les épreuves, la commission scolaire et l'inspecteur d'arrondissement choisissent les sujets d'examen, fixent la nature, la durée et l'ordre des leçons.

Art. 163. Les épreuves sont appréciés par les membres de la commission scolaire et les experts. Les notes, attribuées pour chacune des épreuves, vont de 0 (nul) à 10 (très bien). La moyenne de ces notes est transcrite dans le procès-verbal de l'examen.

Art. 164. Ce procès-verbal est établi sur un formulaire spécial remis par le Département. Il est signé séance tenante par le président de la commission scolaire et l'inspecteur d'arrondissement.

Art. 165. En règle générale, la municipalité et la commission scolaire se réunissent immédiatement après l'examen pour prendre connaissance de ses résultats et procéder à la nomination.

Le candidat qui a obtenu le total des points le plus élevé est élu, à moins de motifs reconnus valables par le Département.

Art. 166. Lors de la nomination d'un maître ou d'une maîtresse chargés d'un enseignement spécial (enseignement ménager, gymnastique, dessin, travaux manuels, etc.) la préférence est donnée, dans la règle, au candidat qui possède le brevet spécial et celui d'enseignement primaire.

Art. 167. Le Département sanctionne ou annule la nomination conformément à la loi et au règlement. Il peut y avoir recours au Conseil d'Etat dans les 10 jours.

Art. 168. Le Département informe l'élu de sa nomination et, d'entente avec la commission scolaire, fixe la date d'entrée en fonctions.

Art. 169. Le brevet de nomination est remis à l'instituteur par l'inspecteur d'arrondissement en présence des élèves, de la commission scolaire et d'une délégation de la municipalité.

Art. 170. A teneur de l'article 59 de la loi, un membre du personnel enseignant occupe son premier poste à titre provisoire pendant deux ans.

Si trois mois au moins avant l'expiration de ce délai, les autorités communales n'ont adressé au Département aucune opposition reconnue fondée, la nomination devient définitive.

Art. 171. Si l'opposition prévue à l'article 170 est reconnue fondée, le Département ouvre un nouveau concours conformément à la loi et au règlement.

Art. 172. Le titulaire qui n'est pas confirmé peut, sur sa demande, rester en fonctions trois mois au moins après la fin de la période de nomination provisoire.

Art. 173. Le titulaire dont la nomination est devenue définitive est tenu de rester encore pendant une année au moins au poste qu'il occupe.

Art. 174. Dans une période de trois années consécutives, le membre du personnel enseignant qui tombe malade a droit à son traitement pour une durée totale d'interruptions de 6 mois au maximum.

Art. 175. Un membre du personnel enseignant qui a été atteint d'une maladie contagieuse ou de troubles nerveux graves ne peut reprendre la direction de sa classe qu'après complète guérison et sur déclaration médicale.

Art. 176. Dans le calcul des jours de maladie, il n'est pas tenu compte:

- a) des interruptions qui n'ont pas donné droit au traitement;
- b) des interruptions de courte durée qui n'ont pas nécessité un remplacement;
- c) des vacances.

Art. 177. La commission scolaire avise immédiatement le Département de la maladie d'un membre du personnel enseignant. L'avis est accompagné d'une déclaration médicale indiquant la durée probable de l'interruption des fonctions.

Art. 178. Les frais de remplacement de l'instituteur pendant le service militaire obligatoire sont à la charge de l'Etat. La commune intéressée fait l'avance du traitement au remplaçant.

Sont considérés comme service obligatoire:

L'école de recrues, l'école de sous-officiers, l'école de recrues comme caporal, les cours de répétition et le service actif.

Les subsides accordés par la Confédération pour l'école de recrues comme caporal sont versés à la caisse de l'Etat.

Art. 179. Pendant tout autre service militaire non prévu à l'article 178 du présent règlement, les frais de remplacement sont à la charge de l'instituteur lequel, dans ce cas, bénéficie des subsides accordés par la Confédération. La commune fait l'avance du traitement au remplaçant.

Art. 180. Conformément à l'article 64 de la loi, les institutrices mariées doivent cesser leurs fonctions pendant trois mois au moins au moment de leurs couches.

Elles sont remplacées, à leurs frais, par les soins du Département.

Art. 181. Sauf entente spéciale et préalable avec la commission scolaire, le Département pourvoit directement au remplacement des membres du personnel enseignant empêchés de remplir leurs fonctions.

Art. 182. Un membre du personnel enseignant ne peut exercer une fonction accessoire qu'après avoir obtenu l'autorisation du Département. Le préavis de la commission scolaire doit être demandé.

Une telle autorisation peut être retirée en tout temps.

Art. 183. Le Département peut interdire à un membre du personnel enseignant toute occupation reconnue préjudiciable à son enseignement par la commission scolaire et par l'inspecteur d'arrondissement. L'intéressé doit être entendu.

Art. 184. Le Département convoque au moins une fois par année le personnel enseignant en conférences de district ou de cercle. Il fixe l'ordre du jour de leurs séances.

Art. 185. Chaque commission scolaire se fait représenter à ces conférences.

Art. 186. Les conférences sont obligatoires pour les instituteurs, les institutrices, les maîtresses d'écoles enfantines et les maîtresses d'enseignement ménager en fonctions; les maîtres spéciaux, les maîtresses de travaux à l'aiguille peuvent y prendre part.

Art. 187. Les membres du personnel enseignant sont passibles d'une amende de fr. 5.— s'ils ne justifient pas leur absence à une conférence. Cette somme est versée à la caisse de la conférence pour couvrir les frais du bureau.

Art. 188. Les conférences de district nomment leur bureau pour quatre ans. Celui-ci comprend un président, un vice-président et un secrétaire. Le secrétaire tient un registre de procès-verbaux; le président communique au Département les rapports sur les sujets étudiés, ainsi qu'un extrait des délibérations.

Art. 189. La conférence de cercle est présidée par l'inspecteur d'arrondissement, qui désigne un secrétaire pour la séance.

Art. 190. Les commissions scolaires peuvent être convoquées en conférences particulières toutes les fois que le Département le juge utile. Ces conférences sont présidées par l'inspecteur d'arrondissement.

## Section II.

### *Plaintes, suspensions, destitutions, difficultés.*

(Loi, art. 69 à 73.)

Art. 191. Les conflits qui peuvent s'élever entre la municipalité ou la commission scolaire et le personnel enseignant, de même qu'entre la municipalité et la commission scolaire, sont portés à la connaissance du Département s'ils n'ont pu être réglés entre les parties. Dans ce cas, le conflit doit faire l'objet d'une enquête de la part du Département, qui en décide.

Les intéressés peuvent recourir dans les 10 jours au Conseil d'Etat.

Art. 192. Le président de la commission scolaire ou, le cas échéant, la commission scolaire s'efforce de régler à l'amiable les conflits qui peuvent s'élever entre les écoliers, les parents ou tuteurs et le personnel enseignant. Les cas graves sont soumis au Département, qui procède à une enquête et tranche en dernier ressort.

Art. 193. Suivant la gravité des fautes reprochées à un membre du personnel enseignant, le Département peut prononcer, à titre provisoire, la suspension immédiate de l'intéressé. La sanction ne devient définitive qu'après la clôture de l'enquête et ensuite du préavis de la municipalité et de la commission scolaire réunies.

Art. 194. Le Département avise un an à l'avance tout membre du personnel enseignant mis d'office à la retraite.

### Section III.

#### *Traitements et autres avantages.*

Art. 195. Le traitement des membres du personnel enseignant est payable mensuellement par les communes.

Sur la demande des communes, et avec l'autorisation du Conseil d'Etat, le traitement peut être payé directement par le Département. Dans ce cas, les communes remboursent semestriellement le montant de ces avances.

Art. 196. Les augmentations prévues à l'article 81 de la loi sont payables trimestriellement par l'Etat.

Art. 197. Dans le calcul des années de service, il est tenu compte de tous les remplacements effectués avant la nomination définitive, moyennant le rachat de ce temps de service pour la pension de retraite.

Art. 198. Le logement de l'instituteur comprend au moins quatre chambres; celui de l'institutrice deux chambres; toutes ces chambres doivent être chauffables. Les moyens de chauffage sont fournis par la commune.

Les cabinets d'aisances sont installés dans le bâtiment même où loge le personnel enseignant.

Art. 199. L'instituteur peut demander à la municipalité l'autorisation de louer tout ou partie de son logement. Dans ce cas, il a droit à l'entier du prix de location.

Cette autorisation peut être retirée en tout temps moyennant un avertissement de trois mois.

## Section IV.

*Devoirs du personnel enseignant.*

Art. 200. Le personnel enseignant a le devoir d'inculquer aux enfants, par sa conduite et son exemple, les principes de l'honnêteté, de la droiture et de la politesse, le respect de l'autorité et l'amour de la famille et de la patrie.

Art. 201. Le personnel enseignant est tenu de se conformer aux directions qui lui sont données par le Département, les inspecteurs de l'enseignement primaire, les commissions scolaires et les municipalités, dans les limites de leurs attributions.

Art. 202. Le personnel enseignant est placé sous la surveillance immédiate de la commission scolaire.

La commission scolaire peut déléguer une partie de ses pouvoirs à un directeur d'écoles ou à des inspecteurs communaux.

Art. 203. Le personnel enseignant établit à l'avance, dans le registre de classe, le programme qu'il doit parcourir chaque mois.

Art. 204. L'horaire des leçons est affiché dans la classe; le personnel enseignant ne doit pas s'en écarter sans motif valable.

Art. 205. L'instituteur prépare régulièrement par écrit, d'une façon succincte, les leçons qu'il doit donner. L'inspecteur d'arrondissement peut prendre connaissance de ces préparations.

Art. 206. L'instituteur s'assure que la salle est propre et suffisamment chauffée au moment de l'entrée en classe. Si tel n'est pas le cas, il en avise la commission scolaire.

Si le concierge n'est pas chargé de chauffer la salle d'école, ou s'il est empêché de le faire, l'instituteur la chauffe lui-même.

Art. 207. L'ouverture de l'école a lieu à l'heure fixée; partout où la chose est possible, elle est annoncée par le son de la cloche, quinze minutes à l'avance. L'obligation de sonner incombe à l'instituteur lorsque la cloche est dans le bâtiment d'école.

Art. 208. L'école du matin est ouverte par une prière, par un chant, par une lecture éducative ou par une causerie morale, puis l'instituteur procède à l'appel des élèves et inscrit les absences dans le registre de classe.

Art. 209. Le personnel enseignant s'assure ensuite de la propreté des élèves et du bon état de leurs vêtements. Il veille à ce que les enfants malpropres se lavent dans un local voisin aménagé à cet effet. Tout enfant dont la malpropreté est persistante est renvoyé de l'école avec avis aux parents. En cas de récidive, ceux-ci sont dénoncés au préfet.

Art. 210. Si l'instituteur constate la présence de parasites sur la tête ou dans les vêtements d'un élève, il renvoie celui-ci dans sa

famille, en avisant aussitôt les parents et la commission scolaire. L'instituteur n'admet de nouveau l'élève en classe qu'après s'être assuré qu'un nettoyage suffisant a été effectué.

En cas de récidive, une personne désignée par la commission scolaire peut être chargée de donner les soins nécessaires aux frais des personnes responsables.

Art. 211. Le personnel enseignant renvoie de l'école les élèves qu'il suppose atteints de maladies contagieuses; il en informe immédiatement la commission scolaire et le médecin scolaire.

Art. 212. Aucune admission ou radiation d'élèves ne peut avoir lieu sans autorisation de la commission scolaire.

Art. 213. Lorsque la classe est tenue pendant trois heures consécutives, elle est interrompue par une ou deux récréations de 15 minutes au total; si elle est tenue pendant quatre heures consécutives, elle est interrompue par deux ou trois récréations de 20 minutes au total.

La commission scolaire en décide.

Pour les élèves des degrés inférieur et intermédiaire, l'école de l'après-midi, qui a une durée de deux heures, est interrompue par une courte récréation de 5 minutes.

Art. 214. Le personnel enseignant est tenu de surveiller les récréations. Tous les élèves quittent la salle d'école pendant les récréations, à moins que le mauvais temps ne les en empêche.

Art. 215. En aucun cas, les élèves ne peuvent être privés de leurs récréations.

Pendant les récréations et après les leçons de la matinée et de l'après-midi, la salle d'école est complètement aérée.

Art. 216. La salle d'école doit être un modèle d'ordre et de propreté. Le personnel enseignant doit la rendre aussi gaie et aussi attrayante que possible.

Art. 217. Pendant les heures de leçons, il est formellement interdit au personnel enseignant de s'occuper de sujets étrangers à l'école et d'imposer aux élèves des travaux sans rapport avec l'activité scolaire.

Art. 218. L'instituteur ne peut faire une course avec ses élèves sans l'autorisation de la commission scolaire.

Ne sont pas considérées comme courses les sorties nécessitées par les besoins de l'enseignement. L'instituteur laisse en classe l'indication du but de la sortie.

Lors des courses et fêtes scolaires, il est interdit aux élèves de consommer des boissons alcooliques.

Art. 219. L'instituteur peut imposer des devoirs à domicile, mais en tenant compte des règles suivantes:

- a) les devoirs à domicile sont toujours proportionnés, comme longueur et comme difficultés, à l'âge et au développement des élèves;
- b) ils sont préparés en classe de telle manière que les élèves puissent les faire sans aide à domicile;
- c) le personnel enseignant les contrôle avec soin;
- d) la durée du travail à domicile ne doit pas normalement dépasser:
  - 20 minutes par jour pour le degré inférieur;
  - 30 minutes pour le degré intermédiaire;
  - 45 minutes pour le degré supérieur;
  - 75 minutes pour les classes primaires supérieures;
- e) les devoirs à domicile sont notablement allégés pour le lundi; ils sont supprimés pendant les vacances;
- f) du 1<sup>er</sup> juin au 1<sup>er</sup> octobre, aucun travail écrit à domicile ne peut être imposé aux élèves du degré moyen et du degré supérieur des écoles de campagne;
- g) aucun devoir ne peut être donné le matin pour l'école de l'après-midi;
- h) le personnel enseignant peut proposer des travaux facultatifs aux élèves en vue d'exercer leur activité personnelle et de développer leur esprit d'observation et de recherche.

Art. 220. Le personnel enseignant établit et tient à jour un inventaire du mobilier, du matériel d'enseignement, de la bibliothèque scolaire et de tous les objets d'école. Il veille à leur conservation. Il exige des élèves le respect de la maison d'école et de tout ce qu'elle contient.

L'inventaire dressé dans un registre spécial conservé en classe, est révisé chaque année dans le courant d'avril et lors de toute mutation dans le personnel.

Art. 221. Le personnel enseignant exerce un contrôle sévère sur les livres étrangers à l'école qui pourraient se trouver entre les mains des élèves. Il confisque immédiatement les objets étrangers aux leçons et les rend en temps opportun.

Art. 222. Le personnel enseignant veille à ce que le bâtiment d'école, le préau, les dépendances et les abords immédiats soient constamment en bon état d'ordre et de propreté. Le matériel utilisé à cet effet est à la charge de la commune.

L'instituteur pourvoit au bon entretien du logement, des dépendances, du jardin ou du plantage dont il a la jouissance. Il signale à la municipalité les dégradations et les dommages qui exigent des réparations.

Si les autorités communales négligent l'entretien du bâtiment d'école et de ses abords, l'instituteur s'adresse au Département.

Art. 223. Toute réclame et tout colportage sont interdits dans le bâtiment d'école.

Le personnel enseignant ne peut conduire les élèves à une séance quelconque qui n'aurait pas été autorisée par la commission scolaire ou par le Département.

Cette autorisation doit être requise par l'instituteur ou par les personnes qui organisent la séance.

Art. 224. Les articles de cette section s'appliquent à tout le personnel enseignant.

## CHAPITRE IX.

(Loi, art. 87 à 115.)

### Fréquentation des écoles, examens, discipline.

#### Section I.

##### *Fréquentation des écoles.*

Art. 225. Les élèves reçoivent:

- a) un livret scolaire où figurent, pour chacun d'eux, l'état civil, les changements de domicile, les indications concernant la fréquentation, la conduite, le travail, la promotion et les fournitures scolaires;
- b) un carnet journalier destiné essentiellement à recevoir l'inscription des congés et des devoirs à domicile ainsi que l'appréciation mensuelle de la conduite et du travail.

Art. 226. Après chaque bulletin semestriel et après l'examen annuel, les livrets scolaires, mis à jour par l'instituteur, sont remis aux élèves qui les font signer par leurs parents ou tuteurs.

Les livrets scolaires sont visés par le président de la commission scolaire après l'examen annuel.

Art. 227. Lorsqu'un élève est promu d'une classe à l'autre, dans la même commune, son livret scolaire est transmis directement d'instituteur à instituteur.

En cas de changement de domicile hors de la commune, le livret scolaire, régularisé par l'instituteur, est transmis sans délai par le président de la commission scolaire au président de la commission scolaire du nouveau domicile.

Art. 228. Si l'élève quitte le canton, ou que le lieu où il séjourne ne soit pas connu, le président de la commission scolaire adresse le livret scolaire au Département.

Art. 229. Le livret scolaire de l'élève lui est remis à la sortie définitive de l'école. La libération ordinaire est signée par le président de la commission scolaire; la libération anticipée, par l'inspecteur d'arrondissement.

Art. 230. Dans les communes qui ont reçu du Département, conformément à l'article 87 de la loi, l'autorisation de fixer le terme de la scolarité obligatoire à 15 ans, les élèves mis au bénéfice du régime prévu à l'article 90 de la loi restent tenus de suivre l'école jusqu'à 16 ans.

Art. 231. Dans les communes où la libération a lieu à l'âge de quinze ans, les enfants astreints à fréquenter l'école jusqu'à l'âge de seize ans sont soumis à toutes les obligations scolaires d'un élève ordinaire.

Art. 232. Les dispenses d'été prévues à l'article 90 de la loi peuvent être accordées à tout élève âgé de 12 ans révolus au 1<sup>er</sup> janvier. La demande en est faite à la commission scolaire par les parents ou tuteurs avant le 15 avril.

Les élèves dispensés sont tenus de suivre l'école deux heures au moins chaque matin dès le 1<sup>er</sup> juin.

Le bénéfice de la dispense est retiré à l'élève dont les absences non justifiées ont donné lieu à deux dénonciations. (Loi, art 93.)

Art. 233. Toute demande de dispense extraordinaire doit être adressée à la commission scolaire. Celle-ci transmet cette demande avec son préavis au Département en y joignant:

- a) le livret scolaire de l'élève;
- b) le contrat d'apprentissage, s'il y a lieu;
- c) les renseignements relatifs aux circonstances de famille.

Art. 234. Dans les communes qui n'ont ni école enfantine, ni classe semi-enfantine, les enfants âgés de six ans dans l'année peuvent, sur la demande des parents, être admis à l'école primaire au début de l'année scolaire. La commission scolaire en décide en tenant compte de l'état physique et intellectuel des enfants, du préavis du médecin scolaire, de l'effectif de la classe, des dimensions de la salle d'école et du trajet du domicile à la maison d'école.

Les enfants admis sont astreints aux mêmes obligations scolaires que les élèves du degré inférieur.

Art. 235. Sur préavis du médecin scolaire et de la commission scolaire, le Département libère définitivement les élèves faibles d'esprit ou atteints d'infirmités ou de maladies ne leur permettant pas de suivre l'école.

Art. 236. L'instituteur peut accorder individuellement aux élèves un congé d'une demi-journée par semaine, le président ou le directeur des écoles un congé de six jours consécutifs, la commission scolaire un congé de deux semaines consécutives. Le Département est seul compétent pour accorder un congé de plus longue durée.

Art. 237. Le président de la commission scolaire ou le directeur d'école peut, en cas de nécessité, accorder à l'instituteur un

congé de deux jours dans le même mois, la commission scolaire un congé d'une semaine. Pour obtenir un congé de plus d'une semaine, l'instituteur en fait la demande au Département par l'intermédiaire de la commission scolaire.

Art. 238. En aucun cas, l'instituteur ne peut quitter sa classe sans prévenir le président de la commission scolaire ou le directeur des écoles.

Art. 239. Un congé de quatre à huit jours est accordé au nouvel-an. Il ne peut être prolongé sans l'autorisation du Département.

Dans l'intérêt de l'école et des enfants, les commissions scolaires peuvent accorder, dans la deuxième quinzaine de février, un congé partant du vendredi à midi pour se terminer le samedi à midi.

Après les examens, la classe est interrompue trois jours pendant lesquels l'instituteur établit les tableaux de promotion, met à jour le registre matricule, les livrets scolaires, le registre d'inventaire et le catalogue de la bibliothèque. Ces trois jours ne sont pas comptés dans la statistique de l'année scolaire.

Art. 240. Dans les communes de montagne, sous réserve de l'approbation du Département, les vacances peuvent être de douze à seize semaines consécutives. Elles ne peuvent être prolongées sans autorisation, ni commencer avant le 1<sup>er</sup> juin. En dehors de ces vacances, l'école est tenue chaque jour ouvrable matin et soir.

## Section II.

(Loi, art. 91 à 100.)

### *Répression des absences.*

Art. 241. Au début de chaque demi-journée d'école, les membres du personnel enseignant inscrivent les absences des élèves dans le registre matricule.

Art. 242. Les demandes de congé doivent être adressées à l'avance au président de la commission scolaire, à son remplaçant ou à l'instituteur, qui inscrivent dans le carnet journalier les congés accordés.

Art. 243. Les absences pour maladie doivent être justifiées par une déclaration médicale lorsqu'elles se prolongent pendant une semaine et plus.

Art. 244. Trois arrivées tardives dans la même semaine équivalent à une absence.

Art. 245. Les maîtres ou maîtresses chargés d'un enseignement spécial remettent, après chaque leçon, au titulaire de la classe, la liste des élèves absents.

Art. 246. A la fin de chaque semaine, l'instituteur fait parvenir au président de la commission scolaire ou, le cas échéant, au directeur, deux rapports:

l'un, conservé par le président, est le relevé de toutes les absences;

l'autre, destiné au préfet, est le relevé des absences non justifiées de la semaine avec l'indication pour chaque élève du nombre de récidives.

Dans les deux jours, le président transmet au préfet le rapport qui lui est destiné.

Art. 247. Aussitôt après la réception des rapports d'absences ou de tout autre rapport de la commission scolaire, le préfet cite devant lui les parents ou personnes responsables et prononce les amendes prévues aux articles 93, 94, 97, 98 de la loi et aux articles 277, 362 du règlement.

Art. 248. Les amendes prononcées par le préfet sont payables à la préfecture dans un délai de 20 jours. Le préfet avise les intéressés au moment du prononcé.

Art. 249. En cas de non-paiement de l'amende dans ce délai ou en cas d'infractions répétées, les contrevenants sont passibles de l'emprisonnement à raison de 24 heures pour fr. 10.— d'amende. Le montant de l'amende est augmenté des frais de notification.

Art. 250. A la fin de chaque année comptable, le préfet remet aux communes le produit des amendes sous déduction des frais.

Cette somme est mise à la disposition de la commission scolaire pour être affectée à la bibliothèque et au musée scolaires.

Si les frais sont plus élevés que le montant des amendes perçues, l'excédent est à la charge de l'Etat.

Art. 251. Les arrêts prévus à l'article 94 de la loi sont subis de jour, en dehors des heures de classe et, de préférence, le dimanche après-midi. Ils sont infligés par le préfet sur préavis de la commission scolaire.

### Section III.

(Loi, art. 101 à 107.)

#### *Examens annuels.*

Art. 252. L'examen annuel prévu à l'article 101 de la loi a lieu aux dates fixées par le Département pour les épreuves écrites, par la commission scolaire pour les épreuves orales.

Art. 253. La commission scolaire avise de sa décision la municipalité, le personnel enseignant et, par lui, les élèves des classes primaires. Elle convoque officiellement aux journées d'examen, par l'intermédiaire des parents ou des personnes responsables, tous les enfants de 7 à 15 ou 16 ans qui ne fréquentent aucune école publique.

Art. 254. Les directions relatives à l'examen annuel sont données chaque année par une circulaire du Département.

Art. 255. En règle générale, les épreuves écrites imposées à toutes les classes du canton portent sur les connaissances en langue française et en calcul. Toutefois, un examen écrit peut porter sur une autre branche d'enseignement, si le Département le juge utile.

Art. 256. Tout examen écrit est présidé par un délégué de la commission scolaire.

Art. 257. Un examen oral individuel, avec assignation de notes, est imposé aux élèves à la fin de leur scolarité. Pour les autres élèves, l'examen oral est facultatif.

L'examen est organisé par les commissions scolaires conformément aux directions du Département. Il peut être étendu à toutes les branches du programme, ou limité à un certain nombre d'entre elles.

Pour la lecture et le calcul oral, l'examen est individuel et comporte l'attribution de notes. Pour les autres branches, il est collectif et ne comporte pas l'attribution de notes.

Art. 258. Un examen oral d'histoire biblique est fait chaque année par le pasteur de la paroisse de l'Eglise nationale. Il est collectif au degré inférieur; il peut être individuel aux degrés intermédiaire et supérieur. L'inspecteur d'arrondissement peut assister à cet examen.

Art. 259. Les notes d'écriture, de dessin, de travaux manuels sont attribuées d'après les travaux faits dans l'année.

Art. 260. L'échelle d'appréciation pour les notes d'année comme pour celles d'examen est fixée comme suit:

0, nul; 1 et 2, très mal; 3 et 4, mal; 5, médiocre; 6, passable; 7, assez bien; 8 et 9, bien; 10, très bien.

Les notes intermédiaires ne sont pas admises.

Art. 261. Pour être promu, un élève doit obtenir une moyenne générale de 6, et une moyenne de 6 pour l'ensemble des groupes français et calcul.

Dans l'établissement de la moyenne, les notes de l'année comptent pour deux tiers, celles de l'examen pour un tiers.

Art. 262. Dans les trois jours ouvrables qui suivent le dernier examen, le personnel enseignant remplit le tableau des notes de promotion et le rapport annexe sur la marche de l'école. La commission scolaire complète ces documents et en transmet un double au Département avant le 20 avril.

Tout retard anormal dans la promotion doit faire l'objet d'une note explicative dans le tableau de promotion.

Art. 263. Pour les enfants qui n'ont pas fréquenté une école publique, tous les examens sont individuels; les notes attribuées sont communiquées aux parents ou aux personnes responsables.

#### Section IV.

##### *Discipline.*

Art. 264. La discipline a un but éducatif; elle tend à assurer l'ordre et le travail à l'école. Elle est plus libérale que répressive.

Les punitions aussi bien que les récompenses doivent viser avant tout à l'éducation de l'enfant.

Art. 265. Les punitions infligées aux élèves doivent être rares, mais une fois imposées, strictement exécutées.

Elles sont proportionnées à la faute commise et à l'âge de l'élève.

Art. 266. Les membres du personnel enseignant doivent s'abstenir de toute acte de brutalité. Il leur est interdit de prononcer des paroles blessantes, grossières ou injurieuses, de faire une allusion quelconque à la vie publique ou privée de quelle personne que ce soit.

Art. 267. Lorsque la conduite d'un élève en classe ou hors de classe laisse à désirer, l'instituteur en avise immédiatement les parents ou les personnes responsables.

Chaque élève reçoit, une fois par mois, dans son carnet journalier, la note d'appréciation de l'instituteur sur sa conduite et son travail.

Art. 268. La mise à l'écart de l'élève hors de la salle d'école est interdite.

Art. 269. Les arrêts dans la compétence de l'instituteur sont infligés de manière que l'élève ne soit pas retenu plus d'une demi-heure après la classe du matin et plus d'une heure après la classe du soir. En aucun cas l'élève ne sera retenu à l'école au-delà de midi.

Ces arrêts sont placés sous la surveillance immédiate du maître.

Art. 270. Les arrêts infligés par le préfet et par le président de la commission scolaire sont surveillés par une personne désignée à cet effet.

Pendant ces arrêts, l'élève exécute des travaux écrits imposés par l'instituteur.

Art. 271. Les arrêts ne peuvent avoir lieu de nuit.

Art. 272. L'expulsion d'un élève pour une demi-journée n'est prononcée que dans les cas graves. L'instituteur avise sans retard les parents ainsi que le président de la commission scolaire.

L'enfant ne peut rentrer en classe que s'il est porteur d'une autorisation écrite du président de la commission scolaire.

Art. 273. Lorsque les remontrances et les punitions infligées par un membre du personnel enseignant restent sans effet, celui-ci dénonce l'élève fautif à la commission scolaire en précisant les motifs de cette mesure.

Art. 274. Lorsque la conduite ou les actes d'un élève le rendent insupportable ou dangereux pour ses camarades, la commission scolaire en réfère au Département.

Art. 275. Un enfant expulsé de l'école et sur lequel les parents n'ont plus aucune influence, peut être remis au Conseil d'Etat qui prend alors les mesures nécessaires pour le faire interner dans une maison spéciale.

Art. 276. Les parents, tuteurs ou autres personnes responsables qui refusent de se soumettre aux décisions des autorités scolaires peuvent être poursuivis en vertu de l'article 129 du Code pénal.

Art. 277. Il est interdit aux parents et à toute autre personne de s'introduire dans le bâtiment d'école ou dans ses dépendances pour retirer, sans autorisation, un enfant de la classe, pour adresser des reproches à l'instituteur ou l'interrompre dans l'exercice de ses fonctions.

Les contrevenants à cet article sont dénoncés au Département par l'intermédiaire des commissions scolaires et punis d'une amende de vingt francs au maximum prononcée par le préfet. En cas de récidive, l'amende peut être portée à cinquante francs.

## Section V.

### *Devoirs des élèves.*

Art. 278. Les élèves des écoles doivent le respect à chacun, particulièrement aux magistrats, aux vieillards, aux femmes et aux infirmes. Ils ne tiennent aucun propos grossier, ne commettent aucun acte brutal ou lâche.

Ils respectent scrupuleusement la propriété d'autrui.

Art. 279. En particulier, il est interdit aux enfants:

- a) de vagabonder;
- b) de sortir seuls, sans motif légitime, dès 20 heures, d'octobre à avril, et dès 21 heures de mai à septembre; les dispositions des règlements de police communaux sont réservées;
- c) d'entrer dans les établissements publics tels que cafés, bars, brasseries, cinématographes et lieux quelconques de divertissements, à moins d'être accompagnés de leurs parents, de leurs tuteurs ou de leurs maîtres;

- d) de fumer;
- e) de faire partie de sociétés sans autorisation de la commission scolaire, conformément à l'article 141, lettre h, du présent règlement;
- f) de porter sur eux des armes ou matières dangereuses;
- g) de lancer des pierres ou autres projectiles;
- h) d'écrire sur les portes, les parois, les clôtures, les bancs d'édifices publics;
- i) de maltraiter les animaux.

Art. 280. Les élèves viennent en classe avec leurs devoirs soigneusement préparés.

Art. 281. Les infractions aux présentes dispositions sont punies par les maîtres et par les commissions scolaires.

En cas de récidive, les infractions sont signalées au Département qui inflige les sanctions conformément à la loi et au présent règlement.

## CHAPITRE X.

(Loi, art. 116 à 127.)

### **Classes primaires supérieures.**

#### Section I.

##### *Organisation et personnel enseignant.*

Art. 282. Les classes primaires supérieures sont destinées à compléter et à développer l'instruction primaire des élèves avancés et bien doués, qui ne recherchent pas ou qui ne peuvent recevoir un enseignement secondaire à base classique ou scientifique.

L'enseignement donné dans ces classes doit revêtir un caractère utilitaire et pratique.

Art. 283. Un plan d'études fixe le programme à parcourir; ce programme est assez souple pour s'adapter aux exigences du milieu.

Art. 284. Une commune ou un groupe de communes sont tenues d'ouvrir une classe primaire supérieure lorsque les parents le demandent et présentent à l'inscription vingt enfants remplissant les conditions fixées pour l'admission.

Art. 285. La demande d'ouverture d'une classe primaire supérieure est adressée à la municipalité de la commune intéressée ou au Département s'il s'agit d'un groupe de communes.

Art. 286. Lorsque plusieurs communes se groupent en un cercle scolaire pour organiser une classe primaire supérieure, une convention entre parties, approuvée par le Département, fixe les conditions de cette entente.

Art. 287. La surveillance d'une classe primaire supérieure qui relève d'un cercle scolaire, est exercée par une commission scolaire de cercle composée de deux membres pris dans la commune où se trouve la classe, d'un membre pour chacune des autres communes et d'un délégué de l'Etat.

Le délégué de l'Etat adresse chaque année au Département un rapport sur la marche de la classe.

Art. 288. Les membres de la commission scolaire de cercle sont nommés pour quatre ans par les municipalités respectives. Ils sont rééligibles.

Le délégué de l'Etat est désigné pour quatre ans par le Département. Il est choisi dans une des communes du cercle scolaire.

Art. 289. L'écolage prévu à l'article 118 de la loi est fixé à l'amiable par la commune intéressée et la commission scolaire de cercle. Le Département tranche en cas de contestation.

Les commissions scolaires des classes primaires supérieures n'admettent aucun élève étranger à la commune sans avoir avisé la commission scolaire du lieu de domicile de l'enfant.

Art. 290. Pour être admis dans une classe primaire supérieure, les élèves doivent remplir les conditions prévues à l'article 119 de la loi et avoir obtenu dans leur classe précédente une moyenne de 7,5 pour l'ensemble des deux groupes essentiels, français et arithmétique, chaque groupe comptant pour une demie.

Le Département peut, suivant les circonstances, prononcer l'admission d'élèves ensuite d'un examen dirigé par l'inspecteur d'arrondissement.

Les parents ne peuvent s'opposer à l'admission de leurs enfants en classe primaire supérieure.

Art. 291. Sauf autorisation du Département, les classes primaires supérieures sont mixtes.

Art. 292. Deux après-midi de congé sont prévus à l'horaire hebdomadaire. L'un d'eux peut être consacré à l'enseignement des travaux manuels.

Art. 293. Les élèves reçoivent un livret spécial qui donne les indications sur l'état civil, la fréquentation, la conduite et le travail de chacun d'eux.

Art. 294. Un élève peut être renvoyé dans une classe primaire pour incapacité ou inapplication.

Art. 295. La nomination d'un maître à la direction d'une classe primaire supérieure relevant d'un cercle scolaire est faite par la commission scolaire de cercle et les représentants des municipalités intéressées à raison d'un délégué par commune.

## Section II.

*Examens annuels et certificat d'études.*

Art. 296. A la fin de chaque année scolaire, la commission scolaire procède à un examen comprenant des épreuves écrites et des épreuves orales.

Le Département impose les sujets des épreuves écrites. Les épreuves écrites sont obligatoires pour tous les élèves. Les épreuves orales sont obligatoires pour les élèves qui terminent leur scolarité.

Dans la règle, ces examens sont présidés par l'inspecteur d'arrondissement.

Art. 297. Pour être promus, les élèves doivent obtenir une moyenne générale de 6 et une moyenne de 6 pour l'ensemble des branches essentielles: français et arithmétique.

Art. 298. Un certificat d'études est délivré à tout élève qui a accompli les épreuves de dernière année d'études et obtenu une moyenne générale de 6 et une moyenne d'examen de 6 pour l'ensemble des épreuves écrites de français, mathématiques, comptabilité et allemand. La moyenne générale est déterminée d'après les notes de l'année comptant pour deux tiers et celles de l'examen pour un tiers.

Art. 299. Le certificat d'études libère les élèves garçons; les élèves filles peuvent être astreintes, par la commission scolaire, à suivre l'enseignement ménager.

Art. 300. L'échelle d'appréciation des notes d'année et d'examen est la suivante:

0, nul; 1 et 2, très mal; 3 et 4, mal; 5, médiocre; 6, passable; 7, assez bien; 8 et 9, bien; 10, très bien.

Les notes intermédiaires ne sont pas admises.

## CHAPITRE XI.

(Loi, art. 128 à 137.)

**Enseignement ménager.**

Art. 301. Les classes ménagères groupent, conformément à l'article 88 de la loi, les élèves âgées de 15 ans révolus dans l'année.

La durée de l'enseignement ménager est d'un an.

Art. 302. Dans les communes où les jeunes filles sont libérées de l'école à l'âge de 15 ans, il peut être créé, à titre exceptionnel, pour les élèves âgées de 14 ans, une classe spéciale dans laquelle l'enseignement ménager est donné conjointement avec l'enseignement primaire.

Art. 303. Dans les cas prévus à l'article 130 de la loi, il pourra être organisé, par les communes intéressées, d'entente avec le Département, un enseignement ménager par cercle scolaire.

Cet enseignement peut être donné suivant un mode itinérant ou saisonnier si des conditions topographiques le justifient.

Des conventions spéciales entre les communes intéressées déterminent les conditions locales de ces diverses formes d'enseignement ménager.

Art. 304. Lorsque l'enseignement ménager est organisé par cercles, la commune du siège de l'école fournit gratuitement:

1. les locaux nécessaires;
2. éventuellement, un emplacement convenable, à proximité de l'école, pour l'établissement d'un jardin.

Les locaux doivent être sains et pourvus du matériel et du mobilier nécessaires à l'enseignement. La liste de ce matériel et de ce mobilier doit être approuvée par le Département.

En règle générale, les frais d'organisation et d'aménagement, le loyer ou l'indemnité de logement de la maîtresse, les dépenses courantes, après déduction des subventions et des écolages, sont à la charge des communes intéressées, proportionnellement au chiffre de leur population.

La commune où se trouve le siège d'une école ménagère effectue les paiements, reçoit les subventions, établit les comptes annuels et les transmet aux autres communes.

Art. 305. Les élèves domiciliées dans des communes ne faisant pas partie des groupements sus-mentionnés, peuvent être reçues dans la classe ménagère la plus rapprochée moyennant paiement d'un écolage.

Cet écolage est à la charge de la commune de domicile.

Art. 306. L'enseignement dans les classes ménagères comporte 28 à 36 heures par semaine.

Art. 307. Sauf circonstances spéciales, les heures d'ouverture sont fixées à 7 heures en été et à 8 heures en hiver.

Art. 308. Les classes ménagères sont placées sous la surveillance:

1. du Département;
2. des commissions scolaires;
3. des commissions spéciales de cercles.

Art. 309. Les commissions scolaires et les commissions spéciales de cercles peuvent déléguer une partie de leurs attributions à un comité de dames spécialement chargées de la surveillance de l'enseignement ménager. Dans les communes qui ont un directeur d'écoles, celui-ci fait partie du comité.

Art. 310. La commission spéciale de cercle est composée de deux membres pris dans la commune où est installée la classe ménagère, d'un membre pour chacune des autres communes et d'un délégué de l'Etat.

Les membres de la commission scolaire de cercle sont nommés pour quatre ans par les municipalités respectives. Ils sont rééligibles. La commission s'organise elle-même.

Le délégué de l'Etat est désigné pour quatre ans par le Département. Il est choisi dans une des communes du cercle scolaire. Il adresse chaque année au Département un rapport sur la marche de la classe.

Art. 311. La commission spéciale de cercle, la commission scolaire ou le comité de dames visitent les classes, veillent à l'emploi judicieux des ressources, vérifient les inventaires, organisent les examens annuels pour les branches ménagères et collaborent à la bonne marche de l'école.

L'article 142 du règlement s'applique à la commission spéciale de cercle et au comité de dames.

Art. 312. La nomination des maîtresses ménagères a lieu conformément au règlement pour les écoles primaires.

Dans les cercles scolaires, la nomination est faite par la commission spéciale à laquelle il est adjoint un délégué de chaque municipalité.

Art. 313. La maîtresse ménagère tient un compte exact des dépenses et recettes de sa classe. A la fin de chaque mois elle le transmet, accompagné des pièces justificatives (reçus, factures, notes d'encaissement, etc.), au président de la commission scolaire ou à son représentant.

Art. 314. La maîtresse ménagère établit pour chaque semestre un horaire des leçons, dont elle transmet deux exemplaires au Département dans le délai de quinze jours au plus dès le début du semestre.

Art. 315. Elle assure l'entretien, l'ordre et la propreté des locaux mis à sa disposition pour l'enseignement ménager. Elle est responsable du matériel qui lui est confié et en tient régulièrement à jour l'inventaire dans un registre spécial.

Art. 316. Un plan d'études fixe les matières à enseigner dans les classes ménagères.

Art. 317. Le temps destiné à l'enseignement ménager ne peut être employé à des occupations non prévues par le règlement.

Art. 318. Suivant les circonstances, pour certains enseignements de culture générale ou de connaissances pratiques, il peut être fait appel à une maîtresse primaire, à un maître spécial ou à une personne du métier.

Art. 319. Chaque classe est pourvue d'une bibliothèque d'ouvrages d'ordre ménager, de préparation à la vie pratique et familiale, et de culture générale. Les dispositions du règlement concernant les classes primaires sont applicables à ces bibliothèques.

Art. 320. Les questions de fréquentation, de répression des absences et de discipline sont régies par le présent règlement.

Art. 321. Les jours de cuisine, les élèves prennent leur dîner à l'école. Le repas est gratuit.

Art. 322. Les fournitures pour l'enseignement ménager sont gratuites. Cependant, l'achat du matériel nécessaire à la confection de certains objets personnels pourra être mis à la charge des élèves.

Art. 323. Les élèves sont responsables des dégâts qu'elles auraient causés au matériel ou au mobilier de l'école par négligence ou par étourderie.

Art. 324. Le travail et la conduite des élèves sont appréciés par des notes allant de 0, nul, à 10, très bien. Ces notes sont transcrites dans un bulletin spécial remis aux élèves à la fin de chaque semestre.

Art. 325. Un examen portant sur tout ou partie des branches d'enseignement prévues au plan d'études clôture l'année scolaire.

Art. 326. Un certificat est délivré aux élèves ayant obtenu une moyenne de 6 pour les branches pratiques: cuisine, blanchissage, coupe et confection, raccommodage, et une moyenne générale de 6.

Les notes d'année comptent pour deux tiers, celles des examens pour un tiers dans l'établissement de ces moyennes.

Art. 327. Les jeunes filles qui fréquentent les classes primaires supérieures reçoivent, dans la mesure du possible, tout en suivant le programme ordinaire, un enseignement ménager réduit.

Art. 328. La subvention de 40 % du total des dépenses, prévue à l'article 136 de la loi, n'est accordée qu'aux écoles ménagères remplissant les conditions fixées par la loi, le règlement et le plan d'études spécial des écoles ménagères.

## CHAPITRE XII.

(Loi, art. 138 à 146.)

### Classes spéciales de développement.

#### Section I.

##### *Enseignement dans les classes spéciales.*

Art. 329. L'enseignement prévu à l'article 138 de la loi est destiné aux enfants dont le retard intellectuel est de trois ans au moins.

Ne sont toutefois pas admis dans ces classes:

- a) les anormaux profonds, les idiots, les épileptiques, les enfants dangereux ou atteints de maladies répugnantes;
- b) les paresseux, les enfants négligés, mais d'intelligence normale.

Art. 330. L'instituteur signale à la commission scolaire et à l'inspecteur d'arrondissement les élèves qui lui paraissent devoir être soumis à un enseignement spécial.

Art. 331. Les enfants arriérés d'une ou de plusieurs communes peuvent être réunis sous la direction d'un seul maître spécial lorsque les circonstances et la proximité des lieux le permettent.

La surveillance de cette classe incombe à la commission scolaire de la commune où elle a son siège.

Une convention fixe les droits et les charges de chaque commune. Elle est soumise à la sanction du Département.

Art. 332. L'admission dans les classes de développement ne peut avoir lieu qu'après un mois d'observation dans une classe ordinaire.

Art. 333. Lorsqu'un enfant a été admis dans une classe de développement, la commission scolaire et les parents sont immédiatement avisés.

Les parents ne peuvent s'opposer au placement de leurs enfants dans une classe spéciale.

Il peut y avoir recours au Département qui tranche en dernier ressort.

Art. 334. Le local occupé par une classe de développement doit lui être exclusivement réservé. Il doit être suffisamment grand et pourvu du matériel nécessaire.

Dans la mesure du possible, un jardin est mis à la disposition de chaque classe de développement.

Art. 335. L'enseignement dans les classes de développement est, autant que possible, individuel.

Un programme préparé par le Département servira de guide pour le personnel enseignant.

Art. 336. Dans les classes de développement qui reçoivent les enfants de 13 à 16 ans, l'enseignement des travaux manuels et les exercices de préparation à la vie pratique forment la partie essentielle du programme.

Art. 337. Lorsque les progrès d'un élève sont jugés suffisants, la commission scolaire ou le directeur des écoles, d'accord avec l'inspecteur, décide de le faire passer dans une classe ordinaire correspondant à son développement.

## Section II.

*Enseignement spécial dans les classes ordinaires.*

Art. 338. Dans les localités où il n'existe pas de classes de développement, les enfants incapables de suivre la classe ordinaire reçoivent un enseignement spécial donné par un instituteur reconnu qualifié pour cet enseignement et que désignera le Département.

Art. 339. L'enseignement spécial prévu à l'article précédent n'est pas donné en présence des élèves des classes ordinaires. Cependant, les exercices écrits peuvent être exécutés pendant les leçons communes.

L'inspecteur d'arrondissement fixe le nombre de leçons hebdomadaires qui lui paraissent nécessaires.

Leur durée ne peut dépasser trente minutes.

L'enfant retardé intellectuellement est autorisé à suivre avec ses camarades les leçons dont il peut profiter.

Art. 340. Tous les six mois, l'instituteur adresse à l'inspecteur, par l'intermédiaire de la commission scolaire, un rapport détaillé sur la marche de cet enseignement spécial.

Art. 341. L'instituteur chargé de ces leçons spéciales a droit à des honoraires qui sont fixés par la commission scolaire et l'inspecteur d'arrondissement, suivant un barème établi par le Département.

L'Etat prend à sa charge la moitié des frais.

## CHAPITRE XIII.

(Loi, art. 147 à 155.)

**Cours complémentaires.**

## Section I.

*Organisation.*

Art. 342. Des cours complémentaires sont organisés en hiver dans les communes où se trouve une école primaire dirigée par un instituteur.

Les cours ont lieu les après-midi du mercredi et du samedi.

Art. 343. Le Département peut réunir les jeunes gens de plusieurs communes.

Art. 344. Si, dans la commune de domicile, l'école est dirigée par une institutrice, les jeunes gens suivent les cours complémentaires dans une commune voisine.

Art. 345. Les municipalités font établir chaque année, avant le 15 octobre, la liste de tous les jeunes gens âgés de quinze à dix-

huit ans, domiciliés dans la commune, et qui, selon l'article 147 de la loi, sont astreints aux cours complémentaires.

Art. 346. Les jeunes gens ont l'obligation de se faire inscrire. Ils sont avisés du jour d'inscription et de l'ouverture des cours par les journaux, par voie d'affichage ou de publication dans la commune. Ils sont, par là, censés convoqués personnellement; les absents sont passibles des peines prévues par la loi.

Art. 347. Dans une même commune, ou dans un groupement de communes, les élèves peuvent être répartis en plusieurs classes. Celles-ci sont organisées de façon à réunir les élèves d'après leurs connaissances, leurs occupations professionnelles ou leur langue maternelle.

Art. 348. Chaque année, le Département fixe la date d'ouverture des cours et donne les instructions nécessaires. Toute autre disposition prise par les communes est soumise à son approbation.

Art. 349. Les jeunes gens doivent présenter leur livret scolaire à l'ouverture des cours. Ce livret, conservé et tenu à jour par l'instituteur, est rendu aux élèves à la fin du cours.

Un livret spécial est établi pour les jeunes gens qui n'ont pas suivi une école suisse.

Les livrets égarés sont remplacés aux frais des élèves à raison de deux francs l'exemplaire.

Art. 350. Lorsqu'un élève change de domicile ou de lieu de séjour dans le canton, le maître remet le livret scolaire régularisé au président de la commission scolaire qui le transmet immédiatement au président de la commission scolaire de la commune où il est domicilié ou en séjour.

Si le jeune homme quitte le canton, le livret scolaire est transmis sans retard au Département avec l'indication du nouveau domicile.

Art. 351. Les cours du samedi après-midi sont à la charge de l'Etat.

## Section II.

### *Programme.*

Art. 352. Le programme comprend les branches suivantes: histoire, géographie, instruction civique, lecture, composition, calcul, gymnastique et chant.

Le programme d'enseignement sera modifié suivant le milieu et les circonstances locales. Dans la mesure du possible, on tiendra compte des besoins professionnels des jeunes gens.

Des conférences et des cours pratiques seront organisés par le Département ou les commissions scolaires.

Art. 353. Chaque élève est tenu d'apporter aux leçons le matériel suivant:

a) un cahier; b) un porte-plume; c) un crayon; d) les manuels ou autres objets que le Département peut rendre obligatoires.

### Section III.

#### *Examens.*

Art. 354. Chaque année, le Département appelle à un examen les jeunes gens astreints aux cours complémentaires et qui désirent s'en faire dispenser.

Art. 355. Le Département peut appeler à un examen général les jeunes gens astreints à la fréquentation des cours complémentaires.

### Section IV.

#### *Surveillance.*

Art. 356. Les cours complémentaires sont placés sous la surveillance du Département et des commissions scolaires.

Art. 357. La commission scolaire fait visiter deux fois par mois les cours de son ressort par un de ses membres ou par une personne déléguée à cet effet.

### Section V.

#### *Répression des absences et discipline.*

Art. 358. Aucun congé n'est accordé aux élèves des cours complémentaires.

Art. 359. Les maîtres inscrivent les absences dans le registre du cours.

Art. 360. Chaque semaine, le rapport d'absences établi sur un formulaire spécial est transmis au président de la commission scolaire du domicile des élèves, qui examine si l'excuse présentée pour justifier une absence peut être admise.

Une absence ne peut être excusée que si elle est due à un fait inattendu ou absolument exceptionnel.

Art. 361. Le président de la commission scolaire transmet immédiatement au préfet la liste des absences non justifiées.

Art. 362. Toute absence non justifiée est punie d'une amende d'un franc par heure manquée. En cas de récidive, l'amende peut être doublée.

Art. 363. En cas de non-paiement de l'amende dans le délai de vingt jours, ou en cas d'infractions répétées, les contrevenants sont passibles d'arrêts à raison de six heures par trois francs d'amende.

Art. 364. Les jeunes gens qui ne peuvent justifier leur absence à un examen obligatoire sont passibles de douze heures d'arrêts infligés par le préfet.

Art. 365. Le registre du cours renferme la matricule. L'instituteur inscrit en outre dans ce registre les absences des élèves et ses appréciations sur leur conduite et leur travail.

Art. 366. Les jeunes gens qui suivent les cours complémentaires sont astreints à une stricte discipline.

Art. 367. Les cas d'indiscipline sont déférés immédiatement par la commission scolaire au préfet qui inflige des arrêts proportionnés à la faute commise.

Les cas graves sont portés à la connaissance du Département.

Art. 368. Les arrêts infligés par le préfet sont subis dans un local fourni par la commune où le cours est donné.

Ils ont lieu de jour.

Art. 369. Les jeunes gens pourvoient à leur entretien pendant la durée des arrêts.

Art. 370. Pendant les arrêts, les jeunes gens sont astreints à des travaux écrits choisis par l'instituteur.

Art. 371. Les arrêts sont surveillés par une personne que désigne la commission scolaire. Les frais de cette surveillance sont à la charge de la commune.

#### CHAPITRE XIV.

##### Dispositions transitoires.

Art. 372. Dans les bâtiments construits avant le 15 avril 1931 l'appartement de l'instituteur peut avoir trois chambres. En cas de transformations apportées à ces bâtiments, l'appartement de l'instituteur sera aménagé conformément à l'article 198 du règlement.

Art. 373. Sont abrogés:

1. Le règlement du 15 février 1907 pour les écoles primaires, avec les modifications apportées par les arrêtés du 17 mai 1907, du 13 avril 1917, du 15 mai 1917 et du 8 février 1921.
2. L'arrêté du 18 mai 1911 concernant l'enseignement aux enfants arriérés.
3. L'arrêté du 8 juillet 1924 concernant l'assurance infantile.

Art. 374. Le présent règlement sera imprimé et publié pour être exécuté dès et y compris le 15 avril 1931.

- 
- 2. Arrêté sur la collaboration du personnel enseignant primaire à la Caisse cantonale vaudoise d'assurance infantile obligatoire. (Du 28 mars 1931.)**
-

## 2. Mittelschulen und Berufsschulen.

3. Arrêté modifiant les articles 71, 72, 72 bis, 72 ter, 81 et 82 du règlement général du 22 janvier 1909 pour les établissements d'instruction publique secondaire du canton de Vaud, modifié par l'arrêté du 2 juin 1914. (Du 8 décembre 1931.)

4. Arrêté modifiant l'article 19 du règlement de l'Ecole suisse de céramique, de Chavannes-Renens, du 6 mai 1926. (Du 19 décembre 1931.)

*Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud,*

Vu le préavis du Département de l'instruction publique et des cultes,

*arrête:*

Article premier. L'article 19, 1<sup>er</sup> alinéa, du règlement organique de l'Ecole suisse de céramique est modifié comme suit:

„L'apprentissage est de trois ans; l'âge d'admission est fixé à 15 ans au minimum et à 18 ans au maximum, dans l'année courante.“

Art. 2. Le Département de l'instruction publique et des cultes est chargé de l'exécution du présent arrêté.

## 3. Universität.

5. Règlement général de l'Université. (Du 8 mars 1918; mis au point en 1931.)

6. Faculté de Droit; Programme des examens. (Revisé en 1931.)

7. Règlement de l'école des Hautes Etudes commerciales. (Du 28 juillet 1931.)

8. Certificat d'études supérieures: Astronomie (Faculté des sciences). (Du juillet 1931.)

## 4. Lehrerschaft aller Stufen.

9. Loi modifiant la loi du 15 février 1922 sur les pensions de retraite du corps enseignant et du corps pastoral vaudois. (Du 11 mars 1931.)

*Le Grand Conseil du Canton de Vaud,*

Vu le projet de loi présenté par le Conseil d'Etat,

*décète:*

Article premier. L'article 5 de la loi du 15 février 1922 sur les pensions de retraite du corps enseignant et du corps pastoral vaudois est abrogé et remplacé par le suivant:

Article 5 nouveau: Toute personne au bénéfice de la présente loi est tenue, pendant son activité, de contribuer au coût des pensions:

1. par une retenue ordinaire égale au 7 % de son traitement;
2. en cas d'augmentation de traitement pour années de service, par une retenue extraordinaire égale au montant d'un semestre de la nouvelle augmentation.

Art. 2. Outre les sommes prévues à l'article 22 de la loi du 15 février 1922, le Conseil d'Etat est autorisé à verser au Fonds des pensions, par voie budgétaire, les sommes nécessaires pour combler les déficits annuels.

Art. 3. L'article 23 de la loi précitée est complété par l'alinéa suivant:

Une commission dans laquelle les membres du corps enseignant et du corps pastoral sont représentés, est constituée par les soins du Conseil d'Etat. Cette commission, présidée par le chef du Département de l'instruction publique et des cultes ou son suppléant, est composée de 7 à 9 membres. Elle est appelée à donner son avis dans les cas douteux et exceptionnels et chaque fois qu'elle en est requise par le chef du Département. Elle prend connaissance, chaque année, des comptes du Fonds des pensions. Un règlement spécial fixe ses attributions.

Art. 4. Le Conseil d'Etat est chargé de l'exécution de la présente loi qui entrera en vigueur le 1<sup>er</sup> juillet 1931.

## 10. Règlement sur les pensions de retraite du corps enseignant et du corps pastoral vaudois. (Du 17 juin 1931.)

### XXIII. Kanton Wallis.

#### 1. Primarschule.

I. Aus: **Lehrplan für die Volksschulen des Kantons Wallis.** (Vom 1. November 1931.)

##### *I. Zweck des Lehrplans.*

Der Lehrplan gibt den Lehrstoff an, der jährlich durchgenommen werden soll, und bezeichnet die vorgeschriebenen Lehrmittel.

In bezug auf den Lehrstoff enthält der Lehrplan die Forderungen, die im Durchschnitt an die Schulen von sechsmonatlicher Dauer gestellt werden. Bei günstigen Schulverhältnissen kann man über diese Forderungen hinausgehen. Bei ungünstigen Verhältnissen darf eine Verminderung des Lehrstoffes eintreten. Hiezu ist jedoch die Bewilligung des Schulinspektors notwendig.

## *II. Bemerkungen zum Unterricht in den einzelnen Fächern.*

### 1. Religion.

Der Religionsunterricht wird von den Pfarrgeistlichen und der Lehrerschaft erteilt. Lehrplan und Lehrgang werden von den kirchlichen Behörden vorgeschrieben. Auch der von der Pfarrgeistlichkeit erteilte Religionsunterricht ist in den ordentlichen Stundenplan aufzunehmen.

Der Lehrerschaft wird empfohlen, dem von den Geistlichen erteilten Religionsunterricht beizuwohnen.

Es ist nicht genug, die Kinder bloß den Text des Katechismus und der Biblischen Geschichte auswendig lernen zu lassen; der Lehrer soll ihnen durch kurze Wort- und Sacherklärung das Verständnis der religiösen Wahrheiten vermitteln.

### 2. Sprache.

1. **Sprechen.** Vom ersten Schuljahr an soll das Kind stufenweise in den richtigen Gebrauch der Schriftsprache eingeführt werden. Vom zweiten Schuljahr an darf die Mundart nur noch herbeigezogen werden, soweit sie zur Erklärung einzelner Ausdrücke und zur Belehrung über die richtige Aussprache und die Rechtschreibung notwendig ist.

Auf der Unterstufe ist die mündliche Sprachübung — der Anschauungsunterricht — ausgiebig zu pflegen. Man wähle hiezu Stoffe aus dem Anschauungs- und Lebenskreise des Kindes. Wenn immer möglich, sollen die Gegenstände selbst, sonst aber gute Abbildungen vorgeführt werden.

Der Lehrer befleisse sich einer reinen Aussprache und einer richtigen Satzbildung. Die Schüler sollen stets in ganzen Sätzen antworten. Auf der Oberstufe verlange man zusammenhängende Wiederholung des behandelten Stoffes mit eigenen Worten.

2. **Lesen.** Das Lesen soll nach der verbesserten Schreibmethode gelehrt werden. Die veralteten Buchstabier- und Lautiermethoden sind vom Unterricht ausgeschlossen.

In jeder Schule soll ein Leseapparat mit einer genügenden Anzahl von Buchstaben vorhanden sein.

Auf der Unterstufe ist vorzüglich das lautrichtige, auf der Mit-

telstufe das sinnrichtige, auf der Oberstufe das ausdrucksvolle Lesen zu üben.

3. **Schreiben.** Die ersten Schreibübungen werden mit dem Leseunterricht verbunden. Vom zweiten Schuljahr an werden die schriftlichen Arbeiten mit guter, schwarzer Tinte in Hefte eingetragen. Vom vierten Schuljahr an haben die Schüler nebst dem Schönschriftheft besondere Hefte für die Sprachlehr- und Aufsatzaufgaben. Die sogenannten Reinhefte sind untersagt. Alle schriftlichen Aufgaben sind zu datieren.

Bis zum vierten Schuljahr wird ausschließlich Frakturasschrift geschrieben. Vom vierten Schuljahr an ist auch die Antiquasschrift zu üben.

Der Lehrer verbessere gewissenhaft und genau alle schriftlichen Arbeiten. Die Verbesserung geschehe mit roter Tinte unter Anwendung von bestimmten Zeichen für die verschiedenen Arten von Fehlern (Inhalt, Rechtschreibung, Schönschrift).

4. **Aufsatz.** Im zweiten Schuljahr schreiben die Kinder zuerst aus dem Schulbuch ab. Dann folgt Aufschreiben aus dem Gedächtnis. Im dritten Schuljahr kommt Niederschreiben nach Diktat dazu.

Der eigentliche Aufsatz beginnt im vierten Schuljahr. Von da an soll er oft und fleißig geübt werden. Der Stoff zu den Aufsätzen ist vor allem dem Leben und der Umgebung des Kindes zu entnehmen, dann aber auch dem Schulbuch und dem gesamten Schulunterricht. Die Kinder sollen in der Anfertigung des Aufsatzes von Stufe zu Stufe selbständiger und freier werden. Daher ist auf der Oberstufe besonders der freie Aufsatz zu üben.

5. **Sprachlehre.** Im Sprachlehrunterricht beachte man stets den Grundsatz: Zuerst die Sache, dann die Regel. Es empfiehlt sich, die Beispiele (Wörter oder Sätze), durch die man die Regel erklärt, an die Wandtafel zu schreiben. Das Ergebnis der Erklärung ist die Regel. Diese wird stets in dem Wortlaut ausgedrückt und eingeschärft, der im Schulbuch steht. Nur auf diese Weise wird es gelingen, in den Sprachlehrunterricht jene Einheit und Gleichförmigkeit zu bringen, von der zum großen Teil der Erfolg dieses Unterrichtes abhängt. Um diese so überaus wichtige Gleichförmigkeit zu fördern, sind die Regeln in den Schulbüchern der verschiedenen Stufen mit genau den gleichen Worten ausgedrückt.

### 3. Rechnen.

Der Rechenunterricht schreite langsam, stufenmäßig und lückenlos voran. Er gehe von der Anschauung aus und vermittele vor allem einen klaren Begriff der Zahlen.

Jede Schule soll einen Zählrahmen und eine Sammlung geometrischer Figuren besitzen. Münzen, Maße und Gewichte werden den Kindern in Wirklichkeit vorgezeigt.

Auf der Oberstufe sind einzelne Musteraufgaben mit Tinte in ein besonderes Heft einzutragen. Die Lösung der Aufgaben soll übersichtlich und sauber angestellt sein. Die Ausrechnung ist im Hefte selbst zu machen.

#### 4. Vaterlandskunde.

Die Orts- und Heimatkunde schließt sich der Zeit und der Methode nach enge an den Anschauungsunterricht an. Die ersten geographischen Vorstellungen werden durch Beobachtung im Freien, durch Anschauung der engern Heimat erworben. Neue Vorstellungen werden vermittelt durch Bilder (Ansichtskarten, Photographien), Reliefs, Karten, Globus, etc.

In jeder Schule sollen sich vorfinden: ein Gemeindeplan, eine Walliser Karte, eine Schweizer Karte, eine Europakarte und ein Erdglobus. Ferner sind zur Anschaffung empfohlen: das Blatt der Gemeinde aus dem Siegfried-Atlas (1:25,000), ein Sandrelief, ein Tellurium, eine Karte des Hl. Landes.

Der Geschichtsunterricht wird eingeleitet durch Einzelbilder (in Form von Erzählungen, Beschreibungen etc.) aus den verschiedenen Zeitabschnitten. Nachdem eine Reihe Einzelbilder behandelt worden ist, wird der Stoff übersichtlich zusammengefaßt. Auf der Oberstufe wird man der Reihenfolge und dem Zusammenhang der geschichtlichen Ereignisse besondere Aufmerksamkeit schenken. Zur Veranschaulichung dienen gute Bilder, Besuch von Museen, historischen Orten und vaterländischen Festen.

Der Unterricht in der Verfassungskunde wird im Anschluß an den Geschichtsunterricht und an Vorgänge im öffentlichen Leben erteilt.

Gedankenloses Auswendiglernen des Lehrbuches ist unbedingt zu vermeiden.

Mit der Vaterlandskunde verbinde der Lehrer eine einfache, der Fassungskraft des Kindes entsprechende Naturkunde, wobei die einheimischen Pflanzen, Tiere und Mineralien und die bekanntesten Naturerscheinungen behandelt werden. Es kann dem Lehrer nicht genug empfohlen werden, eine Sammlung von Pflanzen, Steinen und andern zur Naturkunde dienlichen Gegenständen anzulegen und sie stets zu mehren, wozu er auch die Mithilfe der Kinder in Anspruch nehmen kann.

#### 5. Zeichnen.

In den drei ersten Schuljahren steht das Zeichnen im Dienste

des Anschauungsunterrichts. Vom vierten Schuljahr an tritt es als selbständiges Fach auf.

Durch den Zeichenunterricht sollen Auge, Hand, Verstand und Herz des Schülers ausgebildet werden. Das Auge muß geübt werden im genauen Sehen, die Hand im richtigen Nachbilden des Geschauten, der Verstand im klaren Denken. Im Herzen soll Freude am Schönen in Natur und Kunst wachgerufen werden.

Im Zeichenunterricht sollen nicht Vorlagen nachgebildet, sondern wirkliche Gegenstände abgebildet werden. Es ist vor allem das Freihandzeichnen zu pflegen. Für die Mädchen ist auf die bei den Handarbeiten vorkommenden Muster Rücksicht zu nehmen.

#### 6. G e s a n g .

Der Notengesang beginnt mit dem vierten Schuljahr und ist in allen folgenden Schuljahren fortlaufend zu pflegen. Für den theoretischen Unterricht benütze der Lehrer die Wandtafel und die Übungen im Gesangbuche.

Auf allen Stufen ist der Stimmbildung, der Treffsicherheit und der guten Aussprache des Textes volle Aufmerksamkeit zu schenken. Der Inhalt der Liedertexte soll den Kindern erklärt werden. Dies kann auch im Sprachunterricht geschehen. Die Kinder sollen sowohl Text als Melodie auswendig lernen.

Es müssen wenigstens jene Lieder geübt werden, die jährlich vom Erziehungsamt bestimmt werden.

#### 7. T u r n e n .

Das Turnen beginnt mit dem vierten Schuljahr. Es soll eine Steigerung der Übungen nach der Altersstufe der Kinder stattfinden.

Der Unterricht wird nach der Anleitung der eidgenössischen Turnschule erteilt.

#### 8. H a n d a r b e i t f ü r d i e M ä d c h e n .

Der Unterricht soll die in der bürgerlichen Haushaltung vorkommenden Handarbeiten umfassen. Man achte nicht so sehr auf die Menge, als vielmehr auf die genaue Ausführung der Arbeit. Daher muß der Unterricht methodisch sein, indem man nicht nur in genauer Stufenfolge vom Leichten zum Schweren fortschreitet, sondern auch die zum Verständnis nötigen Erklärungen erteilt und neben Auge und Hand auch das Denkvermögen übt.

Es ist von Anfang an auf das selbständige Ausführen der Arbeit ein besonderes Augenmerk zu richten. Die in der Schule anzufertigenden Arbeiten stehen ganz und ausschließlich unter der Anordnung und Leitung der Lehrerin.

Nur fähigere Schülerinnen werden mit Nebenarbeiten beschäftigt. Zu solchen eignen sich Arbeiten, deren Anfertigung die Schülerin schon erlernt hat.

Die Arbeitsschule darf keine Unterhaltung sein. Man Sorge daher für gute Disziplin.

### VI. Einteilung der wöchentlichen Schulzeit.<sup>1)</sup>

| Fächer                                                         | Stundenzahl  |    |              |    |              |    |              |    |              |    |              |    |              |    |              |    |
|----------------------------------------------------------------|--------------|----|--------------|----|--------------|----|--------------|----|--------------|----|--------------|----|--------------|----|--------------|----|
|                                                                | 1. Schuljahr |    | 2. Schuljahr |    | 3. Schuljahr |    | 4. Schuljahr |    | 5. Schuljahr |    | 6. Schuljahr |    | 7. Schuljahr |    | 8. Schuljahr |    |
|                                                                | K.           | M. |
| 1. Religion . . . . .                                          | 3            | 3  | 3            | 3  | 3            | 3  | 3            | 3  | 3            | 3  | 3            | 3  | 3            | 3  | 3            | 3  |
| 2. Anschauungs-<br>unterricht . . . . .                        | 5            | 5  | 5            | 5  | 5            | 5  | —            | —  | —            | —  | —            | —  | —            | —  | —            | —  |
| 3. Sprachlehre . . . . .                                       | —            | —  | —            | —  | —            | —  | 2            | 2  | 2            | 2  | 2            | 2  | 2            | 2  | 2            | 2  |
| 4. Aufsatz . . . . .                                           | —            | —  | —            | —  | —            | —  | 4            | 4  | 4            | 4  | 5            | 5  | 5            | 5  | 5            | 5  |
| 5. Lesen . . . . .                                             | 4            | 4  | 4            | 4  | 4            | 4  | 2            | 2  | 2            | 2  | 1            | 1  | 1            | 1  | 1            | 1  |
| 6. Schreiben . . . . .                                         | 3            | 2  | 3            | 2  | 3            | 2  | 2            | 2  | 2            | 2  | 1            | 1  | 1            | 1  | 1            | 1  |
| 7. Rechnen . . . . .                                           | 6            | 4  | 6            | 4  | 6            | 4  | 6            | 5  | 6            | 5  | 7            | 6  | 7            | 6  | 7            | 6  |
| 8. Geographie und<br>Naturkunde . . . . .                      | —            | —  | —            | —  | —            | —  | 4            | 3  | 4            | 3  | 4            | 3  | 4            | 3  | 4            | 3  |
| 9. Geschichte und<br>Verfassungskunde . . . . .                | —            | —  | —            | —  | —            | —  | 3            | 2  | 3            | 2  | 3            | 2  | 3            | 2  | 3            | 2  |
| 10. Zeichnen . . . . .                                         | 2            | —  | 2            | —  | 2            | —  | 2            | —  | 2            | —  | 2            | —  | 2            | —  | 2            | —  |
| 11. Gesang . . . . .                                           | 1            | 1  | 1            | 1  | 1            | 1  | 1            | 1  | 1            | 1  | 1            | 1  | 1            | 1  | 1            | 1  |
| 12. Turnen . . . . .                                           | 1            | —  | 1            | —  | 1            | —  | 1            | —  | 1            | —  | 1            | —  | 1            | —  | 1            | —  |
| 13. Handarbeit,<br>Zeichnen und<br>Haushaltungskunde . . . . . | —            | 6  | —            | 6  | —            | 6  | —            | 6  | —            | 6  | —            | 6  | —            | 6  | —            | 6  |
| Im ganzen                                                      | 25           | 25 | 25           | 25 | 25           | 25 | 30           | 30 | 30           | 30 | 30           | 30 | 30           | 30 | 30           | 30 |

### VII. Aus: Übergangsbestimmungen.

4. Dieser Lehrplan tritt im Schuljahr 1931/32 in Kraft.

## 2. Fortbildungsschule.

2. Programme des cours complémentaires. (Du 9 novembre 1931.)

<sup>1)</sup> Abänderungen dürfen nur mit der ausdrücklichen Erlaubnis des Schulinspektors geschehen.

## XXIV. Kanton Neuenburg.

### 1. Primarschule.

1. Décret autorisant les communes à prolonger la scolarité obligatoire. (Du 1<sup>er</sup> décembre 1931.) [Für das Schuljahr 1932/33 gültig.]

### 2. Universität.

2. Arrêté portant revision à titre temporaire, des articles 5, 6, 94 à 115, 144 et 150 du règlement des examens de l'Université de Neuchâtel du 9 janvier 1925. (Du 14 juillet 1931.)

### 3. Lehrerschaft aller Stufen.

3. Loi portant revision des articles 8, 9, premier alinéa, et 12, litt. B, chiffre 1, de la loi portant création d'un Fonds spécial en vue de la constitution du Fonds scolaire de prévoyance et de retraite du personnel de l'enseignement secondaire, professionnel et supérieur. (Du 21 avril 1931.)

*Le Grand Conseil  
de la République et Canton de Neuchâtel,*

Sur la proposition du Conseil d'Etat et d'une Commission spéciale,

*Décète:*

Article premier. L'article 8 et le premier alinéa de l'article 9 de la loi portant création d'un Fonds spécial en vue de la constitution du Fonds scolaire de prévoyance et de retraite du personnel de l'enseignement secondaire, professionnel et supérieur, sont abrogés et remplacés par les dispositions suivantes:

Art. 8. Les cotisations des membres des corps enseignants intéressés sont de 4 % de leurs traitements. Les cotisations sont payables par fractions mensuelles égales; elles sont retenues sur les traitements des assurés par les soins de l'autorité qui effectue le paiement de ces traitements.

Il sera prélevé durant deux exercices, dès l'entrée en vigueur de la présente loi, une cotisation supplémentaire de 1 % des traitements. La cotisation supplémentaire est payable dans les mêmes conditions que la cotisation ordinaire.

Art. 9, 1<sup>er</sup> alinéa. Les prestations de l'Etat et des Communes sont au total de 6 % de l'ensemble des traitements des membres du Fonds.

Art. 2. Le chiffre 1, litt. B, de l'article 12 de la loi portant création d'un Fonds spécial en vue de la constitution du Fonds scolaire de prévoyance et de retraite du personnel de l'enseigne-

ment secondaire, professionnel et supérieur est abrogé et remplacé par le suivant:

1. a) à la veuve d'un assuré décédé en activité de services, une pension pouvant s'élever, suivant les années de services, au 25 % du traitement que touchait le mari. Cette pension ne pourra pas dépasser fr. 2400.—;
- b) à la veuve d'un retraité, jusqu'à son décès ou son remariage, une pension égale au 50 % de celle que touchait son mari, à la condition que le mariage ait été conclu avant que le mari fût au bénéfice d'une rente d'invalidité.

Dans tous les cas, la rente accordée à la veuve ne sera pas inférieure à fr. 1200.—.

Art. 3. La présente loi déploiera ses effets à partir du premier janvier 1931. Elle est applicable aux veuves mises au bénéfice d'une pension dès le premier juillet 1930. Les rentes accordées antérieurement et inférieures à fr. 1200.— pourront être augmentées par le Conseil d'Etat.

Art. 4. Le Conseil d'Etat est chargé de pourvoir, s'il y a lieu, après les formalités du referendum, à la promulgation et à l'exécution de la présente loi.

## XXV. Kanton Genf.

### 1. Mittelschulen und Berufsschulen.

#### 1. Ecolé secondaire et supérieure des jeunes filles. Règlement de l'examen de maturité [Section réelle moderne]. (Du 6 juin 1931.)

Article premier. Il est institué dans la section réelle moderne de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles, un examen de maturité portant sur le programme de cette section, sous réserve des dispositions spéciales concernant les élèves régulières fixées aux articles 18 et suivants.

Cet examen est conçu de façon à constituer une enquête générale sur les connaissances et le degré de maturité intellectuelle de la candidate.

Art. 2. L'examen de maturité a lieu chaque année dans la deuxième quinzaine de juin. Un avis officiel indique au moins quinze jours à l'avance la date exacte de l'examen.

L'inscription est close une semaine avant l'examen. Il ne peut être dérogé à cette règle que dans des cas spéciaux et par décision du Département.

Art. 3. Est admise à s'inscrire:

- a) toute élève régulière qui a suivi durant une année au moins

les cours de la classe supérieure de la section réelle moderne de l'École secondaire et supérieure des jeunes filles;

b) toute autre personne âgée d'au moins 18 ans révolus.

Art. 4. La taxe d'inscription (non restituée en cas d'échec) est de fr. 10.— pour les candidates qui terminent l'année en qualité d'élève régulière, et de fr. 100.— pour les autres candidates.

Toute demande d'exonération ou de réduction doit être adressée au Département de l'Instruction publique avant la clôture de l'inscription.

Art. 5. L'examen porte sur les disciplines suivantes:

1. Français; 2. allemand; 3. anglais; 4. italien; 5. mathématiques; 6. histoire; 7. géographie; 8. sciences naturelles; 9. physique; 10. chimie; 11. dessin.

Art. 6. Le certificat de maturité réelle moderne donne droit à l'immatriculation dans la Faculté des sciences de l'Université de Genève, ainsi que dans la Faculté des sciences économiques et sociales et dans la Faculté des lettres (section des sciences morales). Il donne également droit, à titre provisoire, à l'admission sans examen à l'École polytechnique fédérale.

Art. 7. Pour les langues et les mathématiques, l'examen comprend des épreuves écrites et orales.

Pour les autres matières, excepté le dessin, l'examen est oral.

Art. 8. Pour les langues, l'examen oral comprend:

- a) La traduction et l'explication d'un texte<sup>1)</sup> et
- b) l'exposé d'un sujet littéraire; aux examens de langues modernes, cet exposé se fait dans la langue de l'examen.

Art. 9. L'examen écrit comporte:

Pour le français: une composition.

Pour l'allemand, l'italien et l'anglais: un thème et une composition.

Pour les mathématiques: la solution de quelques problèmes.

Art. 10. Les examens de maturité se font devant un jury nommé par le Département.

Font de droit partie de ce jury: le directeur et les maîtres chargés de l'enseignement des disciplines, sur lesquelles porte l'examen, dans la dernière classe où elles figurent au programme. Le maître fonctionne comme examinateur à l'examen oral.

Art. 11. Les questions d'examen écrit sont soumises à l'avance au juré qui a le droit d'en proposer la modification.

<sup>1)</sup> Consulter la liste, publiée à part, des œuvres dans lesquelles seront choisis les textes à traduire et à expliquer aux examens oraux de français, d'allemand, d'italien et d'anglais.

Art. 12. Dans chaque examen écrit, les candidates traitent la même question. Pour la composition française, allemande, anglaise et italienne cependant, chaque candidate a le choix entre trois sujets proposés.

Art. 13. Pour mériter le certificat de maturité, la candidate doit obtenir (la note maximum étant 6):

1. Le total 18 (sur 30) pour les 5 disciplines: français, allemand, anglais, italien, mathématiques;
2. le total 22 (sur 36) pour les autres disciplines.

Le certificat sera refusé à la candidate qui n'obtient pas la moyenne 3 pour le français.

Le certificat sera refusé à la candidate qui obtiendra, pour les disciplines autres que le dessin:

- Une note 1 (c'est-à-dire une moyenne inférieure à 1,50),
- Deux notes 2 (c'est-à-dire moyennes comprises entre 1,50 et 2,49),
- Deux notes 3 (c'est-à-dire moyennes comprises entre 2,50 et 3,49) et une note 2,
- Quatre notes 3.

Art. 14. Toute fraude ou tentative entraîne l'annulation de l'examen de maturité.

Art. 15. Le certificat de maturité indique:

- a) les noms, prénoms, lieu d'origine et date de naissance de la diplômée;
- b) le temps qu'elle a passé à l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles en qualité d'élève régulière, avec la date de son entrée et de sa sortie;
- c) les résultats, exprimés en chiffres, pour chaque discipline.

Le certificat porte, en outre la mention „très bien“ si la diplômée a obtenu au moins les  $\frac{7}{8}$  du maximum total; la mention „bien“ si la somme des notes est comprise entre les  $\frac{3}{4}$  et les  $\frac{7}{8}$  de ce maximum; dans les autres cas, la mention „suffisant“.

Le certificat est signé par le Président du Département de l'Instruction publique et par le Directeur.

Art. 16. La candidate dont l'examen n'est pas admis est, lors d'une session suivante, dispensée des épreuves dans les disciplines où elle a obtenu au moins la note 5 (c'est-à-dire une moyenne égale ou supérieure à 4,50).

Elle est autorisée à se présenter à une session spéciale qui a lieu dans le premier trimestre de l'année civile. Le diplôme obtenu dans cette session ne confère pas le droit d'admission à l'Ecole polytechnique fédérale.

Art. 17. Dans la règle, on ne peut se présenter que deux fois à l'examen de maturité. Dans des cas exceptionnels, le Département peut autoriser une candidate à se présenter une troisième et dernière fois. Dans ce cas, les chiffres obtenus dans les deux premières sessions sont annulés et la candidate doit subir à nouveau l'examen entier, dans les mêmes conditions que les personnes étrangères à l'École.

*Disposition spéciales aux élèves régulières.*

Art. 18. Les élèves régulières de la dernière classe sont dispensées d'une partie des examens.

Elles subissent des examens oraux et des examens écrits sur les branches suivantes: français, allemand, anglais, italien, mathématiques.

Art. 19. Pour les élèves régulières de la classe supérieures, les examens portent seulement sur le programme effectivement parcouru dans cette classe, sauf en ce qui concerne, dans les examens de langues, l'explication des textes. Les dites élèves régulières ont le droit de faire, à la fin de la deuxième classe, les examens de thème allemand et de sciences naturelles.

Art. 20. Pour les élèves régulières, la note définitive est constituée, dans les disciplines à examen, pour une moitié par la note annuelle et pour une moitié par la note d'examen. Pour les autres disciplines, la note de maturité est constituée par la note annuelle obtenue dans la dernière classe où chacune de ces matières a été enseignée.

---

## **2. Ecole supérieure de commerce. Règlement des examens de diplôme.**

(Approuvé par le Conseil d'Etat, le 30 juin 1931.)

Article premier. A la fin de la troisième année les élèves réguliers subissent, en vue de l'obtention du diplôme, des examens sur les branches désignées à l'art. 59 du règlement organique, soit le français et les langues étrangères, les mathématiques, la comptabilité et la sténographie.

Art. 2. Les examens sont écrits pour le français, les mathématiques, la comptabilité et la sténographie. Ils sont écrits et oraux pour l'allemand, l'anglais, l'italien et l'espagnol.

Art. 3. Les examens ont lieu dans la deuxième quinzaine de juin. La Conférence des maîtres peut, sur le préavis du directeur, ajourner à la rentrée des classes les examens d'un élève ayant donné lieu à des plaintes graves ou répétées concernant sa conduite ou sa régularité. Les élèves dont les examens ont été ajournés ne sont pas autorisés à les repasser en cas d'insuccès.

Art. 4. Les examens se font devant un jury nommé par le Département de l'Instruction publique. Font de droit partie de ce jury, le directeur et, pour chaque branche, le professeur qui l'enseigne dans la troisième année. Ce dernier fonctionne comme examinateur.

Art. 5. Les questions de l'examen écrit sont préparées pour chaque branche par le professeur qui l'enseigne dans la dernière classe; vingt-quatre heures au plus avant l'examen, ces questions sont soumises au jury, qui a le droit de les modifier et d'en ajouter d'autres dans les limites du programme.

Art. 6. L'examen écrit de français consiste en une composition pour laquelle il est proposé aux élèves trois sujets au choix. Pour les langues étrangères, l'examen écrit comporte en tout cas un thème et une rédaction, l'un des deux au moins étant une lettre de commerce. Il peut y être ajouté une dictée et une version. Les élèves ne peuvent se servir que de livres autorisés par le jury.

Art. 7. Les examens écrits se font sous la surveillance d'une personne désignée par le directeur.

Art. 8. Pour les examens oraux, les élèves tirent au sort leur question; avant d'être interrogés, ils peuvent demander d'en tirer une seconde, mais dans ce cas leur note est réduite aux deux tiers du chiffre auquel ils auraient eu droit par leur réponse.

Art. 9. Pour les langues étrangères, l'examen oral comprend la lecture et la traduction d'un texte, suivies d'une interrogation dans la langue étrangère.

Art. 10. Les textes donnés aux examens ne doivent pas avoir été expliqués en classe durant l'année scolaire.

Art. 11. Pour aucune branche, les élèves ne doivent avoir eu connaissance de la liste des questions qui seront posées.

Art. 12. Toute fraude ou tentative de fraude entraîne l'annulation de tous les examens et l'interdiction de se présenter à une nouvelle session.

Art. 13. Le jury apprécie chaque examen par des chiffres allant de 0 à 6. Lorsque l'examen comporte une épreuve écrite et une épreuve orale, la note de l'examen est constituée par la moyenne des deux notes.

Art. 14. Le calcul des moyennes de chaque branche s'établit comme suit:

Pour le français, les langues étrangères, les mathématiques, la comptabilité et la sténographie, il est établi une moyenne de travail par semestre d'après les notes mensuelles; la moyenne du second semestre est doublée pour l'établissement de la moyenne annuelle. La note définitive s'obtient en combinant cette moyenne

annuelle avec la note d'examen, cette dernière intervenant pour un tiers dans le calcul de la moyenne définitive de chaque branche.

Pour les branches dans lesquelles il ne se fait pas d'examen, la note définitive est constituée par la moyenne de tous les chiffres mensuels de l'année entière.

Art. 15. Les diplômes sont classés, dans chaque classe, par ordre de mérite suivant la moyenne générale (non compris la note de conduite) de chaque élève; la moyenne obtenue par chaque élève pour les branches facultatives et les branches supplémentaires n'entre dans le calcul de la moyenne générale que si elle est susceptible de l'élever.

Art. 16. A droit à un diplôme avec „mention spéciale“, l'élève qui a obtenu une moyenne générale égale ou supérieure à 5 pour la conduite, ainsi que pour l'ensemble des branches, sans descendre au-dessous de 3 pour aucune branche.

Art. 17. Un diplôme sans mention spéciale est décerné à tout élève sortant avec une moyenne de conduite égale ou supérieure à 5 et une moyenne générale comprise entre 4 et 5, sans avoir une moyenne inférieure à 3 pour aucune branche.

Art. 18. L'élève qui, à la fin de la troisième année, n'a pas obtenu le diplôme peut demander à subir à nouveau des examens à la rentrée des classes. Dans ce cas, il doit refaire tous les examens prévus à l'art. 59 du règlement organique et il peut en outre demander à subir des examens dans trois autres branches au plus pour lesquelles la moyenne de ses chiffres annuels serait insuffisante. Si cette moyenne est inférieure à 3 pour plus de trois branches, l'élève n'est pas autorisé à subir de nouveaux examens.

L'élève auquel le diplôme a été refusé pour une note de conduite insuffisante n'est pas autorisé à refaire des examens.

Art. 19. Le résultat des examens de diplôme refaits à la rentrée des classes intervient pour un tiers dans le calcul des moyennes de chaque branche, la note annuelle de travail étant établie conformément aux prescriptions de l'art. 14.

L'élève qui n'obtient pas le diplôme à la suite des examens subis à la rentrée des classes n'est autorisé à se présenter à de nouveaux examens qu'après avoir suivi pendant une nouvelle année scolaire l'enseignement complet de la classe de troisième année.

Art. 20. Les diplômes sont délivrés en séance publique à la fin de l'année scolaire. Ils sont revêtus des signatures du président du Département de l'instruction publique et du directeur.

---

**3. Règlement intérieur de l'Ecole cantonale d'horticulture, de culture maraîchère et de viticulture et des Cours agricoles. (Du 20 mars 1931.)**

**2. Universität.**

**4. Règlement de l'Université de Genève. Approuvé par le Conseil d'état. (Arrêté du 17 mars 1931.)**

Chapitre premier.

DISPOSITIONS GÉNÉRALES.

*I. Enseignement.*

Article premier. L'Université comprend:

Une Faculté des Sciences;

Une Faculté des Lettres;

Une Faculté des Sciences économiques et sociales;

Une Faculté de Droit;

Une Faculté de Médecine;

Une Faculté autonome de Théologie protestante, rattachée à l'Université et soumise à la loi sur l'instruction publique.

De la Faculté des Lettres dépend un Séminaire de français moderne.

Est en outre rattaché à la Faculté des Lettres, en application d'un règlement particulier, l'Institut des sciences de l'éducation (Institut J.-J. Rousseau).

A la Faculté des Sciences économiques et sociales est rattaché un Institut des hautes études commerciales.

A la Faculté de Médecine est rattaché un Institut dentaire.

Art. 2. L'enseignement est réparti en deux semestres, qui constituent l'année universitaire.

Le semestre d'hiver s'ouvre le 15 octobre. Les dix premiers jours sont consacrés aux examens. Les cours commencent le 25 octobre et se terminent le 22 mars.

Le semestre d'été commence le 8 avril et finit le 15 juillet.

Les dix derniers jours de ce semestre sont consacrés aux examens.

Les cours ne sont interrompus que les jours fériés, ainsi qu'aux fêtes de Noël, du 23 décembre au 4 janvier inclusivement, et aux fêtes de Pâques, du Vendredi-Saint au lundi de Pâques inclusivement.

Art. 3. Les programmes des cours, préparés par chaque Faculté, sont soumis à l'examen du Sénat dans la première quinzaine de mai pour le semestre d'hiver et dans la seconde quinzaine

de décembre pour le semestre d'été. Ils sont aussitôt après transmis au Département de l'Instruction publique qui les arrête définitivement.

L'horaire des leçons est arrêté par le Bureau du Sénat pour chaque semestre.

Art. 4. L'Université est dirigée par le Recteur et chaque Faculté par un Doyen.

Le Bureau du Sénat universitaire est composé: du Recteur, du Vice-Recteur, d'un Secrétaire et des Doyens des Facultés.

Le Règlement intérieur détermine les obligations des professeurs et des privat-docents. Il est soumis à l'approbation du Conseil d'Etat.

Art. 5. Les salles de l'Université sont réservées à l'enseignement des professeurs et des privat-docents. Elles ne peuvent servir à d'autres usages qu'avec l'autorisation du Département.

Art. 6. Les cours de l'Université sont suivis par des étudiants et par des auditeurs.

Les personnes qui veulent être immatriculés comme étudiants doivent s'adresser au Secrétaire de l'Université, en désignant la Faculté dans laquelle elles désirent être inscrites et en déposant leurs titres.

Ces titres sont soumis au Doyen de la Faculté, lequel, en se conformant aux prescriptions de l'article 7, accorde ou refuse l'immatriculation du candidat.

En cas de réclamation, le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue définitivement.

## *II. Conditions d'admission.*

Art. 7. Les conditions d'admission sont les suivantes:

Sont admis à l'immatriculation comme étudiants:

a) Dans la Faculté des Sciences:

1. Les personnes qui ont obtenu le certificat de maturité de l'une des sections du Gymnase de Genève.
2. Les personnes qui, par des certificats ou des diplômes, justifient d'études équivalentes. Le Bureau du Sénat, sur le préavis de la Faculté, statue sur l'équivalence.

b) Dans la Faculté des Lettres:

1. Les personnes qui ont obtenu le certificat de maturité de l'une des sections du Gymnase de Genève.
2. Les personnes qui, par des certificats ou des diplômes, justifient d'études équivalentes. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue sur l'équivalence.

c) Dans la Faculté des Sciences économiques et sociales:

1. Les porteurs du certificat de maturité de l'une des sections du Collège de Genève.
2. Les porteurs du certificat de maturité de l'Ecole supérieure de Commerce de Genève.
3. Les diplômés des Ecoles normales suisses reconnues par l'Etat.
4. Les personnes qui, par des certificats ou des diplômes, justifient d'études jugées équivalentes. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue sur les équivalences.

d) Dans la Faculté de Droit:

1. Les personnes qui ont obtenu le certificat de maturité de la Section classique ou de la Section réelle du Gymnase de Genève.
2. Les bacheliers ès lettres de l'Université de Genève.
3. Les personnes qui, par des certificats ou des diplômes, justifient d'études équivalentes. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue sur l'équivalence.

e) Dans la Faculté de Médecine:

1. Les personnes qui ont obtenu le certificat de maturité de l'une des sections du Gymnase de Genève.
2. Les bacheliers ès lettres et les licenciés ès sciences de l'Université de Genève.
3. Les personnes qui ont obtenu la maturité fédérale.
4. Les personnes qui, par des certificats ou des diplômes, justifient d'études jugées équivalentes. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue sur les équivalences.

f) Dans la Faculté de Théologie:

1. Les personnes qui ont obtenu le certificat de maturité de la Section classique ou de la Section réelle du Gymnase de Genève.
2. Les bacheliers ès lettres de l'Université de Genève.
3. Les personnes qui, par des certificats ou des diplômes, justifient d'études équivalentes. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue sur l'équivalence.

Art. 8. Peuvent suivre les cours comme auditeurs, dans toutes les Facultés, sans qu'aucun titre soit réclamé pour leur inscription, les personnes âgées de dix-huites ans accomplis.

Les auditeurs ne peuvent postuler ni grade ni diplôme.

### *III. Etudiants et auditeurs.*

Art. 9. Sous réserve des dispositions édictées par le Règlement de chaque Faculté, les étudiants et les auditeurs sont libres de choisir les cours et les exercices pratiques qu'ils veulent suivre.

Les étudiants immatriculés dans une Faculté peuvent s'inscrire pour les cours d'une autre Faculté.

Toutefois, sauf autorisation spéciale du professeur, les cliniques et les cours pratiques de la Faculté de Médecine ne sont accessibles qu'aux personnes qui justifient d'études médicales régulières.

Art. 10. Les étudiants et les auditeurs doivent, dans les trois premières semaines après l'ouverture des cours de chaque semestre, prendre une inscription pour chacun des cours ou des exercices pratiques qu'ils se proposent de suivre, et payer les rétributions fixées aux art. 33, 34, 36 et 37. Les étudiants qui n'auront pas payé les rétributions universitaires dans ce délai auront à payer une surtaxe de fr. 5.— au profit de la caisse du Sénat.

Un livret d'études est remis aux étudiants et aux auditeurs par le Caissier-comptable de l'Université. Ce livret doit être signé chaque semestre par tous les professeurs ou privat-docents dont l'étudiant ou l'auditeur suit les cours, puis par le Doyen de la Faculté et par le Recteur.

Art. 11. Tout étudiant précédemment immatriculé cesse de figurer sur les rôles s'il n'est inscrit pour aucun cours ou exercice pratique. L'étudiant qui a annoncé au Doyen son intention de subir un prochain examen a, même s'il n'est inscrit pour aucun cours ou exercice pratique, l'obligation de payer les taxes de bibliothèque et d'assurance. Il peut toujours, après une interruption, se faire réintégrer régulièrement dans le registre des étudiants sans autre formalité.

Art. 12. Quand les listes des étudiants et des auditeurs ont été dressées par le Secrétaire de l'Université, le Recteur les fait contrôler par les Doyens et les adresse au Département.

Art. 13. Les étudiants et les auditeurs sont soumis à la discipline universitaire conformément aux règles suivantes:

- a) Chaque professeur a la police de son auditoire; il peut exclure de sa leçon tout élève qui troublerait l'ordre; il peut prolonger cette exclusion jusqu'à la décision du Recteur, qu'il doit, dans ce cas, informer immédiatement.
- b) Le Recteur, ainsi que le Doyen, peuvent faire comparaître devant eux tout élève pour lui adresser, selon le cas, des observations ou des réprimandes.
- c) Le Recteur peut, en outre, exclure de certains cours et même de tous les cours universitaires, pendant un mois au plus, un élève qui aurait donné des sujets de plainte.
- d) Si le Recteur estime qu'il y ait lieu d'infliger une peine plus grave, il doit en référer au Bureau de l'Université, qui peut prononcer contre cet élève, soit séparément, soit conjointement:

1. L'exclusion des cours universitaires pour un terme qui ne pourra dépasser une année;
2. L'ajournement de l'époque à laquelle il pourra subir ses examens.

Les peines prononcées par le Bureau sont immédiatement soumises à la sanction du Département.

- e) Le Bureau peut, en outre, demander au Département qu'un élève soit définitivement exclu de l'Université.

Art. 14. Le port des armes est interdit dans les bâtiments universitaires.

Art. 15. Il est délivré aux étudiants qui en font la demande:

1. Pendant la durée de leurs études, des certificats d'inscription signés par le Recteur.
2. A leur sortie de l'Université, des certificats d'exmatriculation signés par le Recteur et le Doyen constatant l'immatriculation dans une Faculté avec indication des cours suivis.
3. Des attestations d'examens, signées par le Doyen de la Faculté et l'examineur, constatant les résultats des examens de fin d'année.

Les auditeurs peuvent aussi recevoir des certificats d'inscription et des attestations d'examens.

Art. 16. Les personnes qui ont obtenu un prix universitaire reçoivent, si elles le demandent, un certificat signé par le Recteur et le Doyen, indiquant la nature de ce prix, et, s'il y a lieu, les conditions dans lesquelles il a été décerné.

#### *IV. Grades et examens.*

Art. 17. Il est délivré au nom du Sénat de l'Université un diplôme à tous les étudiants qui ont obtenu, après examen, un grade universitaire. Ce diplôme est signé par le Recteur, le Doyen de la Faculté et le Secrétaire du Sénat.

Art. 18. Les grades conférés sont:

1. Ceux de bachelier ès lettres, ès sciences médicales, en théologie.
2. Ceux de licencié ès sciences mathématiques, ès sciences physiques et chimiques, ès sciences physiques et naturelles, ès sciences biologiques, ès lettres, ès sciences morales, ès sciences sociales, ès sciences économiques, en sociologie, ès sciences politiques, ès sciences politiques (mention études internationales), ès sciences commerciales, en droit, en théologie.
3. Ceux de docteur ès sciences mathématiques, ès sciences physiques, ès sciences naturelles, ès sciences psychologiques, ès sciences biologiques, en pharmacie, ès lettres, en philosophie, ès sciences économiques, en sociologie, ès sciences politiques en droit, en médecine, en médecine dentaire, en théologie.

Art. 19. Le Sénat délivre en outre le diplôme d'ingénieur-chimiste, le diplôme de pharmacien, le certificat d'aptitude à l'enseignement des sciences dans les établissements secondaires supérieures, le certificat pédagogique complémentaire aux licences ès lettres et ès sciences morales, le certificat de pédagogie, le diplôme d'aptitude à l'enseignement du français moderne, le certificat d'études françaises; le diplôme de hautes études commerciales.

Art. 19<sup>bis</sup>. Les grades de licencié ès sciences politiques, mention études internationales, et de docteur ès sciences politiques sont conférés par le Sénat sur préavis d'une commission composée des Doyens de la Faculté des Lettres, de la Faculté des Sciences économiques et sociales, de la Faculté de Droit et du Directeur de l'Institut universitaire de hautes études internationales.

Art. 20. Sur la demande d'une Faculté et avec l'approbation du Conseil d'Etat, le Sénat peut conférer, sans examens, le grade de docteur honoris causa à des hommes qui se sont distingués dans une branche des connaissances humaines.

Art. 21. Les candidats aux grades et diplômes doivent déposer leur demande d'admission écrite avec pièces à l'appui, auprès du Caissier-comptable, quinze jours au moins avant l'époque fixée pour les examens. Une fois qu'ils ont été déclarés admissibles par le Doyen, les candidats s'inscrivent auprès du Caissier-comptable en s'acquittant des taxes d'examens.

Art. 22. Les examens sont publics.

Ils se font devant des jurys composés de professeurs désignés par le Bureau du Sénat et de personnes choisies par le Département. Pour l'examen de doctorat en médecine, le Département désigne comme jurés des docteurs en médecine ayant droit de pratiquer dans le canton de Genève.

Pour les examens de pharmaciens, le Département désigne comme jurés des pharmaciens ayant droit de pratiquer la pharmacie dans le canton de Genève.

Les professeurs extraordinaires et les privat-docents, dont les cours ont été suivis par l'étudiant qui subit l'examen, sont de droit adjoints à ces jurys pour la partie qui les concerne.

Les examens de licence et de doctorat sont présidés par le Doyen de la Faculté.

Art. 23. Les questions sont tirées au sort; toutefois, il peut être fait exception à cette règle dans les examens de doctorat, du diplôme d'ingénieur-chimiste, du diplôme de pharmacien et du certificat d'aptitude à l'enseignement des sciences dans les établissements secondaires supérieures.

Les questions posées par les professeurs sont préalablement portées à la connaissance du jury si celui-ci en fait la demande.

Il est interdit de faire connaître d'avance aux candidats la liste de ces questions.

Art. 24. Les jurys estiment la valeur de chaque examen par des chiffres, le maximum étant 6. Ces chiffres sont inscrits au procès-verbal signé par tous les membres du jury.

Le procès-verbal est remis au Doyen de la Faculté, lequel statue sur le résultat des examens et l'annonce aux étudiants.

Art. 25. Les candidats au doctorat dans les six Facultés, ainsi qu'à la licence en théologie, sont tenus de déposer au Secrétariat de l'Université 200 exemplaires de leur dissertation imprimée.

Art. 26. Les examens de doctorat, la licence en théologie, l'examen I et l'épreuve pratique du certificat d'aptitude à l'enseignement des sciences dans les établissements secondaires supérieurs se font sur la demande du candidat, à l'époque fixée par la Faculté.

Les examens de baccalauréat et de licence (à l'exception de ceux de licence en théologie) ont lieu au commencement et à la fin de l'année universitaire.

Les examens I et II du diplôme d'ingénieur-chimiste ont lieu au commencement de chaque semestre, l'examen III à la fin de chaque semestre et l'examen IV au début du semestre d'hiver.

Les épreuves orales du diplôme de pharmacien et l'examen II du certificat d'aptitude à l'enseignement des sciences ont lieu au commencement de chaque semestre et à la fin du semestre d'été.

Les examens du certificat d'aptitude à l'enseignement du français moderne ainsi que les examens du diplôme de hautes études commerciales ont lieu à la fin de l'année universitaire.

Le candidat reçoit une copie du procès-verbal de ses examens; elle est signée par le Doyen de la Faculté.

Toutefois, lorsque les examens sont terminés avec succès, le dernier procès-verbal ne sera remis qu'après le paiement de la totalité des finances afférant au diplôme.

Exceptionnellement, les Facultés peuvent, avec l'assentiment du Bureau, fixer des sessions intermédiaires.

Art. 27. Les étudiants et les auditeurs peuvent subir à la fin de l'année universitaire, des examens sur les cours pour lesquels ils sont inscrits. Ces examens ne sont pas obligatoires.

Exceptionnellement, le Bureau peut permettre que ces examens aient lieu à une autre époque, si le candidat a été empêché de les subir à l'époque réglementaire pour une cause de force majeure.

Les résultats de ces examens ne peuvent, en aucun cas, entrer en ligne de compte pour les examens de grade.

Art. 28. Il est, dans la règle, adressé une question par cours et par semestre. La durée normale de chaque examen est de dix minutes par question. Pour les grades en médecine, la durée normale de chaque examen est de vingt minutes. Si l'examen n'est pas déclaré admissible, le candidat peut se présenter pour le subir de nouveau dans la session suivante.

Art. 29. Il est délivré une attestation aux étudiants qui ont subi des examens semestriels ou annuels, mentionnés à l'art. 27, moyennant une finance de fr. 5.— par cours versée à la caisse de l'Université.

Art. 30. Les Doyens annoncent par affiches l'époque précise de tous les examens.

#### V. *Appréciation des examens.*

Art. 31. Les règles concernant l'appréciation des examens des Facultés sont fixées par le Règlement de chaque Faculté.

Toutefois les examens annuels sont jugés de la façon suivante dans toutes les Facultés:

- a) L'examen n'est pas admis si la note ne dépasse pas 3 (maximum: 6);
- b) l'examen est admis si la note dépasse 3. — Il est admis avec approbation quand la note est comprise entre  $4\frac{1}{2}$  et  $5\frac{1}{4}$ . — Il est admis avec approbation complète quand la note dépasse  $5\frac{1}{4}$ .

#### VI. *Dispositions financières.*

Art. 32. Les finances et les rétributions des étudiants et des auditeurs, ainsi que les droits de graduation sont perçus par le Caissier-comptable de l'Université, sous l'inspection du Recteur.

Art. 33. A leur entrée dans l'Université, les étudiants doivent payer un droit d'immatriculation de fr. 20.—. Les porteurs du certificat de maturité de la division supérieure du Collège, de l'École supérieure de commerce et de l'École secondaire et supérieure des jeunes filles de Genève sont dispensés de cette redevance. Les étudiants qui passent d'une Faculté dans une autre, ou qui rentrent dans l'Université après l'avoir temporairement quittée ne sont pas astreints à payer une nouvelle finance d'immatriculation.

Sont exemptés de la moitié de la finance d'immatriculation:

- a) Les étudiants porteurs du certificat d'exmatriculation d'une Université suisse;
- b) les étudiants suisses porteurs d'un certificat d'exmatriculation d'une Université étrangère;
- c) les porteurs d'un certificat de maturité suisse;
- d) les porteurs de certificats de fin d'études des Ecoles supérieures de commerce suisses admis à l'immatriculation;

- e) les porteurs d'un diplôme suisse d'instituteur pour autant qu'ils sont admis à l'immatriculation;
- f) les porteurs du certificat de sortie de l'Académie de commerce de Saint-Gall.

Le Règlement spécial de l'Institut des hautes études commerciales indique les conditions d'inscription à cet Institut.

Le coût du livret (voir art. 10) est de fr. 1.—.

Art. 34. La rétribution pour les cours est fixée à fr. 6.— par semestre pour les étudiants et à fr. 10.— pour les auditeurs, pour chaque heure de leçon par semaine.

Art. 35. Le Département peut, dans des cas spéciaux, dispenser les étudiants et les auditeurs de l'Université de tout ou partie des rétributions. Cette faveur s'applique seulement aux étudiants ou auditeurs de nationalité suisse. Elle est accordée sur le préavis des Facultés.

La demande doit être adressée au Département par la famille du postulant, et si celle-ci n'est pas domiciliée dans le canton de Genève, la requête doit être légalisée.

Les demandes d'exemption des rétributions universitaires doivent être présentées dans les quinze jours qui suivent l'ouverture des cours.

Passé ce délai, elles ne seront plus prises en considération.

Art. 36. Les étudiants ont à payer une taxe de Bibliothèque de fr. 5.— par semestre et une taxe d'assurance-maladie de fr. 5.— par semestre. Les étudiants inscrits à la Faculté des Sciences ou à la Faculté de Médecine sont tenus d'acquitter chaque semestre une prime d'assurance contre les accidents.

Les auditeurs peuvent, en payant la taxe de Bibliothèque, jouir des avantages qu'elle comporte; ils peuvent de même se faire comprendre dans l'assurance contre les accidents.

Art. 37. Les rétributions pour les travaux de laboratoire font l'objet de règlements spéciaux soumis à l'approbation du Conseil d'Etat.

Art. 38. Les certificats d'exmatriculation coûtent fr. 10.—.

Les attestations d'examens semestriels ou annuels coûtent fr. 5.— par branche d'examen.

Tout autre genre de certificat coûte fr. 1.—.

Art. 39. Les droits à acquitter pour les diplômes, les grades et les certificats d'aptitude se composent:

- a) Des droits d'examens;
- b) en cas de succès, des droits de diplômes.

Ils sont fixés comme suit:

|                        | Examen<br>fr. | Diplôme<br>fr. |
|------------------------|---------------|----------------|
| Baccalauréat . . . . . | 60            | 40             |
| Licence . . . . .      | 100           | 50             |

|                                                      | Examen<br>fr. | Diplôme<br>fr. |
|------------------------------------------------------|---------------|----------------|
| Doctorat . . . . .                                   | 200           | 100            |
| Diplôme de pharmacien . . . . .                      | 100           | 50             |
| Certificat d'apt. à l'enseig. des sciences . . . . . | 60            | 40             |
| Diplôme d'ingénieur-chimiste . . . . .               | 200           | 100            |
| Certificats pédagogiques . . . . .                   | 30            | 20             |
| Diplôme des hautes études commerciales . . . . .     | 100           | 50             |
| Licence en chirurgie dentaire . . . . .              | 200           | 100            |

Pour le baccalauréat ès lettres, les porteurs de la maturité classique du Gymnase de Genève bénéficient d'une réduction de 50 %.

Une dispense partielle des épreuves n'entraîne aucune réduction dans les finances d'examens.

Les candidats doivent payer ces sommes en mains du Caissier-comptable de l'Université, suivant les dispositions du règlement de chaque Faculté. Le montant des droits de graduation est versé au Caissier de l'Etat, sous déduction de  $\frac{1}{3}$  versé à la Caisse du Sénat.

Art. 40. Le Conseil d'Etat peut dispenser des droits de graduation les personnes qui auront reçu des subsides conformément à la loi du 9 octobre 1909, ainsi que les stagiaires et fonctionnaires de l'Instruction publique.

Art. 41. Les étudiants qui, ayant fait à l'étranger une partie de leurs études, demandent des équivalences pour les inscriptions ou les examens, ont à payer les taxes d'équivalence fixées par le Règlement de chaque Faculté. Ces taxes sont versées au fonds de la Faculté à laquelle se rattachent les branches d'examens.

### 3. Lehrerschaft aller Stufen.

5. **Loi abrogeant la loi du 29 septembre 1923 et supprimant ou modifiant divers articles de la loi sur l'instruction publique codifiée en application de la loi du 5 novembre 1919 et mise à jour en date du 11 novembre 1924 (directeurs et directrices d'écoles, nomination et traitement des stagiaires, sous-maitresses, sous-régents et sous-régentes, indemnités de déplacement dites de rayon, indemnités aux maîtres et maitresses chargés de la classe complémentaire). (Du 25 novembre 1931.)**

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que

*Le Grand Conseil*

Sur la proposition du Conseil d'Etat,

*Décète ce qui suit:*

1. La loi du 29 septembre 1923 est abrogée.

2. Les articles suivants de la loi sur l'instruction publique sont modifiés ou abrogés.

Art. 16. Les fonctionnaires de l'Instruction publique sont nommés par le Conseil d'Etat, pour une durée indéterminée; ils doivent être domiciliés en Suisse.

Ils doivent être laïques: il ne peut être dérogé à cette disposition que dans l'Université.

Dans l'enseignement primaire et secondaire, la nomination est faite à l'épreuve et pour un terme qui ne peut être inférieur à un an. Ce délai peut être prolongé tacitement ou expressément et dure jusqu'au moment de la confirmation.

Les dispositions concernant la nationalité des fonctionnaires sont les suivantes:

- a) Tout candidat à une fonction dans l'enseignement primaire (écoles enfantines et primaires), notamment tout candidat aux études pédagogiques, doit être de nationalité suisse.
- b) Dans l'enseignement secondaire, la nationalité suisse est aussi exigée. Les maîtres de langues vivantes (allemand et italien exceptés) ne sont toutefois pas soumis à cette disposition; exceptionnellement, et lorsqu'il n'y a pas de candidat qualifié de nationalité suisse, des étrangers peuvent être choisis; après les délais d'épreuve, la nomination de ces derniers sera faite pour un temps déterminé, 4 ans au maximum; sauf avis donné un an d'avance, à l'échéance du temps de nomination, ils seront tacitement renommés pour une période égale.
- c) Tout membre du corps enseignant qui, en vertu des dispositions précédentes, doit être de nationalité suisse, est tenu, s'il perd cette nationalité, de démissionner à la fin de l'année scolaire en cours.

Art. 54. La direction générale des écoles enfantines, des écoles primaires, de la classe complémentaire et des écoles secondaires rurales est confiée à un directeur chargé de veiller à l'exécution des programmes, à l'application des règlements et d'assurer le progrès des méthodes et de l'enseignement.

Un secrétaire seconde le directeur de l'enseignement primaire dans son activité administrative.

Le directeur est assisté dans sa tâche par l'inspectrice des écoles enfantines, par des directeurs et des directrices d'écoles primaires chargés plus spécialement de la surveillance des écoles, au point de vue pédagogique et administratif, et par des inspecteurs et inspectrices pour les branches spéciales (gymnastique, dessin, chant, couture).

Le Département peut faire procéder à des inspections spéciales temporaires pour l'enseignement de certaines branches.

Le directeur de l'enseignement primaire assume la responsabilité générale du recrutement et de la préparation des futurs instituteurs et des futures institutrices des écoles enfantines et primaires. Il est assisté dans sa tâche par un directeur des études chargé de la préparation pédagogique et professionnelle des candidats et de la surveillance de leur activité.

Art. 55. Le directeur de l'enseignement primaire, les directeurs et directrices d'écoles, les inspecteurs et les inspectrices spéciaux sont réunis en conférence, au moins une fois par mois, sous la présidence du conseiller d'Etat chargé du Département de l'instruction publique.

§ 2. — *Corps enseignant.*

Art. 56. L'enseignement est donné:

- dans les écoles enfantines par des maîtresses et des stagiaires;
- dans les écoles primaires par des régents, des régentes et des stagiaires;
- dans la classe complémentaire par des maîtres et de maîtresses.

Toutefois, l'enseignement de certaines branches peut être confié à des maîtresses et maîtres spéciaux.

Le Conseil d'Etat a toujours le droit de permuter, sans indemnité, un membre du corps enseignant d'une commune dans une autre; il en avisera préalablement les communes intéressées.

Art. 57 (abrogé).

Art. 59. Toute personne postulant des fonctions de maîtresse dans les écoles enfantines doit être préparée par des études théoriques et pratiques et avoir fait preuve d'aptitudes pédagogiques par un stage dans les écoles enfantines du canton de Genève.

Pour être admises aux études pédagogiques, les candidates doivent subir différentes épreuves d'un concours dont le règlement fixe les conditions.

Sont seules admises à se présenter au concours, les personnes munies d'un certificat de promotion de 2<sup>me</sup> en 1<sup>re</sup> classe de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles ou ayant subi avec succès un examen permettant de constater qu'elles possèdent les connaissances indiquées au programme de cette école jusqu'à la 2<sup>me</sup> classe inclusivement.

Art. 60. Tout candidat aux fonctions de régent ou de régente doit être préparé par des études théoriques et pratiques et avoir fait preuve d'aptitudes pédagogiques par un stage dans les écoles primaires du canton de Genève.

Chaque année, le Département arrête le nombre des candidats et des candidates. Il ouvre une inscription dont la durée est de deux semaines au moins. Il organise ensuite un concours à l'issue duquel les candidats et candidates sont désignés.

Sont seuls admis à s'inscrire, les porteurs du diplôme de maturité de l'une des sections du Collège de Genève ou du diplôme de capacité de la section pédagogique de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles. Toutefois, le Département peut accepter, au lieu des diplômes indiqués ci-dessus, des titres jugés par lui équivalents. Les conditions d'admission du personnel enseignant des classes d'enfant arriérés prévues à l'article 40, lettre b, sont déterminées par un règlement spécial.

Les conditions du concours, l'organisation des études pédagogiques, du stage et des cours spéciaux de perfectionnement pour les candidats admis, sont déterminées par un règlement.

Au cours du stage, le Département a la faculté d'imposer aux stagiaires, en les défrayant de leurs dépenses de voyage et de pension, un séjour d'études de six mois dans d'autres cantons.

Le Département se réserve le choix des stagiaires qui seraient appelés à faire ce séjour et, chaque année, le Conseil d'Etat en arrête le nombre.

Art. 62 (abrogé).

Art. 63. Les fonctionnaires des écoles enfantines et primaires peuvent être appelés, chaque année, à suivre, à titre exceptionnel, des cours de perfectionnement. Dans ce dernier cas, il leur est alloué une indemnité de déplacement de 1 à 3 fr. par jour. Cette indemnité n'est pas accordée aux fonctionnaires habitant les communes de Genève et de Carouge.

Art. 64. Lorsqu'une place est vacante dans les écoles enfantines, primaires, dans la classe complémentaire et dans les écoles secondaires rurales, une inscription est ouverte au Département de l'instruction publique. La durée de cette inscription est de deux semaines au moins. Si aucune candidature n'est enregistrée, le Département peut désigner d'office un titulaire.

Le Département peut utiliser comme remplaçants les maîtresses, les régents et régentes qui ne sont pas titulaires de classe.

Art. 65. Quand l'inscription est close, le Département nomme une commission de 5 à 9 membres présidée par le directeur de l'enseignement primaire. Cette commission présente au Département un rapport sur les titres des candidats. Ce rapport est soumis au Conseil d'Etat.

Pour les postes de maîtresse d'école enfantine, de régent ou de régente dans les écoles primaires, de régent dans les écoles

secondaires rurales, de maîtresse de couture, la commission doit en tout cas comprendre:

- a) Le directeur, la directrice d'écoles ou l'inspectrice intéressée;
- b) un représentant de la commune où a lieu la vacance, désigné par le Conseil administratif pour la Ville de Genève et le Conseil municipal pour les autres communes;
- c) un père de famille habitant la commune, désigné par le Département.

Art. 67 (abrogé).

Art. 68 (abrogé).

§ 5. — *Traitements.*

Art. 70. L'indemnité des candidates à l'enseignement, des stagiaires, et le traitement des maîtresses des écoles enfantines, sont fixés comme suit:

|                                                     |             |
|-----------------------------------------------------|-------------|
| candidates à l'enseignement (1 <sup>re</sup> année) | fr. 1800.—, |
| candidates à l'enseignement (2 <sup>me</sup> année) | fr. 2400.—, |
| stagiaires (une année) . . . . .                    | fr. 3200.—, |
| maîtresses . . . . .                                | fr. 4000.—, |

avec douze augmentations annuelles de 100 francs.

Dès la fin du stage, si leur préparation professionnelle est reconnue suffisante et si leur activité a donné satisfaction, les stagiaires sont nommées maîtresses.

Art. 71. L'indemnité des candidats et candidates à l'enseignement, des stagiaires, le traitement des régents et régentes des écoles primaires, sont fixés comme suit:

|                                                                  |             |
|------------------------------------------------------------------|-------------|
| candidats et candidates à l'enseignement (1 <sup>re</sup> année) | fr. 2400.—, |
| candidats et candidates à l'enseignement (2 <sup>me</sup> année) | fr. 3000.—, |
| stagiaires (une année) . . . . .                                 | fr. 4000.—, |
| régents et régentes . . . . .                                    | fr. 5200.—, |

avec douze augmentations annuelles de 200 francs.

Dès la fin du stage, si leur préparation professionnelle est reconnue suffisante et si leur activité a donné satisfaction, les stagiaires sont nommés régents et régentes.

Art. 72. Les maîtresses des écoles enfantines, les régents et régentes de l'école primaire titulaires de classe dans les communes rurales reçoivent une indemnité spéciale de déplacement qui est fixée comme suit:

1<sup>re</sup> catégorie: Indemnité annuelle de 180 francs: Bardonnex, Bernex, Chêne-Bougeries (Conches), Choulex, Collonge-Bellerive, Confignon, Corsier, Laconnex, Meinier, Meyrin, Onex, Perly-Certoux, Plan-les-Ouates, Publinge, Satigny, Thônex, Troinex, Vandœuvres, Vernier (village), Versoix et Veyrier.

2<sup>me</sup> catégorie: Indemnité annuelle de 360 francs: Aire-la-Ville, Anières, Avully, Avusy, Cartigny, Céligny, Chancy, Collex-Bossy, Dardagny, Gy, Hermance, Jussy, Presinge, Russin et Soral.

Les fonctionnaires mariés, titulaires de classe dans ces communes, n'ont droit qu'à une seule allocation.

Art. 73. Une allocation supplémentaire annuelle de fr. 400.— est allouée aux fonctionnaires suivants ayant des enfants mineurs:

- a) Stagiaires et régents de l'école primaire;
- b) maîtres des classes complémentaires;
- c) régents des écoles secondaires rurales;
- d) maîtres spéciaux.

(Cette allocation n'est pas accordée aux fonctionnaires dont l'épouse exerce une fonction publique).

Elle pourra en outre être accordée aux fonctionnaires suivantes qui seraient devenues veuves:

- a) Stagiaires et maîtresses de l'école infantine et primaire;
- b) maîtresses des classes complémentaires;
- c) maîtresses des cours spéciaux.

Art. 74. Les maîtres et les maîtresses chargés de diriger une classe dite spéciale ont droit à un supplément de fr. 400.— par an.

Art. 75. Les maîtres et maîtresses appelés à diriger la classe complémentaire reçoivent, en plus du traitement auquel ils ont droit, un supplément de fr. 400.— par année.

Le Conseil d'Etat fixe le traitement des personnes chargées d'un enseignement spécial.

Dans les écoles primaires où le maître est obligé de donner simultanément un enseignement à des élèves de l'école primaire et de la classe complémentaire ou de l'école secondaire rurale, il recevra une indemnité supplémentaire de fr. 200.— par an.

Art. 78. Le traitement de l'inspectrice des écoles enfantines, des directeurs et directrices d'écoles primaires est de fr. 8000.— au minimum, avec six augmentations annuelles de fr. 150.— et une de fr. 100.—. Il ne peut, en aucun cas, dépasser la somme de fr. 9000.—.

Le traitement des inspecteurs et inspectrices spéciaux est fixé par le Conseil d'Etat selon l'importance de leurs fonctions. Pour ceux qui consacrent exclusivement leur temps à leur inspection dans les écoles primaires, ce traitement ne sera pas inférieur à fr. 7000.— ni supérieur à Fr. 9000.—.

Art. 79. Les stagiaires et maîtresses des écoles enfantines, les stagiaires, les régents et régentes des écoles primaires, les maîtres et maîtresses des classes complémentaires, les régents

des écoles secondaires rurales, les maîtres et maîtresses spéciaux sont tenus de faire partie de la C. I. A.

*Dispositions transitoires.*

L'indemnité de rayon sera distribuée aux maîtresses et stagiaires de l'école enfantine, dès le mois de janvier 1931.

Le Conseil d'Etat est chargé de faire promulguer les présentes dans la forme et le terme prescrits.

Fait et donné à Genève, le vingt-cinq novembre mil neuf cent trente et un sous le sceau de la République et les signatures du Président et du Secrétaire du Grand Conseil.

---

**6. Loi modifiant l'article 18<sup>bis</sup> de la loi sur l'instruction publique.**  
(Du 14 février 1931.)

Article unique. Le premier alinéa de l'article 18<sup>bis</sup> de la loi du 7 mars 1925 est modifié comme suit:

La limite d'âge est fixée à:

- |                |                                                                                                                                                                                           |
|----------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 60 ans révolus | pour l'enseignement primaire,                                                                                                                                                             |
| 65 „ „ „       | l'enseignement secondaire,<br>les directeurs ou directrices, inspecteurs ou<br>inspectrices de l'enseignement primaire,<br>les directeurs ou directrices de l'enseignement<br>secondaire. |
| 70 „ „ „       | les professeurs de l'Université et de l'Institut<br>dentaire.                                                                                                                             |

---

**7. Règlement concernant les études pédagogiques pour l'enseignement dans les classes spéciales.** (Du 5 mars 1931.)

---

\*\*\*